



# Landtag von Baden-Württemberg

24. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Februar 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Mittagspause: 13:33 bis 14:32 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1169	Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	1185, 1206
Nachbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	1169	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	1189, 1213
1. Aktuelle Debatte – <b>Fluglärm reduzieren – Südbaden entlasten</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	1169	Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	1193, 1216
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE . . . . .	1169, 1174	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	1198, 1210
Abg. Felix Schreiner CDU . . . . .	1170, 1171, 1174	Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	1200
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE (Kurzintervention) . . . . .	1171	Beschluss . . . . .	1218
Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	1171, 1175		
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	1172, 1175	b) <b>Einzelplan 03: Innenministerium</b>	
Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . .	1173	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1103 . . . . .	1219
2. Aktuelle Debatte – <b>Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	1175	Abg. Manfred Hollenbach CDU . . . . .	1219
Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	1175, 1182	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	1221
Abg. Wilfried Klenk CDU . . . . .	1177, 1183	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	1224
Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	1178, 1183	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	1227
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	1179, 1184	Minister Reinhold Gall . . . . .	1228
Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	1180	Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	1232
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)</b>		Beschluss . . . . .	1233
a) <b>Einzelplan 02: Staatsministerium</b>		c) <b>Einzelplan 15: Ministerium für Integration</b>	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1102 . . . . .	1184	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1115 . . . . .	1234
		Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	1234, 1246
		Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .	1236, 1247
		Abg. Rosa Grünstein SPD . . . . .	1238
		Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	1240, 1247
		Ministerin Bilkay Öney . . . . .	1242
		Beschluss . . . . .	1248

<b>d) Einzelplan 11: Rechnungshof</b>		
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1111 .....	1248	Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011 – <b>Unter- richtung des Landtags in EU-Angelegenhei- ten; hier: Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen</b> – Drucksachen 15/1060, 15/1149 .....
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU .....	1249	1251
Abg. Muhterem Aras GRÜNE .....	1249	
Abg. Klaus Maier SPD .....	1250	Abg. Joachim Kößler CDU .....
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP .....	1250	1251
Beschluss .....	1251	Abg. Josef Frey GRÜNE .....
		1252
<b>4. a)</b> Beschlussempfehlung und Bericht des Aus- schusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 12. Dezember 2011 – <b>Unter- richtung des Landtags in EU-Angelegenhei- ten; hier: Aufsichtsanforderungen an Kredi- tinstitute und Wertpapierfirmen</b> – Druck- sachen 15/1031, 15/1148		Abg. Peter Hofelich SPD .....
		1253
		Abg. Leopold Grimm FDP/DVP .....
		1254
		Staatssekretär Ingo Rust .....
		1255
		Beschluss .....
		1255
		Abg. Joachim Kößler CDU (zu Protokoll) .....
		1256
<b>b)</b> Beschlussempfehlung und Bericht des Aus- schusses für Finanzen und Wirtschaft zu der		Nächste Sitzung .....
		1257
		Anlage
		Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachbesetzungen
		in verschiedenen Ausschüssen .....
		1258

## Protokoll

über die 24. Sitzung vom 8. Februar 2012

Beginn: 9:02 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich eröffne die 24. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Friedrich ab 12:30 Uhr und Frau Ministerin Krebs ab 14:45 Uhr.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Nachbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Nachbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 17. Januar 2012, Az.: GR(V) 1/11, GR(V) 2/11, GR(V) 3/11, GR(V) 4/11, GR(V) 5/11, GR(V) 6/11, GR(V) 7/11, GR(V) 8/11, GR(V) 9/11, GR(V) 1/12, GR(V) 2/12, GR(V) 3/12, GR(V) 4/12, GR(V) 5/12, GR(V) 6/12 und GR(V) 7/12 – Einsprüche gegen die Volksabstimmung zum S-21-Kündigungsgesetz

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 20. Januar 2012 – 18. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksache 15/1185

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Debatte – Fluglärm reduzieren – Südbaden entlasten – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bit-

ten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Unruhe)

– Es herrscht eine kolossale Unruhe. Ich darf Sie bitten, allmählich zur Ruhe zu kommen und dem Verlauf der Debatte zu folgen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie hat doch noch gar nicht begonnen!)

Ich verweise auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Kollege Raufelder. Bitte schön.

**Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Debatte beantragt, weil wir aus der Zeitung erfahren haben, dass Herr Bundesverkehrsminister Ramsauer einen Staatsvertrag mit der Schweiz zu unserem Thema Fluglärm bzw. „Flughafennutzung in Zürich“ abschließen möchte. Darüber – Ihnen allen ist es vermutlich so gegangen wie uns – waren wir alle natürlich sehr überrascht.

Wir haben die heutige Debatte angeregt bzw. durchführen wollen, weil dieses Vorhaben die Stuttgarter Erklärung betrifft, die im Grunde genommen von unserem Landtag insgesamt getragen wird und auch unter Beteiligung der betroffenen Region verfasst worden ist. Ich denke, diese Debatte sollte heute dazu führen, die Region nochmals zu unterstützen, der Stuttgarter Erklärung sozusagen vollinhaltlich beizutreten und die Forderungen aus der Stuttgarter Erklärung zu übernehmen. Wir waren etwas überrascht, dass im Eckpunktepapier von Herrn Ramsauer im Grunde genommen kein Wort dazu stand, wie die Stuttgarter Erklärung umgesetzt werden sollte. Das sind alles nur Absichtserklärungen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

Ich glaube, so kann es nicht weitergehen, weil gerade die südbadische Region ein Recht auf unsere Unterstützung in Bezug auf den Fluglärm, aber auch in Bezug auf die Nutzung des Flughafens Zürich hat.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Peter Hauk CDU)

Daher, denke ich, ist es auch für Sie wichtig, hier in der Diskussion und gegenüber der Öffentlichkeit zu zeigen, dass auch

(Wolfgang Raufelder)

Sie dafür sind, dass die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Kommunalpolitikerinnen und -politiker vor Ort sowie wir hier als Parlament an diesem Staatsvertrag beteiligt sind. Denn im Moment sieht es so aus, dass wir mit unseren Forderungen bei der Ausgestaltung des Staatsvertrags noch außen vor sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Ihre Interpretation!)

Es ist schon verwunderlich – das muss man ehrlicherweise sagen –, dass eine Landesregierung – das muss man sich einmal vorstellen –, wenn es um eine so wichtige Frage geht, durch den Bundesverkehrsminister nicht beteiligt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist typisch! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist bei dem Engagement dieser Landesregierung kein Wunder!)

Wir führen diese Debatte nicht zum ersten Mal in diesem Haus. Ich glaube, es ist auch dem Bundesverkehrsminister klar geworden, dass wir uns an der Debatte beteiligen möchten und beteiligen müssen, auch im Sinne der gutnachbarlichen Beziehungen mit der Schweiz. Ich denke, es ist Ihnen wichtig, dass wir diese Beziehungen mit der Schweiz weiter pflegen, weiter vorantreiben und bei dem Konflikt, der hier besteht, auch deutlich machen, dass wir Interessen haben, die denen der Schweiz entgegenlaufen, aber die auch geklärt werden müssen.

Wenn 80 % der Anflüge auf den Flughafen Zürich über deutsches Gebiet bzw. südbadisches Gebiet erfolgen, dann ist natürlich ein Regelungsbedarf gegeben. Wenn man weiter weiß, dass viele Flüge, die von Zürich aus gestartet werden, in der bestehenden Form nicht notwendig wären, müssen wir auch die Frage stellen: Wie viele Flugverkehre müssen in diesem Bereich überhaupt durchgeführt werden?

Daher ist meine Bitte an Sie und an uns, dass wir diese gemeinsame Absichtserklärung auch hier noch einmal bekräftigen, dass wir die Stuttgarter Erklärung in den „Ramsauer-Vertrag“ aufgenommen haben wollen und dass wir, das Landesparlament, diesen Staatsvertrag gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunalpolitikerinnen und -politikern vor Ort behandeln wollen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Forderung an den Bund. Das enthebt den Bund natürlich nicht von seiner Verpflichtung, diesen Staatsvertrag auf Bundesebene umzusetzen. Aber die Beteiligung der Länder ist eine ganz wichtige Voraussetzung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie deshalb – wie es die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag schon getan hat –, Herrn Ramsauer auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Länder über den Bund Druck ausüben, dass die Länder beteiligt werden, dass beide betroffenen Länder – auch die Schweiz – an diesen Verhandlungen beteiligt werden. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Voraussetzung bei diesem Staatsvertrag.

Meine Bitte an Sie ist: Wirken Sie auf die Bundestagsfraktionen ein, so wie wir das bei Bündnis 90/Die Grünen gemacht haben, dass sie bei Herrn Ramsauer darauf hinwirken, dass dieser Staatsvertrag gemeinsam mit uns abgeschlossen wird.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Felix Schreiner.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!)

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Raufelder, es besteht überhaupt kein Grund zum Zweifeln.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Die CDU steht – völlig klar – hinter der Stuttgarter Erklärung. Übrigens hat auch der Bundesverkehrsminister in den vergangenen Tagen immer wieder deutlich gemacht, dass das die Grundlage und die Ausgangsposition für die in Davos beschlossene Absichtserklärung ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Willi Stächele CDU: Sehr richtig!)

Heute ist nicht der Tag für Schaufensterreden, aber man muss schon einmal deutlich machen, was wirklich in dieser Absichtserklärung steht. Wenn man sie sich einmal anschaut – ich hoffe, dass alle sie gelesen haben –, dann kann man z. B. unter Ziffer 3 lesen, dass das oberste Ziel ist, dass die Schweiz die Zahl der Anflüge auf den Flughafen Zürich über deutsches Gebiet reduziert und dass analog dazu im täglichen Flugbetrieb die Zahl der Betriebsstunden über deutschem Staatsgebiet reduziert wird. Wir sind uns doch einig, dass dies das oberste Ziel sein muss; da besteht überhaupt kein Dissens zwischen unseren Fraktionen.

Wenn wir alle uns dessen bewusst sind, dass die Stuttgarter Erklärung als Grundlage für diese Absichtserklärung gilt, dann lassen Sie uns doch auch gemeinsam diese Verhandlungen als Chance begreifen. Lassen Sie uns doch daran erinnern, dass wir natürlich mit der Verschärfung oder der Anpassung der DVO gerechnet haben; das steht außer Frage. Jetzt ist die Ausgangssituation so, wie sie ist.

Deshalb sollten wir gemeinsam den Rucksack für Bundesverkehrsminister Ramsauer für diese Verhandlungen füllen und schnüren und unsere Position deutlich machen. Das unterstützen wir; das ist gar kein Thema.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Ziel hat auch Landesverkehrsminister Hermann in seinem Brief an den Bundesverkehrsminister bestätigt. Vor diesem Hintergrund darf ich – mit Erlaubnis des Präsidenten – den Bundesverkehrsminister zitieren:

*Sollte eine Einigung nicht erreicht werden, wären einseitige deutsche Maßnahmen zur Durchsetzung der südbadischen Position die Konsequenz.*

So lautete die Aussage von Minister Ramsauer in seinem Interview in der „Neuen Zürcher Zeitung“.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schreiner, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Am Schluss gern. – Baden-Württemberg braucht also jetzt kein empörtes Landesverkehrsmini-

(Felix Schreiner)

nisterium, sondern den Dialog mit dem Bundesverkehrsminister; dazu stehen wir, die CDU-Abgeordneten in Südbaden.

Die Schweizer Bundesrätin Frau Leuthard war bei Ministerpräsident Kretschmann. Da frage ich mich schon, Herr Ministerpräsident: Haben Sie gleich die Chance genutzt, um ihr das alles so mitzuteilen? Denn in der Presse werden Sie mit der Aussage „Wir wollen, dass der Streit beigelegt wird“ und der Aussage „Wir sind für Kooperation statt Konfrontation“ zitiert. Das unterstützen wir, das finden wir toll. Aber ich sage auch: Nach dem, was kommuniziert wurde, fand ich das ein bisschen wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr wenig!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion unterstützt die Erklärung der politisch Verantwortlichen vom vergangenen Montag in Donaueschingen. Ich bin dem Landtagspräsidenten dankbar dafür, dass er die Initiative ergriffen hat. Ich bin den Bürgerinitiativen dankbar

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und Frau Dr. Splett!)

und will auch sagen, dass wir alle miteinander das unterstützen. Ich danke auch Frau Staatssekretärin Dr. Splett, dass sie in Donaueschingen war und das unterstützt hat, übrigens auch unserem Fraktionsvorsitzenden, der das mit als Erster unterzeichnet hat und unterstützen wird.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dass die Landesregierung eingebunden werden soll, steht auch für uns außer Frage. Dieser Forderung schließen wir uns gern an.

Zum Schluss möchte ich einfach sagen: Nutzen wir diese Chance, diesen langen Fluglärmstreit durch harte und kluge Verhandlungen vielleicht schon bald beizulegen. Denn eines muss uns allen klar sein: Die Bürgerinnen und Bürger im Land erwarten nicht, dass wir uns hierüber parteitaktische Scharmützel im Landtag liefern, sondern sie erwarten von uns allen eine Lösung. An dieser müssen wir jetzt alle miteinander konstruktiv arbeiten. Dazu ist die CDU-Fraktion gern bereit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist der richtige Weg, jawohl! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist eine schwierige Ausgangslage!)

**Präsident Guido Wolf:** Jetzt hat Herr Abg. Lehmann das Wort für eine Kurzintervention.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Vielen Dank. – Was bei mir hängen geblieben ist, als ich diese Vereinbarung gelesen habe, ist, dass offensichtlich der Warteraum RILAX beibehalten und nur reformiert werden soll. Die Region ist der Ansicht, dass dies eigentlich nicht sein sollte. Dazu erwarte ich eine klare Aussage.

Nachdem Frau Bundesrätin Leuthard über die Presse hat verlautbaren lassen, dass eine Verständigung über die Reduzierung der Sperrzeiten in die Diskussion gekommen ist, erwarte ich eigentlich schon eine eindeutige Aussage des Bundesverkehrsministers, dass die Regelungen zu den Sperrzeiten in

der Nacht nicht aufgeweicht werden. Dazu haben wir noch keine Äußerung gehört.

(Zurufe, u. a. der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es wurde gesagt, es wäre alles in Butter, was gemacht wurde; das ist es eben nicht. Ich erwarte schon – das erwarte ich auch von der CDU-Fraktion hier im Landtag –, dass Sie zu diesen Eckpunkten, die hier festgelegt worden sind, eindeutig stehen und auch in Berlin eindeutig Stellung nehmen.

**Abg. Felix Schreiner CDU:** Herr Kollege Lehmann, Sie sprechen jetzt mit mir und nicht mit dem Bundesverkehrsminister. Ich kann nicht für ihn sprechen.

(Abg. Tobias Wald und Abg. Willi Stächele CDU: Noch nicht!)

Aber er hat sich sehr deutlich dazu geäußert.

Sie sprechen die Absichtserklärung und das Thema RILAX an. In der Absichtserklärung steht, die Flugverfahren für – ich zitiere –

*... den Warteraum RILAX sollen nach Möglichkeit so optimiert werden, dass die Zahl der Lärmbetroffenen vermindert werden kann, ...*

Die Stuttgarter Erklärung und unsere Position sind klar. Das ist doch jetzt gar kein Thema. Wir haben dem überhaupt nichts hinzuzufügen. Für uns ist klar, dass wir – dabei beziehen wir auch den Warteraum RILAX ein – die Fluglärmbelastungen deutlich reduzieren wollen. Wir stehen hinter der Stuttgarter Erklärung. Übrigens steht auch der Bundesverkehrsminister hinter der Stuttgarter Erklärung; das hat er auch noch einmal gesagt. Sie sollten jetzt hier nicht mit Interpretationen arbeiten – sosehr ich das unter politischen Gesichtspunkten verstehe. Daran ist überhaupt nichts auszusetzen. Die Position ist völlig klar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Samstag, der 28. Januar, war ein sehr schöner, trockener, heller, wolkenloser Tag in Davos. Die Welt blickte auf Davos.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du hast deine Reben geschnitten!)

– Nein. – Die Welt blickte auf Davos, und niemand blickte auf Ramsauer.

(Oh-Rufe – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war Absicht! – Abg. Felix Schreiner CDU: Wir schon! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Alfred, das erklärst du uns demnächst im Landwirtschaftsausschuss! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU – Unruhe)

Er hat es geschafft, an diesem Tag in die bundesdeutschen Nachrichten, in die „Tagesschau“ zu kommen, und zwar mit

(Alfred Winkler)

einem Schlag, mit einem völlig unerwarteten Schlag, nämlich mit einer sogenannten Absichtserklärung.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das war Absicht!) (Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das war Absicht!)

Lieber Kollege Schreiner, die CDU mag vielleicht hinter der Stuttgarter Erklärung stehen, aber Herr Ramsauer gehört der CSU an. Dazu haben Sie noch nichts gesagt.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Muss ich auch nicht! – Zurufe der Abg. Winfried Mack CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

An diesem Tag war es in der „Tagesschau“, von morgens bis abends. Der Einzige, der dazu nichts wusste, war ein sogenannter Fluglärmbeirat, der extra eingerichtet wurde,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Von der CDU!)

um diese Gespräche zu begleiten, zu führen, informiert zu werden. Der wusste einen Tag vorher von nichts. Die Landesregierung wusste von nichts. Die Region wusste von nichts – nur Frau Leuthard und Herr Ramsauer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, aber du hast es doch gewusst! – Gegenruf von der SPD: Alfred auch nicht! – Unruhe)

Das bedeutet, dass die Absichtserklärung, wenn man sie genauer anschaut, einige große Fragen offenlässt, z. B. bezüglich der Tatsache der Reduzierung der Flugbewegungen.

Immerhin hat eine Abstimmung im Kanton Zürich am 27. November vergangenen Jahres ergeben, dass der Flughafen ausgebaut werden darf. Genauer gesagt hat die Abstimmung ergeben, dass der Ausbau nicht blockiert werden darf. Das haben die Züricher wohlweislich getan, damit sie nicht den zusätzlichen Fluglärm haben. Ansonsten wäre diese Abstimmung nicht so durchgegangen.

Was diese Bedingung, die Verlagerung des Fluglärms auf unsere Seite, angeht, komme ich noch zum Thema RILAX. Die Schweiz hat vier Warteräume. Sie benutzt einen fünften auf deutschem Gebiet vollumfänglich. Es gibt keinerlei flugverkehrstechnischen Grund, diesen Lärm in den Warteraum nach Deutschland zu verlagern,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

außer zur Entlastung der eigenen Bevölkerung.

Es geht hier um einen Exportschlager. Es geht nicht um die Schweiz. Es geht nicht um die Schweiz. Es geht um den Flughafen Zürich und den Exportschlager dieses Flughafens, den Lärm. Diesem Flughafen gelingt es, den Lärm wunderbar zu exportieren, und zwar auf eine Seite, nämlich auf die deutsche Seite. Die Bevölkerung in Zürich will den Lärm nicht, aber es ist ihr gelungen, den Lärm sehr präzise auf unsere Seite zu verlagern.

Wir akzeptieren die Stuttgarter Erklärung. Die Landesregierung akzeptiert die Stuttgarter Erklärung. Die vorherige Landesregierung hat die Stuttgarter Erklärung akzeptiert. Aber in dieser Absichtserklärung, in der von einer Reduzierung der Zahl der Flüge die Rede ist, wurde gleichzeitig von Frau

Leuthard als Gegenleistung die Öffnung der Randzeiten gefordert. Die Randzeiten sind ein Kernthema jeder Lärmdiskussion an jedem Flughafen der Welt. Sie betreffen nämlich die geschützten Nachtzeiten. Wenn diese infrage gestellt werden, dann frage ich mich, warum eine Absichtserklärung unterschrieben wird, die von der anderen Seite völlig konträr aufgefasst wird.

Wenn wir diese Absichtserklärung unterstützen können sollen, dann müsste darin stehen, um was es geht. Da unsere Forderungen in der Stuttgarter Erklärung präzise definiert sind – jedenfalls die wesentlichen Eckpunkte –, hätte in dieser Absichtserklärung festgehalten werden müssen, dass die Stuttgarter Erklärung gilt. Warum sollten wir 80 % aller Anflüge eines Flughafens übernehmen, der in der Schweiz liegt?

Das schäbigste Angebot der Schweizer Regierung im Zusammenhang mit dieser Absichtserklärung ist Folgendes – ich bezeichne dieses Angebot als schäbig –:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Du musst aber wieder einreisen! Daher sei vorsichtig!)

Die Schweiz hat nämlich nach der Reduzierung der Zahl der Flugbewegungen vor einigen Jahren den deutschen Taxis verboten, ihre Fluggäste in Zürich abzuholen oder nach Zürich zu bringen. Eine reine Schikane. In dieser Absichtserklärung macht die Schweiz freiwillig das Zugeständnis, dass deutsche Taxis wieder fahren dürfen – als Gegenleistung für die Ausweitung der Randzeiten des Flugbetriebs. Ich finde dieses Angebot schäbig.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen die Fluglärmdiskussion auch aus Städten wie Berlin, Frankfurt und München. Dabei geht es immer darum, den Fluglärm zu verlagern. Niemand ist aber in der Lage, die Bevölkerung einfach vom Fluglärm zu befreien. Es geht immer um eine Abwägung: Belaste ich dieses Segment, oder entlaste ich dieses Segment?

In Zürich ist es eindeutig. In Zürich wird die Bevölkerung um einen innerschweizerischen Flughafen herum entlastet – zu Lasten der Grenzbevölkerung auf deutscher Seite. Es gibt für uns keinen politischen Grund, dies zu akzeptieren. Wir entscheiden, wie viel Lärm wir akzeptieren, und zwar freiwillig, aber nicht in Abhängigkeit davon, ob Taxis fahren dürfen oder nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schön, dass bei diesem Thema über alle Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit besteht. Am 12. Oktober, als wir die letzte Debatte darüber geführt haben und als die gleichen Redner zu diesem Thema sprachen, haben wir die Stuttgarter Erklärung einhellig zur Grundlage erklärt. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage für die Absichtserklärung.

Wir begrüßen, dass Herr Bundesverkehrsminister Ramsauer diese Absichtserklärung auf den Weg gebracht hat, dass man

(Jochen Haußmann)

jetzt einen Staatsvertrag anpeilt und dass wir heute das Signal geben, dass der Landtag von Baden-Württemberg die Stuttgarter Erklärung zur Grundlage nimmt.

Ich glaube, die Zahl von 80 000 Anflügen pro Jahr – im vergangenen Jahr waren es über 130 000 Anflüge – ist ein Signal an die Schweiz, dass wir durchaus berücksichtigen, dass der Flughafen ein Wirtschaftsfaktor ist und dass der Flughafen auch von deutschen Passagieren genutzt wird. Sie ist aber auch ein Signal an die Bevölkerung Südbadens, dass es ein Bekenntnis zum Schutz der Bevölkerung gibt.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, 80 000 Anflüge pro Jahr entsprechen 219 Anflügen pro Tag. Während wir also diese Debatte führen, gehen zehn Anflüge über Südbaden. Ich glaube, das ist eine ganze Menge. Insofern ist es ein ganz wichtiges Signal, dass das Land Baden-Württemberg 80 000 Anflüge pro Jahr akzeptiert.

Darüber hinaus berücksichtigt man in der Stuttgarter Erklärung – es wurde angesprochen – die Sperrzeiten und die Aufhebung des Warteraums RILAX.

Es gibt hier also so etwas wie ein Bäumchen-wechsle-dich-Spiel. Am 12. Oktober 2011 hatte die CDU den Grünen den Ball zugespielt. Jetzt versuchen die Grünen, ihn wieder der CDU zuzuspielen, aber festzuhalten ist eine parteiübergreifende Solidarität hier im Land Baden-Württemberg. Wenn sich dann Ministerpräsident Kretschmann und Bundesverkehrsminister Ramsauer unabhängig voneinander mit Frau Bundesrätin Leuthard austauschen, dann, denke ich, ist das ein ganz gutes Signal.

Wir haben zwischen der Schweiz und Deutschland schon ganz andere Zeiten gehabt. Wenn man einmal 513 Jahre zurückgeht, in das Jahr 1499, dann ist festzustellen, dass man sich damals auch gestritten hat. Da hat man aber nicht diskutiert, sondern da gab es seinerzeit den Schwabenkrieg um Grenzkonflikte. Da hat man neun Monate lang gestritten und Krieg geführt. Die Schweizer Eidgenossen haben gegen die Habsburger und den Schwäbischen Bund gewonnen. Aber im Grenzgebiet hatte sich überhaupt nichts verändert. Man sieht also: Wir sind auf einem guten Weg in die Diskussion.

Frau Dr. Splett hatte am 12. Oktober angesprochen, dass man in Baden-Württemberg eine nachhaltige Verkehrspolitik wünscht. Dazu gehört mit Sicherheit die Stuttgarter Erklärung, dazu gehören natürlich auch andere Punkte, über die wir morgen debattieren werden. Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal auch nach Berlin und in die Schweiz, dass die Stuttgarter Erklärung die Grundlage für den Landtag von Baden-Württemberg ist.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Fluglärm ist ein Thema, das derzeit bundesweit rund um Flughäfen für Diskussionen sorgt: Denken Sie an die Demonstrationen in Frankfurt, in Berlin oder an die Diskussionen in München. Aktuell ist es auch ein The-

ma in Baden-Württemberg, auch wenn der Flughafen, der bei uns derzeit für die meisten Diskussionen sorgt, in der Schweiz liegt.

Die Anflüge auf den Flughafen Zürich werden seit Jahrzehnten ganz überwiegend über deutsches Staatsgebiet geführt, und die Menschen in Südbaden fordern mehr Lärmschutz und eine gerechte Verteilung der Belastungen – nicht mehr und nicht weniger.

Es ist nicht zu bestreiten: Der Fluglärmstreit belastet die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg. Aber klar ist auch: Trotz dieser Auseinandersetzung arbeiten wir seitens der Landesregierung in vielen Bereichen, gerade auch im Verkehrsbereich, hervorragend mit der Schweiz zusammen, so, wie es sich eben für gute Nachbarn gehört. Auch über die Parteigrenzen hinweg ist zu sagen, dass Baden-Württemberg ein sehr gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit der Schweiz pflegt. Die erste Auslandsreise unseres Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr führte auch in die Schweiz.

Umso wichtiger ist es, dass der ärgerliche Streit über das Thema Fluglärm endlich ausgeräumt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was gibt es Neues zu diesem Thema? Es wurde ja angesprochen, dass wir über die Thematik schon einmal debattiert haben. Aber es gibt jetzt einen aktuellen Anlass für diese Debatte: Bundesverkehrsminister Ramsauer und seine Schweizer Kollegin Leuthard haben vor wenigen Tagen am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos eine Absichtserklärung unterzeichnet. Deutschland und die Schweiz wollen auf der Grundlage von Eckwerten unverzüglich einen Staatsvertrag zur Beendigung der Auseinandersetzungen abschließen. Nach der Vorstellung des Bundesverkehrsministers soll der Staatsvertrag im Sommer dieses Jahres unterschrieben werden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die gesamte Region wurden von dieser Meldung überrascht. Wir waren vorab nicht informiert, geschweige denn eingebunden. Natürlich ist der Bund für die Regelung der Anflüge auf Zürich über deutsches Staatsgebiet zuständig und letztlich auch politisch verantwortlich. Natürlich hat er deshalb auch das Recht, in dieser Sache politisch initiativ zu werden. Aber bisher entsprach es gutem Brauch, dass das Land und auch die Region dabei eingebunden wurden. Deshalb waren wir über das Vorgehen des Bundes in dieser Frage mehr als verwundert. Wir haben uns geärgert.

Herr Minister Hermann hat deshalb in der vergangenen Woche umgehend nach dem Bekanntwerden dieser Absichtserklärung Herrn Bundesverkehrsminister Ramsauer geschrieben. Er hat mitgeteilt, dass wir erstens eine Beteiligung des Landes und der Region bei den nun anstehenden Staatsvertragsverhandlungen erwarten, dass wir zweitens, wie es auch im Koalitionsvertrag steht, hinter den Forderungen der Stuttgarter Erklärung stehen und dass wir drittens für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen eine einseitige Verordnung zur Beschränkung der Anflüge im Sinne der Stuttgarter Erklärung erwarten.

Auch die Region hat ganz ähnlich reagiert. Am Montag – das wurde auch schon angesprochen – haben im Rathaus von Do-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

naueschingen unter dem Warteraum RILAX die politisch Verantwortlichen in Südbaden, Landräte, Abgeordnete des Bundestags und des Landtags, Bürgermeister sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen eine Resolution unterzeichnet, die die Stuttgarter Erklärung bekräftigt. Im Wesentlichen sind es die Forderungen, die auch im Brief aus unserem Ministerium an das BMVBS gerichtet wurden. Auch ich habe diese Resolution unterschrieben und damit den Schulterchluss mit der Region hergestellt.

Meine Damen und Herren, die Eckwerte der Davoser Absichtserklärung sind eher unbestimmt. Darin stehen eben keine konkreten Zahlen oder Festlegungen. Genau deshalb ist diese Absichtserklärung der weiteren Ausformung zugänglich. Wir waren uns jedenfalls in Donaueschingen einig, dass sie mit den Inhalten der Stuttgarter Erklärung konkretisiert werden kann und auch werden muss. Das heißt u. a., die Zahl der Nordanflüge auf maximal 80 000 pro Jahr zu begrenzen, die bestehenden Sperrzeiten beizubehalten – das ist ein ganz wichtiger Punkt – und den Warteraum RILAX bei Donaueschingen aufzuheben.

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht, ob die nun anstehenden Staatsvertragsverhandlungen wirklich den Durchbruch bringen werden. Wir wissen aber: Land und Region werden politisch gemeinsam und in enger Abstimmung in diese Verhandlungen gehen, und wir werden uns für eine deutliche Entlastung hinsichtlich des Fluglärms für die Menschen in Südbaden einsetzen.

Wichtig ist mir auch die Allianz, die in der heutigen Debatte deutlich wurde. Wir sind uns über die Parteigrenzen hinweg einig. Alle Redner haben sich zur Stuttgarter Erklärung bekannt. Das erhöht natürlich unser politisches Gewicht. Ich denke, dass dieses Signal auch in Berlin und in Bern gehört werden wird. Die Debatte hat den Rucksack für die Verhandlungen, von dem vorhin die Rede war, nochmals deutlich mit klaren Inhalten gefüllt. Dafür danke ich Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Wird noch einmal das Wort für die Fraktion GRÜNE gewünscht? – Bitte schön.

**Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, es war eindrucksvoll, zu sehen, wie von allen Parteien Zustimmung zu dieser Stuttgarter Erklärung signalisiert wurde. Die Durchführungsverordnung – um das noch einmal deutlich zu machen – ist ein wichtiger Bestandteil dieser Stuttgarter Erklärung; es geht nämlich um die Sperrzeiten. Dies wurde hier noch einmal bekräftigt. Die Forderung nach einer Auflösung des Warteraums über Donaueschingen wurde auch noch einmal bekräftigt. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen – auch nach außen hin –, dass die Fraktionen hier im Landtag deutlich gemacht haben, dass die Wünsche, die von der südbadischen Bevölkerung vorgebracht werden und die wir uns zu eigen gemacht haben und weiter mit vorantreiben, eine wichtige Grundlage für die Verhandlungen sind.

Wir hoffen, dass der Bund uns an den Verhandlungen beteiligt. Das ist ein ganz wichtiger Wunsch. Auch für uns als Parlamentarier ist es sozusagen existenziell, dass wir daran be-

teiligt werden und auch in der Öffentlichkeit dokumentieren können, dass der Staatsvertrag mit unserer Beteiligung abgeschlossen worden ist. Ich denke, es kann für die partnerschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz nur gut sein, dass ein deutliches Zeichen aus der Bundesrepublik kommt, und zwar sowohl vom Bund als auch vom Land, dass wir dies wollen.

Deshalb kann ich hier auch vonseiten der Fraktion GRÜNE sagen: Vielen Dank für diese Einstimmung. Ich denke, es war eine gute Debatte. Wir konnten endlich auch der betroffenen Bevölkerung sagen, dass wir hinter dieser Erklärung stehen und dass wir hinsichtlich der Durchführungsverordnung hinter ihr stehen.

Vielleicht noch einen Punkt: Lassen Sie uns die Bürgerinnen und Bürger beteiligen, und lassen Sie uns auch die Kommunalpolitiker im südbadischen Raum und uns beteiligen.

Ich glaube, damit wird der Spruch, dass man die Bürger ernst nimmt und beteiligen soll, zur Wahrheit.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schreiner.

**Abg. Felix Schreiner CDU:** Herr Präsident! Heute sind einige Profis hier, was den Fluglärm angeht. Das hat die Debatte gezeigt.

Aber, Herr Kollege Winkler, wenn Sie sagen, die CDU lasse auf einmal Zweifel daran, ob die Randzeiten hinterher noch bestehen, will ich das einmal ausräumen. Völlig klar steht die CDU zu den Randzeiten. Das ist übrigens Teil der Stuttgarter Erklärung, von der wir die ganze Zeit reden. Da gibt es auch überhaupt keinen Interpretationsspielraum.

Übrigens hat der Bundesverkehrsminister das schon am nächsten Tag in einer Telefonkonferenz mit den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Südbaden – Thomas Dörlinger, Andreas Jung und Siegfried Kauder – noch einmal ganz klargemacht. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

– Nehmen Sie es doch einfach so zur Kenntnis.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

Es ist so, und daran gibt es nichts zu interpretieren.

(Beifall des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ein letzter Punkt, weil immer über die bestehende DVO gesprochen wird. Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr in Südbaden aktuell 104 885 Anflüge – eine Steigerung um 4,3 % –, noch immer 80 % der Anflüge aus Norden. Was die DVO angeht, hätten Sie das Problem ja lösen können. Ein Problem, über das wir heute reden, ist, dass die rot-grüne Bundesregierung eine klare Reduzierung der Anflüge nicht hineingeschrieben hat.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Aber warum hat Berlin nicht reagiert?)



(Felix Schreiner)

Zu guter Letzt das Thema Bürgerbeteiligung: Ich glaube, da sind wir mit dem Fluglärmbeirat, der von der CDU-geführten Landesregierung eingeführt wurde, auf dem richtigen Weg. Da ist unter Vorsitz von Frau Staatssekretärin Dr. Splett Bürgerbeteiligung gegeben. Das geht auch in die richtige Richtung. Deshalb ist klar: Wir erwarten, dass die Landesregierung in diesen weiteren Verhandlungen beteiligt wird. Das haben wir dem Bundesverkehrsminister jetzt auch schriftlich mitgeteilt, und wir unterstützen es deshalb auch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Lieber Kollege Schreiner, der letzte Satz war deswegen nicht nötig, weil die rot-grüne Bundesregierung mit der Schweiz ein Abkommen vorbereitet hatte, das das Schweizer Parlament nicht angenommen hat, aber das der Bundestag angenommen hat. Das bedeutet, dass die Schweizer für ihre Interessen abgestimmt haben, und das Abkommen war ihnen völlig egal.

Es geht nicht um das Verhältnis mit den Schweizern, mit den Bürgern, mit den Einwohnern in der Nachbarschaft. Da arbeiten und leben wir gut miteinander. Es geht um einen Flughafen, der Lärm exportiert.

Jetzt zur Information, damit das alle wissen – das wissen nicht alle in Berlin –: Dieser Flughafen hat jede Menge Gerichtsverfahren angestrengt mit dem Ziel, den Lärm exportieren zu dürfen. Bis an den Europäischen Gerichtshof gingen diese Prozesse. Die Schweizer sind unterlegen. Sie wollten sozusagen entscheiden, wie viel Lärm wir zu ertragen haben,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Das steht außer Frage!)

und haben nicht akzeptiert, dass wir entscheiden, wie viel Lärm wir ertragen wollen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Deswegen will ich darauf hinweisen, dass es andere Flughäfen gibt, wo die Lärmsituation anders ist. Hier wird Lärm exportiert, und das soll sogar per Gerichtsbeschluss durchgesetzt werden.

Außerdem gibt es flugtechnisch keinen sachlichen Grund, warum dieser Flugverkehr nicht in der Schweiz abgewickelt werden kann. Der Flughafenbetreiber hat nie nachgewiesen, dass es nur geht, wenn diese Anflüge so stattfinden, wie sie stattfinden.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Auch das steht außer Frage!)

Im Gegenteil: Die Schweizer haben es verweigert, neutral nachweisen zu lassen, dass die Flüge innerschweizerisch reguliert werden können. Das ist der Beweis, dass es nicht um die Organisation eines Betriebs geht, sondern um den Export von Lärm, den wir uns nicht mehr gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich will nur noch auf zwei Punkte der Absichtserklärung eingehen und darauf hinweisen, was unserer Fraktion sehr wichtig ist. Es wurde angedeutet, dass man dann, wenn sich durch technischen Fortschritt der Lärm reduziere, über die Zahl der Flugbewegungen diskutieren könne. Wir wollen diesbezüglich noch einmal klar festhalten: Die 80 000 Anflüge pro Jahr sind ein fester Wert, der nicht zur Diskussion steht – auch nicht in der Stuttgarter Erklärung. Im Moment können wir nicht über Theorien sprechen, die uns überhaupt noch nicht bekannt sind. Wir sollten also auch dieses Thema nicht aufweichen. Das ist ganz wichtig.

Ich halte es für sehr positiv, dass man in der Absichtserklärung eine gemeinsame Luftverkehrskommission vorschlägt, die diesen Staatsvertrag, so er denn abgeschlossen wird, nachhaltig begleitet. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Dort können wir den Fluglärmbeirat, der auf Landesebene bisher gute Arbeit geleistet hat, in dieser Form im Grunde sicherlich weiterführen.

Wenn es, Kollege Raufelder, konkrete weitere Ideen zur Bürgerbeteiligung gibt, müssen Sie sich sputen. Denn wenn der Staatsvertrag im Juli abgeschlossen werden sollte, bleibt nicht mehr sehr viel Zeit. Aber ich glaube, die Grundlage, die jetzt mit der Stuttgarter Erklärung erarbeitet wurde, ist eine gute Basis, mit der wir leben können.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

#### **Aktuelle Debatte – Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Die Mitglieder der Landesregierung werden gebeten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Im Übrigen gilt auch hier § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Kollege Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat diese Aktuelle Debatte beantragt, um zu Beginn dieses Jahres noch einmal einen etwas genaueren Blick auf den Arbeitsmarkt und vor allem auf die Notwendigkeiten und Forderungen zu werfen, die sich landespolitisch für uns daraus ergeben.

Wenn wir den Arbeitsmarkt im Januar 2012 in den Blick nehmen, stellen wir mit einer Arbeitslosenquote von 4,1 % zunächst einmal viel Licht fest.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

(Rainer Hinderer)

Das ist die niedrigste Arbeitslosenquote im Januar seit 1992. Wir haben in Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern.

2011 haben wir eine sehr positive Entwicklung erlebt: Im September letzten Jahres gab es bei uns im Land erstmals über vier Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. In vielen Branchen wird weiter Beschäftigung aufgebaut. Das spricht sicher für die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen und Betriebe. Darüber freuen wir uns.

Bei genauerer Analyse der Zahlen erkennen wir aber auch die Schattenseiten. Gute Zahlen in der Statistik bedeuten noch lange nicht gute Arbeit. So ist z. B. der Zuwachs im letzten Jahr gegenüber 2010 mit 22 000 Stellen an erster Stelle nach wie vor im verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen, aber bereits an zweiter Stelle folgt mit 21 000 neuen Stellen die Zeitarbeitsbranche.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, es ist zu laut. Bitte schenken Sie dem Redner mehr Gehör. Es herrscht hier ein Dauergeräuschpegel, der einfach lästig ist.

Bitte schön, Herr Abg. Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Derzeit sind von insgesamt 75 000 offenen Stellen 27 000 in der Zeitarbeitsbranche. Diese Stellenangebote in der Zeitarbeitsbranche schaffen eben keine nachhaltigen Perspektiven für eine langfristige Integration gerade auch von benachteiligten und langzeitarbeitslosen Menschen. Solange mit Leiharbeit auf breiter Front Lohndumping betrieben wird, wollen wir diesem Treiben nicht tatenlos zusehen. Deshalb fordern wir vom Bundesgesetzgeber, endlich die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn bezahlt wird – „Equal Pay“ heißt das auf Neudeutsch.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein genauer Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt uns auch, dass nach wie vor 20 000 Menschen in Vollzeit sozialversicherungspflichtig arbeiten und zusätzlich ALG II beziehen. Das belastet die Sozialkassen und ist unwürdig für fleißig arbeitende Frauen und Männer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch da wollen wir nicht tatenlos zusehen.

Deshalb fordern wir einen Mindestlohn und ärgern uns maßlos, dass die Bundesratsinitiative, die unsere Ministerin im Dezember 2011 eingebracht hatte – eine Entschließung zur Implementierung eines flächendeckenden Mindestlohns –, vom Wirtschaftsausschuss kassiert wurde.

Trotz guter Konjunktur verfestigt sich auch bei uns die Langzeitarbeitslosigkeit. Über 70 000 Menschen im Land sind langzeitarbeitslos, 27 000 länger als zwei Jahre. 60 % der Arbeitslosen sind in der Grundsicherung, und auch dieser Anteil hat sich verfestigt.

Deshalb werden wir morgen bei der Beratung des Einzelplans 09 einen deutlichen Haushaltsakzent setzen. Mit 5 Mil-

lionen € Landesmitteln wollen wir zwei wichtigen Anliegen Rechnung tragen. Wir stellen zum einen eine sachgerechte Kofinanzierung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sicher. Zum anderen setzen wir mit dann insgesamt 10 Millionen € arbeitsmarktpolitische Impulse, und zwar dort, wo sie dringend erforderlich sind.

Wir schauen auch genau hin, wo sie erforderlich sind, z. B. bei der Situation junger Menschen. Es ist richtig: Wir haben mit 2,6 % die niedrigste Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit. Trotzdem sehen wir, dass nahezu 40 % der Schüler eines Abgangsjahrgangs einer Hauptschule nicht direkt in eine Berufsausbildung gehen und 20 % aller Voraussicht nach überhaupt keine Ausbildung machen. Deshalb fordern wir Ausbildung für benachteiligte Jugendliche in Form der assistierten Ausbildung. Da gibt es sehr bewährte Modelle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nach dem Wegfall von ABM durch die Instrumentenreform der Bundesregierung und anderer Beschäftigungsförderungsmaßnahmen sind mittlerweile die Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung nahezu die einzigen Leistungen, durch die Beschäftigungsförderung betrieben wird. Die sogenannten Ein-Euro-Jobs helfen im Einzelfall durchaus, die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen oder Betroffenen eine Tagesstruktur zu geben. Sie sind jedoch angesichts vieler Einschränkungen kein geeignetes Instrument, um eine sinnvolle Beschäftigung anzubieten oder gar die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Eine Arbeitsgelegenheit, die alle Vorgaben – gemeinnützig, wettbewerbsneutral, zusätzlich und öffentliches Interesse – zu 100 % erfüllt, ist zugleich zu 100 % sinnlos und bietet null Prozent Erfolgsaussichten für eine Vermittlung. Deshalb ist für uns die Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarkts dringend angezeigt. Da ist wieder vor allem der Bundesgesetzgeber gefragt. Bis dieser aber so weit ist – ich gehe davon aus, dass das erst im Jahr 2013 nach der Bundestagswahl der Fall sein wird –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

wollen wir in Baden-Württemberg Modelle entwickeln. Gemeinsam mit den Regionaldirektionen, den Jobcentern und den Sozialbetrieben soll der Passiv-Aktiv-Transfer erprobt werden.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Sehr gut!)

Wir verzichten dabei auf die Voraussetzungen „Zusätzlichkeit“ und „Öffentliches Interesse“. Damit kann auch sinnvolle und produktive Arbeit angeboten werden, und das erhöht die Vermittlungschancen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ schaffen wir eine intelligente Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf und in Sorge um Langzeitarbeitslose und benachteiligte Menschen ist dies ein Gebot der Stunde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Klenk.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Herr Hinderer und die anderen Kollegen aus den Regierungsfractionen, Sie wollen mit neuen Ideen benachteiligten Menschen bessere Chancen für eine dauerhafte Beschäftigung eröffnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Wir haben schon bei den Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gesagt: Dagegen wollen wir uns nicht stellen. Wir unterstützen es sogar und haben dies auch durch unser Abstimmungsverhalten getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn wir sichergehen können, dass es Ihnen tatsächlich ernsthaft darum geht, diese Menschen durch eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit mittelfristig – wir wissen, was „mittelfristig“ heißt; das kann auch fünf Jahre bedeuten – zu einer nachhaltigen Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt zu führen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist immer das Ziel!)

und dass es Ihnen nicht darum geht, in erster Linie – ich drücke es einmal böse aus – Ihnen nahestehenden Einrichtungen etwas Gutes tun zu wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja!)

Deshalb wird die Praxis, Herr Schmiedel, schnell zeigen, wie ernst es Ihnen, aber auch genau jenen Einrichtungen mit der Überführung der Menschen in den ersten Arbeitsmarkt wirklich ist.

Ein Beschäftigungsprogramm für bestimmte Gruppen lehnen wir ab und brauchen wir nicht.

In einem Punkt – das müssen wir schon anmerken – halten wir Ihr Konzept für ein wenig naiv. Herr Kollege Hinderer hat das auch angesprochen. Die Zuständigkeit ist eigentlich klar, was den Arbeitsmarkt anbelangt.

Wenn Sie glauben, dass Ihr Konzept zum Erfolg führt – das wollen wir auch – und dass Sie im Nachhinein einfach der Bundesregierung sagen müssen: „Übernehmt das Konzept, ihr dürft es auch bezahlen“, dann kann ich nur sagen, dass wir unsere Erfahrungen damit gemacht haben: Wir haben modellhaft die Schulsozialarbeit eingeführt, weil sie gut und wichtig war; wir stehen noch heute dazu.

(Zuruf von der SPD: Nicht mehr so ganz! – Abg. Rainer Hinderer SPD: Abgeschafft!)

Als es aber um die Einführung in der Fläche und die Bezahlung durch die Zuständigen ging

(Zurufe, u. a. Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da haben Sie sich zurückgezogen!)

– nein, nein –, haben wir gemerkt, was für ein Aufschrei durch das Land geht.

Sie dürfen Ihren Ansatz im Haushalt entsprechend einbringen; das tun Sie auch. Davon kommen Sie nie mehr weg. So wird es Ihnen bei diesem Programm auch gehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und Sie sind dagegen? – Gegenruf von der CDU: Blödsinn! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn es sich bewährt, wird es fortgesetzt und nicht abgeschafft!)

Lieber Herr Schmiedel, wir führen das Programm zu einem Zeitpunkt ein, zu dem die Arbeitslosenquoten relativ gut sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht bei den Langzeitarbeitslosen!)

Wenn sich die Zeiten einmal wieder verschlechtern, dann werden wir – das sage ich Ihnen schon heute – vermutlich nicht mehr aussteigen können und letztlich andere finanzielle Wege dafür finden müssen.

Zurück zum Konzept: Zunächst einmal ist grundsätzlich festzustellen, dass sich das Landesarbeitsmarktprogramm aus fünf Bausteinen zusammensetzt. Nach den Aussagen der Frau Ministerin im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sind davon aber nur drei mit finanziellen Mitteln unterlegt. Da wäre zum einen – Herr Kollege Hinderer hat es angesprochen – der Passiv-Aktiv-Tausch. Dafür sind 3 Millionen € veranschlagt. Dann gibt es die modellhafte Unterstützung von Arbeitslosenzentren und Beschäftigungsförderstellen mit 1,57 Millionen €. Der Bereich „Arbeit und Gesundheit“ erhält 250 000 €.

Ausgerechnet für die Ausbildung Benachteiligter und für die Sicherung der Nachhaltigkeit sowie die Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt werden keine Mittel bereitgestellt. Gerade dies sollte eigentlich unser Hauptziel sein.

Da scheint es fraglich, ob durch ein solches Konzept überhaupt ein dauerhafter Erfolg erreicht werden kann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr fraglich!)

Im Übrigen halten wir vor einer Umsetzung des Programms eine aktuelle Bestandsaufnahme des Arbeitsmarkts im Land für notwendig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die haben wir doch!)

Die Beschäftigung in Baden-Württemberg – auch das hat der Kollege schon angesprochen – hat einen historischen Höchststand erreicht. Es gab noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land wie bisher. Die Arbeitslosenquote im Januar war zuletzt so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Sie haben den Bund angesprochen. Sie haben Kritik geäußert. Wir sagen Ihnen: Seit die CDU/CSU im Jahr 2005 die Führung der Bundesregierung übernommen hat, hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen bundesweit halbiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Land ist von über 110 000 auf knapp über 63 000 gesunken.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Klenk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stoch?

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Am Schluss.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Langweilig! Immer am Schluss!)

Man muss schon in Erinnerung rufen, was unser Ausgangspunkt ist, meine Damen und Herren. Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD – vielleicht hätte sich die Frage von Herrn Kollegen Stoch darauf bezogen – wissen noch, an welchen Entwicklungen sich ihr ehemaliger Kanzler einmal messen lassen wollte.

Nach einem signifikanten Rückgang in den Jahren 2008 und 2009 ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen insgesamt wieder auf das Niveau von 2005 gestiegen. Diese Zahl wurde aber auch nicht überschritten. Daraus ergeben sich für uns folgende Schlussfolgerungen:

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg stand in den letzten 20 Jahren nicht so gut da wie heute. Das ist maßgeblich auch – ich sage es noch einmal – der guten Arbeitsmarktpolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung geschuldet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Felix Schreiner CDU: Genau!)

Wenn wir gerade bei den Entwicklungen in den Krisenjahren sind, sollten wir auch alle anderen Beteiligten lobend erwähnen. Dazu gehören sowohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber, aber auch Gewerkschaften. Das wollen wir einfach festhalten. Das war vorbildlich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die SPD hat das vorangebracht! Wir waren damals in der Opposition! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Die wollen doch gar nichts mehr gemacht haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt derzeit auch überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass die aktuelle Arbeitsmarktpolitik des Bundes zulasten der Langzeitarbeitslosen im Land geht. Auch die Langzeitarbeitslosen haben teil an unserem derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung, wenn auch nicht so stark wie andere Gruppen – aber sie nehmen teil.

Dennoch ist es natürlich richtig – jetzt sind wir wieder beieinander –, zu schauen, wie die Situation dieser Menschen weiterhin verbessert werden kann. Insofern haben wir gegen Ihr angekündigtes Programm, wie ich schon eingangs gesagt habe, keine grundsätzlichen Einwände.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was jetzt?)

Es müssen allerdings die richtigen Anreize gesetzt werden. Es muss um Ausbildung und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt und darf nicht um dauerhafte Alimentierung im zweiten Arbeitsmarkt gehen. Dann sind wir beieinander.

Hier kommt es entscheidend auf die konkrete Ausgestaltung Ihres Programms an. Wie sollen denn – diese Fragen haben wir schon im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gestellt – die Teilnehmer für das Projekt ausgesucht werden? Wie werden Konkurrenzen zur Vermittlung durch die Jobcenter vermie-

den? Wie wird dem Aspekt Aus- und Fortbildung im Rahmen des Projekts Rechnung getragen? Das sind viele Fragen, die einfach noch offen sind. Wir haben zum Schluss, weil so viele Fragen offen sind, Frau Ministerin, angeregt, einen gemeinsamen Beirat hier aus dem Parlament über alle Fraktionen hinweg zu bilden. Wir würden uns hier gern aktiv einbringen. Sie haben das abgelehnt. Denken Sie einfach noch einmal darüber nach.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Das eine schließt das andere nicht aus!)

**Präsident Guido Wolf:** Bitte, Herr Kollege Stoch, Ihre Nachfrage.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Herr Kollege Klenk, Sie haben sich getäuscht, was den Inhalt der Frage angeht. Sie haben brav im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mitgeschrieben, indem Sie die 5 Millionen € summiert haben. Aber jetzt frage ich Sie: Ist Ihnen nicht bekannt, dass gerade bei solchen Programmen, die die Landesregierung jetzt anschiebt und unterstützt, Kofinanzierungsmittel der Europäischen Union vorhanden sind, sodass wir insgesamt auf ein Volumen von 10 Millionen € kommen wollen? Ihre Rechnung hört bei 5 Millionen € abrupt auf. Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass Kofinanzierungsmittel der EU zur Verfügung stehen, mit denen insgesamt ein Volumen von 10 Millionen € erreicht werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Kollege Stoch, das ist natürlich bekannt, und es ist auch ehrenwert. Ich habe mit meinen Ausführungen gemeint: Wir starten zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeitslosenquoten relativ gut sind, mit 5 Millionen €. Ich sage Ihnen: Wenn das Programm läuft und erfolgreich ist, glauben Sie bitte nicht – wir glauben es nicht –, dass dann der Bund automatisch einsteigt. Dann werden wir gemeinsam hier darüber beraten dürfen – wie auch zu anderen Zeiten –, wie wir möglicherweise auch den Anteil des Landes entsprechend erhöhen dürfen. Das ist die Sorge, die ich schon heute habe.

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Intervention, Herr Kollege Stoch. Denn ich glaube, es ist schon wichtig, dass man aufklärt und nicht, wie Herr Kollege Klenk, wieder auf ein anderes Gleis abgleitet. Es ist durchaus klar, wie die Zahlen hinterlegt sind, die hinter dem Landesarbeitsmarktprogramm stehen. Dies haben Sie jetzt am Ende aber auch nicht bestritten.

Beim Thema Mitnahmeeffekt muss man sagen: Man darf nicht immer nur von sich auf andere schließen. Natürlich werden wir das Thema überprüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Uns ist aber auch klar, dass wir den Kahlschlag in der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes hier im Land nie und nimmer

(Thomas Poreski)

ausgleichen können. Dafür brauchten wir neue Mehrheiten im Bund. Aber – darum geht es – wir können hier eigene Akzente setzen. Die grün-rote Koalition hat sich deshalb sehr früh auf ein Landesarbeitsmarktprogramm verständigt. Dieses Versprechen halten wir mit dem Volumen von 10 Millionen € im Jahr 2012.

Bei diesem Programm greifen mehrere Elemente ineinander. Das ist zum einen die unterstützte Ausbildung, auch in Teilzeit. Gedacht ist sie für junge Menschen, die ohne zusätzliche Unterstützung eine Ausbildung nicht bewältigen können. Wir sagen damit: Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten: Mit den sogenannten Jobcoaches für Menschen mit Vermittlungshemmnissen, die diese Menschen ganzheitlich begleiten, eröffnen wir neue Brücken in den ersten Arbeitsmarkt, die es sonst nicht gibt.

Drittens geht es um eine nachlaufende Assistenz für Personen, die in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden sind, aber nach aller Erfahrung sehr schnell wieder herauszufallen drohen. Damit sichern wir die Nachhaltigkeit der Arbeitsvermittlung; auch das ist wichtig und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Viertens geht es um eine unabhängige Erwerbslosenberatung unter Beteiligung von selbstverwalteten Erwerbslosenzentren und der Wohlfahrtspflege. Wir ermöglichen damit eine neuartige Kooperation, mit der nicht nur die zivilgesellschaftlichen Strukturen gestärkt werden, sondern auch neue, niederschwellige Zugänge für Personen ermöglicht werden, die von der Arbeitsverwaltung sonst nicht erreichbar wären.

Darüber hinaus werden wir diese Strukturen gezielt nutzen, um Konflikte zwischen den Betroffenen und der Arbeitsverwaltung – da gibt es sehr viele Konflikte – möglichst im Vorfeld und im Konsens zu lösen, bevor es zu Rechtsstreitigkeiten kommt. Wir bieten also einen Beitrag zur sozialen Teilhabe und fördern den sozialen Frieden.

Herzstück unseres Programms ist ein innovatives Konzept, und zwar – der Kollege hat es schon erwähnt – der sogenannte Passiv-Aktiv-Transfer, manchmal auch Passiv-Aktiv-Tausch genannt. Dabei geht es um Menschen in Baden-Württemberg, die trotz brummender Konjunktur chancenlos sind, weil sie „nur“ 30 bis 70 % der Arbeitsleistung erbringen, die normalerweise notwendig ist, um dauerhaft im ersten Arbeitsmarkt verankert zu sein.

Hinter diesem Passiv-Aktiv-Transfer – das betrifft immerhin 70 000 Menschen – steht eine ganz einfache Grundüberlegung: Wenn man für diese Personen nichts tut, bekommen sie unbegrenzt Arbeitslosengeld II und eine Erstattung der Unterkunftskosten und sind vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Aber genau dieses Geld, diese Summe, kann eingesetzt werden, um einerseits einen zu niedrigen Produktivlohn auf einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde aufzustocken und andererseits die notwendige psychosoziale Begleitung und Qualifikation dieser Menschen zu gewährleisten.

Diese Maßnahme kann fortgesetzt werden, solange ein Bedarf besteht; den muss man natürlich regelmäßig überprüfen.

Die Betroffenen – das ist das Entscheidende; das ist ein guter Tausch – bekommen so Arbeit in einer gesicherten Perspektive mit einer vollwertigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Darauf hätten sie sonst nie eine Chance; das war für sie bisher unerreichbar. Der Staat zahlt zwar weiterhin Transfers – zumindest vorläufig, solange der Bedarf besteht –, die Begünstigten zahlen aber vom ersten Moment an Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, und sie leisten einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung.

(Beifall bei den Grünen)

Für mich ist ganz klar: Der Passiv-Aktiv-Tausch hat das Zeug zum Regelinstrument im Bund – mit neuen Mehrheiten sowieso.

(Beifall der Abg. Manfred Lucha und Bärbli Mielich  
GRÜNE)

Aber auch schon heute gibt es Kollegen von der CDU und der FDP, die dafür offen sind. Reden Sie einmal mit diesen Kollegen. Diese wissen, warum sie dafür offen sind. Das Problem ist momentan aber: Das Land zahlt dafür drauf. Daher lautet mein Appell an alle: Ermöglichen Sie durch eine Gesetzesänderung im Bund, dass die Länder und Kommunen dieses Konzept auf breiter Front überprüfen und erproben können. Das kostet gegenüber heute – das ist, finde ich, ein wichtiger Punkt – keinen Cent zusätzlich, aber es bietet die Chance auf einen Gewinn für alle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in Baden-Württemberg“, das ist, glaube ich, etwas, was wir alle vom Grundsatz her wollen. Ich habe auch bereits im Haushaltsausschuss gesagt, dass wir es grundsätzlich für richtig halten, dieses Thema ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Ihr sogenanntes Herzstück ist aber das, was wir kritisieren. Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Wir wissen auch, wie sich die angesprochenen 10 Millionen € aus den fünf Bausteinen zusammensetzen. Ihr sogenanntes Herzstück ist aber das, was wir vom Grundsatz her ablehnen. Darauf will ich in aller gebotenen Kürze eingehen.

Das Ziel dieser Maßnahme ist, 500 Langzeitarbeitslose – gemessen an der Gesamtzahl von 60 000 sind das 0,8 % – über einen Zeitraum von drei Jahren zu fördern. Gefördert werden soll staatlicherseits 24 Monate lang, und sechs Monate lang soll der Arbeitgeber dies übernehmen. Schon allein dieser Gedankengang – Herr Kollege Poreski hat gerade gesagt, die Langzeitarbeitslosen würden 30 bis 70 % der Arbeitsleistung – ich kann es nicht bewerten; Sie sind da vielleicht tiefer in der Materie –

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja!)

(Jochen Haußmann)

erbringen. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass dies nach den drei Jahren gar nicht mehr im ersten Arbeitsmarkt fortgeführt werden kann.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Nein, falsch!)

Denn sonst müsste man doch überlegen: Wenn das Programm Erfolg hat, warum soll es dann nur sechs Monate lang durch den Arbeitgeber weitergeführt werden? Das ist doch gar nicht durchdacht. Da müssten die Arbeitgeber, die diese 500 Stellen schaffen, bereit sein, das Programm nicht nur um sechs Monate zu verlängern, sondern es zumindest für die gleiche Zeit weiterzuführen, damit das System auch nachhaltig ist. Das, glaube ich, fehlt bei diesem Programm.

Wenn man das auf 60 000 Langzeitarbeitslose hochrechnet, dann brauchten Sie Jahr für Jahr ein Volumen von 900 Millionen €, um der Langzeitarbeitslosigkeit wirklich den Kampf anzusagen.

Wir haben bei diesen fünf Bausteinen nachgerechnet. Uns ist etwas aufgefallen. Ich gehe einmal davon aus, dass die 500 Langzeitarbeitslosen über die 24 bzw. 30 Monate einen Vertrag bekommen. Dann müsste doch im Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht werden, weil wir schon für die Jahre 2013 und 2014 Geld ausgeben. Ich habe im Haushaltsplan nichts dazu gefunden. Sie müssen jedes Jahr 10 Millionen € dafür ausgeben, wenn Sie – das unterstellen wir einmal – diese fünf Bausteine fortführen wollen. Denn dies betrifft auch Ihren Baustein „Sicherung der Nachhaltigkeit der Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt“, und es betrifft auch die modellhafte Unterstützung von Arbeitslosenzentren.

Dabei fehlt mir die Nachhaltigkeit. Es müsste gleich jetzt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Millionen €, 12 Millionen € oder mehr im Haushaltsplan enthalten sein. Diese ist nicht enthalten. Insofern ist meine Frage – die Frau Ministerin wird sie beantworten können –, ob dann die ganzen Programme zunächst einmal nur für dieses Jahr gedacht sind oder ob geplant ist, längerfristig Sicherheiten zu schaffen.

Wir meinen nicht, dass alle fünf Bausteine grundsätzlich schlecht sind. Wir unterstützen beispielsweise den Baustein „Sicherung der Nachhaltigkeit der Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt“, bei dem Sie 400 Personen für die soziale Begleitung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen ins Berufsleben einsetzen möchten; denn das ist ein Punkt, den die Bundesagentur für Arbeit selbst nicht leisten kann.

Es darf aber schon einmal die Frage erlaubt sein, wie der Passiv-Aktiv-Tausch gedacht ist. Denn die 400 € Eingliederungshilfe der Bundesagentur für Arbeit sind vom Gesetzgeber als individuelle Leistung gedacht, sodass wir nicht einfach pauschal sagen können: Diese 500 Personen bekommen sie. Genauso verhält es sich bei der Bereitstellung von 350 € für die Unterkunft und Verpflegung durch die Landkreise. Auch das kann man nicht einfach in den Arbeitslohn hineinschieben.

Ich habe die große Sorge, dass wir einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, den wir dann im Grunde genommen weiterführen müssen, weil genau aus dem genannten Grund kein Automatismus des Übergangs in den ersten Arbeitsmarkt entsteht.

Deswegen brauchen wir eine nachhaltige Qualifizierung. Sie verteufeln immer die Instrumentenreform. Pro Kopf werden übrigens mehr Mittel eingesetzt als unter der rot-grünen Bundesregierung. Wir haben pro Kopf einen höheren Mitteleinsatz. Was die Weiterbildung anbelangt, waren es im Jahr 2005 unter der Bundesregierung Schröder 2 Milliarden €. Für 2012 sind 3 Milliarden € geplant. Das ist das, was wir brauchen.

Die Arbeitsagenturen haben inzwischen mehr Möglichkeiten der freien Förderung und der Beschäftigungsförderung bekommen. Sie können genau an den Punkten ansetzen, bei denen dies nötig ist, nämlich bei der Qualifikation, auch bei der Vereinbarkeit der Weiterbildung und der Familie. Deswegen plädieren wir dafür – wir haben die Agentur für Arbeit; wir haben die Jobcenter, die Landkreise, die Kommunen, die sich engagieren –, dass sich das Land nicht noch zusätzlich als weiterer Part mit hineindrängt.

Wir brauchen auf regionaler Ebene Netzwerke. Das sagen Ihnen auch die Agenturen für Arbeit, denn sie machen viel mit den Handwerkskammern, den IHKS, mit Wohlfahrtsunternehmen, mit Kirchen, mit Arbeitgebern. Das ist das, was wir auf lokaler Ebene brauchen. Die Mittel dafür hat die Agentur für Arbeit zur Verfügung.

Ich vermissе bei diesem Programm, bei dieser Arbeitsmarktpolitik, die man jetzt so groß lobt, die Themen Fachkräfte- und Ingenieurmangel und auch Azubimangel völlig. Wir haben einen Rekord an Ausbildungsabschlüssen in der Bundesrepublik. Obwohl es weniger junge Leute gibt, gibt es 1,8 % mehr Ausbildungsabschlüsse.

Für eine aktive Landesarbeitsmarktpolitik müssen wir zur Sicherung der Innovation und des Wohlstands auch die Themen Qualifikation, Fachkräfte- und Ingenieurmangel angehen. Dazu höre ich aber gar nichts. Eine vom Land flankierte Arbeitsmarktpolitik sieht anders aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Regierung spricht Frau Sozialministerin Altpeter.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Punkte des Konzepts „Gute und sichere Arbeit für Baden-Württemberg“ eingehe, einiges voranstellen.

Zunächst möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben. Baden-Württemberg ist im Januar 2012 wieder an die erste Stelle gerückt und verzeichnet die geringste Arbeitslosenquote in der ganzen Bundesrepublik. Dies ist unter Grün-Rot geschehen und nicht, wie vorher verlautbart, unter Schwarz-Gelb.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Tata, tata, tata! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man merkt, dass der Schmotzige Donnerstag naht!)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Es wurde angesprochen, in dem Programm sei nichts zum Thema – –

(Unruhe)

– Herr Präsident.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Bitte schön.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Danke schön.

Es wurde angesprochen, das Programm „Gute und sichere Arbeit in Baden-Württemberg“ enthalte nichts zum Thema Fachkräftemangel. Dazu möchte ich vorab sagen, dass Ihnen offensichtlich entgangen sein muss, dass wir in Baden-Württemberg eine Allianz für Fachkräfte haben, die zwischen dem Finanz- und Wirtschaftsministerium und meinem Ressort aufgeteilt ist,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Reste!)

in der wir uns sehr intensiv darum kümmern, Fachkräfte für die Zukunft zu gewinnen, insbesondere in den von Ihnen genannten Ingenieurberufen, aber auch in den Pflegeberufen.

In diesem Zusammenhang ergreifen wir mehrere Maßnahmen. An dieser Stelle möchte ich eine Maßnahme stellvertretend nennen. Wir wissen, dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung, aufgrund der Überalterung der Gesellschaft in Zukunft Fachkräfte brauchen. Wir wissen aber auch, dass es noch Potenzial gibt, das wir erschließen können. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen möchte ich Sie darum bitten, das Programm „Gute und sichere Arbeit“ nicht isoliert, sondern in einer Gesamtschau zu betrachten; denn zu guter und sicherer Arbeit gehören nicht nur einzelne Maßnahmen, die einem Arbeitsmarktprogramm zugeordnet werden können, sondern zu guter und sicherer Arbeit gehört auch, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen gut und sicher in Baden-Württemberg arbeiten können. Dazu gehört der Mindestlohn genauso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Ausbau der Kinderbetreuung im Land. Ich denke, mit dem Pakt mit den Kommunen haben wir eine sehr gute Arbeit geleistet, sodass wir den Ausbau vorantreiben können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht allerdings an vielen Langzeitarbeitslosen vorbei. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist aber zentral für die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb stellen wir uns mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ dieser zentralen Herausforderung.

Die guten Arbeitslosenzahlen zeigen leider nicht die ganze Wirklichkeit in unserem Land. Wir müssen feststellen, dass die Zahl unsteter, atypischer Arbeitsverhältnisse zunimmt, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt, insbesondere bei Menschen mit mehreren sogenannten Vermittlungshemmnissen, besser gesagt: mit mehreren Problemlagen.

Wir müssen feststellen, dass die Zahl der Beschäftigten, die von ihrem Lohn nicht leben können, und damit auch die Zahl der Aufstocker zunimmt. Wir müssen feststellen, dass fast 60 % der Arbeitslosen bei uns im Land Leistungen nach dem SGB II, also Hartz IV, beziehen.

Wir müssen feststellen, dass noch immer zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen oder keine passende Ausbildungsstelle finden.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Wir müssen feststellen, dass noch immer Migrantinnen und Migranten sowie Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Wir stellen uns mit dem Konzept dieser Herausforderung, und in Verbindung mit dem Tariftreuegesetz sind wir sicherlich auf dem Weg, Baden-Württemberg zu einem Musterland guter Arbeit zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zuruf von der CDU: Das sind wir doch schon!)

Sie haben sicherlich recht – das möchte ich an dieser Stelle auch sagen; ich habe wohl die Töne vernommen –, wenn Sie von den Oppositionsfraktionen die Zielsetzung einer guten und sicheren Arbeit grundsätzlich mittragen. Dennoch ist für die Arbeitsmarktpolitik insgesamt – das haben Sie richtig gesagt – eigentlich die Bundesregierung zuständig. Was müssen wir da feststellen? Die Bundesregierung beklagt einerseits einen Fachkräftemangel, andererseits werden über das sogenannte Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen, von anderen auch „Instrumentenreform“ genannt, die Mittel für Qualifizierung radikal gekürzt. Damit geht die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen Weg, der zur Verwahrung und nicht zur Teilhabe führt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Haußmann, eines hat mich schon gewundert. Ich habe gehört, dass Sie grundsätzlich auch dafür sind, Arbeitslose, die schon lange Arbeitslosengeld beziehen, zu qualifizieren, dass immer die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt das Ziel sein muss. Das deckt sich mit unseren Zielen. Darum haben wir das Programm „Gute und sichere Arbeit“ überhaupt erst entwickelt. Wenn Sie unsere Ziele grundsätzlich mittragen und gleichzeitig eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2013 und 2014 fordern, dann muss ich mich schon fragen, warum Sie im Finanzausschuss einen Antrag zur Streichung der Mittel für das Arbeitsmarktprogramm eingebracht haben. Hier scheint mir die Argumentation nicht unbedingt geradlinig zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zentrales Ziel des Konzepts „Gute und sichere Arbeit“ ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und dabei so viele Arbeitslose wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder sie wieder an ihn heranzuführen. Es geht also nicht um Alimenterung, sondern um Beschäftigung, um Qualifizierung als die zentralen Aufgaben.

Wir wissen, dass 40 % der Schulabgängerinnen und -abgänger, die in Baden-Württemberg den Weg in das berufliche Aus-

(Ministerin Katrin Altpeter)

bildungssystem suchen, zunächst in Überbrückungsmaßnahmen landen. Deswegen fördern wir gezielt Projekte, die jungen Menschen den Weg in die duale Ausbildung ohne Umwege ermöglichen. Natürlich tun wir das nicht ausschließlich mit Landesmitteln, sondern wir verwenden hierfür auch EU-Ko-finanzierungsmittel, die sich logischerweise nicht im Haushalt des Landes für das Jahr 2012 finden.

Ich möchte noch eines erwähnen, weil gesagt wurde, das Programm würde sozusagen singular nur von der Landesregierung verfolgt, ohne andere mit ins Boot zu nehmen. Alle Bausteine sind in enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit, mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den Trägern entwickelt worden, weil es nur so geht. Wenn wir die Themen Langzeitarbeitslosigkeit und „Förderung von Ausbildung“ angehen, dann geht das nur, wenn alle Akteure zusammenarbeiten.

In diesem Zusammenhang seien auch die Landkreise genannt. Dazu möchte ich sagen, dass ich schon sehr viele Bewerbungen von Landkreisen auf meinem Schreibtisch habe, und nicht wenige der Landräte, die mir geschrieben haben, gehören Ihren Parteien an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: SPD-Landräte können nicht geschrieben haben! Das ist klar!)

Deshalb gehe ich davon aus, dass außer bei Ihnen die Akzeptanz im Land sehr groß ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten die Ausschreibungen für die Projekte vornehmen. Ich gehe davon aus, Herr Haußmann: Auch wenn wir vielleicht nicht alle erreichen können, weil wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, die durch die Bundesregierung vorgenommenen Streichungen nicht kompensieren können, ist es doch wichtig, dass wir Teilhabe gewährleisten können und dass wir Menschen für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren können. Das muss unser aller Ziel sein. Ich bin mir sicher, dass die Punkte, die wir entwickelt haben, die richtigen sind, um die Menschen, die wir in Zusammenarbeit mit den Landkreisen, mit der Arbeitsagentur und den Wohlfahrtsverbänden fördern können, wieder in Arbeit bringen zu können. Ich bin mir sicher, dass uns dies gelingt, sodass es eine gute Zeit für gute und sichere Arbeit in Baden-Württemberg ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht erneut Kollege Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank an Frau Ministerin Altpeter für ihre Ausführungen, die, glaube ich, noch einmal deutlich gemacht haben, worum es bei diesem Programm im Kern geht.

Herr Kollege Klenk, wir freuen uns, dass Sie keine grundsätzlichen Einwände gegen dieses Programm haben. Wenn Sie die Forderung aufstellen, dass das Ziel sein müsse, alle mit diesem Arbeitsprogramm geförderten Personen mittelfristig in

den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, dann sind wir ganz nah beieinander. Deshalb wollen wir auch die Kriterien „Zusätzlichkeit“ und „Öffentliches Interesse“ beseitigen, damit sinnvolle Arbeit stattfinden kann, damit sogar dem Grunde nach auch gewerbliche Unternehmen die Menschen einstellen können. Die Erfahrung lehrt allerdings, dass gewerbliche Unternehmen, die am ersten Arbeitsmarkt agieren, mit dieser Personengruppe relativ wenig anfangen können und deshalb natürlich zunächst einmal die Sozialbetriebe im Land gefordert sind.

Wenn Sie, Herr Kollege Klenk, uns dann allerdings vorwerfen, wir würden insbesondere uns nahestehende Einrichtungen im Auge haben oder fördern, dann ist das schon eine etwas böswillige Unterstellung.

(Unruhe bei der CDU)

In erster Linie sind die Einrichtungen, die in Baden-Württemberg im Bereich der Arbeitslosenhilfe tätig sind, große Einrichtungen der Diakonie, der Caritas und des DPWV.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die stehen uns ja nahe!)

Die stehen Ihnen doch hoffentlich genauso nahe wie uns. Wenn Sie auf die AWO anspielen: Die macht – z. B. in Heidenheim – gute Arbeit. Es handelt sich aber um wenige und sehr kleine Einrichtungen, die in dem Handlungsfeld, über das wir heute reden, überhaupt tätig sind. Insofern ist das eine komische Unterstellung.

Herr Haußmann, dass Sie Arbeitsmarktpolitik nicht unter sozialen Gesichtspunkten sehen wollen oder können, das verstehen wir oder können es zumindest nachvollziehen. Aber der wirtschaftspolitische Aspekt dieses Programms müsste Ihnen doch deutlich sein. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der die Arbeitsmarktzahlen gut sind, in der wir schauen müssen, dass wir genug Fachkräfte bekommen, und in der wir dafür sorgen müssen, dass jeder junge Mensch, der die Schule verlässt, eine Ausbildung machen kann, müssten Ihnen doch unsere Angebote mit der assistierten Ausbildung oder auch mit der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, um insbesondere auch den Fachkräftebedarf der Zukunft abdecken zu können, nahekommen.

Ich habe die 900 Millionen €, die Sie für den Fall, dass wir das flächendeckend machen wollen, ausgerechnet haben, nicht nachgerechnet. Ich gehe davon aus, dass Sie richtig gerechnet haben. Eines kann ich Ihnen aber sagen: Diese 900 Millionen € werden in jedem Fall ausgegeben; die brauchen wir für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die brauchen wir für die Kosten der Unterkunft. Insofern ist es doch sinnvoller, wir finanzieren Arbeit statt Passivität, und es ist auch sinnvoller, wir fördern die Arbeit, indem wir Menschen auch eine Tagesstruktur geben und ihnen bessere Perspektiven auf eine Vermittlung verschaffen.

Das wird nicht bei allen gelingen. Ich denke, das muss auch erwähnt werden, wenn wir diese Debatte hier ehrlich führen wollen. Es gibt Menschen im Land, die langzeitarbeitslos sind, die so arbeitsmarktfern sind, dass sie einfach längerfristig auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden. Aber auch bei diesen Menschen ist es besser, ihnen eine Tagesstruk-



(Rainer Hinderer)

zur zu geben, ihnen eine Arbeit zu geben, als sie dauerhaft zu alimentieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb ist es ein gutes Programm, und deshalb haben wir trotz der Erfahrungen, die wir mit schwarz-gelber Arbeitsmarktpolitik im Bund gemacht haben, die Hoffnung, dass die Ergebnisse dieses Programms so gut sein werden, dass sie auch vom Bund übernommen werden – wenn nicht von Schwarz-Gelb, dann spätestens von Rot oder Rot-Grün nach der Bundestagswahl 2014.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rot-Rot-Grün!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Klenk.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Lieber Kollege Hinderer, ich habe nicht unterstellt, dass Sie ausschließlich Ihnen nahestehende Einrichtungen unterstützen, sondern ich habe gesagt, Sie müssen in den nächsten Jahren den Beweis dafür antreten, dass dem nicht so ist; denn diesen Eindruck kann man auf den ersten Blick bekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist billige Polemik!)

Sie haben richtig angeführt: Unser gemeinsames Ziel muss es sein, möglichst viele der Menschen, die sich noch heute in der Langzeitarbeitslosigkeit befinden, in den ersten Arbeitsmarkt zu führen.

Liebe Frau Ministerin, Sie haben alle aufgezählt, die Sie im Vorfeld in das Gespräch eingebunden haben. Wenn Sie aber auch eine breite Zustimmung hier im Parlament wollen und wir das möglicherweise in Richtung Berlin transportieren und Seite an Seite mit Ihnen kämpfen sollen, dann wäre es sicherlich nicht darauf angekommen, den Kreis um Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien zu erweitern. Gehen Sie noch einmal in sich, und überlegen Sie sich, ob Sie nicht uns vonseiten des Parlaments in diesen Beirat einbinden. Dafür wären wir Ihnen dankbar.

Was die Transparenz der Zahlen anbelangt: Es ist korrekt – Kollege Stoch hat vorhin nachgefragt –, hinsichtlich der 5 Millionen € aus dem ESF-Topf hätten Sie Transparenz ausüben und nachweisen können, woher Sie diese 5 Millionen € genommen haben. Denn diese Mittel stehen seit 2009 zur Verfügung; die haben Sie ja woanders abgezwickelt. Das hätte zur Klarheit beigetragen.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ansonsten schauen wir einfach mal, wie es läuft. Wir haben noch Zweifel. Nur, Frau Ministerin: Ob wir hier nach drei Jahren tatsächlich schon aussagekräftige Erfahrungen vorweisen können, wird sich zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Klenk, lieber Kollege Haußmann, ich habe schmerzhaft zur Kenntnis genommen, dass Sie ausgerechnet an dem Herzstück, das wir beschrieben haben, offensichtlich sehr viel herumzukritteln haben. Es hat mir nicht mehr ganz so wehgetan, als ich dann gemerkt habe, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hoffentlich tut Ihnen sonst nichts weh!)

Das macht die Sache ein bisschen einfacher, denn dann kann man vielleicht noch aufklären.

Wenn Sie uns nicht glauben – das nehme ich Ihnen nicht übel –:

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es gibt auch in der CDU und sogar in der FDP Leute, die hinter diesem Konzept stehen, die es verstanden haben.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Ich empfehle Ihnen ein Gespräch mit dem sozialpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Pascal Kober, der es sehr wohl verstanden hat. Vielleicht lernt man manchmal nicht nur von anderen, sondern auch von den eigenen Leuten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Damit es klar ist: Es geht bei diesem speziellen Landesarbeitsmarktprogramm um einen besonderen Personenkreis. Es geht nicht um die gesamte Arbeitsmarktpolitik. Die Ministerin hat das gut ausgeführt. Bei diesem Programm geht es um die Leute, die unter den heutigen Voraussetzungen vom normalen Arbeitsmarkt abgehängt sind oder abgehängt zu werden drohen. Das sind z. B. Leute, die knapp einen Schulabschluss geschafft haben und schon bei der Ausbildung anfangen zu straucheln. Für die können wir etwas tun. Dafür gibt es erprobte Konzepte. Dem haben Sie auch im Grundsatz nicht widersprochen.

Für diese Menschen können wir auch dann etwas tun, wenn sie wirklich nur minderleistungsfähig sind – ich sage einmal dieses böse Wort –, weil sie aufgrund unterschiedlicher Probleme, die sie haben, nur etwa 30 bis 70 % der normalen Arbeitsleistung erbringen können. Wenn wir für diese Menschen nichts tun, dann geben wir genauso viel Geld aus, wie wenn wir mit diesem Programm etwas für sie tun. Das ist das eigentlich Spannende, das eigentlich Interessante.

Das heißt: Dieses System zu erproben kostet den Staat erst einmal nichts. Wenn es schiefgeht, dann könnt ihr es uns um die Ohren hauen, aber ermöglichen Sie es doch endlich einmal. Das ist das Entscheidende.

Es ist gefragt worden: Warum sind es nur 500 Leute? Ich kann Sie aufklären: Weil sich der Bund geweigert hat, einer Experimentierklausel zuzustimmen. Es gab hierzu eine Bundratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen, die abgelehnt worden ist. Lasst es uns doch einfach einmal ausprobieren. Man riskiert nichts, weil dieser Personenkreis klar zu definieren ist. Man kann ihn in Abstimmung und im Konsens mit der Agentur für Arbeit definieren. Das ist zunächst einmal überhaupt kein Problem. Das heißt, man könnte es machen.

(Thomas Poreski)

Im Moment können wir tatsächlich nur 500 Leute aufnehmen, weil das Land gewaltig draufzahlt, da die Kofinanzierung durch die Bundesebene – wenn überhaupt – nur teilweise funktioniert. Wir haben gesagt: Das ist es uns wert, weil wir ein neuartiges Instrument erproben wollen. Aber warum sperren Sie sich? Es wäre doch vernünftig, an dieser Stelle einmal die Gemeinsamkeit, die jetzt quasi über uns schwebt und die hier auch von allen benannt worden ist, durchzudeklinieren.

Vielleicht veranstalten wir zu diesem speziellen Konzept auch einmal ein Hearing in einem größeren Rahmen, in das Fachleute mit einbezogen werden. Dann werden Sie verstehen: Da ist philosophisch nichts, was uns trennen muss. Ich rufe also zur Gemeinsamkeit auf.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Ministerin! Um es noch einmal klarzustellen: Es gibt fünf Bausteine. Wir sagen aber in einer grundsätzlichen Beurteilung, dass drei Bausteine davon nicht zu empfehlen sind. Das ist der Grund, weshalb wir das Ganze grundsätzlich ablehnen. Es gab ja auch, wie es Kollege Klenk gesagt hat, keine große Diskussionsmöglichkeit an einem runden Tisch, bei der man über das Ganze noch einmal hätte diskutieren können. Ein konkreter Baustein sind diese 500 Stellen.

Herr Poreski und Herr Hinderer, wenn Sie sagen, wir hätten eben das Problem mit Menschen mit Vermittlungshemmnissen, brauchen wir doch ein anderes Programm, das eben nicht nach drei Jahren wieder beendet wird, bei dem man nicht sagt: „Dann ist das erledigt.“ Denn wir müssen im Prinzip eine ganz andere Struktur finden.

Sie kritisieren die Instrumentenreform, die zum 1. April 2012 in Kraft tritt. Ich will jetzt nicht auf jedes Detail eingehen. Aber das Budget ist größer, als es noch zur Zeit Ihrer Beteiligung an der Bundesregierung war.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Rechnen Sie das einmal herunter. Die Möglichkeiten der freien Förderung und der Beschäftigungsförderung sind sehr flexibel geworden. Genau solche Programme kann man machen.

Es ist sonnenklar, Frau Ministerin Altpeter, was ein Landrat antworten würde – das gilt natürlich auch für den Landrat im Rems-Murr-Kreis; Herr Kollege Fuchs ist auch Mitglied der FDP –, wenn man ihn fragen würde, ob er Interesse habe, dass man in seinem Landkreis etwas macht. Wenn man sagt, das Programm gebe es schon, ist doch sonnenklar, dass ich dann auch dafür wäre. Das ist wohl keine Frage.

Ich nehme an, dass Sie weit mehr als 500 Anfragen haben, was die Stellen anbelangt. Wahrscheinlich können Sie die Stellen tatsächlich in vier- oder vielleicht sogar in fünfstelliger Zahl schaffen.

Ein zweiter Punkt – das irritiert übrigens zumindest auch die Praktiker bei der Agentur für Arbeit, die wir dazu auch gefragt haben –: Wenn Sie einen Baustein der modellhaften Unter-

stützung von Arbeitslosenzentren und Beschäftigungsförderstellen haben, fragen wir uns: Sind Sie denn mit den Agenturen und den Jobcentern nicht zufrieden? Die leisten aus unserer Sicht inzwischen eine hervorragende Arbeit.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Jetzt ziehen wir hier noch einmal irgendwo eine neue Schnittstelle ein, durch die diese Bewertung noch einmal durchgeführt wird.

Das sind die Punkte, wegen denen wir das Ganze vom Grundsatz her ablehnen.

Wir haben nichts zu dem Thema Verpflichtungsermächtigung gehört. Dazu hätten wir schon gern etwas gehört. Wir haben auch nichts zu der Frage gehört, ob es rechtlich überhaupt möglich ist, dass die Agenturen die Eingliederungshilfe und die Landkreise die Kosten für die Unterkunft und die Verpflegung weiterleiten. Dazu hätten wir schon gern etwas gehört.

Wir wurden bei diesen Themen überhaupt nicht eingebunden. Wenn für uns eben nur zwei von fünf Bausteinen tragbar sind, dann sehen Sie es uns nach, dass wir das Ganze ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 02: Staatsministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1102**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

**Berichterstatter für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg: Abg. Karl Klein**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eine Grundredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb der Gesamtredezeit – das gilt für die Beratung aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen, den Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- und Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussprache über den Haushalt des Staatsministeriums ist generell, wenn man so will, eine Aussprache über die gesamte Regierungspolitik. Wenn man sieht, mit welchem Anspruch die Landesregierung angetreten ist, und damit die Wirklichkeit vergleicht, dann merkt man deutlich, dass der Anspruch viel höher war, als sich die Wirklichkeit letztlich darstellt.

Wir hatten eigentlich gedacht, dass sich mit diesem ersten Haushalt, den die neue Landesregierung aufstellt, auch eine neue Politik – ob diese gänzlich in unserem Sinn gewesen wäre, lassen wir dahingestellt – darstellen würde. Aber das ist kaum gelungen. Der Anspruch, mit dem diese Regierung angetreten ist, war erstens Nachhaltigkeit: „Wir wollen“ – so haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident – „eine nachhaltige Politik gestalten.“ Zweitens ging es Ihnen um eine Politik, die den Willen der Bürger, den Bürgerwillen, berücksichtigt, eine Politik – wie nennen Sie es? – des Gehörtwerdens; das ist schon doppeldeutig gemeint. Jetzt liegt ein Dreivierteljahr Regierungsarbeit der neuen Landesregierung hinter uns, und aus den Versprechen und Ankündigungen ist relativ wenig geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich dies im Einzelnen darstellen.

Der Haushalt des Jahres 2012 hätte eine Chance für Sie sein können. In der mittelfristigen Finanzplanung, wie sie noch vor einem Jahr vorlag, waren Einnahmen von 34 Milliarden € geplant; damals gab es unter der vorherigen Regierung eine Deckungslücke von 2,3 Milliarden €. Jetzt wurden Einnahmen von 38,8 Milliarden € veranschlagt, und Sie kommen gerade noch zurecht, wobei Sie auch eine verdeckte Schuldenaufnahme im Haushalt stehen haben sowie eine Rücklage, die nicht näher spezifiziert ist. Dies bedeutet ein Höchstmaß an Intransparenz.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Was?)

So viel zum Thema „Klarheit und Wahrheit gegenüber den Bürgern und dem Parlament“. Das heißt, Ihr Anspruch, mit diesem Haushalt eine nachhaltige Finanzpolitik zu realisieren, ist nicht erfüllt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nachhaltig in Ihrer Regierungspolitik sind strukturelle Mehrausgaben; diese finden sich in der Tat. Nachhaltig sind steigende Personalzahlen; auch diese findet man in der Tat. Nachhaltig ist eine stabile und stetige Verunsicherung bei Schülern, Eltern, Lehrern und Schulträgern. Nachhaltig ist eine Verhinderung von Mobilität. Nachhaltig ist die Enttäuschung bei Ihren Anhängern, nämlich den S-21-Gegnern, nach der verlorenen Volksabstimmung, und nachhaltig sind auch dauernde Querelen in der Koalition.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach unserer Vorstellung, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten Sie mit diesem Haushalt die Chance gehabt, bei 2 Millionen € Steuermehreinnahmen ein klares Signal für eine nachhaltige Finanzpolitik zu setzen,

nämlich durch einen weiteren Schuldenabbau mindestens in Höhe einer Viertelmilliarde Euro. Dafür hat die CDU-Fraktion ein klares, ein schlüssiges Konzept vorgelegt,

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Opposition!)

das auch umsetzbar gewesen wäre, hätten Sie es nur getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihr Unwillen, in Sachen Nachhaltigkeit weiter einzusteigen, ist schon daran abzulesen, dass seit der ersten Lesung der beiden Gesetzentwürfe der CDU und der FDP/DVP zur Änderung der Landesverfassung zur Einführung einer Schuldenbremse von dem damit unterbreiteten Gesprächsangebot kein Gebrauch gemacht wurde. Wir werden erneut auf Sie zukommen, denn Sie selbst, Herr Ministerpräsident, waren damals in der Föderalismuskommission

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

und haben dieses gute Instrument Schuldenbremse nachhaltig unterstützt. Jetzt fordern wir auch eine nachhaltige Unterstützung bei der Verankerung dieses Instruments in der Landesverfassung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Willi Stächele CDU: Sehr richtig!)

Die mittelfristige Finanzplanung, die Sie neu vorgelegt haben, geht von Einnahmen in Höhe von 38,8 Milliarden € aus. Sie kommen gleichzeitig für die nächsten Jahre auf eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Sie nennen das aber gar nicht mehr „Deckungslücke“, sondern euphemistisch „haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch schöner!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genauso wie damals, als Helmut Schmidt den Begriff „Minuswachstum“ eingeführt hat, um den Begriff „Schrumpfung“ zu vermeiden.

(Heiterkeit der Abg. Helmut Walter Rüeck und Willi Stächele CDU)

Meine Damen und Herren, so viel zum Thema Transparenz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da muss sogar der Stächele grinsen!)

Erklären Sie uns, weshalb damals bei 34 Milliarden € Einnahmen die Deckungslücke 2,3 Milliarden € betrug, während es nun bei Einnahmen in Höhe von knapp 39 Milliarden € eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden € gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist eine schnelle Konsolidierung des Haushalts nicht machbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist ein Markenzeichen Ihrer Regierung, dass Sie selbstgefällig sagen: „Wurschteln wir einmal so weiter, und die Ziele sollten im Zweifelsfall die nächsten Regierungen erfüllen.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: So, wie Sie gewurschtelt haben!)

(Peter Hauk)

Die Ziele werden auf 2020 verschoben oder, wie beim Klimaschutz und dem entsprechenden Gesetz, auf das Jahr 2050. Da ist man frisch und beherzt dabei, neue Ziele anzugehen. Aber im Hier und Jetzt versagen Sie völlig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Sinne der Nachhaltigkeit wäre es auch an der Zeit, etwas an der Einnahmesituation des Landeshaushalts zu verändern, Stichwort Länderfinanzausgleich. Sie nennen ihn selbst „bescheuert“. Über die Wortwahl kann man streiten. Aber darüber, dass der Länderfinanzausgleich ungerecht, dass er wettbewerbsfeindlich ist, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Frage ist nur: Was tun Sie? Sie wollen keine Klage. Die SPD ist eingeknickt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Überhaupt nicht! Wir wollen verhandeln!)

In diesem Parlament war die SPD noch vor einem Jahr – wir haben darüber abgestimmt – für eine Klage beim Bundesverfassungsgericht. Aber die SPD ist wieder einmal eingeknickt. Wir sind dies mittlerweile von dieser seltsamen Koalition „auf Augenhöhe“ gewohnt; wahrscheinlich bemisst es sich auch nach der Körpergröße der jeweiligen Verhandlungsführer; das mag sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt aber aufpassen! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wieso das? – Abg. Andreas Stoch SPD: Erklären! Der Präsident schaut schon ganz grimmig!)

Jedenfalls sind Sie eingeknickt; es ist nichts dabei herausgekommen.

Der Ministerpräsident hat vor sechs Wochen erklärt, er habe ein Kaminesgespräch mit seinen Kollegen geführt, das relativ konstruktiv gewesen sei. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie ganz konkret: Wo sind Ihre Lösungsansätze? Welche konkreten politischen Vorschläge haben Sie bisher unterbreitet?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehlanzeige!)

Was haben Sie seit diesem Kaminesgespräch unternommen, um in der Frage des Länderfinanzausgleichs voranzukommen? Wenn Sie nichts unternommen haben, warum unterstützen Sie dann nicht die Klagebestrebungen von Bayern und Hessen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nachhaltigkeit in Bezug auf das Thema Energie: Aus unserer Sicht hat sich das Thema Energie seit dem Sommer 2011 – übrigens nach der Landtagswahl – radikal verändert. Vor knapp einem Dreivierteljahr sind die Beschlüsse gefasst worden, die Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen. Daraus ergeben sich auch für die Union neue Herausforderungen in der politischen Konzeption. Das will ich überhaupt nicht verhehlen. Die Gedanken, die wir bis März 2011 hatten, mussten verändert werden, um den neuen Herausforderungen aufgrund der Stilllegung der Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022 gerecht zu werden.

Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt und hierfür ein Energiekonzept vorgelegt. Dieses Energiekonzept erschöpft sich

nicht in Zielsetzungen. Wir wollen folgende Ziele erreichen: Für den Klimaschutz wollen wir 30 % Energie einsparen; der Umweltminister will 25 % erreichen. Den Anteil der regenerativen Energieträger an der Energieerzeugung wollen wir auf 35 % ausbauen; Ihr Umweltminister hat sich 38 % vorgenommen. Wir haben zusätzlich gesagt: Energieeffizienz ist das Gebot der Stunde; denn dies dient dem Klimaschutz und trägt zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei. Wenn wir den Stromverbrauch senken, muss gar nicht erst Ersatz bei der Stromproduktion geschaffen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vonseiten der grün-roten Landesregierung ist bei der Umsetzung derzeit völlige Fehlanzeige. Ich kann Ihnen nur empfehlen, unser Konzept als Maßstab für die Umsetzung der Energiewende zu nehmen. Denn jetzt sind nicht mehr Zielsetzungen, sondern Taten gefragt, Taten, die heute und morgen beginnen müssen. Mit diesen Taten ist nicht begonnen worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da werden Sie noch nachlegen müssen. Ich fordere Sie auf, hier umgehend tätig zu werden, denn die Lage ist ernst. Es geht nicht nur um die Ideologie, sondern es geht am Ende auch um unseren Wirtschaftsstandort. Es geht um die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Es darf nicht sein, dass das Thema Energie letztlich die neue soziale Frage der Zehner- und Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts wird. Das muss verhindert werden. Wenn Sie den Bürgerwillen erfüllen, dann sorgen Sie auch dafür, dass es Preisstabilität gibt, dann sorgen Sie dafür, dass nicht nur Ideologien nachgehangen wird,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

sondern dass in der Energiepolitik auch ökonomische Prinzipien greifen. Wir sprechen uns deshalb auch für mehr Windenergie in Baden-Württemberg aus. Aber wir sprechen uns nicht nur für mehr Windenergie in Baden-Württemberg aus, sondern auch für mehr Windenergie an den ökonomisch besten Standorten in Deutschland und Europa. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Manche bezeichnen das ja als Wende der Unionsfraktionen. Nein, das ist eine Wende, die sich aus dem Sommer 2011 ergibt, aus den Beschlüssen des Deutschen Bundestags und des Bundesrats.

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit in Sachen Infrastruktur: Für uns hat überragende Bedeutung, dass die Verkehrsinfrastruktur in allen Bereichen in der Zukunft gesichert, gehalten und weiter verbessert werden muss.

Was tun Sie konkret? Per Saldo 40 Millionen € weniger im Landesstraßenbau. Das ist Ihre Antwort, Herr Minister Herrmann. Das ist der Saldo: 40 Millionen € weniger im Landesstraßenbau. Dort können Sie konkret handeln. Sie tun es nicht, Sie reduzieren. Die SPD ist abgetaucht, sie ist eingeknickt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die machen wieder Olympiade!)

(Peter Hauk)

Wo sind denn Ihre Konzepte für eine vernetzte Mobilität, die Sie bereits in Ihrer Regierungserklärung angekündigt haben? Wo war denn bisher die Antwort auf die Frage, wie Mobilität stattfinden soll? Ihre Antwort, Herr Ministerpräsident, war: „Weniger Autos sind besser.“ Sie hätten recht gehabt, wenn Sie gesagt hätten: „Andere Autos sind besser“ – volle Zustimmung hier in diesem Haus, volle Zustimmung von diesem Parlament.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Dann sagen Sie: Straßen müssen ein knappes Gut werden. Herr Ministerpräsident, wo fahren Sie eigentlich?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der fliegt!)

Straßen sind schon heute ein knappes Gut. Das ist doch das eigentliche Problem.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD:  
Wer ist dafür verantwortlich? – Abg. Andreas Stoch  
SPD: Wer hat denn regiert?)

Meine Damen und Herren, wahr ist: Für die Staus sind Sie nicht verantwortlich;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 50 Jahre lang habt ihr keine Straßen gebaut!)

das stimmt. Sie haben das ja bei Gelegenheit auch betont. Da nehmen wir Sie auch nicht in Haftung. Aber wir nehmen Sie dafür in Haftung, dass Sie aus der gegebenen Situation heraus nicht das Bestmögliche für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg tun.

(Beifall bei der CDU)

Denn Verkehr ist am Ende nicht nur Ideologie. Verkehr ist von zentraler Bedeutung für die Frage des Wohlstands, des Wachstums in Baden-Württemberg schlechthin. Baden-Württemberg ist nur deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden, weil die Automobilität, die selbst gesteuerte Mobilität, ermöglicht wurde.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Und warum sind die Straßen in so schlechtem Zustand?)

Sie wurde ermöglicht durch die Verkehrsinfrastruktur. Das war die grundsätzliche Voraussetzung hierfür. Wer diese Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Aha! Wer war denn das bisher?)

begeht einen Anschlag auf die Mobilität und den Wohlstand dieses Landes.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wer hat denn die Straßen verkommen lassen?)

Meine Damen und Herren, Sie verkennen, dass von dem von Ihnen ideologisch besetzten Thema Automobil im Prinzip Wohlstand und Wachstum in Baden-Württemberg abhängen. Das liegt einfach daran, dass sich durch die selbst gesteuerte Mobilität überhaupt erst Wettbewerbssituationen entfacht haben, weil es erst dadurch möglich war, dass Arbeitnehmer vom Ort A zum Ort B kamen, weil es möglich war, dass sich Un-

ternehmen nicht nur in Ballungsräumen und verkehrsgünstigen Bereichen, Flusslandschaften etc., ansiedeln konnten,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

sondern eben auch in der Fläche,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das nennt der Verkehrsminister „Pampa“!)

weil die individuelle Logistik ihnen per Lkw nachfolgen konnte und auch Arbeitnehmer die Mobilität nutzen konnten, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Das ist Wettbewerb, Herr Ministerpräsident. Wir brauchen in dieser sozialen Marktwirtschaft mehr Wettbewerbssituationen, weil Wettbewerb der Treiber für Motivation ist. Wettbewerb ist der Treiber für Innovation. Wettbewerb ist der Treiber für Wachstum, und Wachstum ist notwendig. Wir brauchen Wachstum. Wir brauchen sogar überproportionales Wachstum, wenn wir die Demografielasten in der Zukunft einigermaßen erträglich halten wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut!)

Das wäre, Herr Wirtschaftsminister, angewandte Wirtschaftspolitik in einer sozialen Marktwirtschaft. Doch diesen Themen stellt sich die Landesregierung derzeit eigentlich gar nicht; jedenfalls ist davon nichts zu hören.

Aber nicht einmal den sozialen Fragen der Marktwirtschaft stellt sie sich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zur Schiene hat er nichts gesagt!)

Seit Tagen wird im Internet über „Miet-Jobber“ – ich glaube, so nennt es der „Spiegel“ – bei IBM gesprochen. Seit Tagen wird darüber diskutiert, dass ein amerikanischer Großkonzern, der in Baden-Württemberg ansässig ist, ein ganz neues Jobkonzept einführen will, die moderne Art des Industrieproletariats, indem einfach alle Arbeiten weitestgehend outgesourct werden, wobei das Thema Arbeitssicherheit überhaupt keine Rolle spielt und auch Fragen der sozialen Sicherheit keine Rolle mehr spielen. Was ist die Antwort der Landesregierung?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Null! – Zuruf von der CDU: Gar keine!)

Die gibt es gar nicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das hat sie noch gar nicht mitbekommen!)

Hierzu gibt es überhaupt keine Antwort, weder von der Sozialministerin noch vom Wirtschaftsminister, noch vom Ministerpräsidenten. Meine Damen und Herren, diese von den Amerikanern mit angestoßene Entwicklung bedeutet eine neue Qualität der Veränderung unserer Arbeitswelt, die nur den absoluten Wettbewerb, den gnadenlosen Wettbewerb, und die absolute Marktwirtschaft, aber nicht die soziale Marktwirtschaft kennt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Was ist die Botschaft?)

(Peter Hauk)

Deshalb sage ich ganz klar: Zu dem Thema „Neue Qualität von Werkverträgen“ hätten wir schon eine Antwort erwartet und hätten wir Initiativen erwartet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir wollen überhaupt keine Werkverträge!)

Ich glaube, wir sind es unserem Gedankengut einer sozialen Marktwirtschaft schuldig, dass wir einerseits den Wettbewerb befördern, wo immer es geht, andererseits aber die Grenzen des Spielfelds der sozialen Marktwirtschaft, wo es den sozialen Bereich betrifft, klar ziehen. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Zu dieser Frage hört man von Ihnen überhaupt nichts. Unsere Definition der sozialen Marktwirtschaft heißt noch immer: größtmöglicher Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger bei bestmöglicher sozialer Absicherung. Wenn Selbstständige nur noch zu „Solojobbern mit Werkverträgen“ degradiert werden, dann hat das mit sozialer Absicherung nichts zu tun,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sprecht doch einmal die Werkverträge und die Leiharbeit an! Da habt ihr nie etwas gemacht!)

dann widerspricht das auch unserem demokratischen Grundgefüge einer Solidarität in dieser Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass bei Industriekonzernen die Chancen privatisiert und die Risiken auf den Staat abgeladen werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Da stelle ich fest: Zu den zentralen Fragen unserer Gesellschaft – es ist gut, dass wir uns vorhin über Rezepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit unterhalten haben –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie waren dagegen!)

hätte ich mir Antworten von Ihnen erwartet, Herr Ministerpräsident. Schließlich frönen Sie auch dem Prinzip einer ökologischen sozialen Marktwirtschaft, wenn ich mich noch richtig an frühere Aussagen erinnere.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er frönt!)

Aber der Wirtschaftsminister ist nicht präsent, und Sozialpolitik findet nicht mehr statt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Wirtschaftsminister ist doch anwesend! Ich weiß gar nicht, was Sie haben! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Körperlich, Frau Sitzmann!)

Auf neue Herausforderungen der Globalisierung geben Sie keine Antworten. Sie machen nicht einmal Anstrengungen hierzu.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Von einer grün geführten Regierung hätte ich gerade in dieser Frage Initiativen erwartet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für was?)

Ich hätte nicht gedacht, dass Sie das der Opposition überlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stattdessen kapriziert sich der Wirtschaftsminister auf seine Residenz und führt erst einmal das Ministerium zusammen. Das Ministerium ist ihm wichtig. Über den Landtag wird gar nicht geredet, der hat wohl seines Erachtens gar nichts mehr zu melden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlossherr!)

– Er gebiert sich als neuer Schlossherr, wenn man so will, und hat monarchistische Tendenzen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hebt das Selbstwertgefühl!)

Aber was soll's? Wenn es gefällt, soll es recht sein.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da kennen Sie sich ja gut aus!)

Der Souverän wird zunächst einmal ausgeblendet und soll sich dann dem fügen, was die Landesregierung am Ende will,

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

mit der Absicht, dass eine Art Nebenregierung neben der Villa Reitzenstein noch ergänzend installiert wird.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wie war das mit der EnBW?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich gern noch einem zweiten Hauptthema widmen, dem Thema des sogenannten Gehörtwerdens – ich würde einfach sagen: des Hörens. Herr Ministerpräsident, hören Sie doch einfach einmal zu. Hören Sie doch, was die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes am 27. November 2011 entschieden haben,

(Abg. Walter Heiler SPD: Am 27. März!)

nämlich das Ja zum Bau von Stuttgart 21. Hören Sie doch einfach. Ignorieren Sie nicht, und behindern Sie nicht. Blasen Sie keine Polizeieinsätze ab, wie sie bereits für den vergangenen Montag geplant waren. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Ich kann Ihnen nur raten: Hören Sie einfach hin, behindern Sie nicht. Alles andere bleiben sonst die Sprechblasen eines Demokraten, als der Sie sich letztendlich immer gerieren. Wir wollen aber keine Sprechblasen. Wir wollen gerade bei diesem Projekt aktive Unterstützung. Denn das ist der Wille des Volkes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich kann Sie auch bei einem weiteren Projekt, das Sie gerade beginnen, nur ermuntern: Hören Sie auf die Bürger, hören Sie auf die Kommunen, hören Sie auf die Landkreise in Fragen der Polizeireform.

(Peter Hauk)

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Walter Heiler SPD)

– Die nackten Zahlen sprechen doch für sich, wenn man Ihr Eckpunktepapier liest.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Auch der SPD-Vertreter vor Ort!)

Was dort in kleinen Direktionen in ländlichen Gebieten passiert: Ein Viertel der Vollzugsbeamten gehen aus der Fläche heraus. Da kann man doch nicht von einer Stärkung der Fläche sprechen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Keine Ahnung! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das Gegenteil ist der Fall! – Unruhe)

– Wir werden morgen noch Gelegenheit haben, uns näher darüber zu unterhalten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Aber es ist so; es sind nicht die zehn Stabsstellen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Polizeisprecher der SPD sagt auch etwas anderes!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Konzentrieren Sie sich darauf, hören Sie hin, was die Menschen sagen, was in der Fläche gesprochen wird, zumal dieses Programm ein gigantisches Beförderungsprogramm im höheren Dienst darstellt. Bisher gab es im Vollzug der Polizei gerade einmal zwei B-Stellen. In Zukunft werden es 24 B-Stellen sein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da bleibt der Zeller nicht allein! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Antwort auf die Frage, wie man damit eine Stärkung der Polizei in der Fläche erreichen will, bleiben Sie bisher schuldig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Häuptlinge auf die Straße!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur empfehlen: Hören Sie auch in der Frage der Bildung und der Schulpolitik zu. Hören Sie doch bei dem zu, was gesprochen wird.

(Abg. Willi Stächele CDU: Ja! So ist es!)

Die Kultusministerin soll doch einmal in ihre Beamtenschaft hineinhören. Es würde sich rentieren, sich einmal mit den Beamten zu beschäftigen, sie,

(Abg. Willi Stächele CDU: Sehr richtig! Politik des Gehörtwerdens beginnen!)

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf der Gehaltsliste des Landes Baden-Württemberg stehen, einmal ernst zu neh-

men. Allein dies wäre schon ein Fortschritt. Aber es würde sich auch schon rentieren, wenn Sie einmal auf die Kommunen, auf den Städtetag, auf den Gemeindetag – nicht nur auf die Verbände – hören würden.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Gehen Sie einmal hinaus in die Fläche und schauen Sie, was dort letztendlich der Fall ist.

Sie haben aber auch einmal gesagt – ich kann mich daran erinnern; es war in Ihrer Regierungserklärung –, es werde ein ganz anderer Umgang mit dem Parlament und der Opposition erfolgen. Ich stelle das einmal zurück.

Aber Sie sollten sich zumindest einmal den Fakten stellen. Warum lehnen Sie denn noch immer einen Faktencheck in Sachen Bildungspolitik ab?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil sie Angst haben!)

Wer nichts zu verbergen hat, kann doch nichts gegen eine objektive Gegenüberstellung eines differenzierten Schulmodells, wie wir es wollen, und eines Einheitsschulmodells, wie Sie es wollen, haben. Das kann doch überhaupt nicht sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das Natürlichste der Welt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hören, aber Sie hören nur pro forma. In vielen Bereichen gilt der Spruch, den ich auch von vielen Kollegen aus der Fraktion GRÜNE gehört habe: „Jetzt sind wir dran.“ Aber das reicht halt nicht für eine nachhaltige Politik. Diese nachhaltige Politik fordern wir von Ihnen ein. Mit diesem Haushalt sind Sie jedenfalls die Antwort hierauf schuldig geblieben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk hat versucht, Tatkraft zu demonstrieren

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Einzufordern!)

und an den Tag zu legen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir täten, wenn wir dürften! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das machen Sie jetzt nicht, oder was? – Weitere Zurufe)

Ich glaube, dem Land Baden-Württemberg hätte es besser getan, wenn Sie diese Tatkraft an den Tag gelegt hätten, solange Sie regiert haben, und an den vielen Baustellen etwas geändert hätten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Was heißt das jetzt für Ihre Regierungszeit? – Unruhe)

(Edith Sitzmann)

Insofern kann ich nur sagen: Es waren viele Sprechblasen. Es war ein wildes Sammelsurium. Auf einiges werde ich im Laufe meiner Rede noch eingehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Sinne der Gemeinsamkeit zunächst einmal ein Zitat:

*Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.*

Dies ist einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion zu diesem Haushalt zu entnehmen. Damit haben Sie recht. Das ist richtig. Deshalb macht diese Regierung zweimal in Folge keine neuen Schulden, deshalb nimmt diese grün-rote Mehrheit

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Steuererhöhungen!)

zweimal in Folge keine neuen Schulden auf, und zwar in den Jahren 2011 und 2012.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Dann können wir die Kreditemächtigung streichen! Das haben wir gehört! Dann kann man die Kreditemächtigung streichen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte Sie, wieder zur Ruhe zu kommen. Das Wort hat Frau Kollegin Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Wir machen keine neuen Schulden, weil wir den Schuldenrucksack kommender Generationen nicht noch weiter vergrößern wollen. Dieser ist nämlich groß genug. Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich die Schulden auf 42,7 Milliarden €. Dies entspricht rund 4 000 € Schulden pro Einwohner.

Das heißt aber auch – denn die Schulden von gestern sind die Zinsen von heute –: Heute zahlen wir 1,84 Milliarden € jährlich an Zinsen für die Schulden, die Sie uns hinterlassen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie reden jetzt von Schuldentilgung. Sie hätten in der Vergangenheit viel tun können,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Haben wir gemacht!)

indem Sie weniger Schulden gemacht hätten.

(Zuruf von der CDU)

Im Jahr 2011 haben wir keine neuen Schulden gemacht, und im Jahr 2012 machen wir keine neuen Schulden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Warum steht dann die Kreditemächtigung noch im Haushalt?)

Zudem haben wir eine Sanierungsrücklage, die mit über 500 Millionen € gefüllt ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Bis zum Ende des Jahres 2012 werden wir 250 Millionen € in die Sanierung maroder Gebäude und maroder Straßen investiert haben. Das ist ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Mit Steuereinnahmen!)

Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir Landesvermögen nicht weiter verkommen lassen, sondern wir wollen es wiederherstellen. Wenn Sie jetzt fordern, 250 Millionen € aus der Sanierungsrücklage zu nehmen und damit Schulden zu tilgen, dann bieten Sie hier maximal einen Taschenspielertrick auf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Damit ist überhaupt keine Einsparung verbunden. Denn Sie lösen ein Guthaben auf, um Kredite zurückzuzahlen. Das ist ein Taschenspielertrick. Das Vermögen des Landes stellt einen wichtigen Wert dar, den wir endlich sanieren und erhalten wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist einfach eine Mogelpackung, die Sie verkaufen wollen, wenn Sie Mittel aus der Sanierungsrücklage zur Schuldentilgung verwenden wollen. Das bringt keine finanzwirtschaftliche Verbesserung; im Gegenteil. Es lässt viele Gebäude und Straßen unsaniert. Dies gilt auch für die Rückstände beim Hochwasserschutz. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Wir wollen sanieren und in die Infrastruktur des Landes investieren. Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden aber auch investieren. Wir werden z. B. endlich wieder in die Schulsozialarbeit investieren, nämlich 15 Millionen €. Das Land beteiligt sich endlich wieder zu einem Drittel an der Finanzierung dieser wichtigen Aufgabe, die vor Ort alle zu schätzen wissen. Die damalige Landesregierung hat Gutachten erstellen lassen, die belegen, dass dies eine effektive und preiswerte Lösung ist, um Jugendliche auf dem Weg in den Beruf zu begleiten.

Endlich geben wir dafür Geld. Was aber machen Sie? Sie wollen die 15 Millionen € um 1,2 Millionen € kürzen. Super! Das ist ein grandioser Einsparvorschlag Ihrer Koalition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: „Ihrer Koalition“! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind noch nicht angekommen, Frau Sitzmann! Das ist es!)

– Ihrer Fraktion. Doch, ich bin sehr wohl angekommen. – Das ist einfach nur lächerlich.

Wir investieren in Bildung. Wir investieren in den Bereichen, in denen Investitionen dringend notwendig sind. Wir ermöglichen den Schulen und den Schulträgern vor Ort endlich, die Schulentwicklung selbst in die Hand zu nehmen,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

längeres gemeinsames Lernen zu organisieren, individuelles Lernen zu ermöglichen und damit die soziale Selektion endlich aufzuheben.

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg, von dem wir überzeugt sind und viele Menschen vor Ort ebenso.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)



(Edith Sitzmann)

Auf diesem Weg werden wir weitergehen. Wir investieren in Bildung; wir stellen die demografische Rendite – das wären in diesem Jahr über 3 000 Stellen – für Bildung zur Verfügung. Dazu gehören auch die Verbesserungen bei den Krankheitsvertretungen, damit der Unterrichtsausfall reduziert wird. Das heißt aber auch, wir investieren. Sie wollten in der Vergangenheit kürzen. Unser Weg ist der richtige, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir haben dies auch mit dem Pakt mit den Kommunen unter Beweis gestellt. Je mehr wir in Bildung investieren, desto besser. Wir haben über 300 Millionen € zusätzlich an die Kommunen gegeben, damit frühkindliche Bildung stattfinden kann, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird, damit wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Um es einmal an einem Beispiel aufzuzeigen: Für eine Gemeinde im ländlichen Raum mit 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bedeutet dieser Pakt umgerechnet eine Verbesserung von über 300 000 €. Damit finanzieren sie sechs zusätzliche Mitarbeiterinnen in der Kleinkindbetreuung. Das ist konkrete und nachhaltige Politik dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir investieren auch weiter in die Bildung. Wir investieren in die Volkshochschulen, in den zweiten Bildungsweg. Wir investieren in die freien Schulen. Wir schaffen die Studiengebühren ab. Wir kompensieren den Hochschulen die Mittel, die ihnen dadurch verlorengehen, damit die Schulabgängerinnen und -abgänger, die Studierenden auch in Zukunft gute Lehr- und Lernbedingungen vorfinden und zu einem guten Abschluss kommen.

Aber wir investieren nicht nur in Bildung, wir investieren auch in den ländlichen Raum. Um die Windkraft herum, die Sie jahrzehntelang blockiert haben, entstehen neue Wertschöpfungsketten. Es gibt Impulse von Grün-Rot für den Wohnungsbau. Wir bringen die Breitbandverkabelung schneller voran, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und wir haben die Investitionsförderung für die Krankenhäuser aufgestockt. Meine Damen und Herren, es geht uns darum, auch den ländlichen Raum zu stärken. Das stellen wir mit diesem Haushalt unter Beweis. Wir tun erste wichtige Schritte, und die werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Auch Rückschritte!)

Jetzt zum Thema Energiewende. Ja, meine Damen und Herren, es gab einen Atomausstieg; den gab es im vergangenen Jahr. Leider musste erst in Japan ein großes Unglück passieren, bis die CDU auf Bundes- und auf Landesebene eingesehen hat, dass die Versorgung mit Atomkraft ein Irrweg ist, dass es eine Risikotechnologie ist und dass wir unbedingt aussteigen müssen. Diese Erkenntnis hätten Sie schon früher haben können. Es gab bereits unter der rot-grünen Bundesregierung einen Atomausstieg. Wenn Sie schon damals in den Ausbau der erneuerbaren Energien eingestiegen wären, wären wir heute auch in Baden-Württemberg wesentlich weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

– Die Energiewende, Herr Kollege Hauk, wird tatsächlich eine Herausforderung werden.

(Glocke des Präsidenten)

Sie wird die Anstrengungen aller auf Bundes- und auf Landesebene benötigen. Heute haben wir nicht mehr einen, zwei oder drei Energieversorger, sondern wir haben heute bereits 88 000. Die Energiewende wird unsere Gesellschaft auch wirtschaftspolitisch verändern, und zwar auch zum Positiven, und sie wird neue Akteure auf den Energiemarkt bringen, die miteinander im Wettbewerb stehen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Unser Ziel ist – Sie haben es gesagt –, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 38 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erhalten. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist ein erreichbares Ziel. Wenn Sie uns dabei unterstützen, dann ist uns das sehr recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die EnBW wird bei dieser Energiewende durch ihre Regionalgesellschaft, durch die Netzinfrasturuktur auch eine wichtige Rolle spielen. Es ist klar, dass die Energiewende, wie ich es gesagt habe, kein Spaziergang ist; es braucht Umstellungsprozesse auf allen Ebenen, es entstehen neue Vernetzungen, neue Kooperationen, neue Infrastrukturen. Wir sind bereit, die EnBW auf diesem Weg in die Energiewende zu unterstützen und die Kapitalerhöhung, die die EnBW braucht, um das zu bewältigen, zu beschließen. Diese Kapitalerhöhung ist Teil des Haushaltsgesetzes und liegt zur Beschlussfassung vor. Wir machen das offen und transparent. Jeder hier im Landtag kann nachvollziehen, was zu tun ist.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist das Gegenteil der Nacht-und-Nebel-Aktion, die wir beim verfassungswidrigen EnBW-Deal des ehemaligen Ministerpräsidenten Mappus erlebt haben.

Deshalb: Wir lösen unsere Versprechen ein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Basta-Politik hat keine Zukunft. Das gilt in der Bildungspolitik, das gilt in der Energiepolitik, das gilt in der Politik für den ländlichen Raum. Es ist klar: Auch in der Energiepolitik geht es darum, mit den Menschen, mit den Kommunen vor Ort den Weg zu beschreiten. Wir haben das Landesplanungsgesetz in der Anhörung. Der Umweltminister veranstaltet Regionalkonferenzen, um dieses Gesetz zur Debatte zu stellen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dazu hat er aber auch gedrängt werden müssen!)

Wir werden im Landtag intensiv über dieses Gesetz beraten. Ich bin mir sicher, dass wir damit das, was in der Vergangenheit versäumt wurde, endlich nachholen können und damit sowohl energiepolitisch als auch wirtschaftspolitisch die Weichen für die Zukunft stellen.

(Edith Sitzmann)

Meine Damen und Herren, die Bürgerbeteiligung, das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht auch Landwirtschaftsminister Alexander Bonde, wenn er über das Thema „Nationalpark im Nordschwarzwald“ mit allen Beteiligten ständig im Gespräch ist und Veranstaltungen dazu durchführt.

(Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU:  
So kann man es auch nennen! – Abg. Peter Hauk  
CDU: Das ist ein bisschen lustig! – Zuruf des Abg.  
Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Warum regen Sie sich so auf? – Gleiches tut unsere Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst; erstmals kann über ein Gesetz per Internet mitdiskutiert und dadurch Einfluss genommen werden. Das tut auch Innenminister Reinhold Gall, wenn er sich für die Polizeireform die Kompetenz aus der Polizei zusammenholt und dann eine neue Struktur entwickelt, und zwar eine Struktur, die gerade in der Fläche richtig ist und im ländlichen Raum die Präsenz vor Ort stärkt, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter  
Hauk CDU: Märchenstunde!)

Diese Polizeistrukturreform – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte Sie um mehr Aufmerksamkeit.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Es ist richtig: Die Polizeistrukturreform ist von der Polizei und den dortigen Experten entwickelt worden und wird nicht, wie Sie fälschlicherweise behauptet haben, weniger, sondern mehr Beamte vor Ort und in die Fläche bringen.

(Unruhe bei der CDU)

Das ist das, worauf es für die Menschen auch ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt doch nicht! Eine Hochglanzbroschüre! – Abg. Winfried Mack CDU: Ein Beifall!)

– Sie können gern klatschen. – Ein wichtiges und wesentliches Prinzip unserer Politik ist es, die Bürger zu beteiligen und mit ihnen im Gespräch zu sein

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und dann gegen sie zu entscheiden!)

und unsere Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Das kann aber natürlich nicht heißen, dass alle Einwände und alle Erwartungen, die an uns herangetragen werden, gleichermaßen erfüllbar wären. Es geht darum, unterschiedliche Interessen, die es in diesem Land gibt, im Interesse des Gemeinwohls, im Interesse und in Verantwortung dessen, was die Allgemeinheit hier im Land will,

(Unruhe bei der CDU)

auszutariieren und auf den richtigen Weg zu bringen. Das ist der Weg, den wir einschlagen, meine Damen und Herren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des  
Abg. Volker Schebesta CDU)

Diesen Dialog führen wir auch mit den Beschäftigten des Landes. Wir schätzen ihre Tüchtigkeit, ihren Fleiß und ihre Motivation.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gehen Sie jetzt doch zum Beamtenbund, Frau Sitzmann?)

Egal, ob Finanzbeamte, Kraftfahrer, Polizisten oder Lehrer, wir sind im Gespräch. Wir werden das Gespräch auch weiter führen. Wir halten das, was jetzt im Haushalt vorgesehen ist, die Anpassungen, für maßvoll und ausgewogen und werden sie auch so beschließen, meine Damen und Herren.

Selbstverständlich gehört zu einem Haushalt auch die Frage der Perspektive. Klar ist, dass der Weg, der vor uns liegt, hin zur Schuldenbremse, Einhaltung der Schuldenbremse 2020, ein steiniger Weg sein wird. Wir werden uns intensiv weiter mit den Strukturen der Landesverwaltung, mit den Aufgaben des Landes beschäftigen müssen.

(Zurufe der Abg. Winfried Mack CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden in Diskussionen mit den Betroffenen sicherlich über die eine oder andere Veränderung verhandeln müssen. Denn nur so werden wir erreichen, dass wir zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 kommen; wir haben den festen Willen dazu.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich denke, der ist schon in diesem Jahr ausgeglichen! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben auch den festen Willen zu Investitionen in ein ökologisches, soziales und starkes Baden-Württemberg. Die Bilanz, die wir nach so kurzer Zeit, nach neun Monaten, vorlegen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist verheerend!)

ist mehr als gut.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden diese gute Politik fortsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie das mit uns tun, halten wir das für einen guten Weg. Die Herausforderungen sind groß, aber wir werden sie angehen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Nach diesen Ovationen

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

erhält jetzt Herr Abg. Schmiedel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Jetzt wird es unterhaltsam!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident! Das Protokoll wird an dieser Stelle – zu Recht – vermerken: „Anhaltender Beifall“.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit einem Dank an die Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und die Kolleginnen und Kollegen in diesem Ausschuss beginnen, die den Haushalt in einer sehr sachlichen, ergebnisorientierten Atmosphäre beraten haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da gibt es auch anhaltenden Beifall! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie waren doch gar nicht dabei!)

– Aber Politik des Gehörtwerdens heißt doch, miteinander zu sprechen und sich berichten zu lassen. Es wurde tatsächlich berichtet, und es war wohl auch so. Das zeigt, dass man bei allen Gegensätzen, die natürlich gegeben sind, auch in der Lage ist, sachlich und ergebnisorientiert über Alternativen und Konzepte zu diskutieren. Dann wird abgestimmt, und – wie es in der Demokratie ist – die Mehrheit legt dann die Route fest.

Jetzt haben Sie gesagt: Heute ist ein weniger sachlicher Tag angesagt; es findet eine Generalabrechnung statt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es liegt an Ihnen, ob es sachlich bleibt! – Abg. Peter Hauk CDU: Aussprache!)

Aber jetzt müssen Sie aufpassen, dass das, was Sie in den einzelnen Feldern als Abrechnung bringen, nicht zum Rohrkreierer wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aussprache!)

Ich will einmal mit Ihrem Wachstumsmodell beginnen. Das, was Sie zur Wachstumsanalyse gesagt haben, war, auf den Kern reduziert: Der Wachstumstreiber der vergangenen fünf Jahrzehnte war die zunehmende Mobilität – Individualverkehr und Lkw-Verkehr –,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

die nötig ist, um Menschen zu den Wirtschaftsstätten, Güter mit dem Lkw zu den Fabriken und den Läden zu bringen. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren dieses Wachstumsmodell – mehr Lkw-Verkehr, mehr Individualverkehr als Wachstumstreiber – weiter unterstützen? Was für ein Quatsch!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat er nicht gesagt! Das war die gleichmäßige Entwicklung!)

Die Wachstumstreiber der Zukunft sind die Themen Energieeffizienz, Materialeffizienz, „Integrierte Standorte“, Langlebigkeit, Kreislaufwirtschaft,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Trotzdem brauchen wir Logistik!)

all das, was nachhaltig und übertragbar ist. Da setzt dieser Haushalt in vielen Feldern Maßstäbe. Daran sollten Sie sich orientieren, statt den Blick in die Vergangenheit zu richten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Wollen Sie jetzt mehr Straßen bauen oder nicht?)

Das Zweite: Sie sind ja in vielen Bereichen ein „Wendehals“. Sie kommen jetzt mit einem sozialen Gewissen daher, das Sie vom Innersten ins Äußerste kehren, und empören sich über einen amerikanischen Konzern, der offensichtlich beabsichtigt – das liegt noch nicht vor; so hört man es von den Betriebsräten –, feste Arbeitsverhältnisse in Werkverträge zu überführen. Sie finden das ungeheuerlich;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Seit 20 Jahren wird das gemacht!)

da muss jetzt die ganze Republik aufstehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie doch hoffentlich auch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das steht einer CDU auch zu! Finden Sie es gut? – Abg. Peter Hauk CDU: Was sagen Sie dazu? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben es doch in den letzten 20 Jahren zugelassen!)

– Moment! Ich sage gleich etwas zu den Amerikanern und dem neuen Geschäftsmodell. Dieses Modell ist überhaupt nicht neu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es ist an der Tagesordnung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es ist an der Tagesordnung, weil es inzwischen einen Mindestlohn für die Leiharbeit gibt. Deshalb können Unternehmen, wenn sie auf Leiharbeit setzen, auch dem Minimaleinstundenlohn von 7,50 € nicht ausweichen. Weil sie aber die 7,50 € nicht zahlen wollen, gehen sie in Werkverträge. Das sind keine amerikanischen, sondern deutsche Unternehmen. Wo ist denn da Ihre Empörung?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Unsere Fraktion hat dies deshalb im Deutschen Bundestag zum Thema gemacht. Bei „Netto“ und „Kaufland“ ist es an der Tagesordnung, kehrt aber auch bei vielen Produktionsunternehmen ein, dass man Leiharbeit durch Werkverträge ersetzt. Gabelstaplerfahrer sind plötzlich Werkvertragsarbeiter und arbeiten zu noch niedrigeren Stundenlöhnen als 7,50 €. Was sagt Ihre Bundesregierung?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Allein die Auslagerung von bisher im Betrieb ausgeführten Tätigkeiten sei weder verboten noch rechtsmissbräuchlich durchgeführt.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Hört, hört!)

Deshalb bestehe kein Anhaltspunkt dafür, dass man irgendetwas tun müsse. Das ist Ihre wahre Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

(Claus Schmiedel)

Auch Ihr Trauerlied über die verkehrliche Situation im Land ist heuchlerisch. Sie haben gesagt: „Engpass um Engpass“. Baden-Württemberg ist tatsächlich das Stauland Nummer 1. Man kann aber nicht sagen, eine Regierung, die noch nicht einmal ein Jahr im Amt ist, hätte dafür auch nur einen Hauch von Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

50 Jahre lang waren Sie für den Verkehrsbereich verantwortlich. Das Ergebnis ist: Stauland Nummer 1.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber während Sie lamentieren, handelt die Regierung.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Es war doch der Landesverkehrsminister, der in Berlin gesagt hat: „Wir brauchen 560 Millionen € und eine andere Verteilung der Bundesmittel. Sie dürfen nicht dorthin fließen, wo die Infrastruktur schon mehr als ausreichend ist,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

sondern müssen dorthin fließen, wo die Infrastruktur weiter ausgebaut werden muss.“

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das etwas Neues im Landtag von Baden-Württemberg?)

Anstatt dass Sie ihm recht geben und sagen: „Lasst uns eine gemeinsame Resolution an die Bundesregierung richten“, fallen Sie ihm in den Rücken. Das hilft nicht dem Land und hilft auch nicht den Straßen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hauk?

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Aber nur sofort.

(Heiterkeit)

**Präsident Guido Wolf:** So war es gedacht.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Lieber Kollege Schmiedel, bitte nehmen Sie die Zwischenfragen jetzt sehr vernünftig auf.

Zum einen: Natürlich unterstützen wir den Verkehrsminister ...

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Aber dann los!

**Abg. Peter Hauk CDU:** ... – Moment! –, wenn es um mehr Mittel für Baden-Württemberg geht. Denn genau das war unser bisheriges Petitum. Aber Sie haben doch den Koalitionsvertrag zwischen Rot und Grün unterzeichnet. Sie haben in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass keine neuen Straßen mehr gebaut werden sollen.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht! Er kann noch nicht einmal lesen!)

– Ich kann nur sagen: Wer lesen kann, soll lesen. Die Distanzierung

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

von dieser Aussage, insbesondere bei der Fraktion GRÜNE, nehme ich wohlwollend zur Kenntnis.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lesen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Lesen als Soft Skill!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Im Koalitionsvertrag steht, dass alle im Vordringlichen Bedarf enthaltenen Maßnahmen zu Ende gebaut werden und dass neue Maßnahmen dort, wo sie verkehrlich sinnvoll und ökologisch vertretbar sind, angegangen werden, und zwar dann, wenn die begonnenen Maßnahmen zu Ende gebracht wurden.

Denn was wir nicht machen, ist Ihre Gefälligkeitspolitik: Dort gibt es einen CDU-Landrat oder einen CDU-Oberbürgermeister, dann baut man dort den Teil einer Brücke, dort baut man einen kleinen Anschluss. Aber am Ende fehlt es am Geld, und es geht dort nicht weiter und dort nicht weiter und dort nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich bin dankbar dafür, dass Sie gesagt haben, Sie würden das unterstützen, was der Verkehrsminister gesagt hat. Dann sollten wir tatsächlich eine gemeinsame Entschließung aus dem Landtag nach Berlin schicken. Der Verkehrsminister hat gesagt: „Ich will die Projekte, die im Vordringlichen Bedarf stehen, nicht im Laufe von 20 bis 30 Jahren abarbeiten, sondern in längstens zehn Jahren realisiert haben. Dazu brauche ich diese Summe, daraus errechnet sie sich.“ Deshalb sollten Sie jetzt keinen Gegensatz aufbauen, um dem Bundesverkehrsminister einen Vorwand zu geben, diesen dringenden Bitten nicht nachzukommen. Vielmehr sollten Sie sagen: „Hier hat er recht, und hier unterstützt der gesamte Landtag den Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Das glauben Sie ja selbst nicht! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Gern.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmiedel. – Wie erklären Sie sich aber, dass der Landesverkehrsminister, als es um die Verteilung von 1 Milliarde € zusätzlicher Bundesmittel in Deutschland ging, lediglich 2 Millionen € für Baden-Württemberg neu angemeldet hat, und diese für den Radwegebau?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Obwohl er vielleicht 100 Millionen € hätte haben können!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Da tut Aufklärung not

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war ein klassischer Schmiedel!)

(Claus Schmiedel)

– nicht für den Minister, sondern für Sie. Am besten ist es, wenn Sie sich an den Landesverkehrsminister wenden.

(Zuruf von der CDU: Sie wissen doch sonst alles!)

Das trägt man ja nicht auf dem offenen Markt herum, aber manchmal weiß man halt etwas. Dann wird der Landesverkehrsminister Ihnen ein Schreiben des Bundesverkehrsministers zeigen können, in dem sinngemäß steht: Lieber Herr Kollege Hermann, die Projekte, die Sie aus Baden-Württemberg im Rahmen dieses Sonderprogramms von 1 Milliarde € des Bundes angemeldet haben, finden meine volle Unterstützung. Es sind die richtigen Projekte, und mehr hätte ich auch nicht angemeldet.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat er nicht gesagt!)

Denn das sind Projekte, die jetzt zu Ende gebaut werden müssen, die einen Anspruch haben, realisiert zu werden, anstatt jetzt ein Wolkenkuckucksheim aufzumachen – wieder ein Anbaggern, wieder ein Anstoß – und dann nicht das Geld zu haben, um etwas zu Ende zu bringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt bringen Sie mal das ganze Schreiben! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das glaubt noch nicht einmal die SPD!)

Sie haben die Frage gestellt, ob die Politik des Gehörtwerdens als Grundlage der Politik der neuen Landesregierung ernst gemeint oder aufgesetzt ist. Dazu haben Sie ausgerechnet Stuttgart 21 und dann auch noch einen Polizeieinsatz ins Feld geführt. Dazu möchte ich sagen: Ratschläge von Ihnen, wie Polizeieinsätze stattzufinden haben, sind eine ganz schwierige Geschichte.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und den Grünen)

Denn Sie und Ihr Ministerpräsident Mappus waren es, die durch einen Polizeieinsatz nicht nur das Projekt richtig beschädigt, sondern das Land Baden-Württemberg international in Verruf gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie sollten das Untersuchungsausschussergebnis zur Kenntnis nehmen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die ganze Welt lacht über uns!)

Wenn ich das, was am 30. September 2010 passiert ist, und die Diskussion in den Monaten danach mit dem vergleiche, was vor der Volksabstimmung in einer äußerst fairen Auseinandersetzung stattgefunden hat, sowie mit dem Ergebnis der Volksabstimmung und der Entwicklung nach der Volksabstimmung, dann muss ich sagen: Dazwischen liegen Welten,

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

und ich bin froh, dass wir in dieser Welt sind und nicht in Ihrer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Frage ist aber nicht beantwortet! – Abg. Peter Hauk CDU: Das war jetzt retrospektiv! Kommen Sie mal zur Gegenwart!)

– Die Gegenwart ist eine äußerst friedliche.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wer will etwas dagegen haben?

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit großer Untätigkeit!)

Sie haben die Polizeireform angeführt und einen Kontrast zur Politik des Gehörtwerdens aufgebaut. Aber eine Reform, die originär von denen gemacht wird, die das Ganze betrifft, bei der es nur eine politische Vorgabe gibt – effizienter werden, mehr Durchschlagskraft, besser werden; das wollen wir – – Ansonsten werden die Eckpunkte von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus allen Hierarchiestufen formuliert. Das ist ein Musterbeispiel.

(Abg. Peter Hauk CDU: Meine Empfehlung an Sie: In das Eckpunktepapier hineinschauen! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Schon wieder nicht verstanden! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben es bestätigt, Sie halten es für notwendig! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Herr Hauk, schauen Sie es sich an. Es gibt zwei Ebenen.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Eine Projektgruppe hat das Konzept erstellt; da waren Beschäftigte aller Hierarchiestufen beteiligt. Der Lenkungskreis hat das Konzept entgegengenommen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Wir brauchen nicht über Kleinigkeiten zu reden; das ist so.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt haben Sie es ja bestätigt! Sie behandeln nur die Kleinigkeiten!)

Alle Ebenen waren einbezogen. – Er bezieht sich auf Kleinigkeiten, weil er den Grundsatz negieren will, dass wir eine Reform durchgeführt haben, die sich um Klassen von den Reformen unterscheidet, die wir unter Ihnen erlebt haben. Denken Sie doch einmal daran, wie die Verwaltungsreform von Erwin Teufel über das Land kam.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Vom Küchentisch aus!)

Da haben selbst Sie gestöhnt. Sie haben gesagt: „Niemand wurde einbezogen. Mit niemandem wurde diskutiert; nicht einmal die eigene Fraktion hatte eine Chance, da mitzuwirken.“ Das ist Politik von oben nach unten. Wir machen eine Politik von unten nach oben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt spielen Sie sich als Retter des ländlichen Raums auf. Das ist besonders makaber.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Makaber, makaber!)

Sie haben bei der Polizei 1 000 Stellen abgebaut.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

(Claus Schmiedel)

Sie sprachen von der Effizienzrendite. Weshalb eigentlich? Wie wirkt sich der Abbau der Stellen aus? In der Fläche wirkt er sich aus. Es gibt in der Regel – es gibt Ausnahmen – kein Polizeirevier, bei dem mehr als 80 % der eigentlich vorhandenen Beschäftigten im Revier tätig sind. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie haben 200 Polizeiposten geschlossen, und zwar auf dem flachen Land. Sie haben einen Investitionsstau von 300 Millionen € hinterlassen.

(Unruhe – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! Das haben sie gemacht! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Der TÜV legt einen Teil der Autos still. Das haben Sie hinterlassen. Und dann sagen Sie, Sie seien der Retter des ländlichen Raums. Das ist ja lachhaft.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ungeheuerlich! – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber neue Uniformen! – Heiterkeit bei der SPD)

Ich möchte nur ein Beispiel dafür anführen, dass Sie völlig falsch liegen, wenn Sie behaupten, dass das Land in der Fläche zu kurz käme. Die Regierungspräsidien haben ihren Sitz nicht auf dem flachen Land. Durch die Reform gehen aus den Regierungspräsidien allein 1 400 Polizeibeamte in die Fläche.

(Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Allein aus den Regierungspräsidien! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Weiß das der Innenminister? – Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das müssen Sie Ihrem Innenminister mitteilen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie können Ihren Taschenrechner herausholen!)

– Wir stellen an dieser Stelle Ihr Gekicher fest. Es gibt noch eine Debatte. Dann können Sie den Nachweis antreten, dass Sie sich mit dem Thema überhaupt nicht beschäftigt haben, sondern dass Sie ausschließlich daran interessiert sind, auf die Pauke zu hauen und vermeintliche Verbündete zu suchen.

(Abg. Ingo Rust SPD zur CDU: Sie haben ja sonst nichts!)

Denn das Einzige, was Sie können, ist, zu stören, aber Sie können nicht konstruktiv mitarbeiten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Bei der Behandlung von Themen sieht man sich immer zweimal.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihnen laufen doch schon die Kollegen davon! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Im Gegenteil, sie kommen!)

Ich bleibe bei dieser Zahl. Dann wird man sehen, wer recht behält.

(Unruhe)

Die Polizisten kommen in die Fläche des Landes, natürlich nicht in jedes Dorf, aber in die Präsidien. Diese sind nicht alle in den Oberzentren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In die Präsidien? Am besten in die Städte! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Unruhe)

– Natürlich. Die Präsidien sind nicht alle in den Oberzentren.

Die Reform ist durch die Polizeikräfte selbst entwickelt worden. Das ist ein Musterbeispiel

(Abg. Thomas Blenke CDU: Von Geheimhaltung!)

für eine Politik des Gehörtwerdens.

Auch das, was Sie alles gegen die Schulreform anführen, geht ins Leere. Auch in diesem Bereich wird niemand gezwungen. Der Andrang, um freiwillig mitzumachen, ist riesengroß. 34 Gemeinden und Städte –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle anderen Anträge werden abgelehnt!)

vielleicht sind es auch ein oder zwei mehr – gehen jetzt in das Gemeinschaftsschulprogramm. Dazu gehören die überwiegende Mehrheit der Bürgermeister, die überwiegende Mehrheit im Gemeinderat. Das sind Ihre Farben, Schwarz und Gelb. Die legen das auf die Seite. Warum legen sie das auf die Seite?

(Zurufe von der CDU)

Weil sie sagen: „Es geht nicht um Ideologie, sondern es geht um ein vernünftiges Konzept für unsere Kinder, für unsere Gemeinden, für die Zukunft.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil Sie keine anderen Möglichkeiten eröffnen, deswegen!)

Da sollten Sie nicht länger diese Politik des Gehörtwerdens,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Gehört werden“! Sie zwingen ja dazu, weil Sie keine anderen Möglichkeiten zulassen!)

des Mitmachens, des Sich-Einklinkens stören. Das ist auch ein Musterbeispiel, wie Landesregierung und Kommunen, Schulträger und Eltern Hand in Hand marschieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie lassen nichts anderes zu! Das ist die Wahrheit! Sie ermöglichen denen gar nichts anderes!)

wie etwas nicht von oben oktroyiert wird, sondern sich von unten entwickelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben einen Haushalt. Es geht um Finanzen. Da ist Ihre Strategie eindeutig: Sie wollen sich durch heftige Attacken von den Lasten Ihrer Regierung lösen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir wollen wissen, was Sie mit 5 Milliarden € Steuermehreinnahmen machen!)

Erste Last neben dem, was sowieso schon als Deckungslücke in der mittelfristigen Finanzplanung stand, ist:

(Abg. Peter Hauk CDU: 34 Milliarden € Ausgang!)

(Claus Schmiedel)

Sie haben jede Menge Projekte angefangen, ohne sie zu Ende zu finanzieren.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Das betrifft die ganze Bildungsoffensive, die Popakademie und vieles andere: Eine Anfangsfinanzierung, und dann kommt ein großes Loch. Ein strukturelles Loch von 400 Millionen € kommt so dazu, das wir auch noch stopfen müssen. Das ist eine Erblast von Ihnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Schwachsinn! So ein Quatsch!)

Das Zweite ist der Sanierungsstau, dessen Volumen sich auf Milliarden beläuft. Man muss nicht einmal an die Hochschulen gehen. Man muss nur hier in das Foyer gehen. Wenn es draußen regnet – heute haben wir Glück –, kommt der Regen da vom Dach nach unten. Hier reicht ein Eimer. Gehen Sie einmal mit mir an die Hochschule Heilbronn. Da brauchen Sie neun Eimer,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Badewanne! – Abg. Helen Heberer SPD: Im Polizeipräsidium Mannheim auch!)

und dann ist das ganze Rektorat für Besucher abgesperrt, damit man nicht auf der Wasserfläche ins Rutschen kommt. So sieht es in vielen Gebäuden aus.

Diese Finanzierungslücke haben Sie beständig ignoriert.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Sie haben zu wenig in Landesstraßen investiert. Sie haben zu wenig in die Gebäude investiert. Sie haben zu wenig in die Polizei investiert. Sie haben sich gebrüstet mit – unbestritten – formal ausgeglichenen Haushalten. Aber nachhaltig ist das, was Sie geliefert haben, nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb sind wir froh, dass die neue Landesregierung einen integrierten Ansatz wählt und sagt: Es gibt eine monetäre Verschuldung. Diese müssen wir auf null bringen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das werden wir sehen!)

Dazu gibt es eine Schuldenbremse.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo?)

– Ich sage gleich noch etwas zum Länderfinanzausgleich und zur Schuldenbremse. Vorsicht!

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist das ein Versprechen oder eine grausame Drohung? – Abg. Volker Schebesta CDU: Mir wäre es lieber, Sie würden in diesem Punkt etwas zur Landesverfassung sagen!)

Es gibt die monetären Schulden, und dazu gibt es die investiven Schulden, nämlich den Verzehr von Landesvermögen. Das muss im Gesamten betrachtet werden, denn in vielen Bereichen sind Sie nur dann in der Lage, vernünftig zu wirtschaft-

ten, wenn Sie heute in Dachsanierung, energetische Sanierung, Modernisierung investieren.

(Beifall des Abg. Ingo Rust SPD)

Jetzt zum Schluss: Das ist auch so eine Geschichtsklitterung, die Sie mit dem Länderfinanzausgleich probiert haben. Sie sagen: „An diesen Länderfinanzausgleich muss jetzt ganz radikal herangegangen werden; der muss jetzt weg.“

Man muss einmal in Erinnerung rufen, wie er entstanden ist. Er ist vor dem Hintergrund eines Urteils entstanden – das Sie ja wieder wollen –, wonach der vorhergehende Finanzausgleich verfassungswidrig war. Dann wurde verhandelt. Damals saß nicht Herr Kretschmann, sondern Herr Teufel da. Herr Teufel hatte die Federführung für die CDU-geführten Länder, kam dann in den Landtag zurück und hat gesagt: „Neuer Länderfinanzausgleich: Das Land Baden-Württemberg wird strukturell endlich bessergestellt, Schwachstellen werden beseitigt, toller Erfolg.“ Sie haben es bejubelt. Wissen Sie, wer das Ganze abgelehnt hat? Die SPD, weil wir schon damals erkannt haben, dass das Murks ist, dass das kein Anreiz ist, mehr zu erwirtschaften oder weniger Schulden zu machen. Deshalb haben wir es abgelehnt. Deshalb: Seien Sie mit dem Selbstlob ein bisschen vorsichtig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das liegt ein Jahrzehnt zurück!)

Kommen Sie auf den Boden der Tatsachen, dass ein Gerichtsurteil – das man sicher erstreiten kann – Ihnen am Ende gar nichts hilft, weil Sie eine Verhandlungslösung brauchen – mit Urteil oder ohne.

(Abg. Peter Hauk CDU: Bringen Sie einmal einen Vorschlag! Wo ist denn der Vorschlag?)

Deshalb ist es doch sinnvoll, dass die neue Landesregierung sagt: „Wir begraben das Kriegsbeil nicht, aber wir legen das Kriegsbeil einmal auf die Seite, setzen uns an einen Tisch und rauchen eine Friedenspfeife.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja wann denn?)

Dann schauen wir, dass wir eine Lösung bekommen, die den schwächeren Ländern etwas nützt – denn diese sollen ja auch etwas davon haben; wenn sie mehr erwirtschaften, soll mehr bei ihnen bleiben – und den Geberländern etwas nützt. Erst wenn dieser Versuch tatsächlich scheitert, können wir uns auf diesen Weg begeben; dazu gibt es die klare Ansage.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Deshalb, Herr Kollege Hauk – bei der Beratung der anderen Einzelhaushalte wird es dann sachlich weitergehen –: Ihr Versuch, die Politik der neuen Landesregierung mit einem Generalangriff zu diskreditieren, ist mächtig in die Hose gegangen. Wir fühlen uns ermuntert, genau in dieser Linie, die der Haushalt vorgibt, weiterzumachen, und hoffen, wenn schon nicht auf Ihre Unterstützung, dann aber auf die Unterstützung von vielen Bürgerinnen und Bürgern im Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das mit dem Taschenrechner war besser!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmiedel hat diesen Tagesordnungspunkt zum Punkt der Abrechnung erklärt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hauk! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hauk war das!)

Wenn es um den Haushalt des Ministerpräsidenten geht, ist es auch angemessen, sich mit dem Ministerpräsidenten als dem Regierungschef auseinanderzusetzen.

Ich will allerdings schon so viel zu Ihrer Rede sagen, Herr Kollege Schmiedel: Ich finde, es ist ein bemerkenswerter Beitrag zur sozialdemokratischen Dialektik, wenn man hier erklärt, die Staus auf den Straßen in Baden-Württemberg seien die Staus der damaligen Landesregierung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ist doch so!)

während vorhin die Sozialministerin hier erklärt hat, die niedrige Arbeitslosigkeit sei auf die grün-rote Politik zurückzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diese Form von sozialdemokratischer Dialektik ist schon sehr bemerkenswert.

Aber jetzt zum Ministerpräsidenten, der vor knapp einem Jahr seine Regierungserklärung abgegeben hat und seinem Amtsvorgänger vorgeworfen hat, dieser habe damals eine Regierungserklärung der wohlklingenden Allgemeinplätze abgegeben. Das haben auch Sie, Herr Kretschmann. Sie haben allerdings schon damals von den Mühen der Ebene gesprochen. Diese Mühen der Ebene werden mittlerweile in heftigster Weise deutlich.

Sie haben dies, wie ein Zitat belegt, selbst einmal geschildert. Sie hatten vor der Landtagswahl versprochen, es werde im Fall, dass Sie die Regierung übernehmen, keine Landesmittel für Stuttgart 21 geben. Der „taz“ haben Sie am 23. September 2011 erklärt – ich zitiere –:

*Das war das einzige Mal, dass ich das Maul ... zu voll genommen habe. Deshalb habe ich hier auch ein Glaubwürdigkeitsproblem.*

Jetzt wollen wir einmal einen nüchternen Blick auf die Frage werfen, ob Sie nur an dieser Stelle den Mund zu voll genommen haben und ob Sie auch nur an dieser Stelle ein Glaubwürdigkeitsproblem haben.

Nehmen wir das Thema Stuttgart 21. Beim Neujahrsempfang der Landesregierung hatten Sie ein Treffen mit einigen Projektgegnern, aus deren Reihen Sie mit Schuhen beworfen wurden. Anschließend haben Sie im Neuen Schloss erklärt, diejenigen, die sich einmischen, seien Ihnen lieber als diejenigen, die überhaupt nichts tun. Das hat eine gewisse Logik. Denn wenn man an über 100 Montagtagen die Leute vor den Bahnhof treibt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn man lügt!)

darf man sich nicht wundern, wenn die ausgelatschten Schuhe am Schluss bei einem abgegeben werden.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Als Sie noch in der Opposition waren, haben Sie einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der zum Ziel hatte, zu klären, ob es aus dem früheren Staatsministerium heraus Einfluss auf das Handeln der Polizei gegeben hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Später haben Sie selbst quasi unterstützend geschrieben – ich darf aus dem Schreiben Ihres Staatssekretärs vom 2. Februar dieses Jahres an Herrn Dr. Kefer zitieren –:

*Die Polizei des Landes Baden-Württemberg plant die Einsatzmaßnahmen generell eigenverantwortlich und ohne Einflussnahme politischer Entscheidungsträger.*

Doch einen Tag vorher gab es eine E-Mail des Ministerialdirektors des Innenministeriums an die Bahn, in der steht – ich zitiere –:

*Sofern in den ... Eilverfahren vor dem VGH der Weg für den Beginn der Baumaßnahmen frei gemacht sein wird ..., werden wir auch politisch grünes Licht bekommen und ... Planungen für einen ... Polizeieinsatz aufnehmen.*

Angesichts dessen ist auch ohne Untersuchungsausschuss klar: Mit dem grünen Licht ist das Staatsministerium gemeint.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Genau das haben Sie vor. Sie haben vor, aus dem Staatsministerium heraus die Polizeieinsätze zu planen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Daraus, Herr Ministerpräsident, dass Sie vor und nach dem Volksentscheid vollmundig angekündigt haben: „Wir beugen uns dem Willen der Bevölkerung; das, was die Bevölkerung entschieden hat, setzen wir um“, dann aber hinten herum aus dem Staatsministerium auf die Polizei einwirken, wird deutlich, dass Sie auch hier den Mund zu voll genommen haben und dass Sie eben auch bei Stuttgart 21 ein Glaubwürdigkeitsproblem haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nehmen wir den Haushalt – Kollege Hauk hat es schon geschildert –: Es ist der aufgeblähteste Haushalt aller Zeiten. Er umfasst 38,9 Milliarden € und sieht Rekordausgaben vor.

Meine Damen und Herren, in guten Zeiten werden Haushalte ruiniert,

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es! – Abg. Winfried Mack CDU: Interessiert die Grünen die Debatte nicht?)



*(Dr. Hans-Ulrich Rülke)*

weil man es nämlich trotz gewaltiger Steuereinnahmen nicht schafft, den Haushalt strukturell in Ordnung zu bringen, nichts für den Schuldenabbau tut, wie es die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, und nichts für die Pensionsrücklagen tut, wie wir es vorgeschlagen haben. Meine Damen und Herren, wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten: 26,7 Milliarden € waren es in dem guten Jahr 2008, und 29 Milliarden € sind es im Jahr 2012 – netto, Länderfinanzausgleich usw. schon abgezogen –, und trotzdem müssen Sie noch den Grunderwerbsteuersatz erhöhen.

Wenn wir dann vorschlagen, Herr Ministerpräsident, das aufzugreifen, was Sie zu Oppositionszeiten immer gefordert haben – zu Oppositionszeiten haben Sie immer gefordert, die in der Landeshaushaltsordnung enthaltene Regelung zur Schuldenbegrenzung müsse in die Verfassung, die Schuldenbremse müsse in die Verfassung –, wenn wir dafür eintreten, das, was Sie zu Oppositionszeiten immer vorgeschlagen haben, dann in derart guten Zeiten wie jetzt im Interesse des Haushalts, der strukturellen Sanierung des Haushalts, umzusetzen, lehnen Sie es ab, meine Damen und Herren. Ist das glaubwürdig, oder haben Sie auch hier ein Glaubwürdigkeitsdefizit?

Dasselbe gilt für das Thema Länderfinanzausgleich. Da haben Sie erklärt – Kollege Hauk hat es angesprochen –, Sie führten da Kamingespräche in guter Atmosphäre, Sie würden uns demnächst über Ergebnisse informieren. Dann hören wir aber vom Berliner Finanzsenator Nußbaum, eine Änderung komme bis 2019 gar nicht infrage. Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen droht – es ist schon bemerkenswert, dass Frau Kraft droht; sie hat nichts zu drohen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie hat nicht einmal eine Mehrheit! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie nimmt Geld auf, um Zinsen zu zahlen!)

aber sie droht trotzdem –, im Falle einer Klage gegen den Länderfinanzausgleich komme alles auf den Tisch. Dann erklären Sie, Herr Ministerpräsident: „Wir verschieben das um drei Jahre; in drei Jahren bekommen wir vielleicht Ergebnisse.“ Wahrscheinlich haben Sie diese Jahreszahl 2015, diese drei Jahre ab jetzt, in die Diskussion gebracht, weil Sie davon ausgehen, dass Ihre Regierung Baden-Württemberg bis dahin zum Nehmerland heruntergewirtschaftet hat. Dann braucht man nämlich diese Diskussion gar nicht mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Also, Herr Ministerpräsident, Sie haben auch in der Haushaltspolitik ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Dann wird immer erklärt, Baden-Württemberg habe jetzt eine Bürgerregierung. Insbesondere auf die ehemalige Ministerpräsidentenpartei CDU wird dann eingeprengelt. Da heißt es dann: „Anders als unter der CDU sind wir jetzt eine Bürgerregierung.“ Wenn man hinter die Kulissen blickt, dann geben selbst die grünen Parteigänger zu, dass sich das, was als Bürgerregierung begonnen habe, gar nicht von den unterstellten Praktiken der vorherigen Landesregierung unterscheide.

Nehmen wir nur einmal die Frage der Versorgung von Parteigängern. Auf der einen Seite wird bei den Beamten, bei den Indianern gespart, damit bei den Häuptlingen draufgelegt werden kann. Der ehemalige Kollege und heutige Stuttgarter Bür-

germeister und verhinderte OB-Kandidat Wölfler teilt mit – zwar aus Versehen, aber trotzdem öffentlich; ich zitiere –:

*Selbst dieser Franke wird im StaMi untergebracht. Ist mir das peinlich. ... Kein Unterschied zu den Schwarzen. Gruß Werner.*

So viel zu der Frage der Bürgerregierung.

Gleichzeitig wird bei den Beamten gespart. Herr Ministerpräsident, auch hier haben Sie ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Auch hier haben Sie den Mund zu voll genommen.

Nehmen wir die Wirtschaftspolitik. Sie haben den wunderbaren Begriff „Innovationspeitsche“ erfunden. Die Wirtschaft werde gepeitscht. Der Wirtschaft werde gezeigt, wo es langgeht. Als Kritik entbrannte, haben Sie gemerkt, dass dieser Begriff vielleicht nicht ganz so günstig ist. Am 1. August 2011 erklärten Sie dann – ich zitiere –:

*Da der Begriff missverständlich ist, verwende ich ihn nicht mehr.*

Herr Ministerpräsident, haben Sie wirklich nur bei einer Frage den Mund zu voll genommen, oder haben Sie auch bei anderen Fragen ein Glaubwürdigkeitsdefizit? Herr Ministerpräsident, Sie haben auch in der Wirtschaftspolitik ein Glaubwürdigkeitsdefizit.

Wer dies anhand des Beispiels Innovationspeitsche noch nicht glaubt, der muss sich weitere Äußerungen anschauen – das spielte heute schon eine Rolle –: Weniger Autos seien natürlich besser als mehr Autos. Beim Automobiltag in Nürtingen haben Sie sich sogar zu der Aussage verstiegen – ich zitiere:

*Was dem Ami die Waffen, ist dem Deutschen das Rasen.*

So viel zum Automobilstandort Baden-Württemberg. Das ist grüne Mobilitätsfeindschaft. Das ist grüne Mobilitätsfeindlichkeit, die Sie hier implementieren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Lächerlich!)

Schauen wir uns einmal an, ob Sie bei sich selbst genauso mobilitätsfeindlich sind. Das Land hat jetzt zwar weniger Hubschrauber in seiner Staffeln, weil weniger Hubschrauber sicherlich besser sind als mehr Hubschrauber. Dennoch sind Sie nach Lübeck geflogen und haben aus Sicherheitsgründen den gepanzerten Dienstwagen hinterherfahren lassen. Gleichzeitig erklären Sie aber, dass Sie im Land künftig keinen gepanzerten Dienstwagen mehr brauchen und auf einen gepanzerten Dienstwagen verzichten. Herr Kretschmann, ist Lübeck etwa der einzige Ort auf der Welt, wo Sie gefährdet sind?

(Heiterkeit)

Was ist denn das für eine Logik, sich den gepanzerten Dienstwagen aus Sicherheitsgründen nach Lübeck bringen zu lassen und am selben Tag zu erklären, künftig auf einen gepanzerten Dienstwagen zu verzichten?

Herr Ministerpräsident, auch an dieser Stelle haben Sie den Mund zu voll genommen. Auch bei Ihrer Mobilitätspolitik haben Sie ein Glaubwürdigkeitsdefizit.

(Zuruf von der SPD: Helau!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dasselbe gilt für Ihre Politik für den ländlichen Raum. Die Polizeireform, die den Interessen des ländlichen Raums zuwiderläuft, ist bereits angesprochen worden. Kein Straßenbau mehr. Auch das ist gegen den ländlichen Raum. Der Bevölkerung im Nordschwarzwald wird gegen ihren Willen ein Nationalpark aufgedrückt. Alles gegen den ländlichen Raum.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Droht jetzt der Untergang? Oder was soll das?)

Von wegen Politik des Gehörtwerdens.

Sie haben auch als Bürgerregierung den Mund zu voll genommen. Mit Ihrer Politik des Gehörtwerdens haben Sie ein gewaltiges Glaubwürdigkeitsdefizit, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dasselbe gilt für die Energiepolitik und für die Energiewende. Im Zusammenhang mit der EnBW haben Sie geäußert, es sei Ihnen eigentlich egal, woher das Geld komme, denn Geld stinke nicht. „Pecunia non olet“, so Ihr Zitat. Vor diesem Hintergrund haben Sie es auch für denkbar erklärt, die EnBW-Anteile des Landes an ausländische Investoren zu veräußern.

(Zuruf: Kein einziges Gespräch!)

Gleichzeitig haben Sie erklärt: Eine Kapitalaufstockung, eine höhere Beteiligung des Landes Baden-Württemberg habe Zeit; warten wir einmal ab; das wollen wir erst einmal sehen, wir verlangen erst einmal eine Strategie; der Vorstand der EnBW, Herr Villis, habe diese Strategie noch nicht vorgelegt, und da er diese Strategie noch nicht vorgelegt habe, gebe es keine Kapitalaufstockung.

Siehe da, nachdem wenig später Sie und Ihre Helfer im Aufsichtsrat der EnBW Herrn Villis zur Strecke gebracht haben, war – am nächsten Tag – eine Kapitalaufstockung plötzlich möglich. Dann ging es plötzlich mit der Kapitalaufstockung.

Herr Ministerpräsident, auch bei der Energiewende haben Sie ein Glaubwürdigkeitsproblem.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ein Zitat allerdings kann ich durchaus unterstreichen. Sie haben in den letzten Monaten einmal geäußert: Ein guter Stolperer fällt nicht hin. Da haben Sie recht, Herr Ministerpräsident. Man sollte aber nicht nur stolpern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das Stolpern wird allmählich zum Sinnbild Ihres gesamten Regierungshandelns. Das Glaubwürdigkeitsdefizit, an vielen Beispielen hier geschildert, zieht sich wie ein grüner Faden durch Ihr gesamtes Regierungshandeln als Regierungschef.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat diese Regierung nicht verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Kretschmann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben die eigenen Leute kein Interesse an dem Ministerpräsidenten? Beschämend für ein Parlament und eine Regierung!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf als Erstes den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung der Politik auch in der Haushaltsdebatte herzlich danken.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Regierung kann auf dieser Grundlage gut in die Zukunft schauen und die wichtigsten Weichen für die Zukunft dieses Landes stellen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Landesregierung hat in der Haushaltspolitik mit dem Dreiklang „Sanieren – konsolidieren – investieren“, glaube ich, den richtigen Dreiklang gefunden, um das Land in eine gute Zukunft zu führen. Ich bin der Ansicht, wir sind gut und kraftvoll gestartet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben es nun zum zweiten Mal geschafft, den Haushalt trotz schwieriger Bedingungen – auch wenn das wegen der hohen Steuereinnahmen erst einmal nicht so aussieht – zu konsolidieren

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo? – Zuruf: Welche schwierigen Bedingungen?)

und das Land nicht weiter zu verschulden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja wo denn?)

– In den Jahren 2011 und 2012 werden wir keine neuen Schulden aufnehmen. Die Nettonull ist erneut erreicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist allerhand!)

Es war nämlich so, dass wir trotz geplanter Steuermehreinnahmen von rund 800 Millionen € für das Jahr 2012 – ohne die Grunderwerbsteuererhöhung – am Anfang der Beratungen eine Deckungslücke von 400 Millionen € hatten. Diese Lücke ist geschlossen worden. Das war ein durchaus schwieriges Unterfangen. Die Schwierigkeiten kommen einfach daher,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Lücke! – Zuruf von der CDU)

dass Sie uns Haushalte mit großen Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung hinterlassen haben. Das ist einfach eine Tatsache.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darum glaube ich, dass die Haushaltskonsolidierung erst einmal auf einem guten Weg ist. Ich danke hier auch noch einmal den beteiligten Ressorts für die sehr konstruktiven Verhandlungen, die wir geführt haben und die zu diesem Ergebnis geführt haben, aber auch den Koalitionsfraktionen für die konstruktive Haltung, die sie eingenommen haben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich finde, Sie haben den Mund etwas voll genommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann hätten wir etwas gemeinsam, Herr Ministerpräsident!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sagen wir es einmal so – das ist nämlich ganz einfach –: Sie hätten jetzt Vorschläge machen müssen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben wir doch! – Zurufe von der CDU: Haben wir! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alle abgelehnt!)

wie Sie denn nun diese Lücken schließen würden. Sie hätten jetzt etwas vorweisen müssen, was Ihre Kritik wirklich hinterlegt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Wo waren Sie in den letzten Wochen? – Zuruf von der CDU: Waren Sie auf Kur?)

Rechnen wir jetzt einmal etwas zusammen. Was für Vorschläge haben Sie eigentlich gemacht?

Erstens: Studiengebühren – 120 Millionen €. Seriös. Absolut. Da haben Sie eine andere Meinung, Sie sind der Auffassung, das hätte man nicht machen müssen. Das können Sie berechtigt als Deckungsvorschlag einbringen.

Zweitens gestehe ich Ihnen auch noch die Mehrstellen in den Ministerien zu. Dazu können Sie sagen: Hätten wir weiterregiert, hätten wir das nicht gemacht. Größenordnung: 10 Millionen €. Also sind Sie jetzt etwa bei 130 Millionen €.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Pro Jahr!)

Dann ist es zappenduster.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes abgelehnt.

(Zuruf: Ja!)

Also müssen Sie einmal 350 Millionen € einbringen. Wo sind sie? Fehlanzeige.

(Zuruf von der SPD: Da sind sie schon wieder im Minus!)

Dann haben Sie den Beitrag, den wir den Beamten abverlangt haben, im Gesamtumfang von 130 Millionen € abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder minus!)

Diesen Betrag müssen Sie decken. Ich sehe nicht, wo das erfolgt wäre.

Wo haben Sie die Gegenfinanzierung? Sie waren gegen diesen Beitrag. Also müssen Sie diese 130 Millionen € bringen. Nichts zu sehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht! Ist doch gar nicht wahr! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann kommt die Rücklage. In der Rücklage haben wir jetzt noch Mittel in der Größenordnung von 250 Millionen €. Die können Sie natürlich streichen und in den jetzigen Haushalt einstellen; gar keine Frage. Das ist möglich. Aber was ist mit den Vorhaben, die wir aus der Rücklage finanzieren? Sind Sie gegen diese Vorhaben? Dann müssen Sie das sagen. Hochwasserschutz, Gebäudesanierung, Sanierung von Landesstra-

ßen. Wollen Sie das nicht machen? Dann ist es okay; aber dann müssen Sie Anträge stellen, dass wir das streichen mögen. Dann müssen Sie sagen: Das, was aus der Rücklage finanziert werden soll, wollen wir nicht, und deshalb kann das Geld eingespart werden. Das ist jedoch nicht der Fall.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber ihr wisst doch gar nicht, was da kommt!)

Es ist ja klar: Zu all dem, was wir bisher aus der Rücklage finanziert haben – im Nachtrag kommen noch Beiträge zur Krankenhausfinanzierung hinzu –, haben Sie nie gesagt: Das ist falsch; das wollen wir nicht. In diese Richtung wird es natürlich auch beim Rest der Rücklage im nächsten Haushaltsjahr gehen. Wenn Sie mit den Mitteln aus der Rücklage die Verschuldung senken wollen, dann fehlen Ihnen die Mittel natürlich im nächsten Haushalt, und dann müssen Sie schon fragen: Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Das frage ich Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die FDP/DVP, die für ihre Verwegenheit bekannt ist, sagt noch dazu: Die 400 Millionen €, die wir jetzt als Kapitalspritze für die EnBW aufnehmen sollen, sollen ebenfalls noch aus dem Haushalt finanziert werden. Da wünsche ich viel Vergnügen. Wo soll dieses Geld herkommen? Wo sind Ihre Streichungsanträge in dieser Größenordnung? Fehlanzeige.

Meine Damen und Herren, Regieren ist schwierig, aber Opposition ist auch nicht so einfach, wie man glaubt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie ja erfahren!)

– Herr Kollege Röhm, da habe ich 30 Jahre auf dem Buckel. – Ich dachte mir gleich: Au Backe, da werden Sie als Opposition es aber schwer haben, das aus dem Haushalt herauszuschwitzen. Es ist halt nicht so einfach, als Opposition einen Betrag in der Größenordnung von einer halben Milliarde Euro herauszuschwitzen. Das haben Sie nicht hinbekommen. So einfach ist das.

Wissen Sie: Weil Sie das alles nicht hinbekommen haben, ist diese laute Kritik halt nicht so viel wert.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Man muss schon eine Alternative aufzeigen, wo die Mittel herkommen sollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Dr. Rülke, man kann natürlich die Grünen anschreien, aber Zahlen halt nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das ist halt das Dumme. Ich meine, jeder macht die Oppositionspolitik so, wie er möchte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So gut er kann!)

Das habe ich Ihnen nicht vorzuschreiben. Aber gefallen tut sie mir nicht.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das wird uns zu denken geben! – Abg. Peter Hauk CDU: Das beruhigt mich!)

Ich hätte schon einmal ein bisschen Oppositionspolitik erwartet, die ab und zu auch einmal wehtut. Das würde ich eigentlich schon einmal erwarten.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie tun sich selbst genug weh! – Zuruf: Sie haben ja die SPD!)

Ich würde schon einmal erwarten, dass ich wenigstens heimlich denke: Da haben Sie jetzt recht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sollten also beim nächsten Mal einfach für das, was Sie ankündigen, auch Streichungsvorschläge bringen. Dann wird es hart für uns. Aber solange Sie das nicht hinbekommen, machen Sie es uns sehr leicht. Aber das macht nichts. Ich bin froh, wenn man es am Anfang leichter hat. Das ist ganz klar.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht mehr Lehrer, sondern Ministerpräsident! – Abg. Karl Zimmermann CDU: So hört sich die Arroganz der Macht der Regierung an! – Gegenruf von der SPD: Zimmermann ist noch immer verzweifelt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Womit haben Sie recht bei Ihrer Kritik? Sie haben recht mit Ihrer Kritik, dass wir nicht behaupten könnten, wir seien schon in der Phase einer echten Konsolidierung der strukturellen Haushaltsdefizite, die Sie uns hinterlassen haben. Das können wir nicht ernsthaft behaupten. Allerdings: Selbst den Beitrag, den wir von der Beamtenschaft verlangen mussten, nämlich eine bescheidene Anpassung bei den Beihilfen und den Wahlleistungen, haben Sie abgelehnt.

Ich möchte sagen, warum wir nicht mehr gemacht haben. Das hat einen ganz einfachen Grund: Weil wir in der Tat ernsthaft mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, also mit den Gewerkschaften und dem Beamtenbund, verhandeln wollen

(Abg. Volker Schebesta CDU: Komisch, dass die das gar nicht so verstehen!)

über strukturelle Maßnahmen, die wir in den nächsten sieben Jahren ergreifen müssen, um diesen Haushalt zu sanieren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die sind nicht der Meinung, dass das so ist!)

Deswegen haben wir im Kern nicht mehr gemacht, als Gehaltserhöhungen zu verschieben, und zwar für die Besoldungsgruppen bis A 10 um zwei Monate und für die Besoldungsgruppen darüber um sieben Monate. Ich denke, das ist in dem ganzen Kontext

(Abg. Peter Hauk CDU: Einmalig!)

zumutbar. Das hat natürlich niemand gern, aber man muss jetzt nicht so tun, als sei gleich der Weltuntergang angesagt, wenn man eine Gehaltserhöhung hinausschiebt. Das ist nicht der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn das vorbei ist, sind wir strukturell wieder auf demselben Niveau. Also kann niemand behaupten, das sei schon eine strukturelle Maßnahme, sondern das ist ein Beitrag, den die Bediensteten des Landes erbringen, damit wir nicht tiefer in die Verschuldung gehen müssen. Angesichts dessen, dass die Personalkosten 40 % der Ausgaben des Landes ausmachen, weiß jeder, dass es nicht einfach am Personal vorbeigeht.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das weiß man aber vor der Wahl!)

Das ist eine Tatsache.

Darum werden wir jetzt mit der Beamtenschaft in einen Dialogprozess treten, um zu eruieren: Wie können wir bis 2020 auch auf dieser Seite, der Personalseite, etwas zur Konsolidierung des Haushalts tun? Das ist unser Vorhaben. Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge. Aber nach dem, was Sie schon jetzt bei dieser doch sehr moderaten Maßnahme gemacht haben, sehe ich nicht, dass wir von Ihnen Unterstützung erwarten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein Großteil der neuen Stellen, die wir in den Ministerien geschaffen haben, ist mit k.w.-Vermerken versehen und kann später zurückgeführt werden. Es gibt ein allgemeines Stellenstreichungsprogramm. Man braucht auch neue Leute – das ist klar –, wenn man zwei neue Ministerien einrichtet. Das hätten wir nicht machen müssen. Das können Sie kritisieren. Das ist okay.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gern!)

Dabei geht es um 10 Millionen €. Aber mit 10 Millionen € ruiniert man weder einen Haushalt, noch saniert man ihn damit.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Pensionsverpflichtungen müssen Sie dazurechnen!)

Deswegen können Sie da populistisch Punkte machen, aber substanziiell ist das noch lange kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Zum Länderfinanzausgleich: Es ist klar – das habe ich noch einmal betont –, dass dieser Länderfinanzausgleich anreizfeindlich ist. Nehmen wir mehr Steuern ein, geht davon ein Großteil in den Länderfinanzausgleich. Nimmt ein Nehmerland mehr Steuern ein, erhält es weniger aus dem Länderfinanzausgleich. Man sieht: Das ist kein anreizfreundliches System.

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass wir die gesamten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern neu ordnen müssen und zu einem Ausgleichssystem

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

kommen müssen, das den Anreiz setzt, von der Nehmerrolle wegzukommen und sich auf eigene Füße zu stellen. Dies ist bisher nur Bayern gelungen.

Ich habe natürlich auch Verständnis etwa für den Kollegen Seehofer, dessen Land über die Hälfte des Länderfinanzausgleichs erbringt. Ich habe auch Verständnis für den Kollegen Bouffier. Er kann sich auf entsprechende Landtagsbeschlüsse stützen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bloß für uns kein Verständnis!)

Auch wir haben gesagt: Wenn die Nehmerländer nicht zu Verhandlungen bereit sind, klagen wir mit – aber nur dann. Warum? Erstens muss Politik zeigen: Sie gestaltet selbst und geht nicht einfach vor Gericht. Diese Botschaft ist ganz wichtig.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Föderalismuskommissionen I und II haben gezeigt, dass man dies erfolgreich machen kann – auch unter Führung meines Amtsvorgängers Oettinger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Selbstverständlich kann ich nicht einfach so regieren, wie es Ihr Parteivorsitzender Strobl gefordert hat. Man muss in der Tat zunächst einmal moderieren und alle Beteiligten an einen Tisch bekommen, wenn man verhandeln will. Das ist das kleine Einmaleins des Verhandelns.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber was ist passiert?)

Das ist auf einer Ministerpräsidentenkonferenz eingeleitet worden. Auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz konnte dieses Thema nicht weitergeführt werden, weil wegen der schwierigen Diskussion über ein NPD-Verbot die Zeit nicht mehr dazu gereicht hat. Sie sehen, es ist wie im persönlichen Leben: Zu 90 % besteht es aus Trivialitäten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: So plätschert es halt dahin!)

Jetzt muss man eben schauen, dass dieses Thema bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz wieder auf die Tagesordnung kommt. Das ist eben so. Daran kann man nichts ändern. Das Thema wird bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz wieder auf die Tagesordnung kommen. Das ist gar keine Frage.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Zweitens: Wenn man klagt, weiß man nicht, ob man gewinnt. Das ist das Problem dabei. Kollege Schmiedel hat ausgeführt, dass die letzte Klage nicht weit zurückliegt und sich seither nichts Fundamentales

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Geändert hat!)

geändert hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist doch logisch!)

Das ist das Problem.

Drittens: Selbst wenn eine Klage Erfolg hätte, könnte das Bundesverfassungsgericht immer nur den real existierenden Länderfinanzausgleich korrigieren, aber keinen neuen machen. Das können nur wir.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen: Entsprechende Verhandlungen dauern lange. Dafür braucht man Jahre; das ist gar keine Frage. Das haben auch die Föderalismuskommissionen gezeigt. Dann kommt dabei auch etwas Vernünftiges heraus. Das war bisher auch der Fall.

Deswegen werden wir – das ist zwischen den Geberländern Baden-Württemberg, Hessen und Bayern vereinbart – zunächst einmal versuchen, den Verhandlungsweg zu gehen. Die Initiative dazu ist vorhanden. Die Nehmerländer müssen jetzt klarmachen, ob sie zu Verhandlungen bereit sind. Dazu ist einfach eine gewisse Geduld erforderlich. Wenn dieser Weg nicht hinhaut, werden auch wir uns eine Klage überlegen.

So weit zum Länderfinanzausgleich.

Jetzt zur Energiewende. Kollege Hauk, ich konnte an dieser Energiewende mitgestalten. Da war ich ganz frisch im Amt. Dass wir dies in einem großen parteiübergreifenden Konsens geschafft haben, ist ein großer Erfolg. An diesem Erfolg konnten die Landesregierung und ich mitwirken.

Warum ist das so wichtig? Es ist deshalb so wichtig, weil wir jetzt alle Kraft darauf verwenden können, die Energiewende auch umzusetzen. Das werden wir tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Dann tun Sie es! – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Man sollte halt einmal damit anfangen!)

Das Land Baden-Württemberg und ich persönlich haben eine zweite Initiative ergriffen – auch sie war erfolgreich –, um auch bei der Endlagersuche einen neuen Konsens herzustellen. Dem haben alle 16 Bundesländer und die Bundesregierung öffentlich zugestimmt, sodass wir versuchen, auch eine der schwierigsten Hinterlassenschaften der Atomkraft, eines der schwierigsten Probleme im Konsens zu lösen. Das war, glaube ich, auch eine respektable Leistung, die diese Landesregierung hinbekommen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Ängste, vor allem aus der Wirtschaft, um die Sicherheit der Energieversorgung und um die Preisstabilität haben wir ernst genommen. Wir haben die Wirtschaft zu einem Austausch über diese Fragen eingeladen. Wir konnten der Wirtschaft die größten Ängste für die nächste Zeit erst einmal nehmen. Es wurde ein Lenkungskreis eingesetzt, in dem ein Monitoring in diesen wichtigen Fragen stattfindet

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und mit dem wir nachsteuern können, wenn es zu Schwierigkeiten kommt. Wir machen also mit der Politik des Gehörtwerdens ernst. Sie ist eingeleitet und installiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Entscheidende bei der Energiewende ist aber erst einmal nicht, wie viel Geld wir mehr im Haushalt einstellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach so!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

– Nein, das ist überhaupt nicht das Entscheidende. – Das Entscheidende ist, dort, wo wir den größten Nachholbedarf haben, nämlich bei der Windkraft, die Planungsgrundlagen so zu ändern, dass die Windkraft im Land Baden-Württemberg überhaupt ausgebaut werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das haben wir in die Wege geleitet; das kann niemand bestreiten. Warum mussten wir es in die Wege leiten? Weil wir Ihre Hinterlassenschaft, nämlich die Verhinderung der Windkraft, erst einmal sorgfältig beseitigen und die Grundlagen schaffen müssen. Dann kommen die Investoren – das machen wir nicht selbst – und investieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zudem haben die Fraktionen mit der Zustimmung zur Kapitalspritze für die EnBW die Möglichkeit gegeben, dass auch die EnBW, die uns jetzt zu einem großen Teil gehört, stärker in den Ausbau der regenerativen Energien geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das wollten Sie doch gar nicht!)

Auch das geht die Regierung ganz gezielt an. Sie fängt dort an, wo die größten Schwächen sind; die haben Sie uns hinterlassen. Diese müssen wir erst einmal beseitigen. Das ist eine Tatsache.

(Oh-Rufe von der CDU)

Dass Sie jetzt auch beim Ausbau der Windkraft eingestiegen sind, ist erfreulich, auch wenn Sie mit den von Ihnen angestrebten 600 Windrädern andere Zahlen zugrunde legen. Das ist uns zu wenig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin gespannt, ob Sie das überhaupt schaffen!)

Wenn wir das Ziel eines Anteils der Windkraft an der Bruttostromerzeugung von 10 % erreichen wollen, ist das nicht ausreichend.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das erreichen Sie nie im Leben!)

Aber das sind Differenzen im Detail. Ich bin jedenfalls erfreut, dass die CDU-Fraktion da ihre Blockadehaltung endlich aufgegeben hat.

Ich komme zu den Infrastrukturen. Meine Damen und Herren, es ist völlig unbestritten: Baden-Württemberg als modernes Industrieland und eine der stärksten Industrieregionen Europas ist angewiesen auf eine gut funktionierende Mobilität; das ist gar keine Frage. Das ist eine große Herausforderung für diese Landesregierung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, das merken wir!)

Warum? Das haben Sie ja schon zugestanden: weil man uns natürlich viel zutraut.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Alles, bloß nichts Gutes!)

Das freut mich. Aber wie gesagt: Für die Staus kann ich nicht verantwortlich sein.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das haben jetzt endlich alle eingesehen. Trotzdem sehe ich mich dauernd Angriffen ausgesetzt, bei denen so getan wird, als wäre ich dafür verantwortlich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat zwar niemand behauptet, aber ist ja gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie war das mit dem Eigenlob?)

Sie haben das nach 58 Jahren nicht geschafft. Deshalb würde ich an Ihrer Stelle etwas leisere Töne anschlagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Tatsache ist, dass der Verkehrsbereich, sowohl Straße als auch Schiene, strukturell unterfinanziert ist. Man kann sich auch dazu die Zahlen anschauen. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes stehen Mittel für den Bundesstraßenbau in Höhe von 120 Millionen € für uns zur Verfügung. Demnach dauert es acht Jahre, bis wir die angefangenen Bundesstraßenbauprojekte durchfinanziert und gebaut haben. Wenn es besser kommt – das ist Gott sei Dank der Fall – und wir wie andere Länder noch Mittel aus anderen Bereichen bekommen, dann dauert es vier Jahre. Das ist sozusagen eine ganz optimistische Rechnung.

(Abg. Ingo Rust SPD: Ja!)

Das sind die Tatsachen. Ich drücke es ganz einfach aus: Wenn mir Bundesverkehrsminister Ramsauer mehr Geld gibt, dann baue ich auch mehr Straßen. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Ramsauer sagt, er würde auch gern mehr bauen! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie können uns hierbei gern unter den Verdacht der Ideologie stellen. Aber das wird auf Dauer nichts nützen, weil die Zahlen schlichtweg dagegen sprechen.

(Abg. Rosa Grünstein SPD: So ist es!)

Beim Schienenverkehr sieht es genauso aus. Wir haben jetzt noch Beschlüsse über die Rheintalstrecke zu fassen. Das Land hat sich beim Schienenausbau – bei der Elektrifizierung der Südbahn oder bei der Rheintalbahn – immer stärker engagieren müssen. Ich sage noch einmal klipp und klar: Dafür sind die Mittel im Landeshaushalt eigentlich nicht da. Das ist eine Aufgabe des Bundes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Im Bund regieren noch Sie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Noch!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das alles wollen wir einmal festhalten. Das sind die nackten Tatsachen.

Ich prophezeie allerdings: Wie bei uns gibt es auch auf Bundesebene die Schuldenbremse. Da werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Deswegen müssen wir zusehen, dass wir neue Mobilitätskonzepte erarbeiten, die Verkehrsträger besser miteinander vernetzen, damit wir die bestehenden Kapazitäten besser nutzen. Das ist ein Gebot der praktischen Vernunft. Aber es ist auch ein Gebot der ökologischen Verantwortung, dies umzusetzen.

In der Tat habe ich gesagt: Weniger Autos sind besser als mehr. Ich habe davon nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Kein Applaus bei der SPD! – Abg. Andreas  
Deuschle CDU: Kopfschütteln bei der SPD!)

Wenn wir im mittleren Neckarraum keine Staus mehr haben wollen, dann müssen weniger Menschen ins Auto und mehr Menschen in die S- und in die U-Bahn steigen.

(Zuruf: Aha! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bahnhöfe wollen Sie doch auch nicht!)

Wenn sie dies tun, brauchen wir auf Dauer weniger Autos. Wenn weniger Auto gefahren wird, dann haben wir in der Summe auch weniger Autos; das ist ganz einfach. Da habe ich nichts zurückzunehmen. Deswegen habe ich mich gewundert, weshalb diese Aussage derart Furore gemacht hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sieht die SPD es auch so?)

Es ist das Bestreben, den öffentlichen Verkehr auszubauen und mitzuteilen: Steigt bei kurzen Strecken aufs Fahrrad. Das alles dient dazu, unsere Straßen von unnötigem Individualverkehr zu entlasten. So einfach ist es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kann nicht jeder so machen!)

Dass weltweit Millionen Autos mehr gebaut und gefahren werden, ist auch mir bewusst. Deswegen ist das Kernanliegen, dass wir andere Autos brauchen, Autos, die weniger Sprit verbrauchen, Autos mit anderen Antriebstechnologien. Auch das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Eben! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dagegen spricht nichts! Jawohl!)

Auch da handelt diese Landesregierung. Sie hat im Haushalt erkleckliche Mittel für die Initiative Elektromobilität veranschlagt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie viel?)

um bei der Bewerbung um eine Förderung aus dem Programm „Schaufenster Elektromobilität“ erfolgreich zu sein. Wir haben das Konzept zur nachhaltigen Mobilität im mittleren Neckarraum zusammen mit der Wirtschaft, den Kommunen und

dem Verband Region Stuttgart konzipiert. Auch da zeigen wir, dass wir den Schritt in Richtung einer anderen Mobilität gehen, soweit es möglich ist, um den mittleren Neckarraum von Staus zu entlasten und die Mobilität zu gewährleisten, die die Wirtschaft braucht. Das ist uns ein sehr wichtiges Kernanliegen.

Auch da können wir zeigen, dass wir die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt haben und in die richtige Richtung gehen. Aber wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben. Sie machen die Ansage, wir sollten noch weniger Schulden aufnehmen und sogar Schulden tilgen. Dann müssen Sie uns aber auch sagen, woher die Gelder kommen sollen, um Ihrer Forderung, mehr Straßen zu bauen, nachzukommen. Das haben Sie bisher nicht gemacht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist gar nicht wahr! Das stimmt nicht!)

Zur Polizeireform noch drei Sätze: Die Polizeireform machen wir für die Bevölkerung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das sieht die Bevölkerung aber anders! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann müssen Sie die Bevölkerung aber vorher fragen!)

Wir wissen, wir haben hier in Baden-Württemberg schon einen hohen Sicherheitsstandard. Aber wir wissen auch, dass das persönliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung damit nicht einfach einhergeht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Insbesondere wenn sie durch den Schlossgarten geht!)

Das ist wichtig, und das nehmen wir ernst. Deswegen brauchen wir mehr Polizisten vor Ort in der Fläche. Genau das ist der Sinn dieser Polizeireform, und darum ist sie richtig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau das Gegenteil machen Sie aber! – Abg. Peter Hauk CDU: Reine Sprechblasen!)

Weil wir eine Politik der Haushaltskonsolidierung machen – machen müssen –, können wir diese zusätzlichen Stellen nicht mit frischem Geld schaffen, sondern wir schaffen sie, indem wir bei der Polizei eine schlanke Führung machen

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

und damit genau die Personalreserven frei machen, die wir dann haben, um die Polizei vor Ort und für den Bürger zu stärken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wie viele kommen denn dann vor Ort auf der Straße an? Wie viele wann auf der Straße? – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, genau das ist die Linie der Polizeireform.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wenn Sie da im Detail Vorschläge haben, die das noch verbessern,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Aussage stimmt überhaupt nicht! – Abg. Winfried Mack CDU: Murks bleibt Murks!)

die dazu führen, dass wir noch mehr Effizienzreserven mobilisieren, um die Zahl der Polizisten vor Ort zu vermehren, dann sind wir dafür gern aufgeschlossen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das finde ich sehr gut!  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Applaus!  
Das ist bedenklich!)

Zum Schluss zur Bildungspolitik: Ich denke, darauf kann die Regierung nun wirklich stolz sein. Sie hat in der frühkindlichen Bildung und Betreuung ein großes Rad gedreht. Wir haben einen Pakt mit den Kommunen für die Familien erreicht, mit dem wir dafür sorgen, dass wir in die vordersten Reihen kommen, um Familie und Beruf zu vereinbaren, um frühkindliche Bildung zu stärken. Wir haben dafür sehr viel frisches Geld in die Hand genommen

(Zuruf von der CDU: Steuererhöhung!)

und haben eine klare Vereinbarung mit den Kommunen über die Teilung der Kosten erreicht. Das ist bundesweit beispielhaft und auf großes Interesse und Zustimmung gestoßen. Wir haben damit gezeigt, dass wir im Interesse einer Lösung der Probleme fair mit den Kommunen umgehen.

Es ist klar: Jeder Euro, den wir in die frühkindliche Bildung stecken, hat sehr viel mehr Effekte als ein Euro, den wir später investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Winfried Mack CDU: Warum streichen Sie dann die ganzen Programme?)

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Schaffung von mehr Betreuungsplätzen ist elementar wichtig, damit diejenigen, die das möchten, berufstätig werden können.

(Abg. Winfried Mack CDU: Warum streichen Sie dann die Programme?)

Wir müssen es angesichts der demografischen Entwicklung schaffen, dass auch mehr Frauen erwerbstätig werden können, auch in den wichtigen Berufen wie etwa im Ingenieurwesen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen zieht man die Verwaltungsstellen von der Polizei aus der Fläche ab!)

Dafür schaffen wir damit eine hervorragende Grundlage.

Ich denke, die Regierung hat gezeigt, dass sie in dem schwierigen Dreieck „Sanieren, konsolidieren und investieren“

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ruinieren! – Heiterkeit bei der CDU)

– wir haben eben nichts ruiniert – den richtigen Weg gefunden hat, die richtige Balance gefunden hat, um den Sanie-

rungsrückstau abzubauen, um in wichtige Zukunftsbereiche wie die frühkindliche Bildung und die Erziehung zu investieren, aber sich trotzdem nicht stärker zu verschulden. Das ist, finde ich, ein gelungenes Werk.

Um das nun strukturell auch auf sichere Füße zu stellen, wird die Regierung eine Kommission für Haushalt und Verwaltungsstrukturen einsetzen, die die Aufgabe hat, zu schauen, wie wir zu strukturell konsolidierten Haushalten kommen. Ich nenne eine Größenordnung: Wenn wir das bis 2020 erreichen wollen, müssen wir jedes Jahr in der Größenordnung von 300 Millionen € strukturelle Einsparungen vornehmen. Jeder weiß, was für eine enorme Herausforderung das ist. Wir nehmen diese Herausforderung an. Aber wir nehmen sie so an, dass wir trotzdem in die wichtigen Zukunftsbereiche dieses Landes investieren, damit wir die Quellen des Reichtums der Zukunft nicht untergraben. Ich glaube, dass diese Regierung damit auf einem guten Weg ist.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD: Bravo! – Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hauk das Wort.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es wird doch nicht besser!)

**Abg. Peter Hauk CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns in der Zukunft mehr Aussprachen mit dem Ministerpräsidenten gönnen. Vielleicht erwischt man hin und wieder doch einmal eine neue Aussage. Eine neue Aussage von Ihnen, Herr Ministerpräsident, habe ich heute gehört: „Wenn Herr Ramsauer mehr Geld gibt, werden wir Straßen bauen.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist schon längst klar! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann sorgt einmal dafür!)

Ich bin insofern über Ihre Aussage erstaunt, als in Ihrem Koalitionsvertrag zum Thema Straßeninfrastruktur steht – Herr Kollege Schmiedel, wenn Sie das nächste Mal daraus zitieren, zitieren Sie bitte richtig –:

*Durch die bestehende Netzdichte von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sind Straßenneubauten aufgrund der Siedlungsdichte und des Gebotes, den Flächenverbrauch zu reduzieren, nur noch in begründeten Einzelfällen zu realisieren.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er weiß nicht mehr, was er unterschrieben hat! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo steht da „keine Straße“? – Unruhe)

So lautet die Aussage im Koalitionsvertrag.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich nenne nur ein prominentes Beispiel, ein – sogar länderübergreifendes – Projekt, und zwar die Rheinbrücke in Karls-



(Peter Hauk)

ruhe. Diese zweispurige Rheinbrücke war einmal für 20 000 Fahrzeuge pro Tag konzipiert. Derzeit rollen aber ca. 80 000 Fahrzeuge pro Tag über diese Brücke. Da stellt sich Ihre Verkehrsstaatssekretärin noch hin und sagt, der Bau einer zweiten Rheinbrücke sei nicht notwendig, das könne durch Mobilitätskonzepte oder Ähnliches bewältigt werden. Die Rheinland-Pfälzer, die Region Karlsruhe, die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger, die dort tagtäglich im Stau stehen, die eine ganz andere Ansicht hierzu haben,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Und die Stadt Karlsruhe?)

wehren sich nicht gegen den Neubau. Das ist ein Nadelöhr, das Staus produziert, ein Nadelöhr, das CO<sub>2</sub> entstehen lässt, ein Nadelöhr, das Ruß entstehen lässt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie nicht gebaut? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was ist mit der Stadt Karlsruhe? – Abg. Sascha Binder SPD: Hätten Sie doch gebaut!)

Dort tun Sie nichts. Sie lassen die Menschen im Stau stehen. In Rheinland-Pfalz gelten Ihre schimärenhaften neuen Konzepte im Bereich der Mobilität nicht, Herr Ministerpräsident Kretschmann, weil Sie dort nicht regieren. Dort stehen die Leute im Stau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Führen wir jetzt Schlaglochdebatten?)

Wenn Sie schon das Thema Verkehr aktiv angehen, hätte ich erwartet, dass Sie mehr dazu sagen als bei der Regierungserklärung, als Sie von „vernetzter Mobilität“ sprachen. Natürlich sind wir dafür und haben uns in den letzten Jahren nachweislich auch finanziell angestrengt, dass dort, wo Massentransporte zu realisieren sind – Stichworte ÖPNV und Schienenverkehr –, dieses Instrument auch ausgebaut wird. Das gilt übrigens nicht nur für Stuttgart, sondern gleichermaßen auch für die Region Karlsruhe, für den ganzen KVV, für Südbaden gleichermaßen wie für Nordbaden, für die Kurpfalz. Überall dort, wo der ÖPNV eine realistische Alternative darstellt, ist der ÖPNV ausgeweitet worden und sind die Vernetzungen und die Schnittstellen zur individuellen Mobilität ausgeweitet worden.

Aber Sie blenden aus, dass wir in der Zukunft auch noch Wachstum im Bereich der Mobilität haben werden. Wir haben Wachstum im Bereich der individuellen Mobilität – egal, mit welchen Verkehrsträgern –, und wir haben Wachstum im Bereich der Gütermobilität. Das ist doch der entscheidende Punkt. Deshalb werden Sie diesem Wachstum auch etwas entgegenhalten müssen, weil es nicht aus dem Land Baden-Württemberg heraus induziert ist, sondern über die gesamte wirtschaftliche Situation und die neuen Wettbewerbssituationen auch im Arbeitnehmersektor.

Wenn Sie dem nicht Rechnung tragen, sondern meinen, Sie könnten jetzt nur am Bestand herumdoktern, dann werden Sie im Bereich der Mobilität am Ende keinen Erfolg haben. Dazu gehört eben auch der Straßenbau, weil – ich sage es noch einmal – die individuelle Mobilität auch noch in der Zukunft eher mehr als weniger Kilometer insgesamt ausmachen wird.

Es kann gelingen, einen Teil des Zuwachses auf den öffentlichen Nahverkehr zu heben, aber ein weiterer Teil des Zuwachses wird immer auch individuell, mithilfe des Pkws, zu erfüllen sein. Dafür werden wir auch in Zukunft Antworten brauchen, die sich nicht auf den Straßenbau beschränken dürfen, sondern auch intelligente Lenkungskonzepte im Bereich der Straßen umfassen, die sich aber auch im Straßenbau niederschlagen müssen.

Es ist einfach billig, Herr Ministerpräsident, wenn Sie der Union vorhalten, nach 58 Jahren seien nur Staus produziert worden. Bis zur Wiedervereinigung war Baden-Württemberg in der Verkehrsinfrastruktur à jour.

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Zuerufe, u. a. der Abg. Bärbli Mielich GRÜNE)

Nach der Wiedervereinigung – das ist unser Dilemma, unter dem wir noch heute leiden –

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Welchen Stand hatte denn die Gäubahn 1990? Wo war das zweite Gleis für die Gäubahn 1990? – Unruhe)

wurden die Bundesverkehrsmittel in wesentlichen Teilen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Bitte schön. Herr Abg. Hauk hat das Wort.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Nach der Wiedervereinigung wurden, wie Sie sehr wohl wissen, große Teile der Verkehrsinvestitionsmittel des Bundes eben nicht mehr in den Westen, sondern in den Osten investiert. Diese Mittelverteilung, die der Verkehrsminister zu Recht erstmals beklagt – herzlichen Glückwunsch, Herr Landesverkehrsminister,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

dass Sie schon zu dieser Erkenntnis gekommen sind –, muss wieder nach objektiven Kriterien erfolgen. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung muss mit dieser Mittelverteilung in den Sockelbeständen endlich Schluss sein.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir brauchen mehr Straßenbau im Westen, weil wir dort mehr Verkehr haben. Die Mittel müssen dorthin fließen, wo der Verkehr fließt, und nicht dorthin, wo zwischenzeitlich keine Menschen mehr leben. Das ist die eine Weisheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber die Situation jetzt in Gänze der Union in Baden-Württemberg anzulasten,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, ist schon billig. Das ist ein billiges Argument. Das lassen wir nicht einfach so stehen.

(Beifall bei der CDU)

Ehrlich gesagt warte ich auf Ihre Reaktionen dort, wo es um neue Mittel geht. Ich warte darauf, dass der Landesverkehrs-

(Peter Hauk)

minister auch Mittel für neue Projekte beantragt, übrigens auch solche plant.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja eben! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Womit denn? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit ein bisschen Grips!)

Es geht nicht nur um die angefangenen Projekte – um sie geht es auch. Es ist richtig, dass die Mittelzuweisung anhand des Baufortschritts geschieht – auch für den Bund gilt das sogenannte Jährlichkeitsprinzip des Haushalts und kein Fünfjahresprinzip – und dass die Projekte mit Verpflichtungsermächtigungen unterlegt sind. Das ist alles wahr. Aber ich warte darauf und erwarte, dass die Landesregierung auch weitere notwendige Planungen in der höchsten Prioritätsstufe des Bundesverkehrswegeplans in Angriff nimmt und diese auch neu beginnt. Denn es wurde schon immer parallel gebaut. Projekte, die im Bau waren, wurden weitergeführt, während neue Projekte begonnen wurden. Das ist die Realität. Da erwarte ich mehr Handeln als in der Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben unser Deckungskonzept angesprochen. Sie haben es zwar angesprochen, aber Sie haben es nicht gelesen. Sie sprechen davon, wir würden Mittel für Stellen in Höhe von 10 Millionen € kritisieren. Das kritisieren wir gar nicht. Wir gestehen bei einem Regierungswechsel durchaus neue Stellen zu. Deshalb stehen auf dieser Einsparliste auch nur die, die wir nicht für notwendig halten. In der Summe sind dies nicht komplett 10 Millionen €, sondern 5,7 Millionen €.

Wir haben den konstruktiven Vorschlag gemacht, das Lebensarbeitszeitkonto einzuführen, es endlich einzuführen, um auf die Flexibilisierung der Arbeitswelt eine Antwort zu geben. Wir wissen aber auch – auch das gehört zur Haushaltserlichkeit und -wahrheit dazu –, dass sich daraus für die nächsten Jahre zunächst einmal Einsparmöglichkeiten ergeben. Das wird später wieder ausgeglichen. Aber es werden sich für die nächsten Jahre Einsparmöglichkeiten ergeben. Auch dafür haben wir 50 Millionen € veranschlagt.

Wir treten für die Auflösung der Rücklage ein, weil wir vonseiten der Opposition gar nicht wissen, wofür sie verwendet wird. Die Sanierungsrücklage, wie Sie sie nennen, ist formal in einem Gesamtansatz etatisiert. Wo bleiben aber Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit? Für welche Projekte sollen diese Mittel verwendet werden? Es gilt noch immer der im Parlament vereinbarte Grundsatz, dass über größere Projekte bereits im Haushaltsentwurf zu entscheiden ist und wir, das Parlament, der Regierung keinen Freibrief, keinen Blankoscheck ausstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schwarze Kassen!)

Deshalb sehen wir das nicht ein. Das ist einmalig. Diesen Posten sehen wir daher zur Streichung vor.

Außerdem planen Sie die Streichung der Studiengebühren.

In der Summe kommen wir auch mit den von uns beantragten Mehrausgaben auf eine Viertelmilliarde Euro, die zur Schuldentilgung eingesetzt werden könnten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reine Luftschlöser!)

Das mag Ihnen nicht passen. Es zeigt aber, dass es auch unter den gegebenen Umständen ohne größere Anstrengungen möglich ist, dahin zu kommen. Sie bleiben unter Ihren Möglichkeiten, Herr Ministerpräsident. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden Ihnen das Konzept noch schriftlich übermitteln, damit Sie es zumindest lesen, wenn Sie es sich schon nicht anhören.

(Zurufe)

Sie werfen uns vor, dass wir die Einschnitte bei den Beamten nicht mittragen. Diese Einschnitte tragen wir nicht mit, weil hinter Ihrem Haushaltsentwurf kein Konsolidierungskonzept zu erkennen ist. Wir wehren uns dagegen, dass einseitig nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes belastet werden, während andere Bereiche des Haushalts nicht auf den Prüfstand gestellt werden. Wir haben übrigens nie gesagt, dass wir uns einem Gesamtkonzept verschließen würden.

Wir hätten uns auch vorstellen können, dass Sie zu Beginn der Legislaturperiode einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen. Bei dieser Gelegenheit hätten Sie sich mit dem Beamtenbund und mit den Gewerkschaften auf ein Konsolidierungskonzept im Bereich des Personals in dieser Legislaturperiode verständigen können.

Dann hätten Sie nicht Knall auf Fall in jedem Haushalt etwas anderes machen müssen. Dann wären Sie nicht in jedem Haushalt in neue Verhandlungen gerutscht, die dann stocken. Herr Schmiedel sagt: „So machen wir es gar nicht. Das ist prima. Die Beamten vergrätzen wir nicht.“ Frau Sitzmann: „Gespräche sind erfolglos.“ Und der Ministerpräsident geht erst gar nicht mehr zum Beamtenbund, wenn er eingeladen wird. So ist doch die Realität. Die Lage ist im Moment doch verfahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was lesen Sie? Die „Bild“-Zeitung oder was?)

Das liegt auch daran, dass Sie entgegen Ihren Ankündigungen gar nicht nachhaltig und mittelfristig denken. Hätten Sie nachhaltig gedacht, dann hätten Sie daran denken müssen, dass Sie auch in den nächsten fünf, acht oder zehn Jahren auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind, und zwar nicht nur als Wählerpotenzial – 35 % haben Sie gewählt –, sondern vor allem als Arbeitspotenzial und als Grundlage für Ihre Regierung.

Sie hätten daran denken können, nach der Sommerpause 2011 mit den Beamten in Kontakt zu treten. Die meisten der Regierungsmitglieder waren aber erst einmal im Urlaub. Dann hätten Sie über zwei oder drei Monate hinweg Verhandlungen führen können, wie man die nächsten fünf Jahre personalwirtschaftlich gestalten kann. Das hätte man machen können. Das wurde aber nicht gemacht.

Sie sparen nur an dieser Stelle ein und wundern sich nun, dass die Beamten vergrätzt sind. Das wundert uns nicht. Weil uns das nicht wundert und weil wir nicht so gehandelt hätten, stimmen wir Ihrem Vorschlag auch nicht zu.

(Peter Hauk)

Herr Ministerpräsident, noch einmal zum Thema Länderfinanzausgleich. Wenn das NPD-Verbot auf der Tagesordnung steht, dann reicht die Zeit halt nicht für anderes. Das ist okay. Dann kommt es auf die Tagesordnung der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz, die jedes halbe Jahr tagt. Dann wird es vielleicht angesprochen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

– Nein. – Dann schaut man es sich halt wieder an. In dieser Zeit zahlen wir locker-flockig weiter. Das ist dann Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften ein hohes Steueraufkommen, das uns abgezogen wird, weil die Regierung untätig bleibt. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen!)

– Entschuldigung, es ist doch eine Farce, zu sagen: Dann sprechen wir es eben beim nächsten Mal an.

(Widerspruch des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, den Knoten kann man durchschlagen, indem man endlich einen Lösungsvorschlag macht, vielleicht sogar – wir würden Sie dafür wahrscheinlich von unserer Warte aus kritisieren, aber es wäre besser als gar nichts – einen Kompromissvorschlag vorlegt. Wenn man schon vermitteln oder moderieren will – das würde ich Ihnen in unserem eigenen Interesse nicht anraten; denn wer moderiert, muss meist von vornherein ein Stück weit nachgeben –, wenn man schon diesen Anspruch hat, dann muss man einmal irgendetwas vorlegen, über das man sprechen will.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Dann kann man nicht nur sagen: „Jetzt führen wir einmal die Kampfahne zusammen“, gleichzeitig aber selbst einer davon sein, mit eigenem Interesse. Legen Sie doch einmal ein Konzept vor! Sagen Sie doch einmal etwas dazu, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie sagen, der Länderfinanzausgleich sei „bescheuert“, Sie sagen, er sei ungerecht etc. Aber jetzt sagen Sie doch einmal, wie Sie die Verhandlungspartner an den Tisch bekommen wollen. Da müssen Sie Anreize setzen; Sie müssen etwas in der Hand haben. Dieses Regierungshandeln erwarten wir.

Wenn Sie das nicht tun, dann bleibt Ihnen eine weitere Möglichkeit; darüber hinaus gibt es keine mehr. Entweder tun Sie gar nichts; dann zahlen wir einfach weiter. Die letzte Möglichkeit ist die der Klage. Der verschließen Sie sich aber auch. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie warten, bis einmal ein bisschen Konsensstimmung besteht – nach dem zweiten Viertel Trollinger, den es aber bei den MPKs meist nicht gibt – und bis alle sagen: „Jetzt reden wir halt einmal darüber, und zwar ganz nett und ganz konstruktiv“, dann – meine Damen und Herren, ich prophezeie Ihnen das – stehen wir am Ende der Legislaturperiode noch genauso da und reden noch genauso über den Länderfinanzausgleich wie am heutigen Tag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zum Thema Polizeireform. Das eine nehme ich mit: Sie sind Verbesserungsvorschlägen gegenüber aufgeschlossen. Herr Ministerpräsident, Sie werden Verbesserungsvorschläge erhalten. Das sage ich Ihnen zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Verbesserungsvorschläge!)

Wir werden nicht den Fehler begehen, zur Neinsagerfraktion zu werden, wie Sie es über Jahrzehnte in der Opposition waren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Nein, das machen wir nicht. Sie werden Verbesserungsvorschläge von uns erhalten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist mal Emanzipation!)

– Ja, Entschuldigung. Wir werden Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Jetzt lassen Sie mich aber doch in zwei Punkten auf diese Polizeireform eingehen, weil das, was Sie sagen, einfach nicht wahr ist. Es kommt nicht mehr Personal in die Fläche.

(Zuruf von der SPD: Doch! – Gegenruf von der CDU: Nein!)

– Nein. Entschuldigung, das stimmt schlichtweg nicht.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Nehmen Sie zwei Bereiche, die Kriminalpolizei und die Verkehrspolizei. Die Kriminalpolizei wird in weiten Teilen zentralisiert. Laut Ihrem Konzept bleibt maximal ein Kommissariat in den bisherigen Dienststellen bestehen. Ein Kommissariat besteht aus höchstens 15, in ganz großen Einheiten auch einmal aus bis zu 30 Beamten. Jetzt nehme ich einmal den Neckar-Odenwald-Kreis: Polizeidirektion mit 210 Polizisten; 31 Kripobeamte sind derzeit in der Fläche operativ tätig. Nach Ihrer Konzeption bleibt maximal ein Kommissariat übrig. Aber ob bei solch kleinen Kommissariaten überhaupt noch etwas übrig bleibt, ist schon zweitrangig. Das heißt, 16 Beamte der Kripo gehen; die sind weg.

Dann kommt die Verkehrspolizei dazu, die an diesem neuen Polizeipräsidium zentralisiert wird. Die Verkehrspolizei umfasst acht Beamte. Die acht Beamten gehen; die stehen zunächst einmal in der Fläche nicht zur Verfügung, weil sie zentralisiert sind und im Zweifelsfall individuell bei einer neuen Polizeidirektion – Heidelberg, Mannheim, wo auch immer in einem Ballungsraum – eingesetzt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Woher wissen Sie das denn alles? – Gegenruf von der CDU: Es steht alles in Ihrem Konzept! Das kann man alles selbst herunterrechnen!)

– Entschuldigung, es steht doch darin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es steht nicht darin!)

(Peter Hauk)

– Es steht doch darin. Ich kann da nur sagen: Es steht alles darin; es steht alles in Ihrem Konzept.

(Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Dann kommt ein Zweites hinzu. Es steht dort zum Thema Polizeireviere und Polizeiposten – das ist das, was Sie unter Flächenpräsenz verstehen –: Nach dieser Reform wird eine Reform der Organisation der Polizeireviere dringend angeregt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wird nicht ausgeschlossen! Aber es steht nicht darin!)

– Das steht alles darin. – Das heißt, in der Summe bedeutet es bei einer kleinen PD den Abzug eines Viertels des Personals in der Fläche, und dem sollen dann drei oder vier Beamte gegenüberstehen, die vielleicht irgendwann kommen. Das heißt, operativ nimmt die innere Sicherheit dieser ländlichen Gebiete ab,

(Glocke des Präsidenten)

weil operativer Polizeivollzug aus der Fläche abgezogen und zentralisiert wird. Das ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Letzten, Herr Ministerpräsident, das Thema Energiewende – eigentlich das grüne Projekt. Jetzt bleiben Sie wieder stehen und sagen: „Das werden wir machen.“ Ich kann Ihnen nur sagen: Sie sind jetzt – um es in Erinnerung zu rufen – in der Regierung. Machen Sie es!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Machen Sie es; bringen Sie in diesem Haushalt Akzente.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das kommt aus berufenem Munde! Meine Güte!)

Setzen Sie in diesem Haushalt Akzente. Jetzt haben wir bei 38,9 Milliarden € Gesamtvolumen 10,5 Millionen € mehr für diesen Bereich. Damit könne man einen Haushalt nicht ruinieren, haben Sie bezogen auf 10 Millionen € vorhin gesagt. Es wäre Ihnen ein Leichtes gewesen, noch 10 oder 15 Millionen € draufzulegen. Dann wäre manches, von dem Sie gerade gesprochen haben, glaubwürdiger.

Dann beschränken Sie sich in der Diskussion über die Energiewende nach wie vor auf das Thema Windkraft. Entschuldigung, Herr Ministerpräsident, da sind wir weiter als Sie. Dieses Thema ist für uns abgehakt,

(Unruhe bei den Grünen)

weil wir es konzeptionell drin haben.

(Lachen bei den Grünen – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Aber zu glauben, man könne einen Stromanteil von 50 % aus Kernenergie, wie er im März 2011 bestanden hatte, in Zukunft durch einen Windkraftanteil von 10 % decken und hinreichend kompensieren, ist schlichtweg irrig. Da fehlt ein Delta von 40 %. Wer nicht in der Gemeinschaftsschule war, der weiß, dass dieses Delta ausgeglichen werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Deshalb erwarten wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident: Gehen Sie mit gutem Beispiel voran. Leiten Sie die Energiewende ein – in den öffentlichen Gebäuden des Landes durch eine verbesserte Mess- und Regeltechnik,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Super! Unser Vorschlag! Echt guter Vorschlag!)

in den öffentlichen Gebäuden des Landes durch eine verbesserte Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Energie, etwa durch bessere Brennertechnik etc. Treiben Sie die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch verbesserte Kraft-Wärme-Kopplung in allen Bereichen voran. Wo findet man denn die Anreize hierfür im Landeshaushalt? Doch nirgendwo. Es ist doch überhaupt gar nichts vorhanden.

Das ist das, was wir kritisieren: In der Zielsetzung sind Sie stark. Alles, was in die Zukunft gerichtet ist – prima. Aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, dann fehlt hier jeglicher Ansatz. Dann herrscht Fehlanzeige.

Deshalb ist Ihre Konzeption, Herr Ministerpräsident, in allen Bereichen, auch in diesem Haushalt, nicht nachhaltig. Deshalb haben Sie dort noch einen erheblichen Verbesserungsbedarf.

Wir sehen es Ihnen nicht nach – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger –, aber Sie haben noch eine Chance, und zwar im nächsten Haushalt. Der nächste Haushalt wird schon in acht Monaten verabschiedet. Sie können es noch besser machen, und wir ermuntern Sie: Machen Sie es besser.

Zum Thema Energie gebe ich Ihnen nun noch ein paar Tipps an die Hand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Der Redner übergibt Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Energiekonzept der CDU-Landtagsfraktion.)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben in einer – einigermaßen typisch beschönigenden – Formulierung eingeräumt, echte Konsolidierung hätten Sie bei diesem Haushalt noch nicht hinbekommen. In der Tat, wo sind denn Ihre strukturellen Vorschläge? Sie haben einen Haushalt auf der Basis einer mittelfristigen Finanzplanung übernommen, in der als Einnahmen 34 Milliarden € veranschlagt wurden. Sie haben damals in der Opposition erklärt, ein Volumen von 34 Milliarden € sei nicht realistisch; das würde man nie schaffen; es gebe eine strukturelle Unterfinanzierung in Höhe von 2 Milliarden €. Man würde 36 Milliarden € brauchen. Sie selbst geben jedoch 38,9 Milliarden € aus.

Sie haben auf die Strukturen des Urhaushalts im Grunde die massiven Steuereinnahmen, die Ihnen zugeflossen sind, draufgesetzt, um einige Prestigeprojekte zu finanzieren, aber eingespart haben Sie nirgends. Nicht in Ansätzen gibt es solche strukturellen Maßnahmen. Insofern kann ich Ihnen, Herr Mi-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

nisterpräsident, recht geben: Opponieren ist schwer, Regieren auch. Aber so schwer kann Regieren gar nicht sein, dass man nichts hinbekommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: So wie immer!)

Genau das ist bei diesem Haushalt der Fall.

Sie haben immerhin angekündigt: Bald geht es los.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hören wir schon lange!)

Wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man einen Arbeitskreis. Nach diesem Motto haben Sie jetzt angekündigt, Sie würden eine Kommission gründen und diese Kommission werde dann Vorschläge für strukturelle Einsparungen machen. 300 Millionen € pro Jahr haben Sie angekündigt. Wir bekommen im Herbst einen Doppelhaushalt. Auf diesen Doppelhaushalt übertragen hieße das 600 Millionen €. Wir sind schon heute gespannt auf Ihre Vorschläge für strukturelle Einsparungen mit einem Volumen von 600 Millionen € bei diesem Doppelhaushalt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war eine Fehlinterpretation!)

An dieser Ankündigung, Herr Ministerpräsident, werden wir Sie messen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das hat er nicht so angekündigt!)

Sie haben erklärt, Sie hätten einen Haushalt unter schwierigen Bedingungen aufgestellt. Was ist denn bei Rekordsteuereinnahmen an den Bedingungen schwierig? Zwei Jahre hintereinander gab es ein Wirtschaftswachstum von ca. 5 %, netto mehr als 2 Milliarden € zusätzliche Einnahmen, verglichen mit dem guten Jahr 2008. Was ist denn daran schwierig?

Herr Ministerpräsident, dann will ich erst einmal erleben, wie es ist, wenn diese Koalition in schwieriger Zeit einen Haushalt aufstellt, in einer Zeit, in der möglicherweise die Konjunktur einbricht. Dann werden wir sehen, wo die großen Haushaltskünstler sind.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Sie haben erklärt, Vorschläge habe die Opposition nicht gemacht, und haben dann sehr unvollständig geschildert, was die CDU-Fraktion und auch wir vorgeschlagen haben. Es ist doch gut, wenn man das Ohr an der Basis hat und in Ausschüssen ist. Dann bekommt man vielleicht mehr mit als auf der Stuttgarter Halbhöhe.

Deshalb ergänzend: Wir haben nicht nur vorgeschlagen, die Studiengebühren nicht abzuschaffen. Wir haben vorgeschlagen, die Sanierungsrücklage nicht anzulegen. Wir haben gesagt, diese Mehrstellen wollen wir nicht. Kollege Hauk hat auf die Lebensarbeitszeitkonten, die sukzessive einen Einsparereffekt bringen, hingewiesen. Sie müssen einmal anfangen, wenn Sie mit der Schuldenbremse im Jahr 2020 zu Ergebnissen kommen wollen.

Wir haben auch gesagt – das ist heute wieder deutlich geworden –: Dieses Programm zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit

wollen wir so nicht. Wir haben auch vorgeschlagen, die wirkungslose Mietwohnraumförderung, die Sie im Haushalt vorgesehen haben, die jedoch kein Mensch abrufen wird, zu streichen. Was wir schon gar nicht machen würden, wäre Ihr Prestigeprojekt Einheitsschule. Auch da können Sie kräftig einsparen.

Also sagen Sie nicht, es hätte keine Einsparvorschläge – etwa in der Größenordnung von 250 Millionen € – gegeben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Keine sinnvollen!)

Wenn Sie die Kapitalspritze bei der EnBW ansprechen und uns vorwerfen, es sei bemerkenswert, dass wir nun verlangen, dass diese 400 Millionen € über den Haushalt finanziert werden: Schauen Sie sich einmal Ihre Äußerungen von vor einem Jahr an, als Neckarpri gegründet wurde. Sie hatten damals von Schattenhaushalten gesprochen. Jetzt machen Sie selbst weiter mit den Schattenhaushalten und mokieren sich, wenn wir eine gewisse Haushaltsklarheit einfordern.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das haben wir doch bereits erklärt!)

Was den Länderfinanzausgleich anbelangt, Herr Ministerpräsident, so gilt auch an dieser Stelle offenbar: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis. Auch hier haben Sie eine Kommission angekündigt, möglichst mit Ihnen als Vorsitzendem, weil Sie eine vermittelnde Position hätten. Offensichtlich sehen Sie das Land Baden-Württemberg schon gar nicht mehr als Geberland, wenn Sie eine vermittelnde Position einnehmen wollen.

Im Übrigen wird schon deutlich, was die bisherigen Gespräche erbracht haben: überhaupt nichts. Wenn Senator Nußbaum aus Berlin erklärt, er wolle bis 2019 gar nichts ändern – Berlin braucht das Geld –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bremen!)

und sich Frau Kraft ähnlich äußert, zeigt das, dass es überhaupt keine Gesprächsbereitschaft gibt. Wir können uns schon vorstellen, wie diese Kommissionsgespräche dann verlaufen. Da sitzt man, wie es Kollege Hauk geschildert hat, beim Trolinger zusammen. Am Ende gibt es vielleicht noch ein kluges Zitat von Hannah Arendt, und das war's dann. Am Ende kommt nichts dabei heraus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bei der Klage auch nicht!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben recht, wenn Sie sagen: „Wenn man klagt, kann man auch verlieren.“ Nur: Wer gar nichts tut, hat schon verloren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Genau das ist Ihre Politik, was den Länderfinanzausgleich anbelangt.

Zum Thema Energiewende haben Sie behauptet, Sie hätten die Ängste aus der Wirtschaft ernst genommen. Es war in der Tat so: Sie haben sich mit einigen Funktionären aus der Wirtschaft getroffen. Anschließend hieß es wieder: „Das Gesprächsklima war gut. Wir wurden ernst genommen.“ Es gab wieder ein paar hübsche Zitate.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber ergebnislos!)

Aber wenn man im Land mit Wirtschaftsvertretern redet, ergibt sich ein anderes Bild.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Echt?)

Die Unternehmen im Land sehen das Thema Energiewende in der Tat mit Sorge. Es ist mittlerweile die größte Sorge der Mittelständler in Baden-Württemberg, ob sie in der Zukunft wirklich eine sichere und finanzierbare Energieversorgung behalten. Diese Sorge ist noch größer als die Sorge bezüglich des Themas Fachkräfte.

Man hat ja gesehen, was von der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart kam – von wegen, alle seien zufrieden, und von wegen, alle fühlten sich von dieser Landesregierung ernst genommen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Funktionäre!)

Was Sie in der Tat angehen, ist das Thema Windkraft. Ich kann Ihnen sagen: Es ist durchaus richtig, dieses Thema anzugehen. Darüber besteht in diesem Haus offensichtlich gar kein Dissens mehr.

(Zuruf: Na!)

Wir hatten in der schwarz-gelben Landesregierung zum Thema Windkraft nicht immer die gleiche Position, Herr Kollege Hauk. Wir hätten uns da in der Tat ein bisschen mehr gewünscht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da haben wir aber nichts gehört!)

– Das war wohl zu hören, Herr Kollege Drexler. Wenn man sich nicht nur mit Bahnhöfen beschäftigt hätte, hätte man es auch mitbekommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind der größte Windmacher!)

Wir können uns durchaus vorstellen, dass wir Sie beim Thema Windenergie dort, wo Sie vernünftige Vorschläge machen, auch unterstützen. Wir lehnen es nicht in Bausch und Bogen ab, wenn Sie, Herr Untersteller, ankündigen, das Landesplanungsgesetz zu novellieren. Diesen Prozess werden wir kritisch-konstruktiv begleiten. Das ist gar keine Frage.

Allerdings erscheint uns das Konzept der CDU schon etwas realistischer. Wir können uns 600 Windräder vorstellen – nicht die 1 000, die Sie sich vorgenommen haben. Denn wenn Sie sich die Mühen der Ebene – das, was seit Ihrer Regierungsübernahme passiert ist – einmal anschauen, dann werden Sie feststellen: Sie müssen noch gewaltig Gas geben, um auf die 1 000 Windräder zu kommen.

Im Übrigen ist es richtig: Selbst wenn Sie die 1 000 erreicht haben, stellt sich die Frage, wie hoch das Delta ist. Wenn Sie mehr als 50 % der Stromproduktion in Baden-Württemberg nicht mehr haben, nachdem Sie die vier Kernkraftwerke abschalten,

(Zurufe der Abg. Martin Hahn und Edith Sitzmann GRÜNE)

und dann vielleicht 10 % aus der Windenergie erreichen, stellt sich schon die Frage, wie das Delta zu decken ist, wenn man nicht wie der Umweltminister erklären will: Das mit dem Klimaschutz wollen wir einmal etwas tiefer hängen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kohlekraftwerke!)

Denn man hat gemerkt, dass es eben nicht zusammengeht, aus der Kernenergie und gleichzeitig aus den fossilen Energieträgern auszusteigen.

Ich werde Ihnen sagen, was das Ende vom Lied ist. Das Ende vom Lied ist, dass Sie irgendwann erklären: „Wir importieren den Atomstrom eben aus Frankreich und aus Tschechien, um die Energieversorgung in Baden-Württemberg sicherzustellen“, weil Sie, meine Damen und Herren, das, was im Land notwendig wäre, nicht hinbekommen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Mich hat es schon gefreut, auch zu hören: „Wenn Ramsauer mehr Geld gibt, bauen wir Straßen.“ Nur: Was heißt das bezogen auf die Landesstraßen? Heißt das, so wie es Ihre bisherige Lesart war: Neue Landesstraßen kommen nicht mehr infrage? Oder heißt das: Neue Landesstraßen sind möglich, wenn das Geld dafür vorhanden ist?

(Vereinzelte Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Wir haben noch nicht einmal die alten repariert!)

Heißt das, dass sich der Verkehrsminister in den Chefgesprächen mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister künftig für mehr Geld für den Landesstraßenbau einsetzen wird, weil er auch Landesstraßen bauen will? Oder was heißt das? Was heißt es, auf das Thema Landesstraßen heruntergebrochen, wenn der Ministerpräsident mehr Geld fordert und sagt: „Wenn in Baden-Württemberg keine Straßen gebaut werden, liegt das nur am Geld und nicht an der Ideologie“? Wir werden sehr genau beobachten, inwieweit die Bereitschaft des Verkehrsministers, sich für mehr Geld im Landeshaushalt für den Straßenbau, auch für den Landesstraßenbau, einzusetzen, von den Fakten tatsächlich unterlegt ist.

Zur Polizeireform, meine Damen und Herren, und zu diesem Wolkenkuckucksheim mit den zusätzlichen Streifenbeamten: Sie brauchen nur nach Bayern zu schauen, um zu sehen, was dabei herausgekommen ist. Die Bayern haben im Grunde die Reform, die Sie jetzt durchführen wollen, vorexerziert.

(Zuruf von der SPD: Falsch!)

Warum haben die Bayern sie gemacht? Nicht, um mehr Polizei in die Fläche zu bekommen, sondern um einzusparen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Genau darauf wird es hinauslaufen.

Die Bayern haben nicht mehr Polizei in der Fläche, und Ihre Milchmädchenrechnung wird auch nicht aufgehen. All die Aufgaben, die Sie bei den Polizeidirektionen abbauen, die Stabsfunktionen, werden Sie dann bei den Inspektionen, die Sie vorhaben, vorhalten müssen, auch bei den größeren Re-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

vieren. Das wird im Wesentlichen dazu führen, dass die Kriminalpolizei in den großen Revieren nicht mehr vor Ort ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In den kleinen überhaupt nicht mehr!)

Es zeichnet sich schon jetzt ab: Weniger Kriminalpolizei im ländlichen Raum wird die Folge dieser Polizeireform sein.

Wenn ich die Reaktionen aus den Landkreisen und den Kommunen höre, meine Damen und Herren, bin ich sehr gespannt, ob Sie diese Reform überhaupt durchhalten. Darüber sprechen wir vielleicht Ostern noch einmal.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Da fragen wir den Polizeisprecher der SPD!)

– Genau. Fragen Sie den Kollegen Sakellariou, was er dazu meint. Vielleicht spricht er hier auch anders als im Wahlkreis. Das wird sich dann zeigen. Wir werden sehen, wie lange diese Front hier hält.

Letztes Stichwort: frühkindliche Bildung. Sie loben es immer als große Leistung, dass Sie den Grunderwerbsteuersatz erhöht haben, um mithilfe dieser Maßnahme etwas für junge Familien zu tun – nach dem Prinzip: linke Tasche, rechte Tasche. Man nimmt den jungen Familien das Geld, das sie vielleicht für Eigentumswohnungen oder Häuser ausgeben würden, und gibt es ihnen in die andere Tasche für die frühkindliche Betreuung der Kinder wieder zurück.

Dass das Ganze mittelstandsfeindlich ist, war von vornherein klar. Inzwischen gibt es auch eine Studie vom RWI, wonach dies auch standort- und mobilitätsfeindlich ist. Das haben Sie immer bestritten. Ich empfehle Ihnen, dies einmal nachzulesen.

Fazit für diesen Haushalt, Herr Ministerpräsident: Sie haben in einer günstigen Lage mit massiven Steuereinnahmen, für die Sie nichts können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Chance verpasst!)

die Spendierhosen angezogen, den Haushalt aufgeblasen und gleichzeitig erklärt: „Die Konsolidierung kommt später, die verschieben wir erst einmal. Da setzen wir eine Kommission ein.“ Gutes Regieren, Herr Ministerpräsident, sieht anders aus. Aber Sie haben ja selbst erklärt, Sie seien noch am Anfang. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt bin ich gespannt auf den neuesten Kommentar!)

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Man merkt am Auftritt der Opposition heute deutlich, dass auch sie am Anfang steht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zumindest sagen Sie „auch“!  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch? Wenn wir am Anfang sind, sei ihr bei null!)

Wir können nicht erkennen, dass Sie in irgendeiner Weise konstruktive Vorschläge nach dem Motto unterbreiten: Eine gute Opposition regiert mit. Davon haben wir heute nichts gehört, im Gegenteil.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dieselbe Platte!)

Sie haben – um in der Verkehrssprache zu bleiben – sehr viele Baustellen aufgemacht und sind von einer Baustelle zur anderen gesprungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr verhindert ja alle Baustellen!)

Wie das Ganze ein System geben soll, das ist offengeblieben. Auf der einen Seite wollen Sie mehr Geld ausgeben, z. B. für Straßen. In vielen Fällen stimmen Sie zu, wenn der Regierungsentwurf oder die Fraktionsanträge der Regierungsfaktionen Mehrausgaben vorsehen. Die Gegenfinanzierung auf der anderen Seite wiederum lehnen Sie ab.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Stimmt doch gar nicht!  
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie betreiben hier wider besseres Wissen eine Legendenbildung, Frau Sitzmann!)

Wollen Sie also mehr ausgeben oder mehr sparen? Und wie wollen Sie das alles finanzieren? Das ist komplett offengeblieben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie haben einen Haufen Luftbuchungen vorgelegt. Insgesamt fehlen überschlägig mindestens 350 Millionen €, würde ich sagen. Sie sagen, wir müssten den Kommunen mehr Geld für den Ausbau der Kleinkindbetreuung geben, lehnen aber die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Herrmann?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Ja, gern.

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben eben gesagt, dass wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss einigen Ihrer Anträge zugestimmt hätten, aber nicht den Anträgen zur jeweiligen Gegenfinanzierung. Ist Ihnen bekannt, dass wir einem Ihrer Anträge zur Gegenfinanzierung ebenfalls zugestimmt haben, nämlich dem Antrag, die globale Minderausgabe zu erhöhen? Sie haben im Ausschuss einen Antrag gestellt, wonach Sie eine etwa doppelt so hohe globale Minderausgabe zur Deckung der Mehrausgaben benötigen, als Mehrausgaben aus den Anträgen resultieren, denen wir zugestimmt haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das muss man aufmalen!)

Wir haben den entsprechenden Anträgen zur Gegenfinanzierung zugestimmt. Ist Ihnen das bekannt, Frau Kollegin Sitzmann?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sag ja! – Unruhe)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Das war jetzt ein bisschen verworren. Es war nicht deutlich dargestellt.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Es bleibt: Wenn wir uns Ihre Rechnung anschauen, stellen wir fest, dass eine deutliche Lücke bleibt. Bislang konnten Sie uns nicht sagen, wie Sie diese Lücke schließen wollen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nehmt den Taschenrechner von Schmiedel! Vielleicht klappt es dann!)

Meine Damen und Herren, vorhin ging es hier wieder um die Polizei. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Im Jahr 2004 und in den folgenden Jahren haben Sie regiert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Leider!)

Damals gab es einen Innenminister mit dem Namen Rech.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach!)

In dieser Zeit wurden 200 Polizeiposten geschlossen und 1 000 Stellen bei der Polizei abgebaut. Sie haben damit eine Politik der verbrannten Erde hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

Sich jetzt hinzustellen und Feuerwehrmann spielen zu wollen, das kann nicht gut ausgehen. Davon rate ich Ihnen dringend ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Sitzmann – –

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Ich führe jetzt den Satz zu Ende. – Nur dadurch, dass Sie ständig etwas wiederholen, was nicht stimmt, wird es nicht wahrer. Die Polizeistrukturenreform, die der Innenminister auf den Weg gebracht hat, ist eine richtige Reform. Sie ist gut, weil sie die Polizei in der Fläche stärkt. Deswegen unterstützen wir sie, und deswegen bin ich mir sicher, dass sie auch in der Bevölkerung Anklang finden wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da warten Sie lange!)

**Präsident Guido Wolf:** Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hauk?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Bitte schön, Herr Hauk.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Frau Kollegin Sitzmann, kennen Sie die Aussage des Innenministers, der sinngemäß gesagt hat, dass er damals die Reform der Polizeiposten kritisiert habe, aber einräume, dass er sie aus heutiger Sicht für richtig halte?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Diese Aussage des Innenministers kenne ich nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Innenminister schaut betroffen, weil Sie sie nicht kennen!)

Wir sehen auf jeden Fall dringenden Handlungsbedarf, um die Strukturen so zu verändern, wie es im Entwurf vorgesehen ist. Wir werden morgen noch darüber debattieren.

**Präsident Guido Wolf:** Gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Nein.

Zweites Stichwort: Energiewende. Herr Kollege Hauk, wir haben die Mittel für die Energiewende

(Abg. Peter Hauk CDU: 10,5 Millionen €!)

im Haushalt von 10 Millionen € auf 20 Millionen € verdoppelt. Klar ist, dass mit 20 Millionen € die Energiewende nicht erreicht werden kann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Okay! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Danke, reicht, setzen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das genügt!)

Aber klar ist auch, dass nicht allein das Land, der Bund oder wer auch immer die Energiewende komplett finanzieren wird. Es gibt Investoren, die dies tun. Es gibt Kommunen, Stadtwerke, die sich auf den Weg machen. Die Energiewende ist doch ein Projekt, für dessen Umsetzung nicht das Land jedes Windrad bauen muss.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Oder nehmen wir das Beispiel Fotovoltaik: Wozu gibt es denn das EEG? Damit sollen Anreize dafür geschaffen werden, dass andere investieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir werden schauen, wie das gehen könnte!)

Insofern ist klar: Mehr Mittel sind vielleicht besser. Aber unsere Politik ist eine solide Grundlage, auf der wir die Energiewende einen Schritt weiterbringen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pröfrock?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Nein, ich führe das erst einmal weiter aus. Danach lasse ich eine Zwischenfrage zu.

Es erfolgt eine Verdopplung der Mittel für die Energiewende im Haushalt. Klar ist doch auch, dass das, was im Bereich der erneuerbaren Energien bisher passiert ist, ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat fast 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wenn Sie das Handwerk fragen, was es von der Energiewende hält, dann bekommen Sie die Antwort, dass das Handwerk das gut findet, weil die Energiewende sehr viele Aufträge mit sich bringt, die das Handwerk stärken. Das gilt übrigens auch für das wichtige Stichwort „Energetische Gebäudesanierung“, Herr Kollege Hauk. Das haben Sie gerade genannt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Seit 1996 ist das ein Thema!)

Als es um das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ging, haben wir damals gesagt: Wenn wir einfordern, dass die privaten Haus-



(Edith Sitzmann)

halte den Anteil der erneuerbare Energien ausbauen und erhöhte Wärmestandards erfüllen, müssen wir auf Landeseite mit gutem Vorbild vorangehen und in die energetische Sanierung von Gebäuden investieren.

Dafür waren einmal 25 Millionen € im Haushalt eingestellt. Wir konnten gar nicht so schnell gucken, wie die 25 Millionen € weg waren, und zwar ohne dass irgendetwas energetisch saniert worden ist.

Wir nehmen jetzt mit diesem Landeshaushalt 155 Millionen €, u. a. aus der Sanierungsrücklage, die Sie ja nicht wollen, in die Hand und sanieren landeseigene Gebäude. Das sind auch energetische Sanierungen. Das wird zu geringeren Energiekosten führen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das brauchen Sie alles für Ihre Polizeigebäude! Das reicht bei Weitem nicht!)

Es amortisiert sich, und wir können mit den Einsparungen weiter in die Sanierung von landeseigenen Gebäuden investieren. Das ist der richtige Weg, den aber erst wir konsequent eingeschlagen haben, meine Damen und Herren, und nicht Sie von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt gestatte ich die Zwischenfrage.

**Präsident Guido Wolf:** Jetzt gestattet Frau Abg. Sitzmann die Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pröfrock.

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben vorhin von einer „Politik der verbrannten Erde“ gesprochen. Ich darf aus Wikipedia zitieren:

*Verbrannte Erde bezeichnet eine Kriegstaktik, bei der eine Armee auf dem Vormarsch oder auf dem Rückzug vor dem Feind alles zerstört, was dem Gegner in irgendeiner Weise nützlich sein könnte, also Gleise, Straßen, Brücken, liegen gebliebene Fahrzeuge, Fabriken und manchmal auch komplette Städte. Seit 1907 ist diese Kriegshandlung als völkerrechtswidrig geächtet.*

Frau Kollegin Sitzmann, würden Sie vor diesem Hintergrund Ihre Formulierung aufrechterhalten?

(Unruhe)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Gut, dass Sie jetzt in Wikipedia nachgeschaut haben und bei Ihnen das Internet gut funktioniert.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Politik, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben, müssen Sie selbst verantworten. Vor diesem Hintergrund jetzt auf die Planungen, die wir vorlegen, einzuhaufen und sie schlechtzureden, ist nicht angemessen.

(Zuruf von der CDU: Die gibt es doch gar nicht!)

Das ist der Sinn meiner Aussage, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie haben eine selektive Wahrnehmung!)

Ich war beim Thema Energiewende, und ich war noch nicht fertig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie haben noch nicht einmal damit angefangen!)

Wir verdoppeln die Mittel. Das Handwerk profitiert. Wir investieren in beträchtlichem Umfang in die energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 38 % erhöhen. Sie sprechen jetzt von 35 %.

(Abg. Peter Hauk CDU: Plus 10 % Energieeffizienz! – Abg. Winfried Mack CDU: Und was ist mit CO<sub>2</sub>?)

– Ich habe nur von den erneuerbaren Energien gesprochen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das eine ist Produktion!)

Die Energiewende wird ohne Energieeffizienz und ohne Energieeinsparung selbstverständlich nicht funktionieren. Das ist doch keine Frage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann tun Sie es doch!)

Wir haben auch ein Programm aufgelegt, um z. B. im Bereich der Wirtschaft, bei den Unternehmen anzuregen, Energie- und Ressourceneffizienz auf den Weg zu bringen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie heißt das Programm? – Abg. Winfried Mack CDU: Das Programm ist noch nicht einmal zertifiziert! Und was bringt das im Übrigen?)

Es geht darum, solche Projekte auch bei der Wirtschaft anzustoßen. Da gibt es schon sehr viel. Das ist ein Wachstumsmarkt für die Industrien, für die Produzenten, die heute energie- und ressourcensparende Maschinen herstellen. Die werden auch in Zukunft auf dem Weltmarkt gut aufgestellt sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Klar ist natürlich auch: Es geht um Wind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja!)

Es geht aber auch um den Ausbau von Fotovoltaik. Es geht um die Kraft-Wärme-Kopplung, wie Sie gesagt haben. Aber Fakt ist auch, dass wir nicht alles auf Landesebene regeln können, selbst wenn wir es regeln wollten. Auf Bundesebene müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, gerade was die Kraft-Wärme-Kopplung betrifft, damit sich diese Investitionen auch lohnen. Es geht darum, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Einspeisevergütungen auch in Zukunft für all diejenigen, die in diesem Bereich investieren wollen, planbar sind. Es geht auch darum, dass auch KfW-Programme der Bundesregierung verlässlich sind und die Mittel nicht ständig wie eine Kurve hinauf- und heruntergehen. Denn das ist kontraproduktiv für die Energiewende und für die Steigerung der Energieeffizienz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss, bevor der Kollege Schmiedel sicherlich noch etwas zum Thema Straßenbau sagen wird

(Edith Sitzmann)

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Beton-Schmiedel“!)

– das nehme ich einmal an –, Folgendes sagen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hätten wir lieber von Ihnen gehört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was würden Sie bauen, wenn Sie Geld hätten?)

– Kollege Schmiedel wird Ihnen gleich aus unserem gemeinsamen grün-roten Koalitionsvertrag zitieren. Das ist unsere gemeinsame Position,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel muss immer die Drecksarbeit leisten!)

die auf zwei Parteitag, nämlich dem der SPD und dem der Grünen, jeweils einstimmig beschlossen worden ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hoppla! Das ist ja ganz neu!)

Da gibt es keinen Dissens. Herr Kollege Schmiedel wird jetzt gleich das zitieren, was Sie hören wollen und was Sie bei Gelegenheit auch gern von mir hören können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da hören wir es lieber von Herrn Schmiedel! Der ist manchmal glaubhafter!)

Ich finde, Ihre Kritik am Haushaltsentwurf der Regierung und an der Haushaltspolitik, die die Regierungsfractionen mitgestaltet haben, läuft völlig ins Leere. Entscheiden Sie sich, in welche Richtung Sie gehen wollen, und dann diskutieren wir weiter.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vom Taschenrechner zum grün-roten Blättle! Jetzt wird es spannend!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vier kurze Bemerkungen machen. Das Thema Straßenbau möchte ich zum Schluss ansprechen, damit die Spannung aufrechterhalten bleibt.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das Erste: Herr Hauk, Sie haben ein partnerschaftliches Verhältnis der neuen Landesregierung zum Beamtenbund und zu den Gewerkschaften angemahnt, als hätten Sie das immer wunderbar vorgelebt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Hierzu möchte ich sagen: Sie haben sich im Zusammenhang mit dem letzten in Ihrer Regierungsverantwortung aufgestellten Haushalt, dem Haushalt für 2011, wegen Ihrer Vorstellung zum Lebensarbeitszeitkonto in Verbindung mit Einsparungen im Haushalt mit dem Beamtenbund sehr verstritten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einen guten Kompromiss haben wir gefunden! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das war schon toll. Wir haben uns mit Vertretern des Beamtenbunds getroffen. Diese haben auf die CDU geschimpft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt schimpfen sie auf Sie! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Rollenverteilung!)

Sie haben gesagt: „Das lehnen wir ab.“ Das hat dazu geführt, dass Sie noch während der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung erst halbherzig, aber dann vollständig den Rückzug angetreten haben, sodass das Thema Lebensarbeitszeitkonto in Ihrem Haushalt nicht verankert worden ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Doch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Natürlich!)

Jetzt kommt das Partnerschaftliche: Bei den Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt kommt das Gespenst fatzengleich wieder. Aus Ihren Reihen kommt genau dasselbe, etwas, mit dem Sie konträr zum Beamtenbund stehen,

(Abg. Winfried Mack und Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

bei dem Sie schon einmal eingeknickt sind, weil das tatsächlich ein falscher Ansatz ist. Jetzt kommen Sie daher und sagen, das sei partnerschaftlich.

Was wir machen werden, ist tatsächlich partnerschaftlich. Aber wir tun dies mit einem langen Atem. Was Sie machen, ist ein Festhalten an Konzepten, die schon gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

– Zum Schluss.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann verzichte ich!)

Sie haben gesagt, Sie wollten bei der Energiewende Taten sehen, und dabei darauf verwiesen, wir täten bei den öffentlichen Gebäuden hierzu nichts. Frau Kollegin Sitzmann hat schon darauf hingewiesen: Das, was Sie abgelehnt haben, was Sie streichen wollten, nämlich die Sanierungsrücklage, beinhaltet zu einem wesentlichen Teil die Sanierung öffentlicher Gebäude. Übrigens steht nicht alles darin. Man muss auch sonst aufpassen, was die Regierung macht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

50 Millionen € werden allein für energetische Modernisierungen von öffentlichen Gebäuden eingesetzt.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: So ist es!)

Woraus? Aus dem Grundstock. Das finanziert sich – deshalb brauchen wir es nicht im Haushalt zu verankern – aus der Rendite der eingesparten Energie.

(Abg. Peter Hauk CDU: In Ordnung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das passt!)

(Claus Schmiedel)

Das ist sehr gut und findet Beifall. Also sagen Sie doch nicht, wir täten nichts. Das passt nicht. Wir tun viel. Machen Sie mit, loben Sie das, und dann geht es gut voran.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir würden ja gern, aber weswegen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das loben wir jetzt einmal! Aber den Straßenbau möchten wir auch loben können!)

Jetzt zum Thema „Polizei in der Fläche“. Ihre Streichung von 1 000 Stellen bei den Polizeibeamten – nicht nur das, aber auch das – hat dazu geführt, dass wir in der Fläche in den Revieren eine Besetzung von 80 % haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist Fakt: 80 %. Deshalb geht die unbestritten gute Polizeiarbeit auf die Knochen der Kolleginnen und Kollegen. Deswegen muss da etwas passieren. Jetzt machen wir eine Zusage: Durch diese Reform kommt in jedes Revier mindestens eine zusätzliche Streife. Das heißt, zusätzlich ist jeweils ein Auto mit zwei Polizisten in der Fläche unterwegs.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das halten wir fest! – Zuruf von der CDU: Das wollen wir sehen!)

Das ist ein positives Ergebnis. Hören Sie auf, zu behaupten, dass sich in der Fläche nichts täte.

Dann zu dem Spezialargument im Hinblick auf die Kripo. Wissen Sie, wer der Erfinder dieser Reform ist, die auch die Kripo betrifft? Die Kripo selbst. Denn es nützt nichts, wenn die Kripo vereinzelt in der Fläche sitzt, aber nicht die notwendige Durchschlagskraft hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Völlig anders! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gar nicht anders!)

Sie braucht diese Durchschlagskraft. Sie braucht das Fachpersonal. Da nützt es nichts, wenn hier und da jemand sitzt. Da hat der Ministerpräsident doch völlig recht: Das Ziel ist eine bessere Präsenz bei den Bürgerinnen und Bürgern und eine Polizei für die Bürgerinnen und Bürger, nicht eine Polizei für die Landräte. Sorry.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Jetzt zum Thema Straßen: Ich bin sehr daran interessiert, dass wir Scheinkonflikte vermeiden. Es wird immer den einen oder anderen Konfliktfall geben, aber wir müssen in den Punkten, bei denen es um das Interesse des Landes geht, Scheinkonflikte vermeiden.

Deshalb lese ich einmal vor, was zu dem kritischen Punkt, der ein wesentliches Mobilitätshemmnis in Baden-Württemberg ist, nämlich dem mangelnden Ausbau der Bundesautobahnen und auch der Bundesstraßen, in unserem Koalitionsvertrag steht –

(Der Redner hält den Koalitionsvertrag hoch.)

es müsste jetzt heißen: „Der Wechsel hat begonnen“ –:

*Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Änderung des Verteilungsschlüssels der Bundesmittel für den Erhalt sowie Neu- und Ausbau der Bundesfernstraßen einsetzen, ...*

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Verkehrsminister beruft sich auf eine andere Passage! – Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler SPD und Edith Sitzmann GRÜNE)

Jetzt haben Sie gesagt, Sie sähen es auch so. Jetzt schlage ich vor: Wenn wir den Verkehrshaushalt beraten, dann nehmen wir doch die Rechnung vom Verkehrsminister und verabschieden eine Entschließung des gesamten Landtags an den Bund, dass wir diese 560 Millionen € brauchen, damit nicht das passiert, was der Ministerpräsident beschrieben hat – was einfach Realität ist, wenn sich nichts ändert –, dass nämlich die begonnenen Maßnahmen frühestens in vier Jahren, spätestens in acht Jahren zu Ende gebaut sind. Begonnene Maßnahmen sind aber immer nur Abschnitte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt ja nicht!)

Es nützt bei einer Bundesstraßenbaumaßnahme nichts, wenn nur ein Abschnitt zwischen zwei Orten erledigt ist, denn dann verschieben wir den Stau nur. Vielmehr geht es um das gesamte Projekt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Herr Schmiedel, so funktioniert Straßenbau nicht! Der Verkehrsminister weiß das!)

Deshalb ist der Ansatz des Verkehrsministers doch richtig, zu sagen: Wir wollen alle Maßnahmen, die unter dem Vordringlichen Bedarf eingestuft sind, in zehn Jahren realisiert haben. Dazu brauchen wir 560 Millionen €. Hierzu sollte durch eine gemeinsame Resolution ein starkes Signal ausgesendet werden: Wir treten gemeinsam für die Interessen des Landes ein und unterstützen den Verkehrsminister bei seinen Gesprächen mit Herrn Ramsauer. Das ist doch ein toller Vorschlag. Machen Sie mit!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Dr. Rülke hat gesagt, es sei unfair, einerseits den Stau als Erblast den vorherigen Landesregierungen anzulasten und andererseits die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt gut läuft, als Verdienst der neuen Regierung zu bezeichnen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

So ist es halt. Beim Straßenbau dauert es länger, einstellen kann man sofort.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wirtschaftsexperte Schmiedel!)

Es ist einfach Fakt: Seit die neue Landesregierung angetreten ist, geht ein Ruck durch das Land.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe: Bravo! – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Claus Schmiedel)

Selbst bei diesen Temperaturen schauen die Leute, wenn man ihnen in der Fußgängerzone begegnet, freundlich; sie sind optimistisch.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Helau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor allem im Park drüben sind sie freundlich! Im Schlosspark frieren Menschen freiwillig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dieser Optimismus überträgt sich auch auf die Akteure in der Wirtschaft, in den Kommunen, in den Schulen. Deshalb sind wir froh, dass wir schon in kurzer Zeit so weit gekommen sind, haben noch viel gemeinsam vor und freuen uns auf weitere Diskussionen mit Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kapellmeister, bitte zum Auszug!)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dass wir die formellen Beschlüsse noch in aller gebotenen Ruhe und Ordnung fassen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1102. Die beiden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und jeweils zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0201  
Ministerium

Zu Kapitel 0201 liegen Ziffer 1 Buchstabe a und Ziffer 2 Buchstabe a des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1, vor. Dieser Änderungsantrag betrifft mit Ziffer 1 Buchstaben b bis k und Ziffer 2 Buchstaben b bis k – Sie können mir folgen; ich spüre es –

(Vereinzelt Heiterkeit)

auch verschiedene andere Einzelpläne sowie mit Ziffer 3 den Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes 2012. Die Fraktion der CDU ist damit einverstanden, über diesen Änderungsantrag beim Einzelplan 02 – Staatsministerium – insgesamt abzustimmen mit Ausnahme von Ziffer 1 Buchstabe c und Ziffer 2 Buchstabe c, die den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – betreffen, und Ziffer 3, die den Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes betrifft.

Wer den Buchstaben a und b sowie d bis k von Ziffer 1 und den Buchstaben a und b sowie d bis k von Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Habt ihr es verstanden? – Gegenruf von der SPD: Das wirst du gleich sehen!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die genannten Ziffern und Buchstaben des Änderungsantrags wurden mehrheitlich abgelehnt.

Über Ziffer 1 Buchstabe c und Ziffer 2 Buchstabe c wird bei Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – und über Ziffer 3 beim Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes abgestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0201. Wer stimmt dem Kapitel 0201 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Kapitel 0201 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 0202 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Kapitel 0202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

und

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer stimmt diesen beiden Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0203 und 0204 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-2, vor. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0205. Wer stimmt dem Kapitel 0205 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Kapitel 0205 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt dem Kapitel 0208 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0208 ist einstimmig zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1102, abzustimmen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Abschnitt II der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Es ist jetzt 13:33 Uhr. Die Sitzung wird um 14:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:33 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:32 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

In der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012) – kommen wir zum **Buchstaben b** dieses Tagesordnungspunkts:

#### **Einzelplan 03: Innenministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1103**

#### **Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht Herr Abg. Hollenbach als Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Hollenbach für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Manfred Hollenbach** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind für manche besonders spannend, weil sie hinter den Zahlen ein klares Bild sehen; anderen sind sie etwas lästig, weil sie die Zahlenkolonnen als verwirrend ansehen. Heute Morgen haben wir eine ausführliche Debatte zum Haushalt 2012 erlebt – mit Grundsatzklärungen, mit gewichtigen und bedeutenden Aussagen, auch mit manchen Bemerkungen, die für mich etwas überraschend waren.

Es wurde einmal von der einen Seite, einmal von der anderen Seite geklagt oder vorgeworfen, man hätte in der Vergangenheit den Mund zu voll genommen, es gäbe Glaubwürdigkeitsprobleme. Auch unser Ministerpräsident hat über zu laute Kritik geklagt.

Wenn wir jetzt in die Niederungen der Einzelplanberatungen eintreten, dann kann man, glaube ich, die lauten Töne etwas zurückdrehen und sich mehr auf die Sachlichkeit beschränken.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Aber es wird nicht ausbleiben, dass dann doch wieder etwas Allgemeines gesagt wird, denn das ist ja immer in das Gesamtwerk eingebunden.

Ich kann Ihnen sagen, ich war sehr gespannt und erwartungsvoll, den Haushaltsentwurf 2012 zu bekommen und zu lesen; denn im Vorfeld wurde vieles angekündigt und auch beklagt. Es wurde immer wieder gesagt – im vergangenen Jahr, und auch heute Morgen haben wir es wiederholt gehört –, die neu gewählte Regierung habe einen Schuldenberg und eine schwere Erblast übernehmen müssen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

– Ob das richtig ist, kann man dann belegen, wenn man die Zahlen etwas näher analysiert hat. – Es ist zweifelsohne richtig: Die Finanzlage des Landes war nie üppig. Es hat immer Geld gefehlt. Im Geld sind wir nie geschwommen, und die Wünsche sowohl der Regierung als auch der Opposition in früheren Zeiten waren immer weitaus größer und umfangreicher als die vorhandenen Finanzmittel.

(Abg. Walter Heiler SPD: Bei uns nie!)

Es wurde auch immer wieder gesagt, es gebe ein strukturelles Problem. Auch dies hat die frühere Regierung nie bestritten, sondern auch immer wieder angemahnt, strukturelle Verbesserungen für den Gesamtfinanzhaushalt vorzunehmen.

Wir hatten einmal eine Grundsatzdebatte zur Finanzlage, und zwar am 29. Juni 2011. Sie wurde als Regierungserklärung zum Thema Kassensturz überschrieben. Damals hat der Finanzminister hier an diesem Pult erklärt:

*Diese finanzielle Erblast macht einen entschlossenen Konsolidierungskurs unumgänglich.*

Nach dieser Aussage habe ich den Haushaltsplan einmal etwas näher betrachtet. Ich muss sagen: Im gesamten Haushaltsplan, aber besonders im Einzelplan 03, ist nirgends ein Konsolidierungskurs erkennbar.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich bin vergeblich auf der Suche gewesen. Heute Morgen haben wir es vom Ministerpräsidenten selbst gehört; er hat ebenfalls Zweifel geäußert, ob die Konsolidierung schon begonnen hat. Ich kann sagen: Sie hat nicht begonnen. Denn wenn dies so wäre, dann müsste ich irgendwo in der falschen Schule Mathematik gelernt haben.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die Zahlen, die ich hier lese, sind zweifelsohne weitaus besser als die der Haushaltspläne der vergangenen zwei Jahre, und sie sind auch besser, als unsere Finanzplanung es bisher vorsah. Aber man muss sich immer wieder einmal die Zahlen vergegenwärtigen – wir haben sie heute und auch schon mehrfach in der Vergangenheit gehört –: Als der Haushaltsplan 2011 hier im Plenum beraten und beschlossen wurde – das war vor etwa zwei Jahren –, befanden wir uns in einer wirklich großen, dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Steuereinnahmen sind von Monat zu Monat gesunken, und die Ausgangsbasis für die Haushaltsplanung 2011 war alles

*(Manfred Hollenbach)*

andere als erfreulich. Die Finanzplanung war von genau diesen Perspektiven geprägt.

Heute ist es so: Die Wirtschaft boomt, und die Steuerquellen sprudeln. Diese Zahl haben wir heute Morgen auch schon gehört, aber man muss sie immer wieder einmal erwähnen: 29,1 Milliarden € an Steuereinnahmen liegen der jetzigen Haushaltsplanung zugrunde. Als der Haushaltsplan 2011 beraten wurde, waren es noch 24 Milliarden €, also rund 5 Milliarden € weniger, und die Finanzplanung sah für das Jahr 2012 einen Betrag von 25,3 Milliarden € vor. Wenn man also 3,5 Milliarden € Steuereinnahmen mehr zur Verfügung hat, dann lässt sich gut wirtschaften. Dann kann man glänzen. Aber Konsolidierung ist das auf keinen Fall.

(Beifall bei der CDU)

Der Einzelplan 03, den wir heute Mittag beraten und besprechen,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Jetzt kommen wir zum Punkt!)

setzt eigentlich genau das fort, was in den Kapiteln, die noch im Einzelplan 03 ausgewiesen werden, schon bisher enthalten war. Von einer strukturellen Veränderung oder von Konsolidierung ist auch da keine Spur. Wir haben zwar einen reduzierten Planansatz, ein Haushaltsvolumen, das nicht mehr 4 Milliarden €, sondern nur noch 2,5 Milliarden € beträgt, jedoch ist das der Umressortierung geschuldet. Früher waren die Bereiche Verkehr, Datenschutz, Ausländer und Asylbewerber im Einzelplan 03 ausgewiesen, doch diese sind zum größten Teil verlagert worden.

Vom Bereich Ausländer ist noch ein Teil im Einzelplan 03 ausgewiesen. Da frage ich mich schon: Wenn man schon ein neues Ministerium gründet, das sich speziell mit diesen Themen zu befassen hat, warum lässt man dann einen mit 23 Millionen € ausgestatteten Restbereich im Einzelplan 03? Ich habe aber das Gefühl, dort muss die Pflicht erfüllt werden, und die Kür darf dann das andere Ministerium machen, damit man mit diesem Thema entsprechend glänzen kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Die unangenehmen Sachen bleiben beim Innenministerium!)

– Da wird sicher, wie der Kollege sagt, das Unangenehme beim Innenministerium belassen, und die angenehmen Dinge werden im anderen Ressort geregelt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der arme Herr Gall!)

Man muss attestieren und zugestehen, dass das Innenministerium mit dem, was jetzt im Einzelplan 03 verblieben ist, mit den Finanzmitteln ausgestattet ist, die notwendig sind, um seine Aufgaben zu erfüllen. Warum dort keine Konsolidierung vorgenommen wurde, ist auch klar. Das haben die früheren Regierungen ebenfalls versucht. Aber wenn ein Einzelplan 83,5 % Personalkosten ausweist

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

und von der Aufgabenstellung her mehr als 55 % dieser Ausgaben für die Polizei benötigt werden, dann lässt der Hand-

lungsspielraum gewaltig nach. Der Rest sind allgemeine Bewilligungen, Pensionen, die zu bezahlen sind, und Mittel für Verwaltungsaufgaben. Nur 19,6 % des gesamten Einzelplans sind für allgemeine Verwaltungstätigkeiten vorgesehen, und das ist bescheiden genug.

Daran merkt man auch, dass das Thema, das in den letzten Tagen als Anhängsel der Polizeireform, die begonnen wurde, in die Öffentlichkeit gekommen ist, nämlich die Frage, ob man die Regierungspräsidien auflösen soll, keine so große finanzpolitische Bedeutung haben wird. Unter verwaltungsstrukturellen Gesichtspunkten kann man vielleicht darüber nachdenken, aber aus rein fiskalischen Gründen macht es wenig Sinn. Die vier Regierungspräsidien beanspruchen momentan ein Finanzvolumen von 370 Millionen €. Auch da haben wir fast 90 % Personalkosten. Ich bin der Meinung, die Leute sitzen nicht dort, um Däumchen zu drehen, sondern sie haben eine Aufgabe zu erfüllen. Auch wenn die Aufgabenerfüllung aus den Regierungspräsidien herausverlagert wird, sind die Aufgaben nach wie vor zu finanzieren und es bleibt nichts zum Sparen übrig. Konsolidierung also Fehlanzeige.

Auch ein weiterer Begriff, der in der Vergangenheit bei den Diskussionen immer wieder eine Rolle gespielt hat, scheint hier keinen Niederschlag gefunden zu haben. Der Finanzminister hat in seiner von mir schon genannten Regierungserklärung am 29. Juni 2011 zum Thema Kassensturz – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Landtagsprotokoll zitieren – gesagt:

*Auch die Höhe der vorhandenen globalen Minderausgaben zeigt, dass der alten Landesregierung der Mut gefehlt hat, die notwendigen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung herbeizuführen, indem die entsprechenden Maßnahmen konkretisiert, benannt und durchgeführt worden wären.*

Da hat er recht. Es war ein Betrag in Höhe von immerhin 7 Millionen € an globalen Minderausgaben ausgewiesen. Aber siehe da: Im Haushaltsplan 2012, den der jetzige Finanzminister – den ich allerdings nicht sehe – zu vertreten hat, stehen 10 Millionen € globale Minderausgaben. Ich frage mich: Wo ist der Mut des Finanzministers, diese Ausgabenkürzungen zu benennen? Auch da scheint kein Mut vorhanden zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf vielleicht noch einen weiteren Begriff in Erinnerung rufen, der auch immer wieder genannt wurde, nämlich „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“. Das sind Lehrsätze, die jeder, der sich im Studium mit diesen Themen befasst, immer wieder mitbekommt. In einer Position fehlt mir diese Wahrheit und Klarheit, und zwar bei den Aufwendungen für die Polizei.

Wir alle wissen, und wir verfolgen es jeden Tag: Die Polizei ist bei dem Großprojekt Stuttgart 21 gefordert. Das kostet Geld. Das wissen wir. Das hat in der Vergangenheit Geld gekostet und kostet auch jetzt Geld. Aber im Haushaltsplan finden Sie dazu keine Finanzmittel. Auf Rückfrage hat der Innenminister erklärt, dass schon im Januar Aufwendungen von 3,5 bis 4 Millionen € notwendig waren, um die Polizeieinsätze zu finanzieren. Es kommen ganz bestimmt – ich bin sicher

(Manfred Hollenbach)

kein Prophet, aber da liege ich nicht verkehrt – nochmals Polizeieinsätze, und auch die werden Geld kosten. Aber man hat sich hier einer Methode bedient, damit die Zahlen nicht so offenkundig werden: Man hat einen Deckungsvermerk in den Haushaltsplan aufgenommen und wird diese Aufwendungen vom Verkehrsministerium finanzieren lassen. Ich kann nur sagen: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. „Wahrheit und Klarheit“ sieht bei mir etwas anders aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Aber ansonsten muss ich zugestehen: Die im Einzelplan 03 ausgewiesenen Ansätze sind nicht spektakulär. Sie passen sich dem an, was in der Vergangenheit war. Wenn Sie so wollen: Es wird nur das fortgeschrieben, was die frühere Regierung in den Haushaltsplan geschrieben hat und sicher auch dieses Mal wieder in den Haushaltsplan geschrieben hätte, wenn sie dazu nochmals die Möglichkeit gehabt hätte.

Ich will damit sagen: Im Vorfeld wurde vieles angekündigt. Aber die Realität ist weit davon entfernt. Auch das ist ein Stück Wahrheit und Klarheit.

In diesem Sinn ist der Haushaltsplan, meine ich, durchaus solide und ordnungsgemäß aufgestellt, aber ihm fehlt die eigentliche Wahrheit und Klarheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über den Einzelplan 03. Die darin ausgebrachten Mittel stehen zu 60 % für die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit zur Verfügung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der sind Sie besonders gut verbunden!)

– In der inneren Sicherheit sind wir besonders gut bewandert. Machen Sie sich keine Sorgen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie! – Zuruf von der CDU: Er hat jahrelange Erfahrung!)

Sie werden das in den nächsten Wochen ganz sicher noch beispielhaft

(Abg. Winfried Mack CDU: Sicherheitsexperte!)

vorgeführt bekommen. Das verspreche ich Ihnen.

(Heiterkeit des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Jetzt haben wir uns mit einer Kritik auseinanderzusetzen, die in Wirklichkeit keine Kritik ist. Wie ist der Istzustand bei der Regierungsübernahme im Bereich der inneren Sicherheit gewesen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragend! –  
Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt haben wir aber gerade einen neuen Haushalt!)

Wir haben einen Investitionsstau in den Bereichen Technologie, Ausstattung der Polizei, Informations- und Kommunikationstechnologien. Wir müssen dringend ein Modernisierungsprogramm auflegen.

(Zuruf von der CDU: Wo ist das?)

Wir haben bei der Istausrüstung völlig unterfinanzierte Haushalte. Im Oktober eines jeden Jahres schreien die Direktoren der Polizeidirektionen Alarm:

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb lösen Sie sie auf! –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Es fehle an Benzingeld, es könnten keine originären Polizeiaufgaben mehr durchgeführt werden.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Ergebnis Ihrer Regierungszeit ist die chronische Unterfinanzierung der Polizei. Damit kann die innere Sicherheit in diesem Land nicht mehr gewährleistet werden. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Innere Sicherheit findet im Alltag der Bürgerinnen und Bürger statt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Heute Morgen ist zu Recht gesagt worden: Wer 1 000 Stellen im Vollzugs- und im Nichtvollzugsbereich abgebaut hat, ohne dass dafür irgendeine Kompensation an Strukturen oder Sonstigem erfolgt wäre, wer über 200 Posten dichtgemacht hat, ist nicht dazu berufen, über die moderne Organisation von innerer Sicherheit und Polizei zu reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, die Sie viele Jahre lang unterlassen haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja hör auf!)

Wir müssen den Investitionsstau beseitigen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Am Ende meiner Rede.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Am Ende der Rede.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine Unsitte!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Die Unsitte – wenn es eine sein sollte – haben vielleicht Sie eingeführt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, nein! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die habt ihr eingeführt!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Die Beseitigung des Investitionsstaus haben wir mit dem Vierten Nachtrag 2011 begonnen. Das setzen wir jetzt mit 17 Millionen € für dringende Maßnahmen fort.

(Zuruf: Diese Arroganz!)

Wir führen notwendige Maßnahmen in anderen Bereichen durch – einschließlich der Regierungspräsidien. Auch dort war es dringend notwendig, in die Infrastruktur zu investieren:

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Lagezentrum, Katastrophenschutz. Es gibt eine ganze Vielzahl von Projekten, bei denen es notwendig war,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

von einer schlechten Ausgangssituation aus in die Handlungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit dieser Einrichtungen zu investieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Zimmermann, nehmen wir nur einmal das Beispiel der Projektkosten für den Digitalfunk. Zum ersten Mal in der Geschichte des Aufbaus von Digitalfunk finanzieren wir dieses Projekt jetzt durch und stellen seine Finanzierung bis zum Abschluss der Einführung auch mittelfristig sicher. Das haben Sie in den ganzen Jahren nicht hinbekommen, kann ich nur feststellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Sie mussten in jedem Jahr neue Verlustzahlen melden und mitteilen, dass das Programm teurer geworden ist. Aber Sie haben nicht zu seiner soliden Finanzierung beigetragen.

Das könnte ich an ganz vielen Beispielen durchdeklinieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es würde trotzdem nicht wahrer!)

Überall dort, wo notwendige Ansätze zu schaffen sind, machen wir das: bei allen Investitionsmaßnahmen, auch hinsichtlich der Personalausstattung. Ich nenne als Stichwort die 1 200 Neueinstellungen bei der Polizei. Sie sind eine absolut notwendige Maßnahme, die zur jetzigen Konjunktursituation und zum doppelten Abiturjahrgang passt, aber auch zu der sich erhöhenden Zahl der Altersabgänge. Sie ist notwendig, um in den nächsten Jahren die Altersabgänge bei der Polizei zu kompensieren. Das dient zunächst einmal nur dem Ziel, den Istzustand zu sichern, was in der Fläche dringend notwendig ist. Es müsste in diesem Haus eigentlich nach wie vor Konsens sein, dass wir das, was wir bei der Polizei jetzt an personeller Ausstattung haben, nicht noch weiter herunterfahren können, meine Damen und Herren. Dazu erwarte ich von Ihnen ein Bekenntnis statt immer nur diese Mäkelkritik; denn das ist eine wichtige und schwere Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dass dieser Kopf einmal so etwas sagt, hätte ich nie geglaubt!)

Herr Hollenbach, Sie bemängeln angesichts dieser Ausgangssituation fehlende Konsolidierung. Worin hätte denn die Konsolidierung im Haushalt 2012 im Bereich der inneren Sicherheit bestehen sollen? Konsolidierung kann bei dieser Ausgangssituation und der gewachsenen Aufgabenfülle nur in

Strukturreformen bestehen. Darüber müssten wir uns doch relativ rasch einig sein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber nicht so!)

Bei den Ansätzen, die wir haben, geht gerade im Bereich der inneren Sicherheit das Sparpotenzial – auch angesichts des hohen Anteils der Personalkosten – gegen null. Wir müssten eigentlich weitere Stellen abbauen. Also müssen wir etwas an den Strukturen verändern. Deswegen ist jetzt die Polizeireform in der Diskussion. Das ist unser entscheidender Beitrag, um in den nächsten Jahren im Bereich der inneren Sicherheit bei nicht höher werdenden Haushaltsmitteln mehr Effizienz, eine verbesserte Einsatzfähigkeit und mehr Bürgernähe zu erreichen. Das ist das ehrgeizige Ziel. Daran wird sich diese Reform auch messen lassen müssen. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir haben gesagt, unser ehrgeiziges Ziel ist es, in die Fläche des Landes, in die ländlichen Räume, in die Großen Kreisstädte, in die Reviere messbar mehr Polizei zu bringen. Das werden wir machen. Ich finde, es ist notwendig, dass wir darüber eine fachliche, sachliche Reformdiskussion führen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das haben wir auch geglaubt!)

Hören Sie endlich auf, sich nur von Ihren Landräten und deren Interessen leiten zu lassen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die waren doch zunächst auf Ihrer Seite!)

Begeben Sie sich mit uns auf die Ebene einer fachlichen Diskussion, wie Polizei im 21. Jahrhundert modern aufgestellt werden muss.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch nach der Diskussion ist schon mancher umgefallen!)

– Herr Rüeck, seien wir uns doch einig. Sie wissen wie ich und wie wir, dass diese Reform – das ist der Wunsch der Polizei – aus der Polizei heraus kommt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aus einem Geheimzirkel bei der Polizei!)

– Das ist kein Geheimzirkel, völliger Unsinn.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE zur CDU: Geheimzirkel gab es doch nur bei Ihnen! – Abg. Andreas Stoch SPD zur CDU: Jedenfalls nicht der CDU-Polizeibeirat! Das mag Sie stören!)

Es ist völliger Unsinn, zu behaupten, dass es ein Geheimzirkel gewesen wäre. Über diese Polizeireform, Herr Kollege Blenke, wird in großer Breite mit der Polizeibasis diskutiert – Stichwort Intranet, Stichwort Regionalkonferenzen –, wie es in der Geschichte unseres Landes einmalig ist

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber der Minister sagt doch, es wird nichts mehr geändert! Ist er denn bereit, noch etwas zu ändern?)

und zu Ihrer Zeit niemals hätte stattfinden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)



(Hans-Ulrich Sckerl)

Deswegen ist das ein deutlicher Fortschritt hinsichtlich der Beteiligung der Polizei selbst. Die Vorschläge kommen aus der Polizei. Die Vorschläge sind nicht allesamt neu – das wissen Sie.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es sind auch gute dabei!)

Als Stichwort nenne ich nur die Große Koalition der Neunzigerjahre und auch die Jahre danach.

(Abg. Winfried Mack CDU: Birzele!)

Die Polizei erzählt uns von oben bis unten, vom Revierführer bis zum Landespolizeipräsidenten: Die Reform ist absolut notwendig

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Den Landespolizeipräsidenten können Sie weglassen!)

und seit vielen Jahren überfällig. Sie war aber unter einer CDU-Regierung niemals durchzusetzen. Landräte, Oberbürgermeister, Interessenverfälschung draußen auf dem Land machen es unmöglich, das durchzusetzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! Können Sie das belegen? Wenn nicht, nehmen Sie es zurück!)

Jetzt besteht historisch zum ersten Mal die Chance, eine moderne Polizei zu schaffen, und wir werden das machen, auch gegen Ihren Widerstand. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Heinrich, mir graut vor dir! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie erklären Sie sich dann, dass wir trotzdem das sicherste Bundesland sind, wenn die Lage so problematisch ist? – Gegenruf des Abg. Manfred Hollenbach CDU: Sind halt nette Leut'! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

– Nein, Herr Kollege. Wir haben ständig veränderte Anforderungen bei der inneren Sicherheit, auch bei der Kriminalitätsbekämpfung. Wir müssen mehr denn je Spezialisten haben,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sonderlage Stuttgart 21!)

wir müssen mehr denn je in der Lage sein, Sondereinheiten zu bilden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Stuttgart 21!)

Es gibt Internetkriminalität und viele andere Schwerpunkte. Diesen objektiven Kriterien muss eine moderne Organisation der Polizei folgen, aber nicht mehr der Frage, ob ein Landrat eine bestimmte Anzahl von Beamten in seinem Revier hat. Das ist für uns nicht mehr der entscheidende Maßstab. Der Maßstab ist, die Polizei so effizient zu organisieren, dass ein maximaler Sicherheitsgewinn für die Bürger entsteht. Daran lassen wir uns messen. Das ist ganz sicher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mein Appell ist tatsächlich: Lassen Sie uns diese Reform in den nächsten Wochen nicht zerreden. Es wäre schade darum,

weil es tatsächlich ein realistischer, sehr gut fundierter Versuch ist,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Die Hoffnung, die kann man vergessen!)

in einem wichtigen Bereich zu Effizienz zu gelangen, ohne den Staatshaushalt in den nächsten Jahren noch zusätzlich groß in Anspruch zu nehmen. Er müsste sonst zusätzlich in Anspruch genommen werden, um dann die gleichen Aufgaben zu erfüllen.

Wir können sicher über die eine oder andere Stelle der Reform diskutieren. Das wird bei der Diskussion innerhalb der Polizei, bei der Umsetzung und bei den vielen Gesprächen, die der Innenminister mit Landräten und Bürgermeistern führt, auch passieren; das ist keine Frage.

Lassen Sie uns den Kern dieser Reform nicht zerreden. Hören Sie bitte auf, zu unterstellen – das macht eine solche Reform immer fragwürdig –, die Reform sei nur der Vorbote einer großen staatlichen Verwaltungsreform. Das ist es nicht, meine Damen und Herren. Die Polizeireform kommt aus der Polizei.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da bekommt sogar der Präsident Krämpfe, wenn er das hört!)

Sie wird von der Polizei gewünscht.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir sollten einen politischen Beitrag dazu leisten, damit die Polizei jetzt die Ausstattung, die Organisation, die Präsidialstruktur und die Direktionsstruktur bekommt, die sie seit vielen Jahren fordert. Ich glaube, wir tun da etwas Gutes.

Wir laden Sie ein. Die Diskussion ist offen. Auch die Opposition kann gern mit konstruktiven Vorschlägen an der Diskussion teilnehmen. Vorschläge werden nicht einfach weggelegt, sondern ernsthaft geprüft.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Worauf Sie sich verlassen können! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich schicke Ihnen die E-Mail zu!)

Aber, Herr Zimmermann, wir haben jetzt die Chance, eine Reform hinzubekommen, die einige Jahrzehnte Bestand hat. Diese Chance sollten wir nicht leichtfertig verspielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Sicher nicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Sckerl, gestatten Sie noch die Frage von Herrn Abg. Blenke, die Sie am Ende Ihrer Rede zulassen wollten?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Danke schön, Herr Präsident. – Herr Kollege Sckerl, Sie haben vorhin das Thema Polizeipostenstrukturreform angesprochen. Sie haben das kritisiert.

(Abg. Walter Heiler SPD: Die Schließung!)

(Thomas Blenke)

Darf ich dazu drei Fragen stellen? Erstens: Ist Ihnen bekannt, dass durch die Zusammenlegung von Polizeiposten seinerzeit keine einzige Stelle bei der Polizei gestrichen wurde? Zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass man die Stellen gestrichen hat, um etwas größere Einheiten zu schaffen? Das geschah auch aus Gründen des Eigenschutzes für die Polizeibeamten; kleine Posten mit nur einem oder zwei Beamten sind unter Eigen-sicherungsaspekten nicht verantwortbar. Drittens: Haben Sie den Innenminister schon einmal gefragt, wie er heute über die damalige Polizeipostenstrukturreform denkt?

Danke schön.

**Abg. Hans-Ulrich Skerl** GRÜNE: Mit dem Innenminister diskutiere ich über viele Fragen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht die!)

Das entscheidende Kriterium ist aber,

(Abg. Winfried Mack CDU: Ob etwas hängen bleibt!)

dass Sie damals diese Polizeipostenstrukturreform durchgeführt haben und unversorgtes Land hinterlassen haben. Da entstanden schwarze Löcher in der Polizeiversorgung des Landes.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Sie haben weder in den Revieren noch in den Direktionen Ersatz geschaffen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt grüne Wüste!)

Die jetzige Polizeireform zeichnet sich aber dadurch aus, dass an den Stellen, an denen auf der Ebene der bisherigen Polizeidirektionen unter Umständen etwas genommen wird, dies durch Kriminaldauerdienste, durch Einsatzeinheiten für die Bürger vor Ort kompensiert wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das Thema behandeln wir morgen!)

Deswegen wird das mehr als wettgemacht. Sie aber haben Lücken gerissen. Das ist der große Unterschied zwischen Ihrer Polizeipostenstrukturreform und unserer Polizeireform.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wären Sie auch bereit, auf die Frage einzugehen? – Gegenruf der Abg. Tanja Gönner CDU: Genau, die Frage beantworten! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Frage war nicht beantwortet!)

– Ich habe die Frage damit beantwortet.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Abg. Nikolaos Sakellariou** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hollenbach, Sie haben sehr grundsätzlich eingeführt und haben gehofft, dass wir dann, wenn wir bei den „Niederungen“ des Einzelplans 03 sind, auch etwas sachlicher werden können. Mal schauen, ob uns das gelingt.

Wir sind jetzt beim Einzelplan des Innenministeriums, das dafür zuständig ist, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg wohlfühlen. Das ist die große Überschrift.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das Wohlfühl-Ministerium!)

– Das Wohlfühl-Ministerium. Man fühlt sich zunächst einmal dort wohl, wo man sicher ist. Das Ministerium ist dafür da, die Sicherheit in Baden-Württemberg zu gewährleisten: Sicherheit vor Kriminalität, Sicherheit vor Katastrophen und Sicherheit vor Extremisten – um nur die Überschriften zu nennen. Gleichzeitig ist es für die Kommunen zuständig. In den Kommunen leben die Menschen, weil sie gern dort leben wollen. Deren Rahmenbedingungen wollen und müssen wir letztlich im Einzelnen gestalten.

Jetzt sind wir beim Einzelplan 03 mit einem Volumen – das ist schon angesprochen worden – von mehr als 2 Milliarden €, von denen 83,5 % reine Personalkosten sind. Das ist genau der Punkt, Herr Hollenbach, den Sie angesprochen haben, weil Sie Konsolidierungen in größerem Umfang vermisst haben. Genau an dieser Quote wird deutlich: Wenn der Personalkostenanteil derart hoch ist, dann handelt es sich bei diesem Haushalt, den wir hier besprechen, um einen reinen Betriebsmittelhaushalt, aus dem heraus die gesamten Aufgaben für die innere Sicherheit, den Verfassungsschutz, die Polizei, die Kommunen betrieben werden müssen – nahezu ein reiner Personalhaushalt. Das heißt, da besteht gar kein großer Spielraum. Trotzdem ist es gelungen, Akzente zu setzen, die Sie hier nicht erwähnt haben, die aber deutlich machen, welche Bedeutung die neue Landesregierung den Bereichen Inneres, Polizei, Kommunen und Bürgerbeteiligung zumisst.

Ich will das an ein paar Zahlen deutlich machen. Wir haben beim Personal gespart: 87 Stellen bei den Regierungspräsidien, 15 bei der Zentralisierung des Dienstreisemanagements und zehn durch die Aufgabenverlagerung im IuK-Bereich. Aber wir haben auch zusätzliche Stellen geschaffen, und daran wird deutlich, wohin die Reise geht. Die zwei Stellen bei der Feuerwehr will ich erwähnen, weil es vom Thema her angebracht ist. Aber ganz zentral sind die 400 zusätzlichen Anwärterstellen, die wir im Personalbereich geschaffen haben.

Wir haben sogar investiert. Wir haben trotz dieses engen Haushalts 115 Millionen € investiert. Wir haben – das ist schon angesprochen worden – 172 Millionen € für das Digitalfunknetz in einer verlässlichen Tranche bereitgestellt und vor allem auch in vier Jahren durchfinanziert. Denn genau das war der Punkt: Das Ministerium ist übergeben worden, und wir waren der Meinung, es sei alles finanziert. Es war aber nichts durchfinanziert. Das ist letztlich das Problem, vor dem wir stehen und das diese Veränderungen notwendig gemacht hat.

Wir haben auch in die Feuerwehr investiert. Allein 25,3 Millionen € gehen in Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst und dort vorwiegend in neue Fahrzeuge. Wir unterhalten die Feuerweherschule. Wir haben Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen von immerhin 313 Millionen € bereitgestellt.

Kommen wir zum Thema Polizei. Auch hier liegt der absolute Schwerpunkt der Bemühungen nicht nur beim Personal, sondern auch bei den Investitionen, die absolut überfällig wa-

(Nikolaos Sakellariou)

ren: 17 Millionen €, die der Polizei direkt zugutegekommen sind, und 400 Stellen, die absolut notwendig waren, um die Pensionierungswelle einigermaßen abzufedern und etwas für den doppelten Abiturjahrgang zu liefern. Wenn wir das nicht gemacht hätten, wenn wir nur so weitergemacht hätten, wie Sie es vorgegeben hatten, hätten wir bald ein Riesenpersonalproblem.

In einem Punkt haben Sie natürlich recht: Vieles haben wir fortgeschrieben, weil nicht alles schlecht war. Wenn Sie sich an die Haushaltsdebatten von früher erinnern, dann wissen Sie, dass das auch gesagt wurde. Nicht alles war schlecht. Insofern ist es konsequent, dass wir manches weiterführen.

Aber beim Personal konnten wir nicht so weitermachen wie Sie, denn dann wäre die Polizei gegen die Wand gefahren. Wir haben das mit dieser hohen Investition in das Personal gestoppt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das unterstützen wir auch!)

Wir lassen – was wir lange versprochen haben – den Freiwilligen Polizeidienst auslaufen. Ich weiß, da haben wir unterschiedliche Auffassungen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gleichzeitig appellieren wir an das ehrenamtliche Engagement!)

– Das eine hat mit dem anderen nur bedingt etwas zu tun.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Anschlag gegen das Ehrenamt!)

– Das hat nichts mit Ehrenamt zu tun. Ehrenamt ist die Feuerwehr. Ehrenamt gibt es in ganz anderen Bereichen. Der Freiwillige Polizeidienst

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 1 200 Leute fehlen uns!)

war eine Möglichkeit, mit der Sie seitens der früheren Landesregierung versucht haben, Polizeidienststellen, die eigentlich reguläre Polizeibeamte hätten ausfüllen sollen, zu sparen, indem Sie Freiwillige eingesetzt haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist doch Stuss!

– Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wissen es besser, Herr Sakellariou!)

Genau so war es. Es war auch nicht in Ordnung, dass nicht Polizei drin war, wo Polizei draufstand. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass ein uniformierter Polizeibeamter, dem er begegnet, genau die Ausbildung bekommen hat, die man erwarten kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da gab es nie Kritik, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Da gab es sehr wohl Kritik; das wissen Sie auch. Wir haben unsere Versprechen eingehalten. Wir haben von denen Kritik bekommen, die den vorherigen Zustand immer gelobt haben. Aber es haben uns umgekehrt auch viele für unsere Maßnahmen gelobt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben also auch hier eine bedeutsame Änderung vorgenommen.

Eine weitere Änderung, die wir vorgenommen haben, ist heute schon einmal leicht angeklungen. Auch daran sieht man, dass sich die Kultur geändert hat. Die Polizeieinsätze in Sachen Stuttgart 21 sind nach der Landtagswahl von einem anderen Geist als vor der Landtagswahl getragen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Klar!)

Die Polizei und die Verantwortlichen haben aus den Fehlern gelernt. Wir müssen doch froh sein, dass die Konflikte, die am Bahnhof stattgefunden haben, inzwischen in dieser vorbildlichen Weise gelöst worden sind und nicht mehr der Zustand von früher herrscht. Denn dort haben wir vorher kein gutes Bild abgegeben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt kommen wir zu dem Aufregerthema der letzten Tage, zur Polizeireform.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wird noch länger das Aufregerthema bleiben, fürchte ich!)

Wir werden darüber auch morgen noch einmal diskutieren. Aber dieses Thema gehört auch zum Haushalt, weil es nämlich aufgrund des hohen Personalkostenanteils erforderlich war, dass diese Polizeireform so stattfindet, wie sie stattfindet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Daran wird also nichts mehr geändert!)

Es sei noch einmal vorausgeschickt: Es ist ja nicht so, dass wir mehr Geld zur Verfügung hätten, um in die Fläche zu gehen. Nein, wir haben weniger Geld zur Verfügung. Wir müssen mit einem Personalabbau bei der Polizei von 1 000 Stellen in den letzten Jahren fertig werden. Dieser Stellenabbau bei der Polizei wäre weitergegangen, wenn ihn die neue Regierung nicht gestoppt hätte. Es war beabsichtigt, weitere 100 Stellen zu streichen. Das ist nicht passiert. Wir haben den Personalabbau gestoppt.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir haben Personal aufgebaut. Wir wollen mit weniger Mitteln mehr Polizeibeamte in die Fläche bringen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir haben den Einstellungskorridor eingeführt! 800 Stellen pro Jahr!)

Jetzt will ich eines sagen: Was mich stört, ist, wenn in diesem Zusammenhang von einer Milchmädchenrechnung gesprochen wird, als ob dieser Personenkreis eine – –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist diskriminierend! Wenn schon, dann Milchbubenrechnung!)

– Entschuldigung, Milchmädchen- oder Milchbubenrechnung; da drehe ich die Hand nicht herum.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! Ihr habt Probleme!)

(Nikolaos Sakellariou)

Mir geht es darum: Es ist nicht korrekt, einer Arbeitsgruppe, die nachweislich aus Fachleuten der Polizei bestanden hat, das zu unterstellen, was hier heute gesagt wurde und was vielleicht auch in der nächsten Zeit gesagt wird. Das ist einfach nicht in Ordnung. Denn eines ist klar: Diese Reform ist aus der Polizei selbst heraus, mit den besten Fachleuten aus den entsprechenden Gremien, deren guter Name sogar der Broschüre entnommen werden kann, vorgeschlagen worden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit einer Zielvorgabe!)

ohne dass von außen eingegriffen wurde.

Es versteht wohl jeder, dass die Ausgangslage war, dass wir uns 36 Polizeidirektionen geleistet haben, deren Größe unterschiedlicher nicht sein konnte und die trotzdem dieselben Aufgaben hatten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

Wenn wir eine Polizeidirektion mit 150 Polizeivollzugskräften und eine andere Polizeidirektion mit 2 200 Polizeivollzugskräften haben, die beide einen Polizeidirektor und dieselben Aufgaben haben, dann ist es völlig ineffizient, die Kräfte je nach Bedarf hin- und herzuschieben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Komischerweise ist die kleinste Polizeidirektion im letzten Jahr die beste gewesen!)

Es war allen klar, dass das nicht so bleiben konnte. Die aus der Polizei heraus gebildete Kommission hat nun den angesprochenen Vorschlag vorgelegt, und dieser ist vernünftig.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es kann doch nicht sein, dass eine Polizeidirektion 150 Polizeivollzugskräfte und ein Polizeirevier 190 Polizeivollzugskräfte hat und diese trotzdem völlig unterschiedliche Aufgaben wahrzunehmen haben. Dieser Aufwand musste egalisiert werden, damit wir das Ziel erreichen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Darüber hinausgeschossen!)

– Jetzt einmal abwarten. Es gibt mehrere Modelle. Es ist ja noch nicht das letzte Wort in der Frage gesprochen, wie und wo die Standorte sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das klingt beim Minister anders!)

In meinem Wahlkreis –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja! Den Schwanz eingezogen!)

Herr Dr. Rülke hat vorhin einen Artikel hierzu hochgehalten – haben wir uns auch dazu Gedanken gemacht: Je nachdem, wo der Standort ist, kann in einer bestimmten Konstellation eine Entfernung zu diesem von über 100 km, nämlich 108 km, herauskommen.

(Zuruf: Wahnsinn! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie stimmst du im Stadtrat hierzu ab?)

– Für diese Reform werden wir abstimmen, aber selbstverständlich. Denn die Reform ist notwendig. Sie kommt den Menschen insgesamt zugute. Wir müssen einmal von der Vorstellung wegkommen, dass eine Reform nur dann gut ist, wenn alle Landräte dafür sind – unter Inkaufnahme solcher ineffektiver Strukturen, wie ich sie gerade geschildert habe.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Im Wahlkreis schwätzt er etwas ganz anderes!)

– Das darf ja wohl nicht wahr sein. Das ist doch gar nicht wahr.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Bei dem, was Sie dort hochhalten,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eigene Pressemitteilung!)

geht es ausschließlich um die Entfernung zwischen einer Kriminalpolizei und einer Kriminaldirektion. Es geht um sonst nichts. Die Reform ist dringend notwendig.

Ich will noch ein anderes Beispiel erwähnen. Wenn ein Landrat, der das Gefühl hat, er verliere die Polizeidirektion, über diese Reform herzieht und Ihnen sagt, dass das alles ein Käse sei, und im zweiten Atemzug dann äußert: „Aber wenn der Sitz in meinem Landkreis ist, dann ist alles in Ordnung“, dann sieht man doch, dass hier rein das Kirchturmdenken eine Rolle spielt

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Können Sie da Namen nennen?)

und keine Gesamtbetrachtung angestellt wird. Das ist nämlich genau der Punkt, den wir uns nicht leisten können und wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich will noch ein paar Stichworte nennen, worin sich dieses neue Ministerium, dieses alte Ministerium mit neuer Besetzung auszeichnet.

Stichwort „Umgang mit den Kommunen“: Hier haben wir – auch das ist schon erwähnt worden – eine vorbildliche Eini-gung in Sachen „Finanzierung der Kleinkindbetreuung“ hin-bekommen. Auch da wird ein neuer Stil deutlich.

Stichwort „Mitbestimmung bei Beamten“: Heute Morgen hat uns Herr Hauk vorgeworfen, wir würden die Beamten nicht ernst nehmen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat Tatsachen berichtet!)

Wir werden jetzt das Personalvertretungsrecht verbessern, wieder in den Zustand zurückführen, in dem die Mitarbeiter und die Personalvertretungen mehr Rechte hatten als im jetzigen Zustand. Auch das ist ein respektvoller Umgang mit den Beschäftigten.

Ich möchte noch einen anderen Punkt nennen – Stichwort „Integration und Abschieben“ –, weil wir da unterschiedliche Zu-

(Nikolaos Sakellariou)

ständigkeiten im Integrationsministerium und im Innenministerium haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Auch da will ich Ihnen mitteilen, dass sich mit dem Regierungswechsel die Kultur geändert hat. Denn wir hatten uns geeinigt, dass wir, bevor wir weiter Menschen in das Kosovo bzw. in die Republik Kosovo abschieben, zunächst einmal mit einer überparteilichen Delegation in das Kosovo fahren, um uns dort ein Bild zu machen. Auch daran merkt man, dass eine neue Kultur Einzug gehalten hat, dass wir uns nämlich auch in erweitertem Maß um die Probleme und Schicksale der Menschen, die hier in Baden-Württemberg gelebt haben, kümmern,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Beantragt von der CDU, gell?)

denn auch sie sind Teil der Bevölkerung in Baden-Württemberg, für die wir, das Innenministerium, zuständig sind.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Wir“!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu diesem Haushalt zunächst eine Vorbemerkung. Nach meiner Einschätzung – sicher nicht nur nach meiner Einschätzung – bietet die Landesregierung ein höchst unterschiedliches Bild, was die bisherige Qualität ihrer Arbeit angeht. Ich meine, die Haushaltsberatungen sind der Platz, an dem über die Politik der Regierung insgesamt geredet wird, geredet wurde. Das war heute schon ausführlich der Fall. Daran darf ich anknüpfen.

Nach meinem Eindruck gibt es Bereiche bzw. Ressorts, deren Verantwortliche bis heute noch nicht einmal in die Gänge gekommen sind. Es gibt Ressorts, in denen nach meinem Verdacht das blanke Chaos herrscht. Es gibt Ressorts, die nur von Illusionen leben. Damit meine ich gerade das Thema Energiewende, bei dem man den Menschen dazu, was geht und was nicht geht, auch Sand in die Augen streut.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Es gibt – das muss man fairerweise sagen – auch das eine oder andere Ressort – ich habe, wenn man so will, das Glück oder als Oppositionspolitiker auch das Pech, für diese zuständig zu sein –, bei dem man auch einmal sagen muss: Das hätten wir nicht viel anders gemacht.

Den Haushaltsentwurf des Einzelplans 03 hätten wir nicht viel anders gestaltet. Deshalb war ich ein bisschen enttäuscht, dass Herr Kollege Sckerl meint, an dieser Stelle die Platte auflegen zu müssen, was für einen Laden man übernommen habe. Ich kann das nicht mehr hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

In jeder Debatte wird der Eindruck strapaziert, dass Baden-Württemberg in jeder Beziehung ein heruntergekommener Laden gewesen sei, dass Baden-Württemberg finanziell am Ende sei – deshalb zahlen wir auch dauernd in den Länderfinanz-

ausgleich ein – und dass Baden-Württemberg das schlechteste Bildungssystem habe. Selbst die Polizei hätten Sie angeblich in einem trostlosen Zustand übernommen. Herr Kollege Zimmermann hat zu Recht gefragt, wie es eigentlich kommt, dass wir die geringste Deliktsbelastung, also die höchste Sicherheit unter allen Bundesländern haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb habe ich eine Bitte: Ich werde diesen Haushalt nicht krampfhaft kritisieren, fordere aber gleiches Recht für alle ein. Verfahren Sie bitte genauso bei der Würdigung der Vorgängerregierung und der Verdienste des vorigen Innenministers Heribert Rech, an die der jetzige Amtsinhaber natürlich anknüpft. Es ist in Ordnung, wenn man an Bewährtes anknüpft. Das war die erste Vorbemerkung.

Nun zur zweiten Vorbemerkung. Ich werde die Polizeireform heute ausklammern, weil wir für morgen eine gesonderte Debatte darüber beantragt haben. Außerdem wird die Polizeireform mit diesem Haushalt noch nicht wirksam. In diesem Haushalt werden die Auswirkungen der Polizeireform noch nicht erkennbar.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber die Zeitbombe wird jetzt gelegt!)

– Natürlich. Das wird sich künftig auswirken. Das ist gar keine Frage. Streng genommen ist das aber nicht das Thema dieses Haushalts. Außerdem haben wir für die morgige Sitzung eine Debatte darüber beantragt. Wundern Sie sich also nicht, dass ich heute nicht darauf eingehe – abgesehen von einer Überschrift.

Die grobe Stoßrichtung dieser Reform ist in Ordnung. Mit dieser Reform werden auch einige sinnvolle Ziele verfolgt. Ich sage aber schon jetzt, dass wir mit der konkreten Durchführung in wesentlichen Punkten nicht einverstanden sind. Darüber wird morgen zu reden sein. Ich hoffe – wie es vorhin angedeutet wurde –, dass man diese Fehler der Reform, die nicht nur Schönheitsfehler sind, noch korrigiert. Darüber werden wir in den nächsten Wochen und Monaten zu diskutieren haben, wenn man Ihr Angebot ernst nimmt, dass Sie die Opposition an der Diskussion und an der Gestaltung beteiligen wollen.

Dies möchte ich vorausschicken und nun auf das Innenressort zu sprechen kommen. An dieser Stelle muss ich aus der Sicht einer liberalen Fraktion ganz deutlich sagen, dass die innere Sicherheit nicht nur ein Grundrecht ist, wie es das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Vielmehr ist die innere Sicherheit auch ein hoher liberaler Wert. Ohne innere Sicherheit gibt es keine Freiheit. Deshalb fühlte sich die liberale Fraktion der inneren Sicherheit schon immer besonders verpflichtet. Die innere Sicherheit ist die Grundlage eines friedlichen Alltags, in dem die Menschen tun und lassen können, was sie möchten, in dem sie ihre Ziele verfolgen und ihr Leben und ihre Freiheit verwirklichen können.

Deswegen sind wir jederzeit dafür, der Polizei das zu geben, was sie braucht, um vernünftig zu arbeiten.

Das kann man von diesem Haushalt sagen. Manches hat uns im Vorfeld gefehlt. In den Beratungen im Ständigen Ausschuss haben wir darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung des

(Dr. Ulrich Goll)

Rechtsextremismus insofern vielleicht nicht ausreichend gewürdigt wird, als zur Bekämpfung des Rechtsextremismus keine personelle Verstärkung vorgesehen ist. Es sind personelle Verstärkungen vorgesehen, die wir auch für richtig halten, aber nicht in diesem Bereich.

Der Innenminister hat im Ständigen Ausschuss zugesagt, dass er dieses Thema aufgreifen, einem eventuell erhöhten Bedarf im Bereich der Extremismusbekämpfung durch interne Abordnungen Rechnung tragen und über solche Schritte dem Innenausschuss berichten werde. Aufgrund dieser glaubwürdigen Erklärung, dass dieser Mangel beseitigt werde, haben wir unseren Antrag dazu im Ausschuss zurückgezogen.

Es gibt andere Dinge, die wir immer gefordert haben. Dies gilt z. B. für die Zusammenlegung von Rettungsdienst und Feuerwehr unter einem Dach. Wir halten auch die neuen Stellen bei der Polizei für richtig. Dies gilt auch für die 400 zusätzlichen Stellen im Bereich der Ausbildung bei der Polizei. Ich wage hier zu behaupten: Das hätten wir angesichts des doppelten Abiturjahrgangs genauso gemacht.

(Zuruf von der CDU: So ist es! Das haben wir auch vorgeschlagen!)

Auch sonst werden bewährte Ansätze fortgesetzt und wird vieles getan, von dem man sagen kann: Wir hätten es nicht anders gemacht.

Dabei möchte ich mir zur Aufstockung der Personalstellen in Klammern die Bemerkung erlauben: Eine noch viel entscheidendere Hilfe für die Polizei im Land wäre es, wenn sie nicht alle zwei Wochen nach Stuttgart ausrücken müsste.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, bravo! In der Fläche präsent sein!)

Insofern wird in Zukunft auch viel von einer demokratisch vorbildlichen Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung abhängen. Dann hat es die Polizei nämlich auch leichter.

Es ist schade – damit komme ich auch fast schon zum Schluss –, dass Sie in manchen Punkten der Kritik, die berechtigt ist, nicht gefolgt sind. Ich nenne hier die Punkte Klarheit und Wahrheit, die Herr Kollege Hollenbach bei einzelnen Aspekten angemahnt hat, gerade was die Kosten der Polizeieinsätze in Stuttgart angeht.

Dann halte ich persönlich auch den Angriff auf den Freiwilligen Polizeidienst für einen Fehler. Es ist nicht richtig – das muss man sagen –, wenn Polizeifreiwillige im alltäglichen Dienstplan der Polizei als Streifen eingeteilt werden. Das ist nicht richtig. Das ist ganz klar. Das wäre für jede Regierung ein abzustellender Zustand. Aber bei der Frage, warum wir bei Sportgroßereignissen und anderem auf diese Hilfe verzichten sollen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Verkehrsregelungen!)

argumentieren Sie auch nicht widerspruchsfrei. Denn Sie machen die Veranstaltungen da ohne Not eigentlich auch teurer. Warum man auf diese bewährte Institution in diesem Bereich verzichten soll, erschließt sich mir nicht.

Also: Der Haushalt hat bei im Großen und Ganzen richtigen Ansätzen und Inhalten einige Schönheitsfehler. Sonst hätten wir fast zustimmen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Oh!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

(Zuruf: Dem Wohlfühl-Minister!)

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorweg ausdrücklich bemerken, dass sowohl Herr Kollege Hollenbach als auch jetzt Herr Kollege Professor Dr. Goll, wie ich zumindest finde, den Haushalt des Innenministeriums in einer außerordentlich moderaten Ausdrucksweise bewertet haben –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Im Gegensatz zu Ihren beiden Vorgängern!)

zu Recht; das will ich hier ausdrücklich sagen.

Ich habe jetzt in Zwischentönen wahrgenommen – deswegen haben Sie bitte Verständnis, dass ich mich gern daran orientieren möchte –, dass das Thema Polizeistrukturreform eher auf den morgigen Vormittag verschoben werden soll. Aber die eine oder andere Bemerkung werde ich dann doch machen wollen. Es bleibt zu befürchten, dass die Emotionen morgen früh um 9:00 Uhr etwas anders ausfallen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen Ihnen ja wohlgesonnen bleiben!)

Herr Hollenbach, was ich Ihnen ein bisschen übel nehme, ist, dass Sie davon gesprochen haben, dass wir uns gerade bei der Behandlung des Einzelplans des Innenministeriums in die „Niederungen“ der Haushaltsberatungen begeben würden. Das sehe ich ein bisschen anders, weil ich glaube, dass gerade die Themenbereiche, die im Innenministerium ressortieren – wie die innere Sicherheit, das Ausländerrecht, das Kommunalwesen –, für das Land Baden-Württemberg nicht ganz unbedeutend sind.

Meine Damen und Herren, ich will auch ausdrücklich sagen: Die Ziele einer nachhaltigen Haushaltspolitik – gerade das haben Sie auch angesprochen und angemahnt, kritisch hinterfragt – bringen auch im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums schon ganz besondere Herausforderungen mit sich. Das ist keine Frage, und das gilt gerade dann, wenn es, wie im Innenressort, Bereiche gibt, die man verantworten muss, die mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu tun haben.

Leider ist es nicht so, wie es angedeutet wurde, dass das Innenministerium ein Wohlfühl-Ministerium wäre. Es ist kein Wohlfühl-Ministerium und – wie es Kollege Untersteller gesagt hat – auch kein Wellness-Ministerium.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Leider ist das nicht so.

(Minister Reinhold Gall)

Ich will damit sagen: Auch wir waren vor gewaltige Herausforderungen gestellt, um die finanziellen Mitteln so zu veranschlagen, dass wir mit dem, was zur Verfügung steht, halbwegs zurande kommen können, was die Eckpunkte, die Inhalte dieses Ressorts betrifft. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass uns der Spagat zwischen der gebotenen Sparsamkeit – ich glaube, hier befinden wir uns alle auf dem gleichen Weg, der angesichts des Verschuldungsverbots unabdingbar ist – und der Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen sowie der Beachtung der Kernanliegen unserer Bürgerinnen und Bürger, seitens des Staates das Recht auf Sicherheit zu gewährleisten, mit diesem Haushaltsentwurf gelungen ist.

Es ist gelungen, trotz großer Einsparauflagen – Herr Hollenbach, das haben Sie ebenfalls angedeutet – ausreichende Finanzmittel sowohl für den Sicherheitsbereich mit dem kompletten Themenfeld Polizei als auch für Verfassungsschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und für die allgemeinen Verwaltungsaufgaben, die wir auch zu bewältigen haben, einzustellen. Ich will ein paar wenige davon ansprechen.

Einen Schwerpunkt setzen wir zweifelsohne bei der technischen Ausstattung unserer Polizei, die, glaube ich, unbestritten dringend verbessert und erneuert werden muss; denn zumindest in einigen Bereichen dort herrscht wirklich hohe Priorität. Vor mehr als zwölf Jahren hat die damalige Landesregierung das Technikzukunftsprogramm auf den Weg gebracht, finanziert und letztendlich auch umgesetzt. Aber wir alle wissen natürlich, Technik – insbesondere IT – veraltet heutzutage relativ schnell. Es ist in relativ kurzen Abständen erforderlich, dort immer wieder neue Investitionen zu tätigen.

Zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit unserer Polizei ist es deshalb unausweichlich, entsprechende Investitionen vorzunehmen. Dort haben wir jetzt – das ist einfach eine nüchterne, sachliche Feststellung – tatsächlich einen Investitionsstau, der in der Größenordnung von etwa 300 Millionen € berechnet worden ist. Das sind, wenn man so will, tatsächlich Lasten. Das sind auch Herausforderungen, die wir jetzt zu bewältigen haben, weil eben nicht entsprechend Vorsorge getroffen worden ist.

Deshalb haben wir – Uli Sckerl und Nik Sakellariou haben es angedeutet –, die neue, grün-rote Landesregierung, bereits im Vierten Nachtragshaushalt reagiert und haben 6,3 Millionen € in die Hand genommen und in die Technik investiert. Darüber hinaus haben wir mehr als 5 Millionen € aufwenden müssen, um die strukturell unterfinanzierten Haushalte der Polizei, wenn man so will, über das Jahr zu bringen.

Wir setzen diese positive Entwicklung der Investitionen und der Ausstattung mit Finanzmitteln auch mit dem Haushalt 2012 fort. 17 Millionen € werden in entsprechende Technikausstattung fließen. Wir haben auch im Mittelfristigen Finanzplan deutlich gemacht, dass wir in diesem Bereich am Ball bleiben müssen, dass wir dort weiter investieren müssen, um, wie gesagt, die Versäumnisse abzubauen.

Was ich nun wirklich ganz kritisch ansprechen will, Herr Hollenbach und Herr Professor Goll, ist – das hat mich überrascht; das ist zutage getreten, als wir im Innenministerium eine Bestandsaufnahme gemacht haben –, dass es gerade für den Aufbau und den Betrieb des BOS-Digitalfunks eine gravierende Unterfinanzierung gegeben hat: 400 Millionen € waren im

Haushalt eingestellt, und es ist ein Nachfinanzierungsbedarf in Höhe von 170 Millionen € erforderlich, um diese unstrittige und zweifelsohne wichtige Maßnahme zu Ende zu führen. Was ich Ihnen da ein bisschen übel nehme, ist: Die Regierung hat gewusst, dass wir dieses Geld brauchen; die Fachleute haben die Zahlen auf den Tisch gelegt. Doch man hat, aus welchen Gründen auch immer – so sage ich jetzt einmal –, diese eben nicht in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend ausgewiesen.

Meine Damen und Herren, wir werden weiter investieren. Wir werden unsere Fahrzeugflotte – immerhin über 5 000 Fahrzeuge – im Bereich der Polizei ständig erneuern, wir werden Ersatzbeschaffungen vornehmen und werden insbesondere im Bereich der Spezialfahrzeuge, der Sonderfahrzeuge – –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hat Ihr Vorgänger das nicht gemacht?)

– Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: „Wir werden weiter ...“

Wir werden insbesondere im Bereich der Spezialfahrzeuge und der Sonderfahrzeuge Erneuerungen vornehmen. Dort gibt es Erneuerungsbedarf; dort haben wir eine Fahrzeugflotte, die zum Teil den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Wir haben Fahrzeuge, die älter als zehn Jahre sind und über Laufleistungen von über 300 000 km verfügen. Meine Damen und Herren, die Peinlichkeit, dass uns der TÜV – –

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Matthias Pröfrock CDU)

– Das ist eben nicht normal. Die sind entsprechend ausgestattet; sie haben Verschleißerscheinungen. Dort muss kräftig investiert werden. Ständig befinden sie sich in der Werkstatt, in der Wartung usw. usf. Herr Pröfrock, da brauchen Sie nicht den Entrüsteten zu spielen. Es ist einfach eine Tatsache, dass wir dort kräftig Geld in die Hand nehmen müssen.

Wenn uns Ihre Bundesregierung – das will ich an dieser Stelle schon einmal sagen – nicht im Stich lassen würde, wenn es um Fahrzeugausstattung und um Unterstützung im Bereich der Bereitschaftspolizei geht, wozu es Vereinbarungen mit dem Bund gibt, und wenn der Bund die getroffenen Vereinbarungen vollumfänglich erfüllen würde, dann müssten wir nicht eigenes Geld in die Hand nehmen. Der Bund kommt seinen Verpflichtungen dort nur etwa zur Hälfte nach; wir brauchen die Fahrzeuge aber.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war unter Rot-Grün auch schon so!)

– Ich stelle das nur wegen der Entrüstung von Herrn Pröfrock fest. – Deshalb sind wir gezwungen, dort Landesgeld in die Hand zu nehmen, weil wir auf diese Fahrzeuge nicht verzichten können.

Was den Stellenanteil anbelangt – das wurde gesagt –: 400 zusätzliche Stellen können sich, glaube ich, sehen lassen. Ob Sie diese Maßnahme getroffen hätten? Ich nehme das einmal so zur Kenntnis. Wir brauchen nicht darüber zu streiten. Sie haben signalisiert, Sie unterstützten diese Maßnahme. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Denn es ist schlicht und ergreifend erforderlich, die Nachwuchskräfte einzustellen, damit

(Minister Reinhold Gall)

wir der Fluktuation der kommenden Jahre entgegenwirken können

(Abg. Thomas Blenke CDU: An welchem Ort? Wird der künstlich ausgebildet?)

und weil es für den doppelten Abiturjahrgang tatsächlich eine Chance ist, in diesem Jahr tolle Ausbildungsplätze und zukünftig Berufsperspektiven zu haben.

Meine Damen und Herren, wir wollen im Übrigen die im mittleren Dienst Beschäftigten – das leiten wir mit allen diesen Maßnahmen jetzt Schritt für Schritt ein; zugegebenermaßen schrittweise, denn es sind nicht wenige – im Bereich unserer Landespolizei in den gehobenen Dienst überleiten, um jetzt Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn zu erreichen, damit es uns gelingt, bei den Schulabgängern zukünftig ausreichend qualifiziertes Personal für die Polizei interessieren zu können und für Nachwuchskräfte bei der Polizei zu sorgen.

Wir werden bei diesen Maßnahmen aber auch dafür sorgen, dass diejenigen, die mit einem mittleren Bildungsabschluss den Weg zu unserer Polizei finden – das wollen wir ausdrücklich –, im Rahmen ihrer Ausbildung befähigt werden, den gehobenen Polizeivollzugsdienst zu absolvieren, und dann entsprechend ihrer Verwendung und den Anforderungen ihres Berufs gerecht bezahlt werden.

Meine Damen und Herren, wir werden im Haushalt 2012 170 Stellen für Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter mit k.w.-Vermerken bis 2017 ausbringen. Mit dieser Maßnahme beseitigen wir im Übrigen ein von Ihnen hinterlassenes Defizit und gewährleisten, dass die Anwärterinnen und Anwärter, die jetzt mit ihrer Ausbildung fertig werden, tatsächlich zum Kommissar bzw. zur Kommissarin befördert werden können.

Wichtig ist mir auch, dass wir zumindest einmal Perspektiven für das Personal in der Polizei aufzeigen können, das nicht dem Vollzugsdienst angehört, nämlich dasjenige im Nichtvollzugsdienst. Deshalb verdoppeln wir kostenneutral – auch da bin ich dankbar, dass Sie dies in den Ausschussberatungen mitgetragen und Unterstützung signalisiert haben – die Zahl der Planstellenvermerke, damit die Kolleginnen und Kollegen, die trotz guter Leistung, Engagement und entsprechender Qualifikationen in der Vergangenheit nicht haben befördert werden können, nun tatsächlich eine berufliche Weiterentwicklung erfahren. Auch da ganz herzlichen Dank für die von Ihnen signalisierte Unterstützung.

Herr Professor Goll, Sie haben das Stichwort „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ angesprochen. Zweifelsohne – wir haben hier im Haus darüber diskutiert – hat uns die Mordserie der Zwickauer Neonazis bestürzt und auch tief berührt. Das ist keine Frage. Auf diese Herausforderungen – Sie haben es zu Recht angesprochen, und ich denke, wir alle haben es uns zu eigen gemacht – müssen wir reagieren. Das gilt nicht nur für die Sicherheitsbehörden. Hier ist, wie an anderer Stelle auch, unsere Gesellschaft insgesamt gefordert.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat für die Landesregierung jedoch hohe Priorität. Das haben wir ausgeführt und haben es im Übrigen in unserem Koalitionsvertrag vor Bekanntwerden dieser Mordserie niedergeschrieben. Wir werden unsere Anstrengungen bei der Bekämpfung des Rechts-

extremismus intensivieren. Erste Maßnahmen auf Landesebene habe ich bereits eingeleitet.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Gemeinsam mit den Waffenbehörden werden Polizei und Verfassungsschutz Waffenbesitzer im rechtsextremistischen Bereich – die gibt es nun einmal – kontrollieren. Mit repressiven Maßnahmen werden wir denen – ich sage es einmal so – auf die Pelle rücken, um dort Druck auszuüben. Wir werden alle Anstrengungen bezüglich präventiver Maßnahmen, die das LKA und der Verfassungsschutz unternommen haben, überprüfen und versuchen, Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Herr Professor Goll, es bleibt dabei: Wir werden den Innenausschuss, das Parlament darüber unterrichten. Wir werden schauen, wo es noch Handlungsmöglichkeiten gibt.

Sie wissen aber: In solchen Dingen neige ich nicht zum Schnellschuss. Deshalb habe ich auch gesagt: Ihren Antrag akzeptiere ich; ich halte ihn von der Zielrichtung her für sinnvoll. Aber ob wir jetzt unbedingt neue Stellen schaffen müssen, lasse ich einmal dahingestellt. Denn ich bin schon der Auffassung, dass die präventiven Maßnahmen, die Arbeiten, die bisher repressiv und auch präventiv geleistet wurden, „nicht ohne“ gewesen sind. Da sollten wir das, was bisher geleistet wurde, nicht unter den Scheffel stellen. Deshalb werden wir überprüfen, ob wir mit entsprechenden Abordnungen für eine personelle Verstärkung sorgen können.

Meine Damen und Herren, für dringend erforderlich – ich habe das Stichwort Verfassungsschutz genannt – halten wir auch Investitionen in die technische Erneuerung der Verfassungsschutzbehörde unseres Landes. Deshalb haben wir im Jahr 2012 entsprechende Finanzmittel für die erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Sie sind in dem Technikmodernisierungsprogramm beinhaltet. Auch dieses Programm werden wir mittelfristig fortführen müssen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Auch der Rettungsdienst wurde angesprochen. Sie wissen: Mit dem Regierungswechsel ist die Verantwortung für den Rettungsdienst auf das Innenministerium übergegangen. Zu Oppositionszeiten habe ich dies immer wieder gefordert. Sie waren davon nicht so sehr begeistert. Ich nehme inzwischen aber wahr, dass sich die Kritik da in Grenzen hält. Es scheint also auch weitestgehend in Ihrem Sinn gewesen zu sein, diesen Schritt zu vollziehen. Denn es gibt einfach verschiedene Schnittstellen zwischen Rettungsdienstangelegenheiten, Katastrophenschutz und Feuerwehren.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir versprechen uns hiervon Synergien, um vorwiegend die Aufgabenerfüllung stärker zu verbessern, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Damit wollen wir ein flächendeckendes Versorgungs- und Sicherheitsniveau im Land Baden-Württemberg sicherstellen. Uns allen – auch mir – ist es ein besonderes Anliegen, mit diesen Maßnahmen die Einhaltung der Hilfeleistungsfristen weiter zu stabilisieren und dort, wo dies erforderlich ist, zu verbessern.

Ich erlaube mir aber den Hinweis, dass dies nicht allein in der Verantwortung des Landes zu leisten ist. Es gibt die Trägerschaft vor Ort, die Hilfeleistungsorganisationen, die Rettungs-



(Minister Reinhold Gall)

dienste, denen auch Verantwortung zukommt: für die Einsatzmittel, die Fahrzeuge, die Organisation des Rettungsdienstes. Wir wiederum leisten die entsprechende Unterstützung beim Bau, bei der Inbetriebnahme, der Erweiterung und der Optimierung der Rettungsleitstellen und der Rettungswachen. Deshalb werden wir in diesem Bereich im Rahmen des von Ihnen begonnenen Programms auch im Haushaltsjahr 2012 zusätzlich 2 Millionen € zur Verfügung stellen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Innenminister Reinhold Gall:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben gerade das Rettungswesen angesprochen. Ich vermissen eine Anmerkung bezüglich des Themas Luftrettung. Ist Ihnen bekannt, dass es bei uns im Land und vor allem entlang der Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg, der Autobahn Würzburg–Ulm, nach wie vor erhebliche Defizite gibt, was die Einhaltung der Hilfeleistungsfristen angeht? Bayern ist gegenwärtig dabei, hier umzustrukturieren. Ich glaube, es wäre wichtig, dass Sie dazu einmal ein Wort sagen. Denn die Zeiten, die teilweise benötigt werden, bis die Luftrettung klappt, sind nicht zu verantworten.

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Kollege Bullinger, das will ich so nicht stehen lassen. Im Zweifel kritisieren Sie sich selbst. Denn es ist Ihre Struktur, die wir dort bisher haben.

Ich glaube, wir sind uns darin einig – ich habe es anzudeuten versucht –: Wir setzen im Jahr 2012 den Schwerpunkt darauf, auf der landgestützten Rettungsseite – ich nenne es einmal so – die Hilfeleistungsfristen zu verbessern. Parallel arbeiten wir im Moment aber daran – daher ist der Einwurf durchaus berechtigt –, die Luftrettungsstruktur zu überprüfen. Ich bin da im Übrigen auch im Gespräch mit meinem bayerischen Kollegen Herrmann. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Das Land Baden-Württemberg ist nicht dazu da, die Schwächen auf der bayerischen Seite zu beseitigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden sorgfältig überprüfen, ob es dort Schnittmengen gibt, ob wir durch Kooperationen, indem wir – – Diese würden an anderen Stellen übrigens auch Sinn machen. Ich spreche den Bereich Ulm an. Da sind wir relativ gut aufgestellt, und die bayerische Seite – wenige Kilometer davon entfernt – ist ebenfalls gut aufgestellt. Man könnte sagen: Man kann nie gut genug sein. Das ist keine Frage. Aber wir alle wissen, dass das Ganze richtig Geld kostet. Ob es Sinn macht, dass in Ulm und in Neu-Ulm entsprechende Luftrettungseinheiten stehen, darf man durchaus mit einem Fragezeichen versehen. Deshalb sage ich Ihnen zu: Wir werden uns im Laufe dieses Jahres dem Themenfeld „Verbesserung im Bereich der Luftrettung“ nähern und insbesondere Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Nachbarn auf bayerischer Seite ausloten.

Meine Damen und Herren, auch die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr nimmt einen Schwerpunkt im Haushalt 2012 ein.

Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht, eine Neuausrichtung unserer Landesfeuerwehrschule zu erreichen. Auch dies ist übrigens – das sollte man nicht vergessen – ein Beitrag für unsere Kommunen, für unsere Städte und Gemeinden, denn deren Feuerwehrangehörige bilden wir dort aus. Wir setzen jetzt um, was uns zu Oppositionszeiten leider noch nicht gelungen war.

Die Zeit reicht jetzt noch, um im Rahmen der Neuausrichtung dieses Umbaus der Landesfeuerwehrschule dort auch eine Akademie für Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz anzusiedeln und diesen Bereich auch für diejenigen zu öffnen, die über die Feuerwehr hinaus im Bereich des Bevölkerungsschutzes engagiert sind. Ich glaube, das sind wir den Ehrenamtlichen schuldig. Wir brauchen in Zukunft auch entsprechende Strukturen bei der Führung von Freiwilligeneinheiten.

Die Verbesserung der integrierten Leitstellen will ich nur als Stichwort in den Raum werfen. Da ist das Land noch nicht flächendeckend so aufgestellt, wie es sein sollte. Das werden wir intensivieren und durch eine finanzpolitische Steuerung auch ein bisschen Druck machen, damit wir flächendeckend im Land integrierte Leitstellen bekommen, weil die Vorteile ganz einfach auf der Hand liegen.

Zum Themenfeld Ausländerpolitik, das Kollege Sakellariou angesprochen hat, will ich ausdrücklich sagen: Da gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsministerium in den Bereichen, für die wir zuständig sind. Deshalb haben wir als eine der ersten Maßnahmen bereits im August letzten Jahres einen Vorgriffserlass erstellt, was die Residenzpflicht von Asylbewerbern angeht. Das war eine Forderung der Kommunen in unserem Land, der wir nachgekommen sind. Ich glaube, das macht schon deutlich, dass wir dort etwas verändert haben, dass wir – ich sage es ganz einfach – moderner, menschlicher geworden sind.

Wir setzen uns auch nach wie vor für eine neue, stichtagslose Bleiberechtsregelung ein, wenngleich wir da auch Partner auf der Bundesebene benötigen. Dazu bekommen Sie wahrscheinlich mindestens genauso viele Schreiben von Kirchen und Organisationen wie ich. Ich finde, dort müssen wir Entsprechendes tun. Das gilt ebenfalls, was die Altfallregelung für Ausländer angeht, für die ich mich stark gemacht habe – und zwar erfolgreich; das will ich ausdrücklich sagen. Wir werden die Altfallregelung, die Ende des letzten Jahres ausgelaufen war, um mindestens zwei Jahre erweitern, wenn es eine günstige Integrationsprognose gibt. Auch für die Unterstützung dafür bin ich dankbar.

Eines will ich deutlich machen: Auch beim Thema Abschiebung legen wir nach wie vor großen Wert darauf, zu sagen – das ist unsere Maxime, unsere Richtschnur –: Freiwillige Rückkehr hat Vorrang vor Abschiebung. Das werden wir auch ganz konsequent umsetzen. Wir machen dies damit deutlich, dass wir auch bereit sind, Geld dafür in die Hand zu nehmen, die Kommunen vor Ort mit einer halben Million Euro zu unterstützen, damit sie entsprechende Beratungsleistungen erbringen können. Vertreter aus allen Fraktionen haben sich im Kosovo davon überzeugen können, wie die Maßnahmen, die das Land Baden-Württemberg z. B. bei URA durchgeführt hat, funktionieren und dass im Kosovo gute Arbeit geleistet wird. Auch diese werden wir fortsetzen.

(Minister Reinhold Gall)

Stichworte, meine Damen und Herren, wie „Neuausrichtung der Informationstechnik“ finden Sie im Haushalt wieder. Da sind wir, glaube ich, dringend dazu aufgerufen, Verbesserungen im Land Baden-Württemberg zu erreichen. Wir haben erste Weichen stellen können, weil unser Haus die Federführung bei der IT-Neuordnung auf Bundesebene hatte. Wir werden diese auch in Baden-Württemberg umsetzen – unter Federführung von Ingo Rust und des Ministerialdirektors meines Hauses –, indem wir im Innenministerium einen sogenannten CIO ansiedeln, der sich federführend und schwerpunktmäßig darum kümmern wird.

Das neue Dienstrecht – ein weiteres Stichwort – wird auf den Weg gebracht, Tendenzen sind im Haushalt schon ablesbar. Wir müssen im Kampf um die guten Köpfe, die guten Schülerinnen und Schüler dafür sorgen, dass die Innenverwaltung des Landes in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber sein wird.

Das trifft auch für den Themenbereich „Schaffung eines neuen Personalvertretungsrechts“ zu. Da befinden wir uns in Gesprächen mit Partnern bei uns im Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss darf ich mich bei den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses – das will ich ausdrücklich sagen – ganz herzlich für die, wie ich finde, konstruktive Diskussion – es war keine Auseinandersetzung – über den Haushalt des Innenministeriums bedanken. Sie hatten Verständnis für die Anliegen, die wir zu platzieren versucht haben. Das ist weitestgehend tatsächlich gelungen. In den Dank schließe ich ausdrücklich den Finanz- und Wirtschaftsminister sowie seine Mannschaft mit ein, wengleich die Veranstaltungen nicht immer vergnügungssteuerepflichtig gewesen sind.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass gute Argumente gelegentlich nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern auch ihren Niederschlag im Haushalt finden. Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl in meinem Haus als auch im Bereich der Innenverwaltung unseres Landes bis hin zu den Regierungspräsidien.

Es wäre vielleicht ein richtig gutes Zeichen, wenn Sie von der Opposition bei dem einen oder anderen Kapitel im Haushalt des Innenministeriums Ihre Hand für eine Zustimmung erheben könnten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das werden wir uns überlegen!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der gebotenen Kürze noch ein paar wenige Anmerkungen, um hier einer Legendenbildung entgegenzuwirken.

Erstens: Wir halten die technischen Investitionen bei der Polizei für sinnvoll und tragen diese mit. Aber bitte hören Sie

endlich auf, hier immer wieder die Legende zu verbreiten, wir lebten in einem Technikmuseum.

(Lachen der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Herr Kollege Schmiedel sagte im Dezember letzten Jahres hier im Haus:

*... und bei den Autos muss man befürchten, dass sie während des nächsten Einsatzes aufgrund von TÜV-Mängeln angehalten und aus dem Verkehr gezogen werden.*

In der gleichen Sitzung verteilte das Innenministerium kurz danach eine tolle Hochglanzbroschüre mit dem Titel „Die Polizei Baden-Württemberg: Menschen – Daten – Zahlen“. Ich empfehle Ihnen, Herr Schmiedel, das Kapitel zur Polizeitechnik zu lesen: Danach beläuft sich die Zahl der Dienstkraftfahrzeuge auf 5 300. Bei den meisten davon handelt es sich um Leasingfahrzeuge. 90 % der Kraftfahrzeuge besitzen einen verbrauchsarmen Dieselmotor. Die Zahl der gefahrenen Kilometer im Jahr beträgt 93 Millionen – ohne dass der TÜV uns scheidet. Hören Sie also bitte mit dieser Mär auf.

(Beifall bei der CDU)

– Nicht so lange klatschen, ich habe nicht viel Zeit.

Zweitens: 1 000 Stellen werden gestrichen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wurden gestrichen!)

– 1 000 Stellen wurden gestrichen. Reden wir einmal über Fakten. Es wurden 612 Stellen im Zuge der Arbeitszeitverlängerung bzw. als Äquivalent zur Arbeitszeitverlängerung gestrichen. Sie verschweigen, dass bei der Arbeitszeitverkürzung zu Zeiten von Innenminister Birzele dieses Äquivalent hinzugenommen wurde. Am Ende sind wir in diesem Bereich unter dem Strich auf dem gleichen Level.

Hinzu kommt, dass 236 Stellen gestrichen wurden. Diese Stellen wurden mitsamt ihrer Aufgabe zum Wirtschaftskontrolldienst beim Landratsamt übertragen. Auch bei diesen Stellen handelt es sich nicht um eine Streichung, sondern um eine Verlagerung der Aufgaben. So viel zur Legende bei diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist Humbug!)

Drittens: Lieber Herr Minister, morgen werden wir uns in aller Ausführlichkeit mit dem Thema Polizeireform beschäftigen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh ja!)

Für dieses Jahr werden entsprechende Mittel nicht im Haushalt veranschlagt, aber es ist eine tickende Zeitbombe für künftige Haushalte.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Bitte seien Sie etwas gnädig, Herr Präsident, er hat auch sehr lange gesprochen. Ich bin gleich fertig.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Diese Bemerkung hätten Sie sich sparen können. Die Regierung kann so lange reden, wie sie will. Wenn es sein muss, bekommen Sie noch Redezeit.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Danke. – Sie verkünden, Herr Minister, in Ihrem Eckpunktepapier – ich zitiere –:

*Verlässliche Berechnungen oder zumindest näherungsweise Schätzungen für notwendige Investitionen wie Einsparungen sind jedoch erst im Rahmen einer Präzisierung der konkreten organisatorischen Umsetzung möglich.*

Es gibt noch nicht einmal Schätzungen? Sie trauen sich noch nicht einmal zu, zu schätzen, was die Polizeireform kosten wird. Ich schätze für Sie. Sie schauen so gern nach Bayern. In Bayern wurde eine Polizeireform begonnen, von der Sie abschauen und bei der mit Investitionskosten in Höhe von 100 Millionen € gerechnet wird. Das Thema ist eine Zeitbombe, die auf künftigen Haushalten lastet. Darüber müssen wir in aller Ernsthaftigkeit noch reden.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1103. Den Änderungsantrag Drucksache 15/1203 werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 0301 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel 0301 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 0302 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Dieses Kapitel enthält für das Jahr 2012 keine Planansätze mehr, da der Landesdatenschutzbeauftragte mittlerweile beim Landtag angesiedelt ist und die aktuellen Planansätze daher beim Einzelplan 01 – Landtag – erscheinen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen deshalb, vom Kapitel 0303 Kenntnis zu nehmen, anstatt dem Kapitel zuzustimmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

bis

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

gemeinsam auf.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, wir könnten auch bis Kapitel 0312 durchmachen!)

– Wir machen das jetzt so.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Okay! Der Präsident ist darauf eingerichtet!)

Wer diesen vier Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 0304 bis 0307 einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die

Kapitel 0310

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

bis

Kapitel 0312

Landratsämter

gemeinsam auf.

Wer stimmt diesen drei Kapiteln zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1203, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0314. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 0314 mehrheitlich zugestimmt worden.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

bis

Kapitel 0321

Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Wer stimmt diesen sechs Kapiteln zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 0325

Verkehr

und

Kapitel 0326

Straßenbau

Diese Kapitel enthalten für das Jahr 2012 keine Planansätze mehr, da diese infolge der Änderungen der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien auf andere Einzelpläne übertragen wurden. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen deshalb, von den Kapiteln 0325 und 0326 Kenntnis zu nehmen, anstatt den Kapiteln zuzustimmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das war einstimmig. Vielen Dank.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

Wer dem Kapitel 0330 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1103, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass über Abschnitt II Ziffer 1 und Ziffer 2 insgesamt abgestimmt werden kann? – Sie stimmen dem zu.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Liege Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – beendet.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 3 c:**

### **Einzelplan 15: Ministerium für Integration**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1115**

#### **Berichterstatterin: Abg. Muhterem Aras**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Grundredezeit von zehn Mi-

nuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Lasotta ans Rednerpult.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!  
– Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht können Sie die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals verlegen, damit man dem Redner zuhören kann. Danke.

Bitte, Herr Dr. Lasotta.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der erste Etat des Integrationsministeriums vor, der in voller Schärfe die Defizite dieses Ressorts und auch der Ministerin aufzeigt.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Jetzt aber! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt aber! Unglaublich!)

Der Etat wird in keiner Weise den Ankündigungen, die Sie vor neun Monaten gemacht haben, gerecht.

Der Start war mehr als holprig gewesen. In der Anfangszeit, in der ersten Phase war Frau Öney wahrscheinlich über sich selbst erschrocken. Sie wusste erst nicht, ob, wann und wie sie das Abgeordnetenmandat in Berlin niederlegen sollte und wann sie sich einen Wohnsitz hier in Stuttgart nimmt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zur Sache! – Abg. Andreas Stoch SPD: Thema! – Zuruf von der SPD: Haushalt 2012!)

Dann hat sie sich als „türkische Ministerin“ bezeichnet. Vielleicht ist es ganz gut, einmal darauf hinzuweisen, dass Sie eine deutsche Ministerin mit türkischem Migrationshintergrund sind und für alle Migranten und alle Bürger in Baden-Württemberg zuständig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Muss man sich das anhören? – Abg. Florian Wahl SPD: Ich dachte, Sie haben durch Ihre Anfrage etwas gelernt!)

Dann kam die zweite Phase, die Phase der Euphorie, mit unbedachten Äußerungen. In dem berühmten „Welt“-Interview hat Frau Öney gesagt, dass das Ministerium eigentlich überhaupt nicht notwendig sei, sondern Integration natürlich eine Querschnittsaufgabe sei. In dem Interview wurden noch ein paar Dinge angesprochen, die hier im Landtag nicht zitierfähig sind. Insbesondere der ominöse Elfpunkteplan, der angekündigt wurde, hat das Licht der Öffentlichkeit nie erblickt.

(Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Er wurde angekündigt und dann vom Pressesprecher demontiert. Dann wurde doch wieder eingeräumt, dass es ihn gibt. Er ist auf einer Bahnfahrt zwischen Berlin und Stuttgart geschrieben worden. Dann wurde er zu einem internen Arbeits-

(Dr. Bernhard Lasotta)

papier erklärt. Aufgetaucht ist er nicht. Er ist im Kopf der Ministerin vorhanden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Kommen Sie einmal zum Thema! Haushalt 2012!)

– Im Haushalt steht ja gar nicht viel drin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Deshalb muss man einmal die Motivation hinterfragen, was Sie eigentlich mit der Integrationspolitik wollen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das nachholen, was Sie versäumt haben!)

Der Entwurf des Haushalts des Integrationsministeriums ist im Endeffekt geprägt durch die Geldmittel für die Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylbewerber. Ansonsten sind kleinere Beträge in einer Größenordnung von 5 Millionen € eingestellt, mit denen Integrationspolitik in Baden-Württemberg gestaltet werden soll.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wollen Sie mehr Geld?)

Dazu braucht man kein eigenes Ministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Dann kam die dritte Phase mit dem trotzig Erhaschen von Aufmerksamkeit und mit Provokationen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da machen wir Ihnen nichts vor, Herr Lasotta!)

Es wurde über den Fernsehkonsum der Türken gesprochen. Dann mussten die Aussagen wieder zurückgenommen werden. Es wurde eine Antidiskriminierungsstelle im Integrationsministerium angekündigt. Das hat dann das Sozialministerium einkassiert. Es werden ständig Forderungen an die Bundespolitik gestellt. Aber letzten Endes hört man relativ wenig Vorschläge dazu, wie die Integrationsbemühungen im Land Baden-Württemberg fortgeführt werden sollen. Wenn es kritisch wird, wird immer über die Abschaffung des Gesprächsleitfadens für Einbürgerungsgespräche gesprochen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das wird immer als Riesenerfolg verkauft.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist es! – Abg. Florian Wahl SPD: Das ist auch einer!)

Sie müssen sich einmal vorstellen: Ein Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsgespräche ist abgeschafft und durch Einzelgespräche ersetzt worden. Das ist doch ein irrer Erfolg. Unglaublich!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mehr als Sie geschafft haben!)

Nach dieser Phase der Orientierungslosigkeit stellen wir jetzt fest, dass eine Konzeptionslosigkeit vorhanden ist. Sie hätten die Chance gehabt, in diesem Haushaltsplan Ziele zu definieren. Aber es ist eigentlich überhaupt nicht klar, wohin die Reise gehen soll.

(Zuruf von der CDU: Berlin! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das spricht für eine gewisse Hilflosigkeit!)

Es werden 500 000 € für ein Gutachten über die Einstellungen in der Aufnahmegesellschaft in Fragen der Integration veranschlagt. Ihnen fehlt also der innere Kompass, überhaupt die klare Zielsetzung, wohin es bei der Integrationspolitik gehen soll. Das wollen Sie erst einmal abfragen.

Die CDU hingegen hat klar ihre Ziele definiert.

(Abg. Florian Wahl SPD: Sie haben doch 60 Jahre nichts gemacht!)

Wir wollen eine Verantwortungsgemeinschaft. Wir haben klare Leitsätze. – Ja, wir haben lange in Baden-Württemberg regiert,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und nichts gemacht!)

und deswegen sind die Migranten im Bundesvergleich in Baden-Württemberg am besten integriert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das Ergebnis von 60 Jahren! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist eine gewagte Behauptung!)

Wir haben klare Leitsätze. Wer hier seinen verantwortungsvollen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten will, ist bei uns herzlich willkommen. Aber genauso erklären wir allen eine klare Absage, die sich hiervon distanzieren, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung stellen oder die in Parallelgesellschaften leben wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Genau so ist es!)

Das Geld für solche Studien wäre besser aufgewendet worden, um es den Kommunen zu geben, wo die entsprechende Integrationspolitik betrieben wird oder wo man Migranten gezielt und effizient unterstützen kann.

Frau Öney, Sie wissen in vielen Fragen nicht, wohin Sie überhaupt wollen. In vielen Fragen sind Sie nicht positioniert. Ich erinnere an das Thema „Kopftuch im öffentlichen Dienst“. In einem Artikel in der „Zeit“ aus dem Oktober letzten Jahres sagten Sie, Sie seien der Auffassung, dass das Kopftuch im öffentlichen Dienst nichts verloren habe. Im gleichen Atemzug stellen Sie fest, dass das Kopftuchverbot ein Integrationshindernis und -hemmnis sei, dass dieses jedoch nicht behoben werden könne, weil das von der Gesellschaft nicht akzeptiert würde.

Irgendwo muss man sich doch einmal positionieren. Auch wenn man in einer Koalition ist, muss man sagen, wofür man steht und was wichtige Ziele in der Integrationspolitik sind.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Sie legen sich nicht fest. Sie haben keine klare Linie. Deswegen schlägt sich auch in diesem Haushalt nieder, dass Sie im Endeffekt kaum Ansätze haben, um mit Projekten die Integrationspolitik voranzubringen.

Nach der Phase der Orientierungslosigkeit und der Konzeptlosigkeit kommt noch die Phase der Kompetenzlosigkeit hinzu.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Integration ist eine Querschnittsaufgabe und findet primär in den Kommunen statt, wird vor Ort gelebt. Aber Ihr Haushalt, den Sie uns präsentieren, ist ohne wirkliche Handlungsfelder. 58 Millionen € sind für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen veranschlagt. Die wirklich wichtigen Dinge, bei denen es um die tatsächlichen Aufenthaltstitel geht, werden im Innenministerium geregelt. Auch hier haben Sie wenig Kompetenzen. Gerade einmal etwa 5 Millionen € sind für den Betrieb und für Projekte veranschlagt.

Das Integrationsministerium ist ein zahnloser Tiger. Sie werden den Ansprüchen, die Sie an das Thema gestellt haben, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Öney konnte sich bei der Aufstellung des Haushalts nicht durchsetzen. Die Finanzmittel fehlen. Wo sind denn die angekündigten Mittel für die Kommunen, um die Integrationsarbeit vor Ort zu unterstützen? Die Kompetenzen fehlen. Sie werden in vielen Bereichen überhaupt nicht beteiligt, müssen sich Kompetenzen aus anderen Ressorts mühsam herausarbeiten. Sie werden – auch das sieht man – von anderen Ministerien nicht ernst genommen. Sie werden an der Erarbeitung der Asylaufenthaltsverordnung nicht beteiligt. Die Residenzpflicht, um die es in diesem Zusammenhang geht, berührt einen Kernpunkt der Integrationspolitik. Hier wurde das Ministerium überhaupt nicht beteiligt, sondern das wurde rein im Innenministerium abgearbeitet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Oho!)

Es wird also ein kompetenzloser Apparat unterhalten. Allein für die Betreuung der Bürokommunikation und der Lizenzen werden 9 000 € pro Mitarbeiter aufgewendet. Aber es wird im Endeffekt keine Integrationspolitik für Baden-Württemberg gestaltet.

Es fehlt an Seriosität, an Führungsvermögen. Die 58 Millionen € für die Flüchtlinge sind eingestellt. Aber gleichzeitig definieren Sie neue Zielsetzungen, eine Verbesserung bei der Unterbringung, Geld statt Sachleistungen. Wir haben gleichzeitig steigende Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen. Die 58 Millionen € werden in diesem Jahr in keiner Weise ausreichen, um einen entsprechenden Kostenersatz an unsere Kommunen zu leisten. Wir rechnen mit mindestens 70 Millionen €. Das wird im Laufe des Jahres eine Hypothek sein, die Sie noch einholen wird.

Dann die Führung im Ministerium. Heute wird in den „Stuttgarter Nachrichten“ über das Personalchaos im Haus berichtet: Verlust von Fachkräften, mittlerweile ist der dritte Zentralstellenleiter angestellt, die Besetzung der Stellen gestaltet sich als äußerst schwierig. Es wird auch davon gesprochen,

dass mittlerweile der grüne Koalitionspartner Kritik übt – Kritik kommt also nicht nur von der Opposition, sondern auch aus Kreisen der Grünen –, das Ministerium habe inhaltlich bisher keine Akzente setzen können. Dem können wir uns nur anschließen. Schön, dass Sie das mittlerweile auch so sehen. Mittlerweile wendet sich auch eine Vielzahl von Mitarbeitern an uns, die über die Arbeitsbedingungen in diesem Haus berichten.

Deswegen können wir nur feststellen, dass der Haushaltsplan für den Bereich des Integrationsministeriums, der uns hier vorgelegt wurde, in keiner Weise neue Akzente setzt und in keiner Weise das umsetzt, was von Ihnen beim Regierungswechsel angekündigt wurde.

Ich frage: Wo bleibt die Unterstützung für die Kommunen? Wann nehmen Sie Ihre Querschnittsaufgabe endlich wahr, indem Sie aktiv werden? Wann kümmern Sie sich um alle Migranten? Wann entsteht der Eindruck, dass nicht nur die türkische Community bedient wird? Wann beginnen Sie mit der eigentlichen Integrationspolitik? Wann lassen Sie es sein, sich auf einen Egotrip zu begeben, der nur Sie als Person in den Vordergrund stellt, aber nicht die Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Beim Thema Integrationspolitik darf es nicht nur um Schlagzeilen gehen. Diesbezüglich hat die SPD Erfahrung mit Herrn Sarrazin, der ständig provokante Forderungen in den Raum gestellt hat. Wir müssen aktiv werden im Sinne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir müssen ihnen ermöglichen, in Baden-Württemberg weiter gut Fuß zu fassen. Wir müssen die Integrationsbereiche der Sprachförderung, der Bildung, der Ausbildung und der Integration in den Arbeitsmarkt und in das Ehrenamt entsprechend bearbeiten. Auch dazu finden sich keine Antworten im Haushaltsentwurf des Integrationsministeriums.

Die CDU-Fraktion ist für einen ehrlichen Dialog und für klare Antworten. Dazu gehört aber auch ein klarer innerer Kompass, den man insbesondere als Ministerin haben muss, um ein Ministerium führen und um die Integrationspolitik in Baden-Württemberg voranbringen zu können. Werden Sie endlich aktiv, Frau Öney!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf des Integrationsministeriums gelesen hatte, dachte ich, dass Sie Ihren Frieden gemacht und ein Einsehen gehabt hätten, dass wir in diesem Land ein Integrationsministerium brauchen, um dieser verantwortungsvollen Aufgabe gerecht zu werden. Herr Lasotta, nach Ihrem Auftritt muss ich jedoch feststellen, dass Sie diese Einsicht leider doch noch nicht erreicht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Ich möchte an dieser Stelle zurückweisen, dass wir Ihre Kritik am Ministerium, die Sie hier vorgetragen haben, auch nur ansatzweise teilen würden.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das müssen Sie jetzt sagen, das ist doch klar! Als Koalitionspartner!)

– Es ist schön, dass Sie mich schon interpretieren, während ich noch spreche.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: So schnell bin ich!)

Aber vielen Dank. Wir haben mit dem Integrationsministerium ein neues Haus geschaffen, das seine Rolle finden musste, das neu aufgebaut werden musste und bei dem es, anders als bei den anderen Ressortzuschnitten, keine Vorarbeiten und keine Teile gab, die zusammengesetzt werden konnten. Deshalb muss dieses Haus mit seinen Aufgaben wachsen. Bisher sind auch noch immer nicht alle Stellen in diesem Haus besetzt.

Beim Haushalt des Integrationsministeriums sprechen wir zugegebenermaßen über einen kleinen Etat, über insgesamt etwa 75 Millionen €. Integration gelingt allerdings nicht einfach dadurch, dass wir spektakuläre Maßnahmen und Prestigeobjekte mit Unsummen bedenken, sondern durch die Beseitigung struktureller Hindernisse, manchmal auch durch kleine wirkungsvolle Verbesserungen im Alltag und – dabei gebe ich Ihnen recht, Herr Lasotta – durch die Stärkung der kommunalen Strukturen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Genau!)

Entscheidend ist, dass wir die Menschen mit Migrationshintergrund auch in ihren Bedürfnissen erreichen und ihnen das Gefühl geben, ein akzeptierter Teil dieser Gesellschaft zu sein. Rechte und Pflichten gehören dazu, aber auch Wertschätzung und zielgerichtete Hilfen. Integration ist an dieser Stelle auch ein wechselseitiger Prozess. Das gelingt uns als Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht immer. Ein trauriger Tiefpunkt in dieser Hinsicht war die Enthüllung der neonazistischen Mordserie des NSU im vergangenen Jahr. Das hat viele Menschen enttäuscht und verstört, besonders aber die Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir erreichen Integration also nicht allein durch Programme, sondern wir brauchen dazu neben der Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten auch eine Gesellschaft, die für diese offen ist, die die besonderen Erfordernisse erkennt und auch anerkennt, die den Dialog sucht und die Voraussetzungen für Integration schafft.

Wenn sich die Menschen hier ernst genommen und akzeptiert fühlen und sich mit ihrer Gemeinde und auch mit dem Land Baden-Württemberg identifizieren, dann sind wir auf einem guten Weg, dass Integration gelingen kann.

Ein zweiter Grund, warum der Haushalt des Integrationsministeriums einen relativ geringen Umfang hat, liegt darin – das kann ich Ihnen auch nennen; Sie haben es selbst erwähnt –: Integration ist eine Querschnittsaufgabe, und weil es eine Querschnittsaufgabe ist, stecken auch viele integrationspolitische Aufgaben und Maßnahmen in den Haushalten anderer Ressorts.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Brauchen wir das Ministerium dann überhaupt?)

Ich würde aber trotzdem – das ist eine wirklich wichtige Botschaft – nicht unterschätzen, welche Rolle dieses Ministerium als Ansprechpartner für die Menschen mit Migrationshintergrund hier im Land spielt, welche Rolle es für die Verbände der Migrantinnen und Migranten, für die religiösen Gemeinschaften bei der Wahrnehmung ihrer Interessen, ihrer Anliegen spielt, dabei, wahrgenommen zu werden und in dem Ministerium einen Dialogpartner zu haben, der sich wirklich nachhaltig und spürbar für diese Menschen einsetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Dafür braucht man ein eigenes Ministerium?)

Ein Kernbaustein der Integrationspolitik dieser grün-roten Landesregierung wird die neue Schul- und Bildungspolitik sein. Kindertageseinrichtungen und Schulen erhalten die Schlüsselrolle für Sprachförderung. Die neue Gemeinschaftsschule, die Abschaffung der Grundschulempfehlung, der Ausbau der Ganztagsangebote und auch die Abschaffung der Studiengebühren sind integrationspolitisch wirksame Maßnahmen in der Bildungspolitik. Diese Maßnahmen werden auch in der Bevölkerung sehr wohl angenommen und anerkannt. In der Bildungspolitik müssen wir das Versprechen der Chancengerechtigkeit einlösen. Man kann auch sagen: Chancengleichheit ist der zentrale Ansatz der Integrationspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Im Koalitionsvertrag haben Grüne und SPD ein Bekenntnis zur aktiven Integrationspolitik für diese Menschen abgelegt, die inzwischen 25 % der Landesbevölkerung ausmachen, in manchen Städten und Gemeinden sogar schon mehr als 40 % der Bevölkerung. Leider sind diese Menschen signifikant schlechter ausgebildet, häufiger arm, häufiger erwerbslos, häufiger krank und in aller Regel auch schlechter informiert.

Diese Defizite, diese Vertrauensdefizite müssen wir Schritt für Schritt beseitigen. Dazu ist dieser Haushalt der Anfang, der Anfang mit einem neuen Ministerium. Die Maßnahmen, die die Ministerin auch schon in der vergangenen Woche vorgestellt hat, betreffen z. B. die Bereiche der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, beispielsweise bei der Polizei. Wir werden das sicherlich auch im ganzen Bereich des Schulwesens dringend brauchen. Es geht um die politische Partizipation und das Staatsbürgerschaftsrecht.

Eine Frage, die auch von Ihrer Fraktion in der Integrationsdebatte oft gern auf die lange Bank geschoben wird, ist die Frage des Aufenthaltsstatus; denn die rechtliche Unsicherheit belastet die Menschen, zermürt sie und zerstört letztlich auch viele Familien.

Wir müssen diesen Zustand beenden, dass Menschen zehn Jahre lang und länger hier leben und arbeiten, aber immer wieder nur für drei Monate geduldet werden und von Abschiebung bedroht sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen auch noch etwas zum Thema Einbürgerungen sagen, die auch einen Schwerpunkt dieses Ministeriums

(Daniel Andreas Lede Abal)

bilden. Den Menschen mit Migrationshintergrund wird die politische Partizipation im Wesentlichen vorenthalten. Gleichzeitig sind in Deutschland die Hürden für eine Einbürgerung relativ hoch. Im Jahr 2010 ist die Zahl der Einbürgerungen in Relation zur ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg leider so gering gewesen, dass es unter den westdeutschen Ländern nur für den letzten Platz gereicht hat und wir im negativen Sinn nur noch von Thüringen, Sachsen und Brandenburg überholt worden sind.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was?)

Ich glaube, das zeigt, dass die Praxis in Baden-Württemberg hinsichtlich der Einbürgerung zu restriktiv ist. Das ist ein Punkt, den wir ändern müssen. Da geht es z. B. um Themen wie die Hinnahme von Mehrstaatigkeit, die Behandlung von Wehrpflichtigen, die Behandlung von älteren Personen und letztlich um die Einbürgerung anerkannter Flüchtlinge.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Sie haben die Flüchtlingshilfe erwähnt. In diesem Bereich sehen wir in der Tat einen hohen Steuerungsbedarf. Ich möchte an dieser Stelle noch zwei Projekte aus dem Flüchtlingsbereich herausheben, die die neue Landesregierung zum ersten Mal überhaupt fördern wird.

Dabei handelt es sich zum einen um den Landesflüchtlingsrat. Der Landesflüchtlingsrat bildet das Rückgrat bei der unabhängigen Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und arbeitet eng mit Kirchen und Kirchengemeinden sowie auch mit vielen Initiativen vor Ort zusammen. Wir werden den Landesflüchtlingsrat im Haushalt 2012 zum ersten Mal in der Landesgeschichte mit einem Betrag von 50 000 € fördern.

Als zweiter Bereich in der Flüchtlingshilfe kommt die erstmalige Förderung der sogenannten Psychosozialen Zentren für Traumatisierte, speziell für Folteropfer, auch bekannt unter dem Begriff Refugio, hinzu. Für diese stellen wir einen Teilbetrag von 300 000 € zur Verfügung. Viele dieser Zentren finanzieren sich aus Spenden. Durch diesen Landesbeitrag stellen wir auch eine flächendeckende Versorgung in allen vier Regierungsbezirken sicher, weil nämlich ansonsten insbesondere in Südbaden die Situation so gewesen wäre, dass die Versorgung von traumatisierten Menschen zusammengebrochen wäre.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Danke. Das ist nett. – An dieser Stelle schließt sich dann auch der Kreis. Unterstützen Sie hier mit Ihrem Votum auch die integrationspolitische Arbeit der Landesregierung. Helfen Sie der Landesregierung, weiterhin die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, und stimmen Sie diesem Einzelplan zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

**Abg. Rosa Grünstein SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Jeder vierte Ba-

den-Württemberger hat einen Migrationshintergrund. Das sind etwa 2,8 Millionen Menschen. Damit stehen wir unter allen Flächenländern ganz vorn an der Spitze. Auch deshalb war es höchste Zeit, in einem eigens geschaffenen Ministerium dieser Thematik einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Herr Kollege Dr. Lasotta, Ihr Einstieg in das Thema war völlig daneben und misslungen, einfach peinlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

Sie haben eine Flut von Anträgen in diesen Ausschuss eingebracht, die deutlich machten, dass Sie doch noch einen erheblichen Informationsbedarf haben. Sie haben versucht und versuchen immer wieder, die Ministerin in Misskredit zu bringen. Aber das ist immer ein Schuss in den Ofen, und zwar ein ziemlich schäbiger. Sie sollten besser mit uns gemeinsam alles dafür tun, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land bessere Lebensbedingungen haben, und Sie sollten dazu beitragen, dass wir alle von dem Wissen und dem Engagement, das diese Menschen mitbringen, profitieren können und dass dieses Wissen für uns alle nutzbringend angewandt werden kann.

Ich dachte, ich höre von Ihnen Ideen mit Substanz, auf die ich gern eingegangen wäre. Aber da ist Fehlanzeige.

Einer der Zentralstellenleiter, der nicht mehr da ist, ist Bürgermeister geworden. Das nehmen Sie dem Herrn doch hoffentlich nicht übel.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das war die Fluchtbewegung! – Gegenrufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Claus Schmiedel SPD)

– Wenn alle Bürgermeister irgendwo die Flucht ergriffen haben sollen, dann machen wir einmal eine Umfrage. – Wir waren und sind bereit zur Zusammenarbeit. Schon in der ersten Ausschusssitzung haben wir versucht, Offenheit auch Ihren Vorschlägen gegenüber aufzubringen. Das Ergebnis war, dass Sie sich hinterher gebrüstet haben, uns über den Tisch gezogen zu haben. Das war, wie ich finde, ein ziemlich schlechter Start. Deshalb hoffe ich doch sehr, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nun endlich versuchen werden, durch konstruktive Mitarbeit die Bedingungen in unserem Land für alle Migrantinnen und Migranten zu verbessern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Lasotta kann das nicht!  
– Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das Ministerium ist neu, und neu sind mit ihm auch ein Großteil der Personalstellen, aber etwa zwei Drittel der Mittel aus dem Gesamthaushalt von etwa 75 Millionen € waren früher und sind auch noch heute verpflichtend gebunden für die Erstattung der Aufwendungen in den Kommunen für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge. Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge und ihre Verteilung auf die Länder können wir kaum beeinflussen. Möglicherweise wird diese Fallzahl in diesem Jahr sogar wieder ansteigen. Wir wollen jedoch nicht mehr zulassen, dass sich Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich durch eine besonders schlechte Unterbringung auszeichnet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)



(Rosa Grünstein)

Bei den Migrantinnen und Migranten, die voraussichtlich für längere Zeit oder für immer in Baden-Württemberg bleiben, liegt die Arbeitslosenquote bei etwa 9 %. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als bei Nichtmigranten. Wir aber brauchen doch qualifizierte Arbeitskräfte im Land und müssen alles dafür tun, dass jeder die gleiche Möglichkeit bekommt, eine Qualifikation zu erwerben.

Der Schlüssel zur Teilhabe ist Bildung – wenigstens darüber sind wir uns doch hoffentlich alle einig –, und Bildung kann nur auf dem Weg der Sprache erreicht werden. Etliche Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sind deshalb im Haushalt des Kultusministeriums festgeschrieben, etwa die 11 Millionen € für zusätzliche Sprachfördermaßnahmen im Kindergartenalter.

Auch im Haushalt des Integrationsministeriums ist ein Großteil der gut 5 Millionen € für Projektförderung für Bildungsmaßnahmen reserviert, z. B. für die Integrationsbegleitung in besonderen Lebenslagen. In einer ersten Stufe werden wir Mittel für die Integrationskurse bereitstellen und dann weitere Projekte zur gezielten Hilfe für Migranten, die sich in einer schwierigen Lage befinden, unterstützen, um dann in einem dritten Schritt, der bereits begonnen wurde, spezielle Sprachkurse anzubieten.

Es muss Bildungspartnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern mit Migrationshintergrund geben, die selbstverständlich vor Ort evaluiert werden. Wir müssen die Eltern dafür gewinnen, dass sie die Bildung ihrer Kinder fördern, und dabei den Eltern gleichzeitig Hilfe in speziellen Zentren anbieten, damit sie selbst die Sprache erlernen können.

Mit Projekten wie „Mama lernt Deutsch“ oder „Integration gemeinsam schaffen“, die wir gemeinsam mit der Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung tragen, soll die Hemmschwelle gegenüber der Institution Schule abgebaut werden.

Es gibt viele Baustellen, die in der Vergangenheit einfach nicht beachtet wurden, warum auch immer. So ist es allerhöchste Zeit gewesen, diesen völlig unsinnigen Gesinnungstest abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Gesinnungstest! Was nehmen Sie sich heraus? Da geht es um die Frage der Demokratie! Das ist unglaublich!)

– Schauen Sie sich den einmal an. Dann wissen Sie, wovon ich spreche.

Künftig bei Bewerbungen eine bestimmte Anonymität zuzulassen wird ebenfalls helfen, dass Menschen mit ausländisch klingendem Namen nicht schon deshalb aus dem Raster fallen.

Die Anerkennung von im Heimatland erworbenen Fähigkeiten halte ich für dringend notwendig. Erst vor Kurzem habe ich mit einer großen Gruppe Migrantinnen und Migranten gesprochen, die aus den unterschiedlichsten Ländern kamen. Da war z. B. eine ausgebildete Lehrerin, die bei uns nicht einmal als Kindergärtnerin arbeiten darf, obwohl sie ausgezeichnet Deutsch spricht. Dabei suchen wir doch Erzieherinnen. Da war ein Automechaniker, der drei Jahre seinen Beruf gelernt

und bereits drei Jahre in diesem Beruf gearbeitet hat. Dieser Mann ist arbeitslos. Das ist unverantwortlich.

Es ist doch völlig bescheuert, wenn wir diese Menschen nicht in Arbeit bringen, wobei sie nicht nur sich selbst und ihre Familien unterhalten können, sondern durch ihre Steuern auch etwas für die Gesellschaft tun, sondern sie stattdessen von dieser Arbeit fernhalten und mit Geld aus dem Sozialtopf abspeisen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollen aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass es unter den Migrantinnen und Migranten bestimmte Gruppen gibt, die besonderen Bedrohungen oder sogar Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind oder waren. Wir brauchen deshalb eine besondere Beratungs- und Unterstützungskultur für Frauen – es sind hauptsächlich Frauen –, die z. B. gegen ihren Willen verheiratet werden sollen. Wir müssen auch dort tätig sein, wo Menschen aufgrund politischer Verfolgung traumatisiert sind und mit enormen psychischen Folgen zu kämpfen haben.

In den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer arbeiten viele Fachkräfte ehrenamtlich. Ich habe sehr großen Respekt davor. Aber selbstverständlich müssen darüber hinaus für festangestellte Kräfte und für personalunabhängige Ausgaben finanzielle Mittel bereitgestellt werden, wie dies in anderen Bundesländern auch der Fall ist.

Die Arbeit für Opfer von Menschenhandel – das sind bei uns zunehmend junge Frauen aus Osteuropa, die hierher gelockt oder verschleppt werden, um als Prostituierte zu arbeiten – wird im Haushalt des Sozialministeriums verankert sein.

Nun sagt die Opposition: Es ist doch alles gut in den bisherigen unterschiedlichen Ministerien untergebracht gewesen. Nein! Herr Kollege Lede Abal hat es schon gesagt: Es wurde allerhöchste Zeit, dass wir diese Vielfalt an Aufgaben in einem Haus bündeln – wenigstens die meisten dieser vielen Aufgaben – und dass die Menschen wissen: Da gibt es eine Ministerin, die kümmert sich auch um uns. Weil bisher alles wie bunte Teile eines Patchworkteppichs quer überall verbreitet war, bedarf es endlich einer grundlegenden Analyse, wo was angesiedelt ist und wie sich das Leben der Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land gestaltet.

Die Opposition hält die Vergabe eines Forschungsauftrags zur Einstellung der Aufnahmegesellschaft zur Integration für überflüssig. Wir haben es gerade gehört.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Dazu gibt es genügend Studien!)

Wir sehen das nicht so. Es geht primär nicht darum, in Erfahrung zu bringen, was die Bürgerinnen und Bürger vom Ministerium für Integration erwarten. Es geht vielmehr darum, die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zum Thema Integration genauer als bislang zu identifizieren, um dadurch die Menschen bei der Ausgestaltung der Integrationspolitik besser mitnehmen zu können. Die genaue Betrachtung gerade der Aufnahmegesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Integration ist noch ein weitgehend unbearbeitetes Feld in Baden-Württemberg.

(Rosa Grünstein)

Es darf auch keinen Schritt in alte Strukturen geben, wenn wir erfolgreiche Integration im Land leisten wollen. Natürlich wissen wir alle, dass z. B. die Landeszentrale für politische Bildung hervorragende Arbeit leistet. Aber mit dem Integrationsministerium haben wir nun eine neue Stelle geschaffen, in der alle diese Aufgaben gebündelt werden können. Die Landeszentrale wird sich noch mit vielen anderen wichtigen Bereichen zu befassen haben und wird deshalb natürlich weiterhin von uns unterstützt.

Ich muss schon sagen, dass ich es unverschämt finde, wenn eine Gruppe, die 58 Jahre lang Zeit hatte, ihre Ideen umzusetzen, nach neun Monaten von anderen erwartet, dass alles reibungslos funktioniert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Bernhard Lasotta: Wir haben Sie nicht gezwungen, das zu machen!)

Natürlich muss ein Ministerium zunächst einmal als Gebäude installiert werden. Dass es dazu bestimmter Technik, neuer Mitarbeiter sowie Hard- und Software bedarf, ist doch wohl mehr als normal.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch klar!)

Wenn die Opposition das nicht verstehen will, kann nur der Rückschluss gezogen werden, dass Sie schlicht keine Ahnung haben, was es heute kostet, in neu geschaffenen Räumen die nötige Infrastruktur zu schaffen, um vernünftig und effizient arbeiten zu können.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dazu braucht man ein Jahr! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die sogenannten Erstkosten werden sich in der Zukunft bestimmt reduzieren lassen und auf Ergänzung und Maintenance beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die demografische Entwicklung ist ein weiteres Merkmal, das uns auffordert, ein besonderes Augenmerk auf die Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land zu richten. Diese Menschen sind nämlich im Schnitt knapp zehn Jahre jünger als die Menschen ohne Migrationshintergrund. Hier in Stuttgart hatten schon im Jahr 2005 rund 40 % der Menschen einen Migrationshintergrund.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das läuft hervorragend, auch ohne Integrationsministerium!)

Damit ist Stuttgart die Region, die mit Abstand den höchsten Migrantenanteil in Baden-Württemberg hat. Selbst in Berlin beträgt dieser Anteil nur 23 %.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Gute Arbeit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Sie haben offensichtlich noch nie mit den betroffenen Gruppierungen,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die schon seit Jahren ehrenamtlich für diese Gruppen arbeiten, gesprochen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Frau Grünstein, Sie haben die Weisheit nicht allein gepachtet!)

Ich habe das in den letzten Wochen vermehrt getan und sehe einen großen Handlungsbedarf in diesem Land.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Aha! Die letzten 58 Jahre nicht! Das ist typisch!)

Ergreifen wir die Chance, die wir mit dem Integrationsministerium geschaffen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

– Da war ich nicht in diesem Ausschuss.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Wir alle werden davon profitieren. Stimmen Sie den Empfehlungen zum Haushaltsplan zu.

Zum Schluss sage ich noch ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im neuen Haus.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Sie leisten sozusagen Pionierarbeit und legen den Grundstein für die künftige Arbeit.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Herrn Abg. Glück für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie alle sehen können,

(Der Redner hält einen Stapel Unterlagen hoch.)

ist uns Integration sehr wichtig. Deswegen habe ich jetzt auch eine etwas längere Rede vorbereitet.

Nein, Spaß beiseite. Zunächst einmal, wenn ich mir eine Bemerkung im Vorfeld erlauben darf: Frau Grünstein, Integration ist in der Tat sehr, sehr wichtig. Aber ich kann einfach diesen Argumentationsschritt nicht mit Ihnen gehen, zu sagen: Es gibt 2,5 Millionen Migranten in Baden-Württemberg, und deswegen braucht man ein eigenes Ministerium. Ich könnte Ihnen entgegen: Wir haben fünf Millionen Skifahrer in Baden-Württemberg und haben kein Skifahrerministerium. Wir haben auch kein Sängerebene und kein Radfahrerebene.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie werden mir entgegenhalten: Das sind alles Querschnittsthemen. Aber, Frau Grünstein, es ist genau der Punkt unserer Kritik, dass ein Querschnittsministerium dadurch sehr, sehr schwierig ist, dass es von vornherein viele Bereiche abdecken muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Integration ist wichtig. Sie ist uns so wichtig, dass wir sie nicht so emotional behandeln müssen, wie wir vielleicht heute Morgen zur Sache

(Andreas Glück)

gegangen sind. Wir können uns einfach auf die Fakten beschränken.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das richtet sich aber nicht an uns!)

Professor Goll hat es bereits angesprochen: In manchen Bereichen läuft es bei Ihnen gar nicht so schlecht. Das möchte man anerkennen; das darf man als Opposition auch einmal sagen. Dazu gehört aber auch, dass sich – auch das hat Professor Goll gesagt – in anderen Bereichen Orientierungslosigkeit zeigt. Meine Damen und Herren, so leid es mir tut: Der Bereich Integration fällt in diese Kategorie Orientierungslosigkeit.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie die FDP!)

– Das kommt noch, Kollege Lede Abal. Dazu komme ich nachher noch auf Sie zu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auf die FDP?)

Am auffälligsten ist, dass es den Einzelplan 15 – Ministerium für Integration – überhaupt gibt. Schlagen wir ihn auf, so ist es spannend, sich einmal anzuschauen, was dort steht. Vielleicht gehen wir nachher noch auf die eine oder andere Einzelheit ein.

Als Erstes fällt natürlich auf: Der Integrationsbeauftragte in der vorherigen Landesregierung hatte vier Mitarbeiter, dazu kamen im Innenministerium 10,5 Stellen, macht insgesamt 14,5 Stellen. Heute hat das Integrationsministerium – das sage ich völlig wertfrei – 60 Stellen. Das sind gut viermal so viele.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwanzig müssen sich mit sich selbst beschäftigen!)

Stellen wir uns die Frage – die Antwort werden wir im Haushalt finden –: Was für Stellen sind das? Allein 33 von diesen 60 Stellen sind im höheren Dienst, davon sind aber nur vier-einhalb Stellen in A 13, aber es sind neun Stellen in B 3, B 6 und B 9. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verdacht liegt nahe: viele Häuptlinge, wenige Indianer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wasserkopf!)

Schauen wir weiter. Die Abteilung 1 im Integrationsministerium beschäftigt sich mit Haushalt, Personal und Organisation.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit sich selbst!)

Meine Damen und Herren, ein Drittel des Ministeriums beschäftigt sich mit sich selbst.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hilft niemandem!)

Das wäre vielleicht noch nachvollziehbar, wenn Sie nachweisen könnten, dass das eine signifikante Verbesserung Ihrer Ar-

beit wäre. Ich möchte gar nicht darauf zu sprechen kommen, dass diese signifikante Verbesserung der Arbeit vielleicht gar nicht stattgefunden hat, im Gegenteil. Dass die Stimmung mies ist, stand schon heute Morgen in der Zeitung. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

Schauen wir uns einfach die Fakten an. Ich berufe mich auf das Blatt „Medieninformationen“ vom 30. Januar 2012. Frau Ministerin, da schreiben Sie unter dem Stichwort „Teilhabe an Bildung und Ausbildung“:

*Wir müssen die Eltern erreichen, wenn wir die Bildungschancen der Kinder verbessern wollen.*

Richtig, das kann man nur unterschreiben. Das haben wir schon lange gesagt. Deshalb haben wir das Programm „Integration gemeinsam schaffen“ ins Leben gerufen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

An dieser Stelle möchte ich ganz deutlich sagen: Ich wünsche mir natürlich, dass dieses Projekt weiter finanziert wird. Das war nämlich von Anfang an nicht klar.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ein zweites Beispiel: Teilhabe an der Arbeit. Sie wollen den Anteil der Auszubildenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung erhöhen. Darüber haben wir nicht nur gesprochen, sondern dazu haben wir auch eine interministerielle Arbeitsgruppe geschaffen. Das hat Bewusstsein geweckt und auch in vielen Dingen den Weg geebnet.

Berufsqualifikationsfeststellung: Unter diesem Stichwort sagen Sie: „Der Bund hat Bedingungen eines erfolgreichen Anerkennungsverfahrens nicht geregelt.“ Richtig. Aber wir haben im Bund dieses Gesetz überhaupt erst einmal auf die Reihe gebracht. Freuen Sie sich doch über die Möglichkeit einer länderspezifischen Umsetzung.

Stichwort vier: Bekämpfung von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierung, die Anerkennung der Tatsache, dass es sich bei der Zwangsheirat mittlerweile um einen Straftatbestand handelt, hat doch unser damaliger Integrationsbeauftragter Professor Dr. Goll über den Bundesrat überhaupt erst eingefädelt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt sehr viele Beispiele, mit denen man eindeutig belegen kann, dass Sie unserer Arbeit nacheifern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

Das möchte ich an dieser Stelle nicht kritisieren, weil ich glaube, dass die Integrationsarbeit der vorherigen Landesregierung vorbildlich war. Zum Vergleich möchte ich u. a. den Integrationsplan aus dem Jahr 2008 hochhalten.

(Der Redner hält zwei Schriftstücke hoch.)

(Andreas Glück)

Vergleichen Sie bitte, wie mickrig diese Punkte bei der neuen Landesregierung im Vergleich zu dem umfassenden Werk sind, das damals von unserer Regierung erstellt worden ist. Dabei handelt es sich um den Integrationsplan aus dem Jahr 2008.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was hat das gebracht?  
– Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben nichts umgesetzt!  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ankündigungsmeister!)

Herr Lede Abal, ich darf an dieser Stelle nochmals sagen, dass es geradezu lächerlich ist, wenn Sie sagen, dass von uns dazu keine Vorarbeit geliefert worden sei.

(Unruhe)

Das haben Sie vorhin in Ihrer Rede gesagt; das war eindeutig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Im Protokoll nachlesen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Anschließend gern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, dann will ich nicht mehr!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Er möchte keine Zwischenfrage mehr stellen.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Neben vielem, was in die Kategorie „unspezifische Lippenbekenntnisse“ fällt, habe ich in Ihrem Bericht nur zwei neue Punkte entdeckt. Der eine ist die Mehrstaatigkeit, also die doppelte Staatsbürgerschaft. Dazu stehen wir inhaltlich anders. Das ist aber Bundespolitik. Der andere ist der Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik: weg von der Abschreckung, hin zu den Bedürfnissen von Flüchtlingen.

Unabhängig davon, wie sinnvoll die beiden genannten Punkte sein mögen: Bis jetzt handelt es sich nur um nebulöse Ankündigungen ohne konkreten Inhalt. Wir sehen es deshalb als nicht gerechtfertigt an, jetzt mit 45 neuen Stellen zu arbeiten. Alles andere, was an Integrationsarbeit läuft, war bereits vorher vorhanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich als frisch gewähltem Abgeordneten ist es wichtig, solche Haushaltsberatungen mitzuerleben. Interessant ist auch die Möglichkeit, Änderungsanträge einzubringen, unabhängig davon, ob diese bei der Regierung Gehör finden. Im Bereich Integration haben wir keine Änderungsanträge gestellt. Warum nicht?

(Zuruf von der SPD: Weil ihr nur zu fünft seid!)

Wir erachten die grundsätzliche Struktur mit einem eigenständigen Integrationsministerium als nicht sinnvoll. Dieses Ministerium wird auch der Querschnittsaufgabe im Bereich Integration nicht angemessen nachkommen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen wären Anträge, die wir gestellt hätten, rein struktureller und nicht primär haushalterischer Art gewesen. Das Einzige, was aus unserer Sicht richtig wäre, ist die Streichung des gesamten Ministeriums, um die Aufgabe so fortzuführen, wie wir es in der Vergangenheit erfolgreich getan haben.

Um es ganz klar zu betonen: Integration ist uns sehr wichtig. Ich glaube, Sie erkennen das auch an, wenn Sie die in der Vergangenheit von uns geleistete Integrationsarbeit anschauen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wenn sie sichtbar gewesen wäre!)

– Die Integrationsarbeit war deutlich sichtbar. Ich übergebe Ihnen nachher gern unseren Integrationsplan. Ich glaube, diesen sollte man sich doch einmal durchlesen.

(Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits ein oder zwei Tage nach der Regierungsbildung hat die CDU-Fraktion die Integrationsministerin zum Rücktritt aufgefordert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, zur Niederlegung eines ihrer Mandate!)

– Sie hat sie zur Niederlegung eines ihrer Mandate aufgefordert. – Die FDP/DVP-Fraktion hat sich zurückgehalten, um die Arbeit der Integrationsministerin und des Integrationsministeriums im weiteren Verlauf zu bewerten.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und jetzt?)

Alles in allem muss man doch sagen: Das Ergebnis ist enttäuschend. Sie versuchen, die erfolgreiche Integrationsarbeit der Vorgängerregierung fortzuführen, aber benötigen hierzu einen aufgeblähten Regierungsapparat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Erfolg sieht anders aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Integration Öney das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mehr Begeisterung!)

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2012 wird erstmals in der Geschichte unseres Landes für ein komplettes Jahr der Etat eines Integrationsministeriums dem Landtag vorgelegt. Er ist die finanzielle Grundlage für unsere integrationspolitische Arbeit.

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Migrantenanteil. Mit dem neuen Ministerium tragen wir dieser Tatsache Rechnung. Wir sind aber keineswegs die Speerspitze der Bewegung. Armin Laschet, den ich sehr schätze, wurde schon im Jahr 2005 im Kabinett Rüttgers Integrationsminister. Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz – in vielen Ländern gibt es mittlerweile Integrationsministerien. Staatsministerin Böhmer fordert auch auf Bundesebene ein eigenes Ministerium. Das ist notwendig, denn Integration ist

(Ministerin Bilkey Öney)

eine zentrale Zukunftsaufgabe. Integration sichert Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Integration ist für ein weiterhin erfolgreiches Baden-Württemberg unerlässlich. Aus wirtschaftlichen, demografischen, vor allem aber aus gesellschaftspolitischen Gründen müssen wir Migrantinnen und Migranten mehr als bisher einbeziehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Gleichberechtigte Teilhabe, gleiche Chancen – das ist das zentrale Anliegen meiner Politik.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Daran orientieren sich die Integrationsprojekte und -maßnahmen meines Hauses. Wir untergliedern das nach Teilhabe bei Bildung und Ausbildung, weil Bildung ein ganz entscheidender Schlüsselfaktor für eine gelingende Integration ist, nach Teilhabe in Arbeit und Wirtschaft, gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Teilhabe. Weitere Handlungsfelder sind eine humane Flüchtlingspolitik und die kommunale Integrationsarbeit.

Ich darf Ihnen kurz beispielhaft die wichtigsten Ziele, Maßnahmen und Initiativen darstellen.

Zunächst zum Bereich von mehr Teilhabe, mehr Chancengerechtigkeit bei Bildung und Ausbildung. Wenn wir hier Erfolge erzielen wollen, müssen wir die Eltern erreichen. Wir müssen versuchen, sie noch besser zu beraten und einzubinden. Wir müssen ihre Hemmschwelle gegenüber der Schule abbauen und sie für die schulischen Belange ihrer Kinder sensibilisieren. Deshalb werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Elternarbeit im Umfeld von Kindergarten und Schule legen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Projekte wollen wir an bestehende Einrichtungen wie Familienzentren, Elterncafés, Stadtteilzentren oder andere lokale Strukturen andocken. Ein gutes Projektbeispiel ist „Mama lernt Deutsch“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dazu braucht man kein Ministerium!)

Zusammen mit der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung führen wir das Projekt „Integration gemeinsam schaffen“ für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund fort. Es werden Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen geschaffen und verankert. Es gibt einen landesweiten Beraterpool. Die Berater sind Ansprechpartner der örtlichen Akteure, begleiten Netzwerke oder unterstützen deren Aufbau.

Die Aufklärung über Zwangsheirat und die Bekämpfung von Zwangsheirat stellen einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2012 dar.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist erfreulicherweise ein parteiübergreifendes Anliegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Sehr gut!)

Wir werden gewährleisten, dass die erfolgreiche Arbeit der Beratungsstelle YASEMIN fortgeführt werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dort können sich von Zwangsheirat Bedrohte und ihre Angehörigen persönlich beraten lassen. Wir prüfen, ob trotz unseres bescheidenen Etats dieses Beratungsnetz flächendeckend verankert werden kann.

Ferner wollen wir die Onlineberatungseinrichtung SIBEL fördern. Wir werden eine landesweite Aufklärungskampagne an Schulen starten. Wir wollen zusammen mit Terre des Femmes Multiplikatorinnen für die Arbeit gegen Zwangsheirat gewinnen.

Ein weiteres Thema, das mir am Herzen liegt, ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Ich freue mich, dass sich die Bundeskanzlerin beim letzten Integrationsgipfel ganz eindeutig zu diesem Thema positioniert hat. Auch die Bundesregierung will den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen. Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund spiegelt sich in unserer Verwaltung derzeit nicht wider. Hier besteht Nachholbedarf. Wir wollen deshalb den Anteil der Migranten bei Azubis und Beschäftigten in der Landesverwaltung erhöhen. Interkulturelle Öffnung ist auch ein Beitrag zu einer modernen, kundenorientierten und effizienten Verwaltung. Das Land muss in diesem Bereich Vorbild, Impulsgeber und Ansprechpartner zugleich sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gemeinsam mit dem Innenministerium starten wir ein Pilotprojekt zur Erhöhung des Migrantenanteils in der baden-württembergischen Polizei. Wir sind bei der Erarbeitung der Gesamtkonzeption. Dabei achten wir darauf, dass die Übertragbarkeit auf andere Einrichtungen des öffentlichen Dienstes gesichert ist. Ein erwünschter Begleiteffekt ist die Vorbildwirkung, die von jungen Migranten im Polizeidienst auf andere junge Migranten ausgeht.

Erforderlich ist auch mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung. Wir werden deshalb insbesondere Personalverantwortliche und Führungskräfte über die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung und der Vermittlung interkultureller Kompetenzen informieren und sensibilisieren.

Meine Damen und Herren, auch bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse geht es um Teilhabe, um eine Teilhabe am Erwerbsleben entsprechend den mitgebrachten Qualifikationen. Schon allein vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssen wir im Land aktiv werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Anerkennungsgesetz des Bundes tritt am 1. April in Kraft. Damit gibt es erstmals einen Rechtsanspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse. Das Bundesgesetz gilt aber nur für die bundesrechtlich geregelten Berufe. Für die landesrechtlich geregelten Berufe sind in allen Ländern Landeserkennungsgesetze erforderlich. Im Land werden wir wohl mehr als 200 Berufe zu regeln haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Ministerin Bilkay Öney)

In einer Länderarbeitsgruppe arbeiten wir an der Erstellung eines Musterentwurfs eines Landesanererkennungsgesetzes. In Abstimmung mit den beteiligten Ressorts werden wir so schnell wie möglich einen Gesetzentwurf erstellen und in die parlamentarische Beratung einbringen.

Leider hat der Bund die Beratung und die Nachqualifizierung als wichtige Bedingung eines erfolgreichen Anerkennungsverfahrens nicht geregelt. Ein deutlich höherer Informations- und Beratungsbedarf ist aber schon jetzt absehbar. Deshalb wollen wir eine ausreichende Beratungsstruktur in Baden-Württemberg schaffen. Außerdem planen wir eine Informationskampagne zur neuen Rechtslage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Integrationspolitik kann nur gelingen, wenn wir die einheimische Bevölkerung, also Menschen ohne Migrationshintergrund, mitnehmen. Zu diesem Zweck haben wir eine Bevölkerungsumfrage in Auftrag gegeben. Sie soll Ansichten und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft ergründen – nicht nur, weil wir uns als Bürgerregierung verstehen, sondern auch, weil wir uns weitere Erkenntnisse versprechen, die wir in unsere politische Arbeit einbeziehen wollen. Hierzu haben wir bisher kaum landesspezifische Daten. Diese Umfrage kostet nicht 500 000 €, Herr Lasotta, sondern sie war mit 150 000 € veranschlagt, und die tatsächlichen Kosten werden vermutlich darunter liegen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zahlen kann er auch nicht lesen!)

Dabei geht es beim Thema Integration doch insbesondere auch um Fragen des Zusammenlebens.

Eine Gruppe, die häufig im Fokus der Integrationsdebatte steht, sind die Muslime. Deshalb war es wichtig und richtig, dass Herr Schäuble die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen hat. Der damalige Innenminister Schäuble hatte ein sehr gutes Gespür für dieses Thema.

Mit dem halbjährlich tagenden runden Tisch „Islam“ habe ich in Baden-Württemberg ein Arbeitsgremium ins Leben gerufen, in dem Muslime gemeinsam mit uns und mit den beteiligten Ministerien an der Lösung konkreter Fragestellungen arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wie sieht es mit dem Religionsunterricht aus? Was ist eigentlich mit dem Schwimmunterricht, mit dem Schächten, mit muslimischen Bestattungen? Wir beschäftigen uns mit ganz realen und lebensnahen Fragen. Im Mittelpunkt des ersten Treffens im vergangenen November stand das Thema „Der Islam in der gesellschaftlichen Wahrnehmung“. Die neonazistischen Morde standen dabei im Vordergrund – leider. Ein erstes sichtbares Zeichen haben wir bereits gesetzt.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Gemeinsam mit den evangelischen Landeskirchen und den katholischen Diözesen sowie den jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg unterzeichneten die Teilnehmer des runden Tisches „Islam“ eine gemeinsame Erklärung gegen Menschenfeindlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir werden Konzepte zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung entwickeln. Wir stre-

ben eine verstärkte Sensibilisierung der Gesellschaft einschließlich Wirtschaft und Verwaltung an. Wir setzen uns für eine weitere Verbreitung der Aktion „Schule ohne Rassismus“ ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Ja, sehr gern.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben jetzt sehr viele Querschnittsaufgaben – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Dr. Bullinger, nehmen Sie doch die Hand aus der Tasche!)

– Danke schön, aber es ist hier heute Morgen kalt gewesen.

Ich habe eine Frage. Sie haben sehr viele Querschnittsaufgaben richtig dargestellt. Mir fehlt eines. Vielleicht gehen Sie noch darauf ein. Ich bin auch Vorsitzender von 136 Sportvereinen, nämlich Vorsitzender des Turngaus Hohenlohe. Ich wünsche mir ein paar Ausführungen von Ihnen in Bezug auf die Querschnittsaufgaben in Richtung Kultusministerium und Vereinsförderung. Dieses Thema halte ich für unheimlich wichtig. Dazu sollten Sie vielleicht ein paar Ausführungen machen. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Okay. Vielleicht warten Sie ab, bis ich meine Rede zu Ende gesprochen habe.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bis Sie alles vorgelesen haben! Jawohl!)

Vielleicht kommen wir am Ende noch einmal dazu.

Meine Damen und Herren, das Thema Einbürgerung wird ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Hier sehen wir großen Nachholbedarf und folgen dabei eigentlich nur den Empfehlungen der Bundesregierung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Einen Moment, bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin ist sehr viel Kritik auf die Integrationspolitik heruntergeprasselt. Da kann die Ministerin auch erwarten, dass man jetzt zuhört, wenn sie etwas Inhaltliches sagt. – Vielen Dank. Es war eine große Unruhe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn sie etwas Inhaltliches sagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind Vorbildlich, Herr Präsident!)

Bitte, Frau Ministerin.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war nicht der Auftakt zum Brüllen, Herr Zimmermann!)

– Ruhe! – Bitte, Frau Ministerin.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bemängle nicht die Lesekompetenz der Ministerin! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie müssen lauter schreien, ich höre Sie nicht!)

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Vielen Dank. – Ich war beim Thema Einbürgerung. Ich war gerade dabei, zu berichten, dass wir dabei den Empfehlungen der Bundesregierung folgen und dabei trotzdem von der CDU-Landesgruppe kritisiert werden. Leider sank die Zahl der Einbürgerungen in Baden-Württemberg von ca. 28 000 im Jahr 2001 auf etwa 11 000 im Jahr 2008 und nahm in den beiden Folgejahren nur zaghafte auf 12 700 zu. Das wollen wir ändern, weil wir die politische Teilhabe von Migrant\*innen ernst nehmen und fördern wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Klare Linie! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Die restriktive Verwaltungspraxis im Einbürgerungsrecht haben wir ein wenig entstaubt. Dabei geht es z. B. um rechtliche Spielräume für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit, wenn eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was heißt das?)

Insgesamt wollen wir unsere Einbürgerungspraxis liberalisieren und die Verfahren beschleunigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gemeinsam mit Frau Staatsrätin Erler wollen wir noch in diesem Frühjahr eine Einbürgerungskampagne starten, um Migrant\*innen für die deutsche Staatsbürgerschaft zu gewinnen. Auch das verstehen wir unter mehr Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren, ich darf zur Flüchtlingspolitik kommen. Wir hatten in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren eine sehr einseitig ausgerichtete Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Traurig, aber wahr!)

– Das ist eigentlich sehr traurig und deshalb kein Grund zum Klatschen.

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Grünen und SPD: Falsche Stelle, Kollegen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Erst einmal zuhören, dann klatschen!)

Denn bestehende Spielräume wurden vor allem in eine Richtung genutzt, nämlich so restriktiv wie möglich.

Wir, die grün-rote Landesregierung, wollen eine humane Flüchtlingspolitik, bei der auch die berechtigten Interessen der Flüchtlinge berücksichtigt werden. Ich glaube, hier können Sie klatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Handlungsanweisung! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war jetzt sympathisch!)

Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf diejenigen, die in ihrer Heimat oder auf der Flucht seelische Verletzungen davongetragen haben. Die Psychosozialen Zentren in Baden-Württemberg leisten hier wertvolle Arbeit. Ich bin der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD sehr dankbar, dass sie

sich über einen Änderungsantrag für zusätzliche Haushaltsmittel zur Unterstützung dieser Einrichtungen einsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eine zentrale Baustelle im Flüchtlingsrecht sind Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung meines Hauses ist dabei, die Spielräume des Landes auszuloten. Im Mittelpunkt stehen Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge. Ich habe einige Unterkünfte besucht und kann die Unzufriedenheit mancherorts gut nachvollziehen. Klar ist: Wir wollen die Unterbringungsstandards verbessern. Das wird allerdings nur schrittweise erfolgen können. Wir werden Übergangszeiten für bestehende Unterkünfte benötigen und müssen uns mit den Kommunen in der Kostenfrage verständigen. Das ist klar.

Auch die starre Praxis des Sachleistungsprinzips, das allerdings im Bundesrecht verankert ist, wollen wir ändern. Wir werden diesen Grundsatz – sofern er nicht ganz aufgegeben werden kann – auf Landesebene pragmatischer und flexibler gestalten, wie es andere Länder auch tun. Ich kann mir vorstellen, dass das auch mancher Kommune entgegenkäme. Es ist keineswegs ausgemachte Sache, dass z. B. Essenspakete oder die Abrechnung von Gutscheinen in bestimmten Läden immer günstiger sind als die Auszahlung von Bargeld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz endlich auf ein menschenwürdiges Existenzminimum angehoben werden.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Im Augenblick spielt die Bundesregierung noch auf Zeit. Spätestens mit der zu erwartenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss sie aber tätig werden.

Meine Damen und Herren, abschließend darf ich noch einen Bereich hervorheben, nämlich die kommunale Integrationsarbeit. Integration findet vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen statt. Dieser besonderen Rolle der Kommunen tragen wir Rechnung. Wir wollen die Zuweisung von Landesmitteln für Integrationsmaßnahmen an die Kommunen von etwa 1,8 Millionen € im Jahr 2011 auf 2 Millionen € in diesem Jahr erhöhen. Damit können wir den Stadt- und Landkreisen statt bisher je 11 000 € künftig je 15 000 € für die soziale Beratung und Betreuung von Migrant\*innen zur Verfügung stellen.

Ferner stellen wir den Kreisen Landesmittel für Integrationsprojekte zur Verfügung. Wir arbeiten gerade an neuen Förderrichtlinien. Dabei setzen wir ganz gezielt Schwerpunkte. So wird den integrationspolitischen Zielsetzungen des Landes Rechnung getragen. Außerdem sollen so passgenaue und abgestimmte Ansätze vor Ort realisiert werden. Schwerpunkte können die Handlungsfelder Sprachförderung und Elternarbeit, Antidiskriminierung oder Zusammenarbeit mit Migrant\*innenorganisationen und meinetwegen auch mit Sportvereinen sein. Daneben fördern wir die Entwicklung bzw. Stärkung kommunaler Integrationsnetzwerke.

Ziel ist eine bessere Verknüpfung der Integrationsangebote von Europäischer Union, Bund und Land mit den Angeboten

(Ministerin Bilkay Öney)

von Kommunen und freien Trägern. Ziel ist auch eine möglichst transparente Darstellung der Integrationsangebote vor Ort.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es geht um gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Verbesserungen für die Menschen mit ausländischen Wurzeln. Diesem Ziel dienen unsere Projekte. Genau darum geht es der Landesregierung. Darum geht es auch den Mitgliedern des Integrationsausschusses – abgesehen vielleicht von einer Ausnahme, Herr Lasotta.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bedanke mich sehr für die konstruktiven Beratungen im Vorfeld im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft. Mein Dank gilt auch dem Minister für Finanzen und Wirtschaft sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Besonders bedanken möchte ich mich bei den Städten, Gemeinden und Landkreisen, den Stiftungen und Vereinen, den Kirchen, den sozialen Einrichtungen und vor allem bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich tagtäglich in der Integrationsarbeit engagieren. Ohne sie könnten wir die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen nicht bewältigen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Noch einmal?)

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Rede von Herrn Lede Abal war sehr gut und bemerkenswert. Er hat sich nämlich überhaupt nicht mit dem Geschäftsbereich des Integrationsministeriums beschäftigt, sondern mit allen integrationspolitischen Maßnahmen außerhalb dieses Haushaltsplans. Das sind in der Tat die wichtigen und richtigen Aufgaben.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber das Ministerium ist daran beteiligt!)

Die Frage ist, ob man dafür ein eigenes Ministerium braucht und wie man das entsprechend zusammenführt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das entscheiden wir, nicht Sie!)

– Wir kritisieren das eben als Opposition, Herr Schmiedel, weil wir sagen, man könnte die Geldmittel, die im Bereich Integration aufgewendet werden, effektiver bündeln, um eine bessere Integrationspolitik in Baden-Württemberg zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie verkaufen es jetzt als Erfolg, dass den Kommunen über den Haushaltsplan 200 000 € mehr Geldmittel zugewiesen werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lächerlich!)

Das sind bei 44 Landkreisen 4 500 € pro Landkreis. Wenn Sie das als großen integrationspolitischen Schub für die Integra-

tionsarbeit vor Ort betrachten, bleiben Sie weit hinter Ihren Ansprüchen zurück.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Im Übrigen, Frau Grünstein: Wenn Sie uns jetzt vorwerfen, dass wir im Integrationsausschuss Anträge gestellt haben, dann ist das schon ein merkwürdiges Verständnis von Parlamentsarbeit. Ich habe es so erlebt, dass Sie eigentlich immer gesagt haben: „Wir sind gar nicht zuständig.“ Wenn wir nach der Situation der Spätaussiedler, der deutsch-russischen Mitbürger gefragt haben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

haben Sie gesagt: „Damit hat das Integrationsministerium überhaupt nichts zu tun.“ Dann mussten wir den Geschäftsverteilungsplan der Landesregierung hervorziehen, in dem dieser Bereich selbstverständlich mit bei den Zuständigkeiten des Ministeriums aufgeführt ist.

Wenn man also über Integrationspolitik diskutiert, muss man auch die entsprechenden Anträge einbringen. Vonseiten der Grünen und der SPD ist da relativ wenig gekommen. Deswegen glaube ich, dass man hier niemandem – weder von der FDP/DVP- noch von der CDU-Fraktion – vorwerfen kann, nicht an Integrationspolitik interessiert zu sein. Aber wir haben einen anderen Ansatz. Wir wollen, dass sich alle Ministerien damit beschäftigen, dass das eine Kompetenz wird, die alle Ministerien und auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung verinnerlichen.

Es ist auch nicht so, dass nichts gewesen wäre, Frau Öney. Wir haben z. B. bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern, die noch unter der vorherigen Landesregierung neu eingestellt wurden, einen Migrantenanteil von 16 %. Das war also schon immer ein Thema. Ich gebe gern zu: Das kann man noch weiter ausbauen. Dafür müssen wir auch um gute Leute werben, die im Bereich der Landesverwaltung arbeiten wollen. Aber Sie schmücken sich hier ein Stück weit auch mit Federn, die Sie durch die Arbeit in den letzten neun Monaten in keiner Weise erworben haben.

Im Übrigen zum Schluss: Ich fände es toll, wenn jemand mit Migrationshintergrund Finanzminister würde und dann die Integrationspolitik als wirkliche Aufgabe innerhalb aller Ministerien betreut werden könnte oder wenn das Integrationsministerium von jemandem ohne Migrationshintergrund geleitet werden könnte. Frau Aras freut sich schon, sie fühlt sich angesprochen. Das will ich zwar ausdrücklich nicht vorschlagen,

(Heiterkeit)

weil ich da gewisse Bedenken habe. Ich bin zwar kein Finanzpolitiker, aber das, was ich von da hinten mitbekommen habe –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: War das eine Bewerbung?)

– Nein, um Gottes willen. Aber das, was ich von da hinten mitbekommen habe, war mir einfach von der Stimme her zu rau, als dass ich das nachvollziehen könnte.

(Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)



(Dr. Bernhard Lasotta)

Machen Sie eine Integrationspolitik, die nicht in die Richtung geht, dass eine Person in den Vordergrund gestellt wird, sondern die in die Richtung geht, dass Sie Integration als das begreifen, was es wirklich ist: eine Arbeit der Menschen vor Ort, in den Kommunen, in den Vereinen, an der Arbeitsstelle, in den Schulen und in den Kindergärten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin manchmal wirklich neidisch auf Nordrhein-Westfalen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU:  
Da kann man gnadenlos Schulden machen, nicht? –  
Unruhe)

Das muss ich so sagen. Ich bin gern Tübinger Abgeordneter, und ich bin gebürtiger Stuttgarter, aber ich bin neidisch auf Nordrhein-Westfalen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann gehen Sie doch  
dorthin!)

weil in Nordrhein-Westfalen eine CDU ist, die nicht nur ein Integrationsministerium eingerichtet hat, sondern die dessen Arbeit auch konstruktiv und positiv begleitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das ist wirklich eine CDU, wie ich sie mir auch in Baden-Württemberg wünschen würde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Insofern, Herr Lasotta, war Ihr Auftritt heute ausnehmend ehrlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das war ein sehr ehrlicher Auftritt, weil das genau der Arbeit entspricht, die Sie auch sonst im Ausschuss darbieten. Wer wissen möchte, was es mit dem Begriff „Parlamentarisches Stalking“ auf sich hat, dem kleben wir ein Album mit Ihren Anträgen der vergangenen Monate.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte noch etwas zu Ihrem Bild eines integrationspolitischen Paradieses sagen, das Sie hier für Baden-Württemberg zeichnen. Wir haben hier in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich eine relativ gute wirtschaftliche Entwicklung gehabt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gehabt!  
Richtig! Gehabt!)

– Bis heute anhaltend gehabt.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese wirtschaftliche Entwicklung hat auch bewirkt, dass wir nach wie vor viele Arbeitsplätze im Bereich der Geringquali-

fizierten haben. Das hat eben auch dazu geführt, dass viele Menschen auch mit Migrationshintergrund, die geringer qualifiziert sind als Deutsche, hier Arbeit gefunden haben. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise sehen wir hingegen eine andere Entwicklung; dort gab es keine vergleichbare Entwicklung. Allerdings hat Nordrhein-Westfalen diese Zusammenhänge verstanden und hat eingesehen, dass man für diese Menschen etwas tun muss und dass vor allem an ihrer Qualifikation gearbeitet werden muss.

Es ist eben nicht so, dass Sie viel erreicht hätten. Sie haben in der Integrationspolitik manches erreicht, und ich will auch nicht behaupten, dass nichts geschehen wäre. Aber dennoch ist vieles übrig geblieben. Beispielsweise der islamische Religionsunterricht ist ein Thema. Das haben Sie so lange hinausgezögert, dass wir mit unserer Ministerin ein Zentrum dafür eröffnen durften.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was soll das? – Wei-  
tere Zurufe von der CDU)

Wir haben hier nach wie vor eine ungelöste Kopftuchdebatte, und wenn Sie sich beispielsweise wirklich einmal die Mühe machen, sich mit Verbänden zu unterhalten,

(Unruhe bei der CDU)

bleibt nach wie vor das Thema „Alevitischer Religionsunterricht“. Es gibt große Probleme beim muttersprachlichen Unterricht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin froh, dass die  
Zuhörertribüne bei Ihrer Rede noch gefüllt ist!)

Nach wie vor haben wir große Defizite bei der Elternarbeit, die wir nachsuchen müssen. Die Bildungspolitik habe ich vorhin schon angesprochen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dieser Haushalt bietet den Auftakt für das neue Integrationsministerium. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Ich bitte Sie noch einmal: Begleiten Sie uns auf diesem Weg konstruktiv. Stimmen auch Sie für diesen Haushalt des Integrationsministeriums.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort. Sie haben noch 55 Sekunden Redezeit.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich heiße Glück!)

– Herr Abg. Glück. Trotzdem bleiben Ihnen 55 Sekunden.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Das reicht gut. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, lieber Kollege Lede Abal, Stichwort inhaltlich, konstruktiv: Selbstverständlich werden wir das so, wie wir das im vergangenen Jahr gemacht haben, fortführen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von der SPD: 50 Sekunden sind um!)

(Andreas Glück)

Integration ist ein zentrales Thema. Ich möchte einfach noch einmal betonen – weil teilweise so getan wird, als wäre es das für uns nicht –: Auch für die FDP/DVP – ich sage das für alle, die es bisher nicht mitbekommen haben – ist die Integration ein ganz wichtiges Thema. Deswegen, Frau Ministerin: Viele Punkte, die Sie vorhin genannt haben, sind richtig und wichtig. Sie selbst haben mehrfach auf die Bundespolitik hingewiesen, z. B. bei den Themen Zwangsheirat und Berufsanerkenntungsverfahren.

Aber ich möchte noch einmal eine Frage stellen, auf die ich bisher leider noch keine Antwort bekommen habe: Warum wurde für ein solches Querschnittsthema eigens ein Ministerium eingerichtet? Wenn ich an dieser Stelle noch einmal anfügen darf – mit Erlaubnis des Präsidenten –: Am 1. Mai 2011 haben Sie in einem Interview im Mövenpick Hotel in Stuttgart doch selbst gesagt:

*Hätten die mich gefragt, hätte ich von einem Integrationsministerium abgeraten –*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

*und es als Querschnittsaufgabe im Staatsministerium angeordnet.*

Noch einmal die Frage: Warum eigens ein Ministerium?

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Deshalb kommen wir zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 15 – Ministerium für Integration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1115. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1501

Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1215-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe bei der CDU)

Wer ist dagegen? –

(Zuruf: Einige Grüne haben zweimal abgestimmt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zählen!)

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. – Selbst wenn ich die Stimmen der Kollegen von den Grünen Ihnen zuschlage, haben Sie nicht die Mehrheit gehabt.

(Heiterkeit)

Wir haben noch über das Kapitel 1501 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1501 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1501 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 1502

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 1502 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1502 bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf:

Kapitel 1503

Aufnahme und Integration

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1215-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1215-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1503 abzustimmen. Wer dem Kapitel 1503 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1503 mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 15 – Ministerium für Integration.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

**Einzelplan 11: Rechnungshof**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1111**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler**

Wir werden nachher wahrscheinlich über die Redezeit oder die „Nichtredezeit“ für den letzten Tagesordnungspunkt reden müssen. Denn wir sollten – ich sage das gleich – bis spätestens 17:45 Uhr, besser bis 17:30 Uhr die Sitzung beendet haben, weil viele Kolleginnen und Kollegen an einem Empfang im Neuen Schloss teilnehmen wollen.

Das Präsidium hat für diesen Einzelplan eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

– Auch der Regierung und den Regierungsmitarbeitern gilt die Bitte, aus dem Plenarsaal hinauszugehen, wenn sie miteinander reden wollen.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich habe Ihnen das Wort noch gar nicht erteilt.

(Heiterkeit)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Danke, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ausgaben von 21,2 Millionen € ist der Haushalt des Rechnungshofs der kleinste Einzelhaushalt und eigentlich ziemlich unspektakulär. Der vorliegende Haushalt schreibt die Personal- und Sachmittelausstattung der letzten Jahre fort, ohne dass sich wesentliche Änderungen ergeben.

Der Rechnungshof ist, wie auch die jüngste Denkschrift wieder zeigt, nicht bequem. Das ist gut so. Er muss kritisieren und seine Finger in die Wunde legen. Denn nicht nur das Parlament, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, zu erfahren, ob die Verwaltung mit den bewilligten Mitteln ordnungsgemäß und verantwortungsvoll umgeht.

Im nächsten Jahr feiern wir 60 Jahre Landesrechnungshof. Von seiner Arbeit haben alle Fraktionen und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes profitiert. Deshalb an dieser Stelle dem Präsidenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank für die hervorragende Arbeit. Dankesbekundungen sind bei einer Haushaltsdebatte nicht üblich, aber wir haben über die Denkschrift zu meinem Bedauern bislang nicht öffentlich im Plenum diskutiert. Das gab es noch nie, und das sollte auch nicht zur Regel werden.

Nach der Strukturreform vom 1. Januar letzten Jahres ist die staatliche Finanzkontrolle in Rechnungshof und drei Staatliche Rechnungsprüfungsämter untergliedert. Das Haushaltsvolumen erhöht sich von 19,8 Millionen € auf 21,2 Millionen €, und innerhalb der Titel gibt es nur kleinere Schwankungen. Die Erhöhung ist auf die allgemeine Personalausgabensteigerung zurückzuführen. Die Steigerung der Personalausgaben ist im Wesentlichen auf den Anstieg der veranschlagten Versorgungsbezüge von 6,1 Millionen € auf 7,1 Millionen € und auf die Erhöhung der Beihilfebewilligungen für Versorgungsempfänger um 200 000 € zurückzuführen. Das ist ein Problem, das uns auch in anderen Haushaltsplänen noch begegnen wird.

Die sächlichen Verwaltungskosten bleiben mit 772 000 € nahezu konstant. Das vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft vorgegebene Sachausgabenlimit wird um 2 200 € unterschritten. Sie sehen, wir sprechen hier wirklich nur von kleinen Zahlen.

Durch den Vollzug von k.w.-Vermerken konnten 3,5 Stellen gestrichen werden. Die Stellenzahl bei der Finanzkontrolle reduziert sich damit auf 245. Die Verteilung der Stellen auf den Rechnungshof und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter und ihre Wertigkeit werden geringfügig und kostenneutral an den Bedarf angepasst.

Finanzkontrolle ist bei uns fast 300 Jahre alt. Schon Anfang des 18. Jahrhunderts gab es eine Rechnungskammer in der Markgrafschaft Baden-Durlach.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

– Ja, das muss man wissen. – Jetzt ist es Zeit, neben der klassischen Finanzkontrolle die partnerschaftliche Seite des Rechnungshofs stärker zu betonen. Der Landesrechnungshof ist auch unabhängiger Gutachter unserer Finanzinfrastruktur. Er ist dabei so etwas wie das schlechte Gewissen der Regierung. Für den, der politisch eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung will und die Schuldenbremse heute anstatt übermorgen in der Landesverfassung verankern will, ist der Rechnungshof der richtige Partner und bei Vorschlägen für strukturelle Einsparungen eine gute Adresse.

Die fachliche Kompetenz des Rechnungshofs beeindruckt. Die Politik muss zwar nicht alles mittragen, und manche Ministerien stellen sich auch sehr bockig an. Dennoch: Die Kritik und der Rat des Rechnungshofs zeigen Wirkung. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in mehreren Sitzungen die Empfehlungen des Rechnungshofs zur Denkschrift mitgetragen. Gerade seine Empfehlungen haben gezeigt, dass diese Beratungskompetenz für dieses Haus einen hohen Mehrwert hat. Wir stimmen dem Einzelplan des Rechnungshofs daher zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Frau Kollegin Aras für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Munding! Die entscheidende Frage der kommenden Jahre wird sein, ob wir es schaffen, die großen Herausforderungen des gesellschaftlichen und energetischen Wandels wirkungsvoll zu begleiten – die Stichworte sind Bildungsaufbruch, Energiewende, Demografie – und gleichzeitig die Landesfinanzen nachhaltig einzusetzen.

Je offensichtlicher dieses Spannungsfeld wird, je enger dabei die Spielräume werden, desto mehr rückt der Rechnungshof in das Zentrum des Geschehens. Denn es geht nicht nur darum, an zwei oder drei Stellen einfach einen Schalter umzulegen. Nein, die notwendigen Veränderungen sind sehr weitgehend und durchdringen alle Bereiche des öffentlichen Lebens: Politik, Regierung und Verwaltung.

Die neuen Formen des Regierens und des Verwaltens werden wie ein Mosaik aus vielen Bausteinen und auf vielen Baustellen zusammengesetzt. Nur wenn wir bei diesen vielen Bausteinen und auf diesen Baustellen auf mehr Wirtschaftlichkeit achten, werden auch das Gesamtbild und unsere Haushalte davon profitieren.

Lieber Herr Präsident Munding, ich glaube, nie war der Rechnungshof wichtiger als heute.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist wohl wahr! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dem stimmen wir zu!)

(*Muhterem Aras*)

Denn Sie untersuchen mit großer Gründlichkeit und Kompetenz alle diese Bausteine und Baustellen der Landesverwaltung.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Stimmt!)

Diese Bedeutung des Rechnungshofs gilt vor allem auch im Hinblick auf die verpflichtende Schuldenbremse im Grundgesetz. Ich denke, was hier in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung steht,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das können wir in der Landesverfassung selbst regeln!)

wird nicht immer schmerzfrei sein. Ich bin sicher, dass der Herr Ministerpräsident Sie einladen wird, die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission mit Ihrer Erfahrung und Expertise zu begleiten und sie zu beraten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir würden uns lieber auf die Landesverfassung verlassen!)

Ich möchte Sie daher regelrecht auffordern: Seien Sie nicht zu vornehm. Treten Sie uns ruhig auf die Füße, wenn wir bequeme Wege gehen – dem Landtag ebenso wie der Regierung und der Verwaltung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie sollten dann halt auch einmal folgen!)

– Wir folgen an der richtigen Stelle, lieber Kollege.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ah! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Prinzipiell folgen!)

Tun Sie dies genauso geradlinig und fundiert wie bisher. Diese geradlinige, kompetente und unaufgeregte Arbeit hat unsere hohe Anerkennung und Wertschätzung. Ich bitte Sie, Herr Präsident Munding, diese Anerkennung und Wertschätzung auch dem Senat des Rechnungshofs sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu übermitteln.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Herrn Abg. Maier für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abg. Klaus Maier** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Munding! Der Rechnungshof ist das schärfste Instrument des Parlaments zur Kontrolle der Regierung.

(Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU)

Der Haushalt des Rechnungshofs ist klein. Wir haben schon gehört: Sein Volumen umfasst 21,2 Millionen €. Das entspricht einem Anteil von 0,06 % am Volumen des gesamten Landeshaushalts. Aber wenn man dem Rechnungshof – er hat ja nur wenige Hundert Euro Einnahmen – einen Einnahmetitel geben würde und alles das hineinschreiben würde, was er an Einsparmöglichkeiten gefunden hat und was er an Anstößen bringt, dann wäre er unter dem Aspekt des Einnahmenvolumens ein großer und sehr effektiver Teil der Landesverwaltung.

Meine Damen und Herren, in der Diskussion vor zwei Jahren war dies noch etwas strittig: Die Strukturreform zum 1. Januar 2011 brachte die Eingliederung der Rechnungsprüfungsämter. Mit ihr wurden auch die dort angesprochenen Probleme gelöst. Nach der Diskussion im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gehe ich davon aus, dass wir heute relativ einmütig über den Einzelplan 11 abstimmen werden.

Als neu gewählter Abgeordneter war es für mich sehr interessant, zu sehen, welchen großen Anteil die Arbeit des Rechnungshofs an den Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses hat. Sie haben uns mit Ihren Denkschriften durch die ganze Landesverwaltung begleitet und viele wichtige Anregungen gegeben, was man ändern, verbessern oder vielleicht auch unterlassen sollte. Ich würde es unterstützen, wenn man den Beratungsumfang erweitern würde, auch auf neue Instrumente, etwa neue Instrumente der Buchführung hin. Das wird aber sicherlich nicht gehen, wenn man beim Personal kürzt – es sind ja drei Stellen weniger –, sondern dazu wird man den Rechnungshof sicherlich verstärken müssen.

Ich glaube, dass gerade der Regierungswechsel eine gute Chance dafür bietet, die Arbeit der letzten Jahre zu studieren, aufzuarbeiten und auch möglichst viele Beiträge umzusetzen. Ich bin der Meinung, dass wir den Rechnungshof dringend als Begleiter bei der Konsolidierung des Staatshaushalts benötigen und dass er uns ein wichtiger Helfer sein wird, wenn es darum geht, die riesigen Lücken, die wir in der Finanzplanung noch haben, zu schließen. Wir brauchen Ihren Sachverstand, wir brauchen Ihr Wissen für die Konsolidierung unserer Staatsfinanzen.

Die SPD-Fraktion würdigt die Arbeit des Rechnungshofs. Wir ermuntern Sie, Herr Munding, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu, in Ihren Denkschriften viele Themen aufzugreifen und sich auch nicht davor zu scheuen, heiße Eisen anzupacken. Gespannt bin ich auf den Prüfbericht über den EnBW-Aktienkauf.

Unsere Fraktion hat ein großes Interesse an einer guten und qualifizierten Arbeit des Rechnungshofs. Wir stellen daher gern die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich ganz herzlich für die gute Arbeit. Richten Sie, Herr Munding, diesen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Wir freuen uns auf die künftige konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gern der Aufforderung des Präsidenten nachkommen und mit der Kürze meiner Ausführungen einen Beitrag dazu leisten, dass wir pünktlich beim ZDF sein werden.

Herr Präsident Munding, ich habe immer den Eindruck: Nirgendwo wird so viel gelogen wie nach der Jagd, bei Beerdigungen und vor der Verabschiedung des Haushalts des Rechnungshofs.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie werden mit Lob überschüttet, Ihre Anregungen werden gepriesen. Sie werden sogar noch aufgefordert, diese Anregungen fortzuschreiben und zu steigern – nur setzt sie dann niemand um. Das ist das Problem.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Dennoch, Herr Präsident, schließe ich mich für meine Fraktion gern dem Lob an Sie und Ihre Mitarbeiter an. Selbstverständlich stimmen wir dem Haushalt für den Rechnungshof gern zu und wünschen uns des Weiteren, dass Sie das Parlament und noch mehr die Regierung kritisch prüfend und anregend begleiten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem das Letztere!)

Aber es ist natürlich noch besser, wenn das Ganze dann auch umgesetzt wird, beispielsweise Ihre Anregung, die Rücklagen für die Pensionslasten zu steigern, und zwar von 500 auf 1 200 € pro Beamten und Monat – bei den neu eingestellten Beamten auch dynamisiert –, oder beispielsweise auch Ihre Anregung – die wir uns zu eigen gemacht haben –, die Landeshaushaltsordnung und die Schuldenbremse in die Landesverfassung zu übernehmen. Ich nehme fast an, Herr Präsident Munding, das würde Sie noch mehr freuen als das Lob, das Sie bei diesen Debatten immer erfahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Von der Regierung spricht niemand. Das kommt unserem Zeitplan sehr entgegen.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Stimmt! Das können wir öfter machen!)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1111.

Ich rufe auf

Kapitel 1101 bis Kapitel 1103

Wer stimmt diesen drei Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 11 und des Tagesordnungspunkts 3.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 12. Dezember 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Aufsichtsanforderungen an Kreditin-**

**stitute und Wertpapierfirmen – Drucksachen 15/1031, 15/1148**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler**

**b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen – Drucksachen 15/1060, 15/1149**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Köbler das Wort.

**Abg. Joachim Köbler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! So kurz, wie Herr Kollege Dr. Rülke zum Einzelplan des Rechnungshofs gesprochen hat,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So kurz war das gar nicht!)

so kurz kann ich es zum Thema Bankenaufsicht/Basel III nicht machen. Es ist ein wichtiges Thema für Baden-Württemberg. Letztlich ist es der Finanz- und Wirtschaftskrise und den globalen Schwächen des Finanzsystems geschuldet.

Nach der Verlustschätzung des Internationalen Währungsfonds – um die Tragweite deutlich zu machen – haben die europäischen Banken im Zeitraum von 2007 bis 2010

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

1 Billion € bzw. 8 % des Bruttoinlandsprodukts von Europa verloren.

Im Straßenverkehr errichtet man bei Unfallschwerpunkten Leitplanken, führt Geschwindigkeitsbegrenzungen ein und verändert teilweise die Streckenführung. Bei der Bankenaufsicht verändert man die Aufsicht an sich, die Regeln und natürlich auch die Kennzahlen. Die regionalen Banken in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland befürchten jetzt natürlich, dass eine Regelungsspirale in Gang gesetzt wird, die sie in ihrem Geschäftsgebaren stark beeinflusst.

Das Reformpaket muss allerdings erstens danach beurteilt werden, ob es eine Stabilisierung des Finanzsystems erreicht, und zweitens danach, welche Nebeneffekte, welche Wettbewerbsnachteile – darauf komme ich nachher noch zu sprechen –, welcher bürokratische Aufwand und welche Kosten damit verbunden sind.

Eine kostenlose Stabilisierung ohne Nebeneffekte wird es allerdings nicht geben. Aber für Baden-Württemberg ist meines Erachtens entscheidend, dass ein Schaden, Nebenwirkungen oder Beeinträchtigungen für die kleinen Banken und für die mittelständische Wirtschaft in unserem Bundesland möglichst vermieden werden.

(Joachim Kößler)

Es darf im Grunde nicht sein, dass systemrelevante Banken Krisen verursachen und die kleinen und mittleren Banken dies ausbaden müssen. Das soll heißen: Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es darf nicht alles über einen Kamm geschoren werden. Der Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands Roßwog hat – das ist noch besser – Folgendes gesagt: „Die Probleme können nicht mit dem Rasenmäher gelöst werden.“

Im Folgenden will ich auf ein paar wichtige Punkte eingehen.

Zuerst zur Europäischen Bankenaufsichtsbehörde: Lassen Sie mich ein paar Anmerkungen über das Ziel machen. Das Ziel des Europäischen Systems für die Finanzaufsicht ist es, die kurz-, mittel- und langfristige Stabilität und die Effizienz des Finanzsystems in Europa zu sichern.

Dem kann man natürlich vollinhaltlich zustimmen. Doch die Befugnisse der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde wurden auf Kosten der nationalen Bankenaufsichtsbehörden in dem Verordnungsvorschlag erheblich erweitert.

Abweichend von der bisherigen Umsetzungspraxis sollen nach Vorstellung der EU-Kommission die wesentlichen Inhalte von Basel III nicht in Form einer Richtlinie, sondern in Form einer EU-Verordnung umgesetzt werden. Damit würden die Regelungen unmittelbar rechtswirksam. Eine nationale Umsetzung wäre nicht erforderlich und nicht möglich.

Hierbei wird allerdings gewaltig übersehen, dass die Finanzmärkte der Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich und sehr heterogen sind. Die bisherige Umsetzungspraxis von bankenaufsichtlichen Maßnahmen im Rahmen einer EU-Richtlinie setzt die Einbindung der nationalen Bankenaufsicht in Gang. Das trägt natürlich entscheidend dazu bei, dass die nationale Bankenaufsicht auf die nationale Bankenstruktur, das nationale Bankensystem und die Wirtschaftsstruktur stark Rücksicht nimmt.

Gleiches gilt auch, wenn man die technischen Standards, die jetzt von der europäischen Aufsichtsbehörde neu entwickelt werden, speziell oder gar ganz direkt auf die nationalen Banken überträgt. Damit werden die weitreichenden Belange der deutschen Banken und auch der Banken sonstiger Länder nicht berücksichtigt. Bankenaufsichtliche Regeln müssen sich allerdings auf die nationalen Gegebenheiten einstellen, insbesondere bei uns in Baden-Württemberg und in Deutschland auf die Genossenschaftsbanken und auf die Sparkassen. Die nationale Aufsicht muss stärker eingebunden werden. Es darf keine Zentralisierung der Aufsicht praktiziert werden, weil das insbesondere den baden-württembergischen Banken, insbesondere den Sparkassen und Volksbanken, schaden würde.

Ich komme jetzt zum zweiten wichtigen Punkt dieser Pläne der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Kößler, Sie sollten sich kurzfassen, weil wir sonst die Zeitvorgaben nicht mehr einhalten können. Wir haben uns auf fünf Minuten Redezeit verständigt. Ich darf daran erinnern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Du hast versprochen, du gibst es zu Protokoll!)

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Gut. Ich gebe dann den Rest zu Protokoll. Ich will nur noch zwei Dinge sagen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Du hast es versprochen!)

Die Eigenkapitalanforderungen werden ausgebaut. Wir werden es in Zukunft mit Eigenkapitalanforderungen von über 10 % zu tun haben. Diese Eigenkapitalanforderungen werden sich auf die Kreditvergabe, insbesondere die Mittelstandskredite, auswirken.

Ich werde aus Zeitgründen einfach einen Teil meiner Rede zu Protokoll geben. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich will zum Schluss kommen und Folgendes sagen: Wir müssen hier im Parlament gemeinsam dafür sorgen, dass wir die Erfordernisse der baden-württembergischen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Das macht auch der Vorschlag der Landesregierung zu diesem Thema. Es ist wichtig, dass wir die bisherige Struktur erhalten, damit wir auch in Zukunft auf die Institute zurückgreifen können, die in der Krise stabil gewirtschaftet haben.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Frey.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der hat auch so viele Blätter dabei! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kollege Frey ist noch schneller!)

**Abg. Josef Frey** GRÜNE: Ich mache es schneller. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt: Solidität und Solidarität sind für international tätige Großbanken mittlerweile Fremdwörter geworden. Die Finanzkrise zeigt uns täglich, dass deswegen die Bankenregulierung verbessert werden muss. Die Vorschläge der EU-Kommission zu den Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und zur Regulierung der Ratingagenturen, die wir heute beraten, sind ein richtiger Ansatz zur Behebung der Krisenursachen. Allerdings müssen wir sie differenziert analysieren und können nicht alle Bankinstitute über einen Kamm scheeren.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Vorstoß unserer Landesregierung im Bundesrat, den Anwendungsbereich der Verordnung zur Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken, mit der Basel III auf EU-Ebene umgesetzt werden soll, auf international tätige Großbanken zu beschränken.

Regional tätige Kreditinstitute wie unsere Sparkassen und Raiffeisenbanken müssen bei der vorgeschlagenen Regulierung durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde besondere Berücksichtigung finden. Eine differenzierte Umsetzung von Basel III in Europa muss eben auch die Finanzstrukturen der Unternehmen berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Josef Frey)

Dies gilt insbesondere für die mittelständischen Unternehmen und die Wirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg. Damit hätte nämlich die Umsetzung von Basel III nur die Note „gut gemeint“ verdient. Empirische Studien zeigen nämlich, dass die Eigenkapitalanforderungen für das klassische Kreditgeschäft, Herr Schebesta, die tatsächlichen Ausfälle hierzulande deutlich überzeichnen. Im Gegensatz dazu deckten die Eigenmittelanforderungen für das Investment- und Handelsgeschäft die aufgetretenen Verluste überhaupt nicht ab. Dieses Ungleichgewicht müssen wir vermindern.

Die erhöhten Eigenkapitalanforderungen von Basel III wirken sich aber, wie Herr Kößler beschrieben hat, auf alle Geschäfte aus, die ein Institut tätigt. Gerade die Kredite kleiner und mittlerer Unternehmen waren weder krisenursächlich noch wirkten sie krisenverstärkend. Von der vorgeschlagenen Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wären aber auch sie betroffen. Erhöhte Eigenkapitalanforderungen wirken sich natürlich auf die Kreditvergabe aus, entweder durch „erhöhte“ Kreditkonditionen oder durch reduzierte Vergabevolumina. Dies kann zum Fehlen von Kapital für unsere KMUs führen. Deshalb treten wir dafür ein, die Risikogewichte für Mittelstands- und Privatkredite zu senken.

Ferner wollen wir dafür sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Vorsorgereserven nach § 340 f des Handelsgesetzbuchs auch künftig als Eigenkapitalbestandteil anerkannt werden. Die von den Kreditinstituten gebildeten stillen Vorsorgereserven zur Absicherung allgemeiner Bankenrisiken können bislang als Eigenkapitalbestandteil angesetzt werden. Im Entwurf der Kommission ist eine Berücksichtigung dieser Vorsorgereserven hingegen nur noch unter der Voraussetzung vorgesehen, dass eine Offenlegung der Reserven erfolgt.

Gerade bei kleinen und mittleren Instituten haben diese stillen Vorsorgereserven wesentlich zur Stabilität und zur nachhaltigen Geschäftsentwicklung beigetragen. Daher soll genau geprüft werden, unter welchen Offenlegungsbedingungen die Vorsorgereserven weiterhin beim Ergänzungskapital angerechnet werden können.

Meine Damen und Herren, die Kommunen werden ebenso wie die Unternehmen und die Verbraucherinnen und Verbraucher von den geänderten Rahmenbedingungen der Kreditvergabe betroffen sein. Die beabsichtigte Einführung einer Verschuldungsobergrenze würde die Kommunen besonders schwer treffen. Wird das Geschäftsvolumen der Banken gedeckelt, sind diese gezwungen, sich auf möglichst gewinnträchtige Geschäfte zu konzentrieren. Das risikoarme Geschäft mit Kommunal krediten bietet nur geringe Zinsspannen und ist damit nur dann attraktiv, wenn eine Bank die geringere Gewinnspanne durch ein größeres Geschäftsvolumen ausgleichen kann. Gerade das wird durch die Verschuldungsobergrenze unmöglich. Mit dem Vorstoß des Landes im Bundesrat könnten sich die Kommunen zumindest bei Sparkassen, Genossenschaftsbanken sowie anderen kleinen und mittleren Banken wie bisher refinanzieren.

Meine Damen und Herren, das Krisenmanagement ist zurzeit Vertrauensmanagement, ein Vertrauensmanagement der Märkte. In diesen Szenarien wirken die großen Ratingagenturen wie Brandmelder und Brandleger zugleich. Die Ratings der drei großen amerikanischen Ratingagenturen werden zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen. Deshalb bedauern wir es

außerordentlich, dass die EU-Kommission in ihren nun endlich vorgelegten Vorschlägen zur Regulierung der Ratingagenturen vom Aufbau einer europäischen Ratingagentur absieht. Mit einer kontinuierlichen Beobachtung durch mehrere unabhängige Agenturen ließen sich Entwicklungen von Krisen unerschrockener und unabhängiger bewerten. Brände könnten mittelfristig nicht nur gemeldet, sondern auch gelöscht werden.

Die Vorschläge der Kommission zur Stärkung des Marktzuwachs kleinerer Agenturen sind sinnvoll. Sie reichen jedoch nicht aus, um die Marktstruktur ausreichend zu verändern. Deshalb hat Finanzminister Schmid im Bundesrat unsere volle Unterstützung für eine konsequente Regulierung der Ratingagenturen und die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Letzter Satz, Herr Präsident: Wenn Frau Merkel sich nun endlich auch für die Finanztransaktionssteuer und für europäische Stabilitätsfonds entschließen könnte, kämen wir einem Europa, dem die Menschen und die Märkte wieder mehr vertrauen können, noch näher.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt geht es flott!  
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Immer bedenken,  
dass niemand zuhört! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! „Meine Damen und Herren“ brauche ich nicht mehr zu sagen. Nicht nur das ZDF und die Caritas, sondern auch der Anpfiff im Neckarstadion halten mich dazu an,

(Beifall des Abg. Wolfgang Reuther CDU – Zuruf:  
Bravo!)

in wenigen Sätzen das Notwendige zu sagen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Zwischenzeitlich heißt es  
Daimler-Stadion! – Weitere Zurufe)

– Die zehn Sekunden opfere ich jetzt, Frau Kollegin. Ich sage absichtlich „Neckarstadion“. Die Fußballfachleute in diesem Raum wissen es: Ich hänge an dem Namen „Neckarstadion“. So lautete nämlich der Stadionname, als ich vor vielen Jahren als kleiner Junge in der ersten Bundesligasaison zum ersten Mal in dieses Stadion gegangen bin, um das Spiel des VfB Stuttgart gegen Borussia Dortmund, das 2 : 1 endete, zu sehen. Dabei bleibt es.

(Beifall der Abg. Walter Heiler SPD und Wolfgang Reuther CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl! Einverstanden!)

Heute haben neun Länder einen Brief an die dänische Ratspräsidentenschaft geschrieben, in dem sie ausdrücken, dass sie dafür sind, dass Europa die Finanztransaktionssteuer einführt. Heute beraten wir hier über die Themen Bankenaufsicht und Ratingagentur. Das heißt, die wirtschafts- und finanzpolitische

(Peter Hofelich)

Dimension Europas ist in Deutschland angekommen. Darüber wird auch in der Bürgerschaft diskutiert. Das ist das, was wir wollen, nämlich dass in der Bürgerschaft über die Europapolitik diskutiert wird. Deswegen ist es auch gut, dass wir dieses Thema in der jetzt gebotenen Kürze heute im Landtag von Baden-Württemberg aufrufen.

Das Erschrecken über das, was wir in der weltweiten Strukturkrise erlebt haben, mündet jetzt in neue Verhaltensweisen der Politik, auch der Kommission, die lange Zeit eine von marktradikalen Gedanken getriebene Politik gemacht hat. Jetzt sind wir an dem Punkt, an dem auch in Präsentationen von Herrn Barroso Themen wie „Makroökonomische und finanzpolitische Überwachung“ oder „Regulierung der Finanzmärkte“ stehen. Ich stelle fest: Der Wind hat sich gedreht. Wir machen in Europa allmählich eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es gibt aber auch ein Erstaunen über manche Entwicklungen, nämlich darüber, dass manche nach dieser Wirtschaftskrise schon wieder zur Tagesordnung übergehen wollen und im Grunde den Staat als Verursacher von Krisen darstellen wollen. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch klarstellen, dass der Staat seine Möglichkeiten wahrnimmt, und dass wir das auf der Grundlage der vorliegenden Richtlinien oder Verordnungen tun. Das ist die erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Die Kollegen haben bereits etwas zum Innenleben der Verordnungen und der Richtlinien gesagt. Ich will an dieser Stelle nur hinzufügen, dass wir natürlich anerkennen, dass es bei der Basel-III-Regulierung nicht allein um die Höhe des Eigenkapitals geht, sondern dass auch die Verlusttragfähigkeit des Kapitals und das Liquiditätsmanagement eine Rolle spielen.

Es wird aber, insbesondere jetzt mit der Verschuldungsobergrenze, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Deswegen sind wir an dem Punkt, an dem wir mit Blick auf die kleinen und mittleren Banken und ihre Kunden in der mittelständischen Wirtschaft eben auch sagen müssen: So nicht. Wir müssen auch sagen, dass wir das, was hier etwa mit der Bankenaufsicht in Europa, mit der EBA in der City von London, erleben, als eine fremde Beaufsichtigung erleben, die im Grunde genommen schon von der Sprache und von anderen Prozeduren her eigentlich nicht für unsere wirtschaftliche Struktur geeignet ist. Deswegen ist es gut, dass wir dazu eine Bundesratsinitiative einbringen, so wie es Herr Minister Schmid gemacht hat; mein Kollege hat das bereits angesprochen.

Ich will zum Thema Ratingagenturen sagen, dass es richtig ist, dass das Stichwort „Bessere Basisinformation“, die Notwendigkeit, die Ratingagentur nach circa drei Jahren zu wechseln, und die Haftung von Ratingagenturen für eigene Fehler oder für eigene grobe Fehleinschätzungen niedergelegt werden. Auch wäre natürlich eine europäische Ratingagentur – da gebe ich dem Kollegen recht; das haben wir auch gemeinsam gefordert – das Richtige. Dafür sind wir. Das nehmen wir als Paket mit.

Dritter und letzter Gedanke.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Dann vielleicht noch einmal – Herr Präsident, wenn ich das sagen darf – zum Ende für uns alle: Ich habe den Eindruck – mit dem Europaausschuss waren wir jetzt wieder in Brüssel –, dass wir unser Selbstbewusstsein noch ein bisschen steigern dürfen. Wir erleben gerade bei der Vertretung unserer Interessen in dieser Sache, was kleine und mittlere Institute, mittelständische Banken, Genossenschaftsbanken, Kreissparkassen und deren Klientel angeht, dass wir über Jahre hinweg eigentlich ein Missverständnis haben entstehen lassen, indem Deutschland mit einigen seiner Besonderheiten – z. B. der dualen Ausbildung oder aber den Kommunen mit eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten oder den Genossenschaftsbanken und Kreissparkassen mit einer öffentlichen Verantwortung – praktisch als ein zu belächelnder Ausnahmefall in Europa, als ein Auslaufmodell in einer angloamerikanischen Welt dargestellt worden ist.

Ich finde, dass wir an einem Punkt angekommen sind, bei dem man sagen kann, dass das kein Ausnahmefall und auch keine Randerscheinung ist, sondern dass das beispielgebend ist und eher die Regel in Europa sein sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

Ich denke, dass wir deswegen die Dinge mit Selbstbewusstsein angehen sollten. Das war das, was ich sagen wollte.

Nun viel Freude bei allen weiteren Aktivitäten des Abends.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Grimm.

**Abg. Leopold Grimm** FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute erneut über die Finanzkrise und deren Bewältigung auf europäischer Ebene. Dabei muss uns allen klar sein, dass die Finanzmärkte immer schneller sein werden als die demokratischen Institutionen auf Länderebene und erst recht schneller als die demokratischen Institutionen auf europäischer Ebene.

Die Pläne der EU sind deshalb von so großer Bedeutung für das Land, weil man erstmals ohne weitere Ausführungsprozesse in Deutschland eine Verordnung erlassen will, also unmittelbar geltendes Recht setzen will.

Die Europäische Kommission verfolgt das durchaus nachvollziehbare Ziel, die Kreditwirtschaft auf ein stabiles Fundament zu stellen, um so die Krisenwahrscheinlichkeit wie auch die Krisenanfälligkeit der einzelnen Kreditinstitute zu reduzieren.

Wir haben keinerlei Subsidiaritätsbedenken, was die Regelungen hinsichtlich der ermittelten systemrelevanten Finanzinstitute angeht. Aus unserer Sicht geht aber die Einbeziehung der kleinen und mittleren Banken viel zu weit. Denn die aktuell diskutierten Neuregelungen drohen die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe an den deutschen Mittelstand negativ zu beeinflussen, und dies in einer Phase, in der wir dringend Investitionen und Wachstum brauchen.



(Leopold Grimm)

Darüber hinaus sind Probleme bei der Kreditvergabe an die Kommunen zu befürchten. Wir legen Wert darauf, dass der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde nur diejenigen Aufgaben zugewiesen werden, die parlamentarisch legitimiert sind. Kompetenzen des europäischen Gesetzgebers dürfen nicht an eine untergeordnete Institution abgegeben werden. Wenn die EBA im Rahmen der Umsetzung von Basel III beispielsweise beauftragt wird, Standards dafür zu entwickeln, nach welchen Kriterien die nationale Aufsicht zu entscheiden hat, ob ein Institut als Genossenschaft, Sparkasse oder ähnliches Institut gilt, dann greift sie damit in unzulässiger Weise in die Struktur des deutschen Bankenmarkts ein.

In der EBA-Verordnung ist aber auch ausdrücklich vorgesehen, dass seitens der EBA keine Sachverhalte geregelt werden dürfen, die strategische oder politische Entscheidungen implizieren. In der vergangenen Woche haben wir anlässlich des Informationsbesuchs des Europaausschusses unsere Gesprächspartner in Brüssel auf die Besonderheiten deutscher Probleme hingewiesen und zumindest auf Arbeitsebene Verständnis für unsere Sondersituation in Europa gefunden.

In Deutschland ist die Meinungsbildung über die Parteigrenzen hinweg einheitlich: Wir brauchen eine Ausnahmeregelung für die kleinen Finanzinstitute.

Wir alle in diesem Haus sind uns, glaube ich, einig, dass eine wirksame Beaufsichtigung von Ratingagenturen in der EU die Qualität und Transparenz der Ratingaktivitäten verbessern wird. Dies kommt den Anlegern zugute und dient der Finanzstabilität.

Was die Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen angeht, bedaure ich, dass die Überlegungen zur Einrichtung einer europäischen Ratingagentur nur noch sehr eingeschränkt verfolgt werden. Auch wenn eine europäische Agentur Griechenland nicht anders beurteilen würde, als die bereits bestehenden Institute Griechenland beurteilen, so wäre doch eine gewisse Vielfalt und Kenntnis der europäischen Wirtschaftskultur wünschenswert.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass der Aufbau einer solchen Agentur einen gewissen Zeitraum erfordert und sich das Institut erst einen Namen erarbeiten muss. Aber wir sollten in Europa die Abhängigkeit vom privaten Finanzsektor und von internationalen Ratingagenturen entscheidend reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Basel III unverändert umgesetzt wird, erweist die EU Deutschland und vor allem dem Mittelstand einen Bärendienst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir alle wissen doch, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands gerade jetzt in der Eurokrise unserem Mittelstand zu verdanken ist, einem Mittelstand, um den uns unsere europäischen Nachbarn beneiden, einem Mittelstand, um den uns manch anderes Land beneidet.

Der Mittelstand, wie ihn beispielsweise die Deutsche Bank definiert, beginnt bei Unternehmen mit einem Umsatz von 50 Millionen €. Diese Firmen sind aber bei Weitem nicht so

abhängig von unseren kleinen und mittleren Regionalbanken und Sparkassen.

Basel III ist der Tod für die regionale Bankenlandschaft, wie wir sie kennen und brauchen. Basel III legt die Axt an die vielen kleinen Betriebe, die unser Land zu dem gemacht haben, was es jetzt ist. Die Umsetzung von Basel III, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist daher nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Quelle unserer Wirtschaftskraft.

Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie diesen Angriff abwehrt und ihre Möglichkeiten – beispielsweise auf Bundesratsebene – im Sinne unseres Landes voll ausgeschöpft hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zuerst über die Beschlussempfehlung Drucksache – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Regierung will noch sprechen!)

– Die Regierung möchte auch etwas sagen?

(Heiterkeit)

Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es bereits in der ersten Lesung und auch in den Ausschussberatungen eine große Einigkeit gab, möchte ich dem Parlament namens der Regierung für diese vorbildliche Debatte danken. Es wurde treffend analysiert, es wurde qualitativ argumentiert, und die Regierung wurde gelobt – also alles, was eine gute Debatte im Landtag ausmacht.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen einen schönen Abend. „Mit dem Zweiten sieht man besser“, und möge der VfB gewinnen!

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich lasse deshalb über die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1148 abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1149, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.

\*

## Erklärung zu Protokoll

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Eine pauschale Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen durch Basel III um fast ein Drittel – von bisher 8 % auf künftig 10,5 % – bei gleichzeitiger Verdreifachung des dafür notwendigen harten Kernkapitals von bisher 2 % auf künftig 7 % wäre für das Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen mehr als abträglich. Eine solche Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen hätte erhebliche Auswirkungen auf die Vergabe von Mittelstandskrediten. Nach Berechnungen des Sparkassen- und Genossenschaftsverbands würden sich die Kreditkonditionen für Mittelstandskredite um ca. 40 Basispunkte erhöhen.

Hinzu kommt, dass sich die Vergabevolumina um rund ein Viertel verringern würden. Mit 1 Million € Eigenkapital könnten künftig nur noch 9,5 anstatt 12,5 Millionen € an Krediten vergeben werden.

Im Rahmen von Basel III sollen die Risikogewichte für Mittelstandskredite erhöht werden. Dies hätte im Vergleich zu Basel II eine höhere Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite zur Folge und würde ebenfalls die Zinskosten erhöhen bzw. zu Restriktionen führen.

Die dritte Säule des Eigenkapitals bildet das sogenannte Ergänzungskapital. Wie das Kernkapital dient es der Deckung von Verlusten. Basel III sieht hier erhebliche Änderungen vor. Hierzu zählen z. B. langfristige Nachrangverbindlichkeiten, Genussrechtskapital und bestimmte Vorzugsaktien.

Bisher zählen zum Ergänzungskapital auch Vorsorgereserven nach § 340 f HGB. Das sind stille Reserven aus versteuerten Gewinnen, die bei nicht kapitalmarktorientierten Instituten nach den gültigen Bilanzierungsregeln – in Übereinstimmung mit EU-Recht – gebildet werden können.

Die Basel-III-Verordnung erkennt stille Vorsorgereserven dagegen nicht mehr als Ergänzungskapital an, da diese nicht offengelegt sind. Das ist sehr umstritten, weil Vorsorgereserven als frei verfügbare Risikopuffer, betriebswirtschaftlich betrachtet, die höchste Eigenkapitalqualität aufweisen. Diese Reserven haben bisher gerade bei kleinen und mittleren Banken sehr zur Stabilität beigetragen.

Es ist deshalb von erheblicher Bedeutung für die regionalen Banken in Baden-Württemberg, dass die Landesregierung in Brüssel und im Bundesrat darauf hinwirkt, dass die Vorsorgereserven weiterhin als Ergänzungskapital angerechnet werden. Der Vorschlag, diese stillen Reserven im Anhang der Bilanz auszuweisen, könnte hier ein gangbarer Weg sein.

Ein weiteres Merkmal von Basel III sind die Liquiditätsreserven, auch Liquiditätspuffer genannt. Beim kurzfristigen Liquiditätspuffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) sollen die Banken über hochliquide Mittel verfügen, um auch „unter Stress“ die innerhalb von 30 Tagen zu erwartenden Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können.

Das Anlagespektrum für die Liquiditätsreserven ist sehr eng definiert: Es besteht zu einem überwiegenden Teil aus Staatsanleihen und Zentralbankguthaben. Diese einseitige Bevorzugung ist allerdings nicht sachgerecht. Dagegen werden die gedeckten Schuldverschreibungen (Pfandbriefe und Unter-

nehmensschuldverschreibungen) nur unzureichend berücksichtigt. Anleihen von Banken sollen generell nicht als liquide anerkannt werden.

Vor allem die bestehenden Liquiditätsverbände der Sparkassen und Genossenschaftsbanken würden durch die Nichtanerkennung von Geldanlagen innerhalb des Verbunds geschwächt werden. Diese Liquiditätsverbände haben gerade in der Finanzkrise ihre Funktionsfähigkeit bewiesen. Insgesamt besteht hier ein erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Langfristiger Liquiditätspuffer: Die sogenannte Net Stable Funding Ratio (NSFR) definiert das Liquiditätsprofil langfristig mit dem Zeithorizont eines ganzen Jahres und fordert für den „unter Stress“ in diesem Zeitraum möglichen Kapitalabfluss eine stabile Refinanzierung. Banken müssen für den innerhalb eines kompletten Jahres möglichen Abfluss eine langfristige Refinanzierung mit bestimmten Quoten vorhalten.

Die Regeln sollen zwar erst ab 2018 eingeführt werden, und erst dann wird entschieden, welche Messzahlen gelten werden. Wegen der gravierenden Bedeutung einer solchen festen Messzahl für den Kapitalmarkt muss man diese Option aber sehr ernst nehmen.

Die geplanten Regelungen lassen nach Auffassung der Verbände der Sparkassen und Genossenschaftsbanken und führender Wissenschaftler (z. B. Professor Dr. Burghof, Uni Hohenheim) befürchten, dass die Fristentransformation infrage gestellt wird. Damit wird der Nutzen der Banken für die Volkswirtschaft, nämlich die Umwandlung kurzfristiger Anlagen (z. B. Sparbuch) in langfristige Kredite (z. B. Hypothekendarlehen), gemindert.

Gerade bei den in Deutschland üblichen und für kleine und mittlere Unternehmen ebenso wie für Häuslebauer wichtigen langfristigen Krediten sind wie bei Basel II Vorwirkungen zu erwarten, die sich schon bald negativ auf die Konjunktur auswirken könnten. Eine Bank müsste z. B. bei einem heute abzuschließenden Hypothekendarlehen oder Firmenkredit mit zehnjähriger Laufzeit (bis Ende 2021) bereits jetzt die Vorsorge für eine Deckung durch langfristige Einlagen zumindest andeuten. Mit einer Einschränkung und Verteuerung der langfristigen Kreditvergaben ist zu rechnen.

Eine Kreditklemme ist nicht vollständig auszuschließen. Gerade Kreditgenossenschaften und Sparkassen finanzieren in den Regionen viele Objekte der Kunden mittels langfristiger Zinsbindung. Die mittel- bzw. langfristige Zinsbindung bietet Kunden Planungssicherheit. Die Abwälzung des Zinsänderungsrisikos auf den Kunden wirkt sich nicht stabilisierend auf das Finanzsystem aus. Der langfristige Liquiditätspuffer (NSFR-Kennziffer) ist deshalb dringend anzupassen bzw. ganz zu streichen.

Eine weitere Regelung in Basel III ist die Verschuldungsobergrenze. Hierbei handelt es sich um eine feste Grenze für das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Geschäftsvolumen. Die gesamten Geschäfte einer Bank sollen das Vielfache des Kernkapitals nicht überschreiten. Die Verschuldungsobergrenze soll erst ab 2016 eingeführt werden.

Bleibt es beim Entwurfsvorschlag von 3 % und bezieht man Kernkapitalquote und Kapitalerhaltungsquote mit ein, liegt die Verschuldungsquote beim 23,53-Fachen des gesamten

(Joachim Kößler)

Kernkapitals. Rechnet man den antizyklischen Kapitalpuffer, der von den nationalen Aufsichtsbehörden zur Eindämmung einer überbordenden Konjunktur eingesetzt werden kann, mit ein, so liegt die Verschuldungsquote beim 18,18-Fachen der Kernkapitalquote.

Daraus ergeben sich zwei Gefahren, nämlich dass es zu Kreditrestriktionen und Kreditverteuerung kommt oder dass Banken in risikoreichere, weil ertragreichere Geschäfte ausweichen. Auch hier ist dringend geboten, die Verschuldungsgrenzen nicht für kleine und mittlere Banken – Sparkassen, Volksbanken und Förderbanken – einzuführen.

Meine Damen und Herren, der Antrag des Landes bzw. der Landesregierung an den Wirtschaftsausschuss des Bundesrats kann vollumfänglich unterstützt werden. Die wichtigsten Punkte will ich kurz darstellen:

Die neuen Regeln sollten vor allem bei den Banken eingesetzt werden, die systemrelevant sind und durch ihre Geschäfte die Krise ausgelöst haben, und nicht bei den kleinen und mittleren Instituten, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind. Sie haben bisher ihre Probleme über die Haftungsverbände selbst geregelt.

Sollte dies nicht durchsetzbar sein, sind im Einzelnen für kleine und mittlere Banken folgende Ausnahmen vorzusehen:

Technische Regulierungs- und Durchführungsstandards, Leitlinien sowie Empfehlungen der EBA dürfen keine direkte Geltung für die kleinen und mittleren Banken erlangen. Die nati-

onale Aufsicht muss dazwischengeschaltet werden. Ebenso müssen die nationalen Aufsichtsbehörden die Richtlinien modifizieren können. Außerdem sollte den Verbänden ein Mitwirkungsrecht eingeräumt werden.

Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken sollte grundsätzlich bei den nationalen Behörden bleiben. Sprachenvielfalt erzeugt Bürokratie. Die Nähe zur Aufsicht verhindert lange Wege und spart Kosten.

Kleine und mittlere Banken sollten von der Verschuldungsgrenze ausgenommen werden. Verschuldungsgrenzen behindern das Kreditgeschäft und können zur Kreditklemme führen. Kleine und mittlere Banken würden in ihrer Ertragslage leiden.

Die langfristigen Liquiditätsstandards sollten nicht für kleine und mittlere Banken gelten.

Im Namen der CDU-Fraktion sage ich der Landesregierung im Hinblick auf das Vorgetragene die volle Unterstützung zu.

\*

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung beginnt morgen um 9:00 Uhr.

Danke. Die Sitzung ist geschlossen.

(Vereinzel Beifall)

**Schluss: 17:52 Uhr**

**Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Nachbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied		Aras Boser Fritz Kern, Manfred Dr. Rösler
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	stellvertretendes Mitglied		Filius Halder Lösch Lucha Dr. Murschel Raufelder
Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied		Frey Hahn Dr. Murschel Dr. Schmidt-Eisenlohr Schneidewind-Hartnagel
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied		Böhlen Halder Raufelder Renkonen Tschenk
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied		Böhlen Frey Kern, Manfred Lindlohr Dr. Rösler
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied		Aras Fritz Kern, Manfred Schwarz Tschenk
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	stellvertretendes Mitglied		Aras Halder Marwein Pix Tschenk
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied		Filius Häffner Halder Lindlohr Renkonen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur	stellvertretendes Mitglied		Lede Abal Mielich Dr. Rösler Dr. Schmidt-Eisenlohr Schneidewind-Hartnagel
Ausschuss für Integration	stellvertretendes Mitglied		Häffner Lehmann Lindlohr Raufelder Renkonen
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied		Fritz Dr. Rösler

08. 02. 2012

Edith Sitzmann und Fraktion